Sachsen-Anhalt-Monitor 2014

Festigung der Demokratie

Everhard Holtmann • Tobias Jaeck • Kerstin Völkl

Zentrum für Sozialforschung Halle e.V.

an der
Martin-**L**uther-**U**niversität Halle-Wittenberg

Erhebung im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit: wahlberechtigte Bevölkerung in Sachsen-Anhalt ab 18 Jahren

Stichprobe: repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe

Erhebungsverfahren: Computergestützte Telefoninterviews (CATI)

Fallzahl: N = 1.050

Erhebungszeitraum: 02.07. bis 31. 07 2014 / 20.08. bis 25.08.2014

Institut: aproxima | Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung / www.aproxima.de

Anmerkung zur Grammatik und Orthographie: Zugunsten einer besseren Lesbarkeit wird im Folgenden auf die Unterscheidung des Genus verzichtet und ausschließlich das Maskulinum verwendet, in dem das feminine Geschlecht – sofern nicht ausdrücklich erwähnt – jedoch immer mitgedacht und -gemeint ist.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage **2**

Inhaltsverzeichnis **3**

Abbildungsverzeichnis **5**

Tabellenverzeichnis **8**

Kurzfassung wichtiger Ergebnisse **9**

1 Verbundenheit der Bewohner mit dem Land **19**

2 Beurteilung von wirtschaftlicher Lage und Lebenszufriedenheit **28**

3 Politische Involvierung und politische Responsivität **36**

3.1 Einbindung der Bürger in die Politik 36

3.2 Beurteilung der Offenheit des politischen Systems 41

4 Vertrauen in die Politik **44**

5 Problempriorität und Leistungskompetenz **19**

6 Einstellungen zur Demokratie **58**

7 Freiheit – Gleichheit – Sicherheit **66**

8 Gerechtigkeit **70**

9 25 Jahre Friedliche Revolution – Eine Bilanz **75**

9.1 Regime und Lebensbedingungen unter sozialistischen Vorzeichen 75

9.2 Drei Dimensionen des DDR-Bildes 77

9.2.1 Erste Dimension: Sozialismus als Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung 79

9.2.2 Zweite Dimension: Lebenswelten in der DDR – „Es war nicht alles schlecht…“ 81

9.2.3 Dritte Dimension: Verurteilung des Sozialismus in der DDR 84

9.3 Die deutsche Einigung: Gewinn oder Verlust? 86

10 Rechtsextremismus 90

10.1 Ausländerfeindlichkeit / Xenophobie 97

10.2 Antisemitismus 102

10.3 Übersteigerter Nationalismus/Chauvinismus 105

10.4 Affinität zu Diktatur als Staatsform 108

10.5 Sozialdarwinismus 111

10.6 Verharmlosung des Nationalsozialismus 113

10.7 Zusammenfassung des Einstellungsmusters Rechtsextremismus 115

11 Willkommenskultur 119

12 Fragebogen Sachsen-Anhalt-Monitor 2014 128

Autorenverzeichnis 138

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1 Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt im Zeitverlauf 20
Abb. 2 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten 2014 21
Abb. 3 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Wohndauer 23
Abb. 4 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Einschätzung der wirtschaftlichen Lage 25
Abb. 5 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach persönlicher Zukunft 26
Abb. 6 Wirtschaftliche Lage und Lebenszufriedenheit in Gegenwart und Zukunft 29
Abb. 7 Wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt und Lebenszufriedenheit im Zeitverlauf 30
Abb. 8 Regionale wirtschaftliche Lage nach Regionen, Kreisen und Gemeindegrößenklassen 32
Abb. 9 Eigene wirtschaftliche Lage, Lebenszufriedenheit und persönliche Zukunft nach Erwerbstätigkeit und Einkommen 33
Abb. 10 Wirtschaftliche Lage und Lebenszufriedenheit in Gegenwart und Zukunft nach Beurteilung des persönlichen Gerechtigkeitsanteils 34
Abb. 11 Zusammenhang zwischen Politikinteresse, politischer Diskussionshäufigkeit und politischem Kompetenzgefühl 37
Abb. 12 Politische Involvierung und Responsivitätsgefühl 38
Abb. 13 Entwicklung der politischen Involvierung und der Responsivität im Zeitverlauf 39
Abb. 14 Politische Involvierung nach verschiedenen Erklärungsfaktoren 40
Abb. 15 Responsivitätsgefühl nach verschiedenen Erklärungsfaktoren 42
Abb. 16 Vertrauen in verschiedene Institutionen 45
Abb. 17 Vertrauen in Institutionen im Zeitverlauf 46
Abb. 18 Institutionenvertrauen nach Responsivität, Demokratiezufriedenheit und Einschätzung der wirtschaftlichen Lage 48
Abb. 19 Institutionenvertrauen nach Lebenszufriedenheit, Gerechtigkeitsbeurteilung in Deutschland, Parteipräferenz und Wahlbeteiligung 49

Abb. 20 Dringlich wahrgenommene Probleme im Zeitverlauf 51
Abb. 21 Problemlösungskompetenz der Politik im Zeitverlauf 52
Abb. 22 Differenz zwischen Problempriorität und Lösungskompetenz 54
Abb. 23 Skala allgemeine Problemlösungskompetenz nach Vertrauen in politische Institutionen, Parteipräferenz, Demokratiezufriedenheit und Responsivität 56
Abb. 24 Abhängigkeitsmodell Performanzbewertung mit Indikatoren der Systembewertung 57
Abb. 25 Demokratiezufriedenheit und zugeschriebene Problemlösungskompetenz der Politik in verschiedenen Bereichen 63
Abb. 26 Demokratieverständnis im Generationenvergleich 64
Abb. 27 Freiheit vs. Gleichheit 67
Abb. 28 Freiheit vs. Sicherheit 69
Abb. 29 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland 70
Abb. 39 Rechtsextremistische Einstellungen im bundesweiten Vergleich I 94
Abb. 40 Rechtsextremistische Einstellungen im bundesweiten Vergleich II 95
Abb. 41 Ausländerfeindlichkeit nach Erhalt des gerechten Anteils, persönlicher Bilanz der Einheit, Kontakten zu Ausländern, Parteipräferenz, Links-Rechts-Selbsteinstufung und Demokratiezufriedenheit 98
Abb. 42 Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern im Deutschlandvergleich 100
Abb. 43 Ausländerfeindlichkeit nach Alter, Bildung, Beruf und Erwerbsstatus 101
Abb. 44 Skala Ausländerfeindlichkeit nach Landkreisen 102
Abb. 45 Skala Antisemitismus nach Religion, Kontakten zu Ausländern, Parteipräferenz, Links-Rechts-Selbsteinstufung und Demokratiezufriedenheit 104
Abb. 46 Skala Antisemitismus nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf 105
Abb. 47 Skala Nationalismus nach Kontakten zu Ausländern und Parteipräferenz 107
Abb. 48 Skala Nationalismus nach Alter, Beruf, Erwerbsstatus und Bildung 108
Abb. 49 Skala Diktaturaffinität nach politischem Interesse, Freiheit vs. Sicherheit, Kontakten zu Ausländern, regionaler Bilanz der Einheit, Parteipräferenz, Links-Rechts-Selbsteinstufung und Demokratiezufriedenheit 110

Abb. 50 Skala Diktaturaffinität nach Beruf, Erwerbsstatus, Einkommen und Bildung 111

Abb. 51 Skala Sozialdarwinismus nach politischem Interesse, Freiheit vs. Sicherheit, Kontakten zu Ausländern, persönlicher Wendebilanz, Parteipräferenz, Links-Rechts-Selbsteinstufung und Demokratiezufriedenheit 112

Abb. 52 Skala Sozialdarwinismus nach Beruf, Erwerbsstatus, Einkommen und Bildung 113

Abb. 53 Skala Verharmlosung Nationalsozialismus nach politischem Interesse, Freiheit vs. Sicherheit, Kontakten zu Ausländern, regionaler Bilanz der Einheit, Parteipräferenz, Links-Rechts-Selbsteinstufung und Demokratiezufriedenheit 114

Abb. 54 Skala Verharmlosung Nationalsozialismus nach Alter, Einkommen und Bildung 115

Abb. 55 Skala Rechtsextremismus nach Erhalt des gerechten Anteils, regionaler Bilanz der Einigung, Kontakten zu Ausländern, Parteisympathie, Links-Rechts-Selbsteinstufung und Demokratiezufriedenheit 116

Abb. 56 Skala Rechtsextremismus nach Alter, Beruf, Erwerbsstatus und Bildung 117

Abb. 57 Einstellungen zu Zuwanderung 120

Abb. 58 Bewertung von Maßnahmen und Verhaltensweisen einer Willkommenskultur 121

Abb. 59 Fiktive Abstimmung zur Begrenzung von Zuwanderung) 122

Abb. 60 Skala Einstellungen zur Zuwanderung nach Rechtsextremismus, persönlicher Wendebilanz, Kontakten zu Ausländern, Parteipräferenz, und Demokratiezufriedenheit 123

Abb. 61 Skala Einstellungen zur Zuwanderung nach Beruf, Erwerbsstatus und Bildung 124

Abb. 62 Zustimmung zur Begrenzung von Zuwanderung nach Rechtsextremismus, persönlicher Wendebilanz, Kontakten zu Ausländern, Parteipräferenz, und Demokratiezufriedenheit 125

Abb. 63 Zustimmung zur Begrenzung von Zuwanderung nach Beruf, Erwerbsstatus und Bildung 126

Abb. 64 Zustimmung zur Begrenzung von Zuwanderung nach Landkreisen 127

Tabellenverzeichnis

Tab. 1 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Alter 22
Tab. 2 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Geburtsort 24
Tab. 3 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Parteipräferenz..... 27
Tab. 4 Wirtschaftliche Lage, Lebenszufriedenheit und Zukunft nach Parteipräferenz..... 35
Tab. 5 Demokratie als beste Staatsidee 59
Tab. 6 Diktatur als alternative Staatsform..... 60
Tab. 7 Zufriedenheit mit Funktion der Demokratie in Deutschland nach Altersgruppen und Bildung..... 60
Tab. 8 Zufriedenheit mit Funktion der Demokratie in Deutschland nach Erwerbsstatus und Beruf..... 61
Tab. 9 Zufriedenheit mit Funktion der Demokratie in Deutschland nach Zufriedenheit mit Lebenssituation und Einschätzung der wirtschaftlichen Lage 62
Tab. 10 Zufriedenheit mit Funktion der Demokratie in Deutschland nach Parteipräferenz..... 62
Tab. 11 Freiheit vs. Gleichheit und Freiheit vs. Sicherheit nach Alter und Parteipräferenz..... 68
Tab. 12 Gerechtigkeitsempfindungen bezogen auf Deutschland nach Tätigkeit und Geschlecht..... 71
Tab. 13 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Beruf 71
Tab. 14 Gerechtigkeitsempfindungen bezogen auf Deutschland nach Alter und Schulabschluss 71
Tab. 15 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Lebenszufriedenheit..... 72
Tab. 16 Erhalt von gerechtem Anteil nach Alter und Beruf 73
Tab. 17 Erhalt von gerechtem Anteil nach Tätigkeit und Arbeitslosigkeit..... 74
Tab. 18 Einstellungen zur DDR nach Alter und Bildung..... 76
Tab. 19 Einstellungen zum Rechtextremismus nach Alter und Bildung 92
Tab. 20 Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern in Bereichen des persönlichen Umfelds 100

Kurzfassung wichtiger Ergebnisse

1. Die Verbundenheit mit dem Land ist im Vergleich zu den Vorjahren zurückgegangen. Aktuell fühlen sich 19 Prozent der Bevölkerung sehr stark mit Sachsen-Anhalt verbunden. Das sind 10 Prozentpunkte weniger als 2012. Jeder zweite fühlt sich nach wie vor stark mit dem Land verbunden.

2. Das stärkste Verbundenheitsgefühl bringen die Bürger Sachsen-Anhalts ihrem Wohnort, Ostdeutschland und einer der fünf Regionen des Landes entgegen. Das Verbundenheitsgefühl gegenüber Gesamtdeutschland ist gleich stark ausgeprägt wie jenes zu Sachsen-Anhalt. Deutlich geringer fällt die Affinität zu Europa aus.

3. Eine Besonderheit beim Verbundenheitsgefühl stellt erneut die Generation der 18- bis 24-Jährigen dar: Sie fühlen sich im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt am stärksten mit Gesamtdeutschland und am wenigsten mit Sachsen-Anhalt und Ostdeutschland verbunden. Hinzu kommt, dass sie Europa stärker verbunden sind als die übrigen Altersgruppen.

4. Einen deutlichen Einfluss auf das Verbundenheitsgefühl üben die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt und die Einschätzung der persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt aus. Hierbei gilt: Je besser die wirtschaftliche Lage und die persönliche Zukunft im Land beurteilt werden, desto stärker ist auch das Verbundenheitsgefühl mit verschiedenen Raumeinheiten ausgeprägt.

5. Das Urteil der Bürger über die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt hat sich seit 2009 kontinuierlich verbessert. 54 Prozent der Befragten bewerten sie gegenwärtig neutral, 27 Prozent stellen ihr ein positives Zeugnis aus und lediglich 17 Prozent beurteilen sie negativ.

6. Im Vergleich zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage im Land fällt die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage, aber auch der Lebenszufriedenheit und der persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt deutlich optimistischer aus. Fast zwei Drittel der Befragten schätzen die eigene wirtschaftliche Situation als sehr oder eher positiv ein.

7. Die Wahrnehmung der eigenen Lebenssituation hängt u. a. vom Einkommen und dem Erwerbsstatus ab. So wird die persönliche Lage mit steigendem Einkommen deutlich positiver beurteilt. Besonders negativ fällt dagegen das Urteil von Arbeitslosen über ihre eigene Situation aus.

8. Das politische Interesse der Befragten ist zwischen 2007 und 2014 geringfügig angestiegen. Gegenwärtig interessieren sich 41 Prozent der Bürger Sachsen-Anhalts sehr oder ziemlich stark für Politik. Bei 45 Prozent ist das Politikinteresse mittelmäßig ausgeprägt und 13 Prozent interessieren sich wenig oder überhaupt nicht für Politik.

9. Die politische Diskussionshäufigkeit der Sachsen-Anhalter ist innerhalb der letzten sieben Jahre leicht zurückgegangen. Gaben 2007 noch 54 Prozent der Bürger an, sich täglich oder mehrmals in der Woche innerhalb der Familie bzw. mit Freunden oder Arbeitskollegen über Politik zu unterhalten, sind es 2014 nur 46 Prozent.

10. Auch das politische Kompetenzgefühl der Bürger in Sachsen-Anhalt hat in den zurückliegenden Jahren geringfügig abgenommen. Gegenwärtig glaubt ein Drittel der Bevölkerung von sich, aufgrund seiner persönlichen Fähigkeiten am politischen Leben teilnehmen zu können. Die Hälfte der Befragten traut sich hingegen nicht zu, eigene Anliegen an die Politik heranzutragen. Für politisch wenig involviert halten sich insbesondere Geringverdiener, Frauen, Personen mit niedrigem oder mittlerem Bildungsniveau, ebenso wie Arbeiter, Angestellte und Beamte.

11. Die Offenheit der Politik (Responsivität), auf Wünsche und Interessen der Bürger einzugehen, wird von den Sachsen-Anhaltern eher skeptisch bewertet. Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich die Skepsis allerdings etwas abgeschwächt. Positiver fällt das Urteil von Personen aus, die mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden sind, den politischen Institutionen vertrauen und eine der beiden Regierungsparteien präferieren.

12. Das Vertrauen der Bürger in politische Institutionen und Repräsentanten variiert je nach Bezugsobjekt. Am stärksten vertrauen die Bürger des Landes dem Bundesverfassungsgericht. Darauf folgen die präferierte Partei und die (Ober-) Bürgermeister. Die Bewertungen zwischen Landes- und Bundesinstitutionen unterscheiden sich anders als 2012 kaum. Am wenigsten vertraut wird den Parteien allgemein. Zwischen 2007 und 2014 ist das Vertrauen in sämtliche politische Institutionen kontinuierlich um etwa einen halben Skalenpunkt auf einer Mittelwertskala von –2 bis +2 angestiegen.

13. Die allgemeine Dringlichkeitswahrnehmung aktueller Probleme hat aus Sicht der Landesbevölkerung deutlich abgenommen. Gleichzeitig ist das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Politik gestiegen. Diese positive Bilanz der Regierungsleistung wirkt sich ebenfalls günstig auf das Vertrauen in die politischen Institutionen und Akteure sowie die Beurteilung der Responsivität des politischen Systems aus.

14. Die fünf schwerwiegendsten Probleme aus der Perspektive der Bevölkerung in absteigender Reihenfolge sind: 1. Ukraine-Krise 2. Überalterung und Kindermangel 3. gerechte Löhne 4. Arbeitslosigkeit und 5. Finanzkrise in Europa (2012 - Platz 1).

15. Die Zustimmung zur Idee der Demokratie ist im Lande auf hohem Niveau stabil. „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ – dieser Aussage stimmen auch 2014 mehr als 60 Prozent der Sachsen-Anhalter ohne Einschränkung (39 %) bzw. eher (23 %) zu. Diejenigen, welche die Demokratie grundsätzlich eher ablehnen, sind nach wie vor mit 9 Prozent eine kleine Minderheit. Mit 3 Prozent stellen die entschiedenen Systemgegner, wie schon 2012 und auch in den Monitor-Umfragen davor, eine gesellschaftliche Randgröße dar.

16. Bei den Jüngeren zwischen 18 und 24 Jahren fällt die Identifikation mit der Demokratie durchschnittlich aus, sie ist aber gegenüber 2012 um 5 Prozentpunkte gewachsen. Zugleich erklärt sich in derselben Altersgruppe niemand mehr als entschiedener Gegner des demokratischen Systems. Demgegenüber ist die bekundete Systembejahung in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen relativ am niedrigsten. Insgesamt schreibt das 2014 erhobene Einstellungsbild die im SAM 2012 formulierte Feststellung fort, dass sich in Sachsen-Anhalt, was die ideelle Unterstützung der Demokratie angeht, ein stabiler politischer Generationenvertrag ausgeformt hat.

17. Für ein diktatorisches Notstandsregime erwärmt sich nach wie vor nur eine Minderheit, die überdies weiter zurückgegangen ist. Der Meinung, dass besser als die Demokratie eine Diktatur mit Zeiten der Not fertig würde, stimmen 2014 nur noch 8 Prozent „voll und ganz“ bzw. „eher“ zu. Bei der hypothetischen Diktaturfrage fällt die zustimmende Reaktion in der jüngsten Altersgruppe mit 3 Prozent am niedrigsten aus.

18. Verglichen mit der hohen ideellen Sympathie für die demokratische Staatsform, fällt, wie schon bei den früheren Umfragen des SAM, die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie Deutschlands merklich kritischer aus. Gut ein Viertel (27 %) äußert sich „sehr“ oder „ziemlich zufrieden“, 7 Prozent mehr als 2012. Sehr oder ziemlich unzufrieden mit der Leistungsfähigkeit der Demokratie zeigen sich zwar mit 24 Prozent fast ebenso viele Befragte, wie es Zufriedene gibt, jedoch ist die Zahl der Demokratiekritiker um 10 Prozent geschrumpft. Kaum verändert hat sich mit 49 Prozent die große Mittelgruppe derer, welche die Funktionstüchtigkeit der bundesdeutschen Demokratie zwiespältig benoten.

19. Auch im aktuellen Jahr sind besonders viele Angehörige der beiden jüngeren Altersklassen zwischen 18 und 24 Jahren sowie von 25 bis 34 Jahren mit dem Funktionieren der Demokratie sehr bzw. ziemlich zufrieden. Bei den jüngsten Jahrgängen hat sich die Zufriedenheitsrate binnen zwei Jahren von 25 Prozent auf 38 Prozent erheblich erhöht

20. Am wenigsten zufrieden zeigen sich Arbeiter (22 %), am meisten Selbständige und Angehörige freier Berufe (31 %). Anzeichen dafür, dass gerade die Mittelschichten, wie noch in der Weimarer Republik, heutzutage für demokratiefeindliche Einstellungen anfällig wären, gibt es demzufolge nicht. Nimmt man noch die Häufigkeitsverteilungen für weitere Einstellungen hinzu, die, wie die Identifikation mit der Idee der Demokratie sowie die Neigung zur Diktatur („wenn es Not tut"), der Einschätzung des Funktionierens der Demokratie eng verwandt sind, so erhärtet sich der Eindruck: Der historische „Extremismus der Mitte" hat derzeit kaum Chancen einer politischen Wiedergeburt.

21. In die Bewertung des Funktionierens der Demokratie geht immer mit ein, wie die Integrität und die Amtsführung der politischen und administrativen Eliten sowie die Leistungsbilanz der amtierenden Politiker, Parteien und Regierungen bewertet werden. Und: Je nach der eigenen Nähe zur Regierung oder Opposition wird auch die Funktionstüchtigkeit der Demokratie individuell kritischer oder nachsichtiger wahrgenommen. Schließlich spielt auch eine Rolle, ob die persönliche Lebenssituation und die eigene wirtschaftliche Lage gut oder schlecht eingeschätzt werden.

22. Wer mit seiner wirtschaftlichen Situation zufrieden ist, stellt auch der Praxis der Demokratie gute Noten aus. Umgekehrt sind unter jenen, die mit ihren materiellen Lebensbedingungen hadern, mit 55 Prozent überdurchschnittlich viele Befragte, die das Funktionieren der hiesigen Demokratie kritisieren. Während Anhänger der im Land derzeit regierenden Parteien CDU und SPD – und ebenso der oppositionellen Grünen – unterdurchschnittlich Unzufriedenheit bekunden, sind Sympathisanten von Linkspartei, Piraten und Nichtwählern überproportional mit dem aktuellen Zustand der Demokratie unzufrieden. Unter Anhängern der AfD findet sich niemand, der sich über das Funktionieren der Demokratie zufrieden äußert.

23. Eine arbeitsfähige Demokratie bedarf der Absicherung durch institutionelle Garantien. Schon in den Jahren zuvor hatte eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung des Landes das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf Demonstration und auf Bildung einer Opposition bejaht. Diese politischen Grundrechte werden auch aktuell weitgehend unabhängig von Alter, Bildungsgrad, Stellung im Beruf und sozialem Status von nahezu allen Befragten eingefordert. Dieses Meinungsbild zeigt sich 2014 nicht nur auf hohem Niveau stabil, sondern durch Zuwächse an Zustimmung zwischen 1 und 10 Prozentpunkte nochmals leicht erhöht. Korrespondierend ist das Einverständnis mit einem diktatorischen Regime „für den Notfall" um 3 auf nunmehr 8 Prozentpunkte zurückgegangen.

24. Wie bereits in der Vergangenheit, werden die genannten Grundrechtsgarantien insgesamt nur von einer kleinen Minderheit, die je nach Frage zwischen 1 und 12 Prozentpunkten liegt und gegenüber 2012 abermals geschrumpft ist, verworfen. Insgesamt zeigt sich, dass die politische Kultur des Landes 25 Jahre nach der friedlichen Revolution und dem anschließenden Systemwechsel im Zustand einer konsolidierten. d. h. gefestigten Demokratie angekommen ist.

25. „Freiheit“ und „Gleichheit“ beschreiben zentrale Grundwerte demokratischer Verfassungsstaaten. Im Vergleich zu den letzten Erhebungen von 2007, 2009 und 2012 hat sich die Rangfolge der Wertorientierungen der Sachsen-Anhalter innerhalb der letzten beiden Jahre nicht abermals stärker in Richtung des Freiheitspols verschoben, sondern sie stagniert auf dem 2012 gemessenen Niveau. Für 59 Prozent ist „Freiheit“ vorrangig, für 33 Prozent „Gleichheit“ wichtiger. Sechs Prozent sehen beide Zielvorstellungen als gleichrangig an.

26. Wie schon in den Vorjahren, ist bei Sachsen-Anhaltern das Bedürfnis nach „Sicherheit“ hoch ausgeprägt. Im Jahr 2014 neigen im direkten Vergleich der „Freiheit“ 27 Prozent (+3) zu, mit 66 Prozent (-3) geben mehr als doppelt so viele „Sicherheit“ den Vorzug. In der jüngsten Altersgruppe sind die Präferenzen für beide Zielwerte fast gleich verteilt, danach wächst die Vorzugsentscheidung für Sicherheit mit steigendem Alter linear an.

27. Das Gerechtigkeitsempfinden erlaubt Rückschlüsse darauf, wie es um die sozialmoralisch begründete Nähe oder Distanz zu Staat und Gesellschaft bestellt ist. Im Jahr 2014 halten sich positive und negative Einschätzungen die Waage: Jeweils 47 Prozent der Sachsen-Anhalter empfinden den allgemeinen Gang der Dinge in Deutschland als eher gerecht oder eher ungerecht. Zwei Jahre zuvor fiel das Meinungsbild noch deutlich kritischer aus: 2012 schätzten 62 Prozent die Verhältnisse als ungerecht und nur 33 Prozent als gerecht ein. Die gefühlte Gerechtigkeitslücke, die in der Vergangenheit von einer – allerdings stetig zurückgehenden - Mehrheit der Sachsen-Anhalter gesehen worden war, hat sich folglich im Jahr 2014 geschlossen.

28. Ob die Verhältnisse in Deutschland allgemein als gerecht oder ungerecht bewertet werden, spiegelt in hohem Maße die gegenwärtigen persönlichen Lebensbedingungen und deren eigene Einschätzung durch die Befragten wider. Wer im Großen und Ganzen mit seiner derzeitigen Lebenslage zufrieden ist, stellt auch Deutschland überproportional häufig (zu 54 %) den Prüfvermerk „gerecht“ aus. Wer sich unzufrieden mit seiner Lebenssituation zeigt, beurteilt ganz überwiegend (zu 81 %) auch die allgemeine Entwicklung im Land als ungerecht.

29. Dass man im Vergleich mit anderen Mitbürgerinnen und Mitbürgern persönlich einen gerechten Anteil erhält, wird, wie schon 2007, 2009 und 2012, in Sachsen-Anhalt auch 2014 häufiger bejaht als ein generell gerechter Zustand des Landes. 45 Prozent bestätigen, dass ihnen persönlich Gerechtigkeit widerfährt. Darüber hinaus geben gegenwärtig 16 Prozent der Befragten an, sie erhielten „sehr viel mehr“ bzw. „etwas mehr“, als ihnen eigentlich zustünde. Das sind 5 Prozent mehr als vor zwei Jahren. Im Jahr 2009 hatte sich als ein solcher Nutznießer niemand eingestuft. Umgekehrt ist die Zahl derjenigen, die sich etwas oder sehr ungerecht behandelt wähnen, mit zusammen 37 Prozent um 10 Prozentpunkte weiter zurückgegangen.

30. Der sich im Zeitverlauf von 2009 bis 2014 abbildende Trend – es werden deutlich mehr, die sich mehr als gerecht bedient sehen, und es werden deutlich weniger, die sich weniger als gerecht behandelt fühlen – schließt alle Alterskohorten und sozialen Statusgruppen, mit Ausnahme der Arbeitslosen, ein. Gemessen am Indikator der subjektiv wahrgenommenen Verteilungsgerechtigkeit, hat sich, wie schon während der Zeitspanne von 2007 bis 2012, die soziale Polarisierung innerhalb der Bevölkerung des Landes weiter abgeschwächt.

31. Die Beurteilung der DDR durch die Sachsen-Anhalter wird wie 2012 in einem dreidimensionalen Bild veranschaulicht: Erstens in der Bewertung der Idee des Sozialismus als Staatsform und Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung; zweitens in der Bewertung der Lebenswelten in der DDR, die hauptsächlich private Perspektiven fokussiert, und drittens in der bewertenden Stellungnahme zum realen Sozialismus in der DDR.

32. Wer mit seinen Lebensbedingungen zufrieden und mit den Leistungen des demokratischen Systems einverstanden ist, neigt selten dazu, für das sozialistische Systemmodell einzutreten (Dimension I) und damit in diesem Entwurf indirekt eine Alternative zur existierenden demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung zu sehen.

33. Auch bei der Bewertung der Lebensbedingungen der DDR (Dimension II) zeigt sich im Vergleich zur vorangehenden Umfrage von 2012 eine hohe Kontinuität. Jüngere Befragte äußern sich zurückhaltender positiv als Ältere. Wiederum erweist sich, dass vor allem diejenigen an der Lebenswelt der DDR wenig Positives erkennen können, die mit dem Funktionieren der Demokratie sehr zufrieden sind. Konträr dazu benoten entschiedene Demokratiekritiker die DDR-typischen Lebensverhältnisse vergleichsweise gut.

34. Wie zwei Jahre zuvor, stellt sich die untergegangene staatliche Ordnung der DDR (Dimension III) für die Mehrheit der Sachsen-Anhalter in der Kombination der Daten als eine Diktatur und ein Unrechtsstaat dar, dessen repressive Praxis nicht verharmlost werden sollte. Sind Befragte mit dem Funktionieren der bundesdeutschen Demokratie sehr oder ziemlich zufrieden, verurteilen sie das politische System der DDR nachdrücklicher.

35. In der Zusammenfassung aller drei Dimensionen des DDR-Bildes bestätigt sich aktuell das bereits 2012 herausgefundene Grundmuster: Menschen, die mit den heutigen Lebensverhältnissen und den Leistungen der Demokratie zufrieden sind, distanzieren sich häufiger vom sozialistischen Ideengebäude, sehen weniger an der DDR deren vermeintlich gute Seiten und lehnen deren Regimemerkmale entschiedener ab.

36. Bei einem subjektiven Systemvergleich DDR/Bundesrepublik wird das geeinte Deutschland als das eindeutig wirtschaftlich leistungsstärkere, einen höheren Lebensstandard sichernde, persönliche Freiheiten verbürgende und einen beruflichen wie sozialen Aufstieg ermöglichende Alternative zur DDR bevorzugt.

37. Zugleich werden auch der DDR nach wie vor bestimmte Systemvorteile mehrheitlich zuerkannt: Die dortigen damaligen Lebensbedingungen seien mitmenschlicher, sozial abgesicherter und sozial gerechter, kindgemäßer und vor Kriminalität stärker geschützt gewesen. Dies ist indes vorrangig die Sicht älterer Befragter. Bei Jüngeren neigt sich beim Vergleich beider Systeme die Waagschale eindeutiger zugunsten der Bundesrepublik.

38. Mit wachsendem zeitlichem Abstand erfolgt, so hatten wir bereits im SAM 2009 festgestellt, keine zunehmende Verklärung vorgeblich guter Seiten der DDR. Nach dem aktuell erhobenen Stand der Einstellungen können wir, diese Tendenzaussage verstärkend, ergänzen: Bei einigen Leistungsbereichen, die 2009 noch der DDR gutgeschrieben worden waren, hat sich das Meinungsbild zugunsten der Bundesrepublik gedreht. Zudem sind in jenen verbliebenen Feldern, wo nach wie vor Vorteile der DDR gesehen werden, die Mehrheiten mit Ausnahme der Verbrechensbekämpfung geschrumpft.

39. Mit diesem eindeutigen Votum für die bessere Qualität der Systemleistungen der Bundesrepublik stimmt überein, dass für eine klare Mehrheit der Sachsen-Anhalter die Vorteile der deutschen Einigung die Nachteile überwiegen, und zwar sowohl für Ostdeutschland als auch persönlich. Verglichen mit 2009, hat sich diese schon damals überwiegend positive Grundstimmung nochmals verstärkt.

40. Rechtextremismus wurde im Monitor 2014 erstmals in Anlehnung an die Konsensusdefinition in seinen 6 Subdimensionen Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Chauvinismus, Diktaturaffinität, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus erfasst. Die seit 2007 erhobenen Einstellungen zu Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus gehen weiterhin leicht zurück. Im Gesamtbild der aktuellen Daten bestätigt sich die Beobachtung der Vorjahre, dass rechtextremistische Einstellungen im Land einen eher geringen sozialen Resonanzboden finden.

41. Im bundesweiten Vergleich liegen die Einstellungswerte für Sachsen-Anhalt teils unter, teils über den für Ost- und Westdeutschland gemessen Vergleichswerten. So fallen die Anteile der xenophoben und antisemitischen Einstellungen in Sachsen-Anhalt teilweise geringer aus als in Westdeutschland, während die Werte in den Bereichen Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus leicht über dem bundesweiten Durchschnitt liegen.

42. Rechtsextremistische Einstellungen werden vor allem durch Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern stark abgeschwächt. Dabei sind es vor allem Begegnungen innerhalb des Freundes- und Bekanntenkreises oder am Arbeitsplatz, die Vorurteile gegenüber Migranten abbauen. Solche Kontaktchancen sind indes in Sachsen-Anhalt, wie in allen ostdeutschen Bundesländern, aufgrund der vergleichsweise niedrigen Anteile an ausländischer Bevölkerung in geringerem Maße gegeben.

43. Ein weiterer wichtiger Faktor für die Erklärung rechter Einstellungsmuster ist die empfundene relative soziale Deprivation. Das heißt vor allem Menschen, die im Verhältnis zu anderen glauben weniger zu bekommen, als ihnen zusteht, die sich allgemein ungerecht behandelt fühlen, ferner die Wiedervereinigung als persönliches Verlustgeschäft betrachten und glauben, dass infolge der Einheit vor allem Nachteile für Ostdeutschland entstanden sind, tendieren eher dazu, rechtsextreme Einstellungsmuster auszubilden. Indirekt zeigt sich dieser Effekt auch durch den starken Einfluss bekundeter Unzufriedenheit mit der Demokratie.

44. Anders als in den vorangegangenen Erhebungsjahren ist es nun nicht mehr die Gruppe der Wahlverweigerer, die sich am deutlichsten rechtsextrem äußert, sondern diejenige der AfD-Anhänger. Diese weichen in allen Dimensionen signifikant vom Rest der Befragten ab und bilden eine Einheit rechtsaffiner Einstellungsmuster, welche in dieser ausgeprägten Form vorher so nicht existiert hat. Am entschiedensten tolerant äußern sich wie in den Jahren zuvor Parteigänger der Grünen, während Anhänger der drei Volksparteien insgesamt auf dem Niveau des Landesdurchschnitts liegen. Erkennbar wird auch eine insgesamt schwindende Differenz zwischen Anhängern von CDU, Linke und SPD.

45. Die so genannte Gruppenbedrohungstheorie geht davon aus, dass Personen mit einer schlechteren Ausstattung sozioökonomischer Ressourcen „Andere“ eher als Bedrohung empfinden und aus diesem Grund für fremdenfeindliche Voreingenommenheit empfänglicher sind. Diese Annahme bestätigt sich im Monitor ebenfalls anhand des Einflusses von Bildung, Einkommen, Beruf und Erwerbsstatus. Arbeiter, Erwerbslose, Menschen mit geringeren Einkommen und niedriger Bildung neigen wie schon in den Jahren zuvor signifikant stärker rechtsextremen Einstellungen zu.

46. Die Bewertung der Willkommenskultur im Land zeigt ein zweigeteiltes Bild. So ist eine deutliche Mehrheit zwar der Meinung, Zuwanderung sollte für schutzsuchende Flüchtlinge möglich sein (71 %), spricht sich aber dennoch für einschränkende Maßnahmen aus. In einem fiktiven Referendum zur Begrenzung von Zuwanderung in Anlehnung an die Schweiz würden sich gut 60 Prozent für eine Verschärfung der Zuwanderungsgesetze aussprechen. Dabei sind es vor allem Anhänger der EU-kritischen AfD, welche zu über 90 Prozent für eine solche Begrenzung optieren würden.

47. Die Analyse zeigt, dass sich die Problemfelder der Willkommenskultur und des Rechtextremismus in der allgemeinen Wahrnehmung eng überschneiden und bei Einstellungen, Deutungsmustern und individuellen Ressourcen eine große Nähe aufweisen. So sind es erneut vor allem praktizierte Kontakte zu Menschen aus anderen Kulturkreisen, die mehr Aufgeschlossenheit und Toleranz bewirken können.

1 Verbundenheit der Bewohner mit dem Land

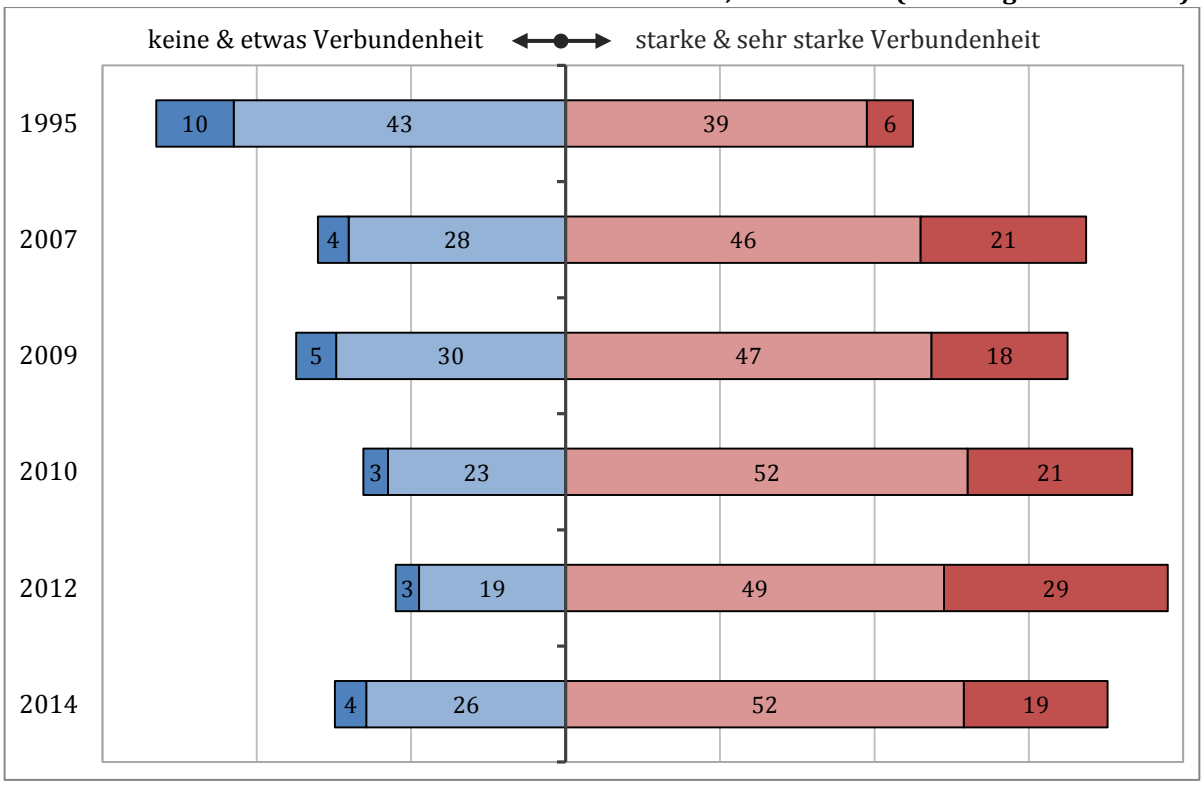
Sachsen-Anhalt wird in der Literatur gelegentlich als ein Land ohne eigene politische Geschichte beschrieben. Dies liegt darin begründet, dass Sachsen-Anhalt als selbständiges Land nur sieben Jahre, nämlich von 1947 bis 1952, existierte und damit auf eine vergleichsweise kurze historische Tradition zurückblicken kann. Das Fehlen einer territorialen Tradition brachte Sachsen-Anhalt auch den Beinamen eines „unhistorischen Landes“ ein. Erst im Prozess der deutschen Wiedervereinigung im Oktober 1990 wurde Sachsen-Anhalt dauerhaft neu gebildet. Ob während der Zeit der DDR im Bewusstsein der Bürger überhaupt ein Landesbewusstsein überlebte, ist ungewiss. Hinzu kamen nach der Wiedervereinigung spezifische Probleme, wie die anfangs strittige Hauptstadtfrage und die Abwanderung. Folglich war davon auszugehen, dass sich eine eigene Landesidentität erst allmählich herausbilden würde.[1]

Für das Jahr 1995 liegen Umfragedaten vor, die das Identitätsproblem, das die Bewohner mit ihrem Land damals hatten, widerspiegeln. Über die Hälfte der Bürger fühlte sich zu diesem Zeitpunkt wenig (43 %) oder gar nicht (10 %) mit dem Land verbunden. Bis zum Jahr 2007, knapp zwei Jahrzehnte nach der friedlichen Revolution in der DDR und der Wiedervereinigung Deutschlands, hatte sich die Einstellung der Bürger Sachsen-Anhalts zu ihrem Land zwischenzeitlich geändert. Zwei Drittel der Befragten gaben nun an, sich mit Sachsen-Anhalt stark (46 %) oder sehr stark (21 %) verbunden zu fühlen. 2012 war dieser Anteil auf insgesamt 78 Prozent angestiegen.

Dem Monitor 2014 zufolge, ist das Verbundenheitsgefühl der Bürger Sachsen-Anhalts zu ihrem Land zurückgegangen. Dies betrifft insbesondere den Personenanteil, der sich sehr stark mit Sachsen-Anhalt verbunden fühlt. Fühlten sich 2012 noch 29 Prozent sehr stark mit dem Land verbunden, sind es 2014 nur noch 19 Prozent (vgl. Abb. 1). Aber auch jetzt bekunden immer noch 71 Prozent eine Bindung an das Land. Im Durchschnitt betrachtet, befindet sich das Verbundenheitsgefühl der Bürger auf dem Niveau von 2007.

1 Vgl. Boll, B./Holtmann, E. (1997): Sachsen-Anhalt. In: Hartmann, J. (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bundesländer: Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 546-580; Tullner, M. (2001): Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt. Magdeburg: Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt.

Abb. 1 Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt im Zeitverlauf, 1995 – 2014 (Nennungen in Prozent)



Quelle: Werte für 1995 aus Infas Politogramm Sachsen-Anhalt September/Oktober 1995; Werte für 2007-2014 aus Sachsen-Anhalt-Monitor.
Frage 1a-f: Zu Beginn möchte ich gern wissen, wie stark Sie sich mit den folgenden Gebieten verbunden fühlen: Fühlen Sie sich mit … sehr stark, stark verbunden, etwas oder nicht verbunden?
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie stark sich die Sachsen-Anhalter mit anderen räumlichen Einheiten verbunden fühlen.

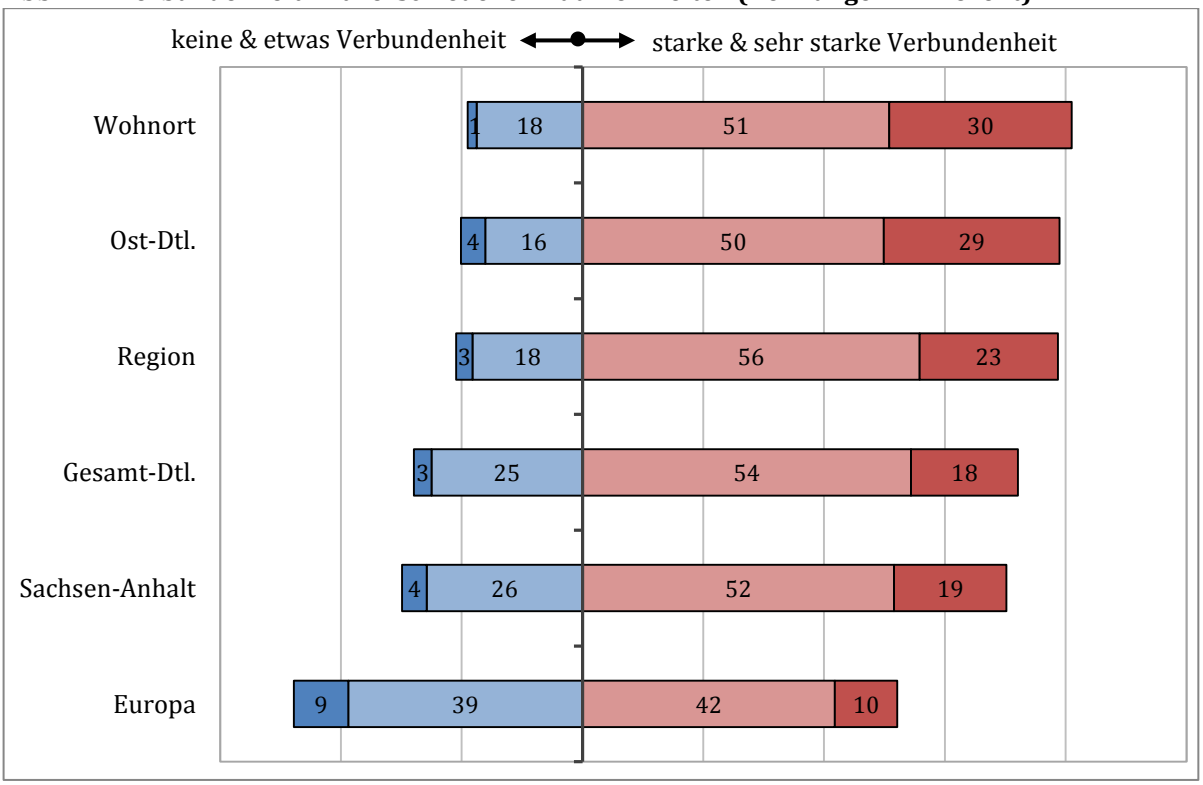
Fast genau so stark wie mit Sachsen-Anhalt fühlen sich die Befragten 2014 mit Gesamtdeutschland verbunden. Stärker ausgeprägt ist das Verbundenheitsgefühl zu einer der fünf Regionen des Landes, zu Ostdeutschland und zum eigenen Wohnort. Deutlich geringer als zu Sachsen-Anhalt und zu Gesamtdeutschland fällt die Affinität zu Europa aus (vgl. Abb. 2).

Im Vergleich zu 2012 ist bemerkenswert, dass mit Ausnahme des Bindungsgrades an Gesamtdeutschland und an Europa, das sehr starke Verbundenheitsgefühl zum Wohnort (–9 Prozentpunkte), zu Ostdeutschland (–7 Prozentpunkte), zur Region (–7 Prozentpunkte) und zu Sachsen-Anhalt (–10 Prozentpunkte) abgenommen hat. Während im Falle der drei erstgenannten territorialen Bezugsgrößen (Wohnort, Ostdeutschland, Region) die Abnahme der sehr starken Verbundenheit durch eine Zunahme der starken Verbundenheit weitgehend aufgefangen wird, ist dies bei der Verbundenheit zu Sachsen-Anhalt nicht der Fall. 2014 fühlen sich 26 Prozent der Bürger nur noch etwas und 4 Prozent gar nicht mit dem Bundesland, in dem sie leben, verbunden. 2012 waren es 19 (etwas verbunden) und 3 Prozent (gar nicht verbunden) gewesen.

Positiv entwickelt hat sich dagegen das Verbundenheitsgefühl zu Gesamtdeutschland und Europa. Beiden räumlichen Einheiten fühlen sich aktuell 71 und 52 Prozent

stark oder sehr stark verbunden. Im Vergleich zu 2012 ist dieser Anteil um 5 bzw. 7 Prozentpunkte gestiegen.

Abb. 2 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten (Nennungen in Prozent)



Frage 1: siehe Abb. 1
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

In Anbetracht der unterschiedlichen Entwicklungen beim Verbundenheitsgefühl interessiert, welche Faktoren für das Verbundenheitsgefühl der Bürger mit verschiedenen räumlichen Einheiten verantwortlich sind.

Die Verbundenheit von Personen mit räumlichen Einheiten hängt von verschiedenen Faktoren ab. Drei Gruppen von Faktoren erweisen sich als besonders aussagekräftig: Zu einer ersten Gruppe von Erklärungsfaktoren zählen herkunftsbezogene Variablen wie das Alter, die Wohndauer in Sachsen-Anhalt und die soziale Herkunft. Als eine zweite Gruppe werden Performanz-Indikatoren wie z.B. die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Landes oder die Einschätzung der persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt zur Erklärung der Verbundenheit herangezogen. Die politischen Einstellungen bzw. Verhaltensdispositionen der Befragten stellen schließlich eine dritte Gruppe von Erklärungsfaktoren dar.

Bezüglich der ersten herkunftsbezogenen Gruppe von Erklärungsfaktoren wird davon ausgegangen, dass das Verbundenheitsgefühl mit dem Alter der Befragten variiert und generationenabhängig ist. Diese Annahme erscheint insofern plausibel, als anzunehmen ist, dass jüngere Befragte, die nach der deutschen Einigung geboren sind, einen anderen Bezug zu räumlichen Einheiten wie Ost- und Gesamtdeutschland haben als Befragte, die noch zu Zeiten der DDR sozialisiert worden sind.

Generell ist erkennbar, dass das Gefühl einer Verbundenheit über alle sechs erhobenen geografischen Bezugsrahmen hinweg mit zunehmendem Alter höher ausfällt (vgl. vorletzte Zeile in Tab. 1). Das bedeutet allerdings nicht, dass die über 59-Jährigen auch diejenigen sind, bei denen die Verbundenheitsgrade bezüglich der sechs territorialen Einheiten besonders schwanken. Im Gegenteil weisen Personen, die 60 Jahre und älter sind, den geringsten Unterschied zwischen der positivsten und negativsten Verbundenheitsbekundung auf. Die Differenz beläuft sich auf gerade einmal einen halben Skalenpunkt. Ein ähnliches Bild findet man bei den 25- bis 34-Jährigen auf etwas niedrigem Niveau. Größere Unterschiede bei der Bindungskraft der verschiedenen territorialen Einheiten machen hingegen die 35- bis 49-Jährigen (vgl. letzte Zeile in Tab. 1).

Tab. 1 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Alter (Mittelwerte von 1 „nicht verbunden“ bis 4 „sehr stark verbunden“; in Klammern Rangordnung)

Verbundenheit	Sachsen-Anhalt (∅)	Alter in Jahren				
		18-24	25-34	35-44	45-59	60+
Wohnort*	3,10 (1)	2,96 (2)	2,99 (1)	3,05 (2)	3,18 (1)	3,11 (2)
Region*	2,99 (3)	2,81 (3)	2,91 (2)	2,94 (3)	3,09 (3)	3,00 (3)
Sachsen-Anhalt*	2,85 (4)	2,39 (6)	2,82 (4)	2,86 (5)	2,87 (4)	2,91 (4)
Ostdeutschland*	3,05 (2)	2,44 (5)	2,81 (5)	3,13 (1)	3,16 (2)	3,13 (1)
Gesamtdeutschland	2,87 (5)	3,00 (1)	2,90 (3)	2,90 (4)	2,81 (5)	2,88 (5)
Europa	2,53 (6)	2,56 (4)	2,44 (6)	2,46 (6)	2,49 (6)	2,61 (6)
generell	2,90	2,69	2,81	2,89	2,93	2,94
Differenz Max. – Min.	0,57	0,61	0,55	0,67	0,69	0,52

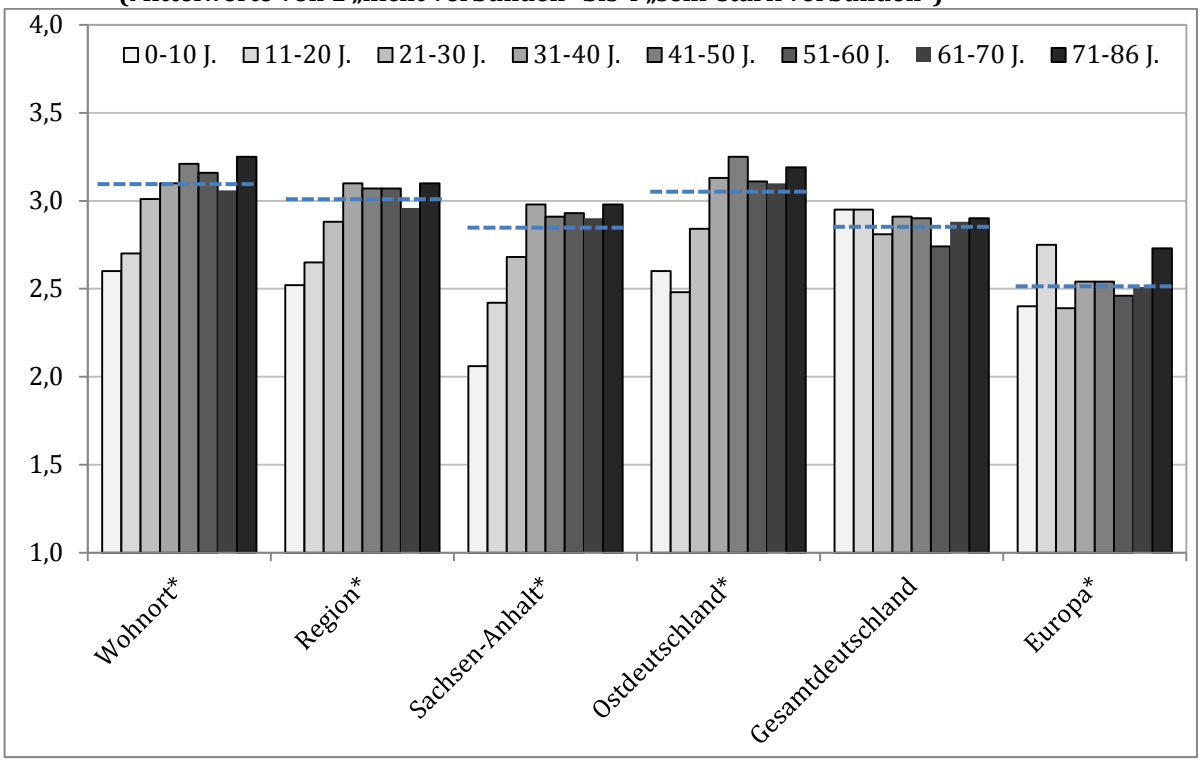
Anmerkung: blau = niedrigste Verbundenheit, rot = höchste Verbundenheit. Falls sich die niedrigste bzw. höchste Verbundenheit im Durchschnitt nur geringfügig von der zweitniedrigsten bzw. zweithöchsten Verbundenheit unterscheidet, wird diese zusätzlich hellblau oder hellrot markiert.
Frage 1: siehe Abb. 1
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant..
Abkürzungen: Max. = Maximum, Min. = Minimum.

Betrachtet man jede Alterskohorte für sich, so fallen einige Besonderheiten auf. Die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen nimmt gleich in mehrerer Hinsicht eine Sonderrolle ein: Sie weist eine deutlich geringere Verbundenheit zu Sachsen-Anhalt und zu Ostdeutschland auf als der Bevölkerungsdurchschnitt. Besonders deutlich ist der Unterschied im Hinblick auf Ostdeutschland, das bei den über 34-Jährigen den ersten oder zweiten Platz bei der Verbundenheit einnimmt, bei den 18- bis 24-Jährigen jedoch gerade einmal auf dem vorletzten Platz rangiert. Die 18- bis 24-Jährigen sind zudem die einzige Alterskohorte, bei denen die Verbundenheit zu Gesamtdeutschland an erster Stelle in der Verbundenheitshierarchie steht und Europa nicht den letzten Platz einnimmt. Offenbar denkt die nachwachsende Generation von Sachsen-Anhaltern 25 Jahre nach dem Umbruch globaler, auch europäischer und weniger in Dimensionen eines „gespaltenen Deutschlands“. In ihren Lebensvorstellungen spielt Mobilität, die einen weiteren räumlichen Radius hat, eine größere Rolle.

Die Gruppe der 25- bis 34-Jährigen fühlt sich Ostdeutschland ebenfalls deutlich weniger verbunden als die über 34-Jährigen, wenn auch weniger ausgeprägt als die 18- bis 24-Jährigen. Die übrigen Alterskohorten weisen keine nennenswerten Abweichungen vom Durchschnittsprofil auf.

Erwartungsgemäß hat die Wohndauer in Sachsen-Anhalt lediglich auf die kleineren räumlichen Einheiten (Wohnort, Region, Sachsen-Anhalt, Ostdeutschland), die eine geographische Nähe vermitteln, einen relevanten Einfluss. Auf die größeren territorialen Einheiten (Gesamtdeutschland, Europa) übt die Wohndauer in Sachsen-Anhalt hingegen keinen merklichen Einfluss aus (vgl. Abb. 3). Das Verbundenheitsgefühl zum Wohnort, zur Region, zum Land und zu Ostdeutschland steigt mit zunehmender Wohndauer in Sachsen-Anhalt. Ab einer Sesshaftigkeit von 41 oder 51 Jahren nimmt das Verbundenheitsgefühl teilweise wieder geringfügig ab.

Abb. 3 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Wohndauer in Sachsen-Anhalt (Mittelwerte von 1 „nicht verbunden“ bis 4 „sehr stark verbunden“)



Frage 1: siehe Abb. 1
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.
Die gestrichelte Linie gibt das durchschnittliche Verbundenheitsgefühl zur jeweiligen räumlichen Einheit an.

Der Grad der räumlichen Verbundenheit zu den verschiedenen territorialen Einheiten variiert ebenfalls je nach geografischer Herkunft (vgl. Tab. 2). Gebürtige Sachsen-Anhalter, die zu 77 Prozent in der Umfrage vertreten sind, fühlen sich am stärksten mit ihrem Wohnort verbunden, übrigens ebenso wie nicht in Deutschland Geborene. Letzteres ist nur auf den ersten Blick überraschend, denn zum einen kann man annehmen, dass gerade für Personen mit einem nichtdeutschen Herkunfts- bzw. Familienhintergrund das lokale Lebensumfeld eine orientierende Bedeutung hat. Zum anderen lebt

über die Hälfte der nicht in Deutschland geborenen Befragten bereits zwischen 61 und 70 Jahren in Sachsen-Anhalt, sodass diese Teilgruppe dasselbe Verbundenheitsmuster wie alle Personen mit derart langer Wohndauer abbildet (ebd.). Personen, die in einem anderen ostdeutschen Bundesland geboren wurden und 12 Prozent der Befragten ausmachen, geben an, sich am stärksten mit Ostdeutschland zu identifizieren. Die geringste Verbundenheit weisen alle drei genannten Gruppen zu Europa auf.

Ein abweichendes Muster zeigen Personen, die in Westdeutschland geboren wurden und zu 5 Prozent in der Umfrage vertreten sind. Sie fühlen sich am stärksten mit Gesamtdeutschland und am wenigsten mit Sachsen-Anhalt verbunden. Die vergleichbar kürzere Wohndauer kann zumindest ansatzweise als Erklärung für das gering ausgeprägte Verbundenheitsgefühl zu Sachsen-Anhalt dienen. Ein Viertel der westdeutschen Befragten lebt seit bis zu zehn Jahren in Sachsen-Anhalt, ein gutes Drittel zwischen 11 und 20 Jahren. Allerdings muss beachtet werden, dass auch Befragte mit Herkunft aus einem anderen ostdeutschen Bundesland ein weniger stark ausgeprägtes Verbundenheitsgefühl zu Sachsen-Anhalt haben. Offenbar entwickelt sich bei Zugezogenen eine Verbundenheit leichter zum Wohnort als zum Bundesland.

Tab. 2 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Geburtsort (Mittelwerte von 1 „nicht verbunden“ bis 4 „sehr stark verbunden“, in Klammern Rangordnung)

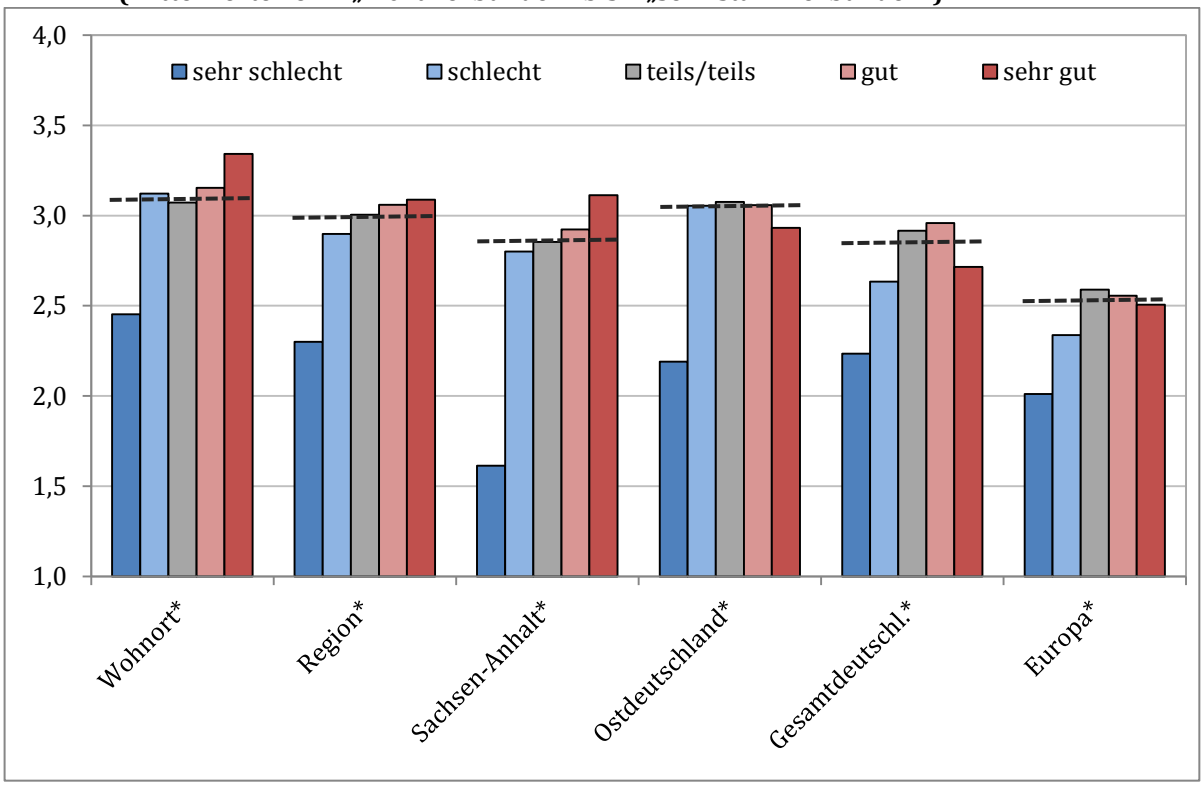
Verbundenheit	Sachsen-Anhalt (∅)	Geburtsort			
		Sachsen-Anhalt	anderes Bundesland in Ostdeutschland	Westdeutschland	Ausland
Wohnort*	3,10 (1)	3,16 (1)	2,99 (2)	2,60 (2)	2,94 (1)
Region*	3,00 (3)	3,05 (3)	2,90 (4)	2,42 (4)	2,85 (4)
Sachsen-Anhalt*	2,85 (5)	2,90 (4)	2,80 (5)	2,03 (6)	2,93 (2)
Ost-Dtl.*	3,06 (2)	3,09 (2)	3,19 (1)	2,34 (5)	2,86 (3)
Ges.-Dtl.	2,87 (4)	2,86 (5)	2,92 (3)	2,96 (1)	2,74 (5)
Europa	2,54 (6)	2,53 (6)	2,60 (6)	2,51 (3)	2,56 (6)
generell	2,90	2,93	2,90	2,48	2,81
Differenz Max.-Min.	0,56	0,63	0,59	0,93	0,38

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.
Frage 1: siehe Abb. 1

Zur zweiten Gruppe von Erklärungsfaktoren, die das Verbundenheitsgefühl der Bürger in Sachsen-Anhalt beeinflusst, zählen Performanz-Indikatoren. Die Beurteilung der Leistungsfähigkeit kann sich einerseits auf das Land Sachsen-Anhalt und andererseits auf die eigene Person beziehen (vgl. Kap. 2). Wie Abbildung 4 zeigt, prägt die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt das Verbundenheitsgefühl der Befragten deutlich. Allgemein gilt: Je besser die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt eingeschätzt wird, desto höher ist die Verbundenheit. Vor allem die Verbundenheit zu Sachsen-Anhalt ist sehr stark von der Einschätzung der Wirtschaftskraft des Bundeslandes abhängig. Personen, welche die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt als sehr schlecht einstufen, fühlen sich gar nicht oder nur etwas mit dem Land verbunden. Diejenigen,

die den Lauf der Ökonomie als sehr gut ansehen, fühlen sich stark mit Sachsen-Anhalt verbunden. Insgesamt hat eine gute Beurteilung der Wirtschaftskraft des Landes aber nicht nur positive Effekte auf das Verbundenheitsgefühl zu nahe liegenden territorialen Einheiten wie Wohnort, Region oder Bundesland, sondern auch auf die räumlich weiter gefassten Einheiten Ostdeutschland, Gesamtdeutschland und Europa.

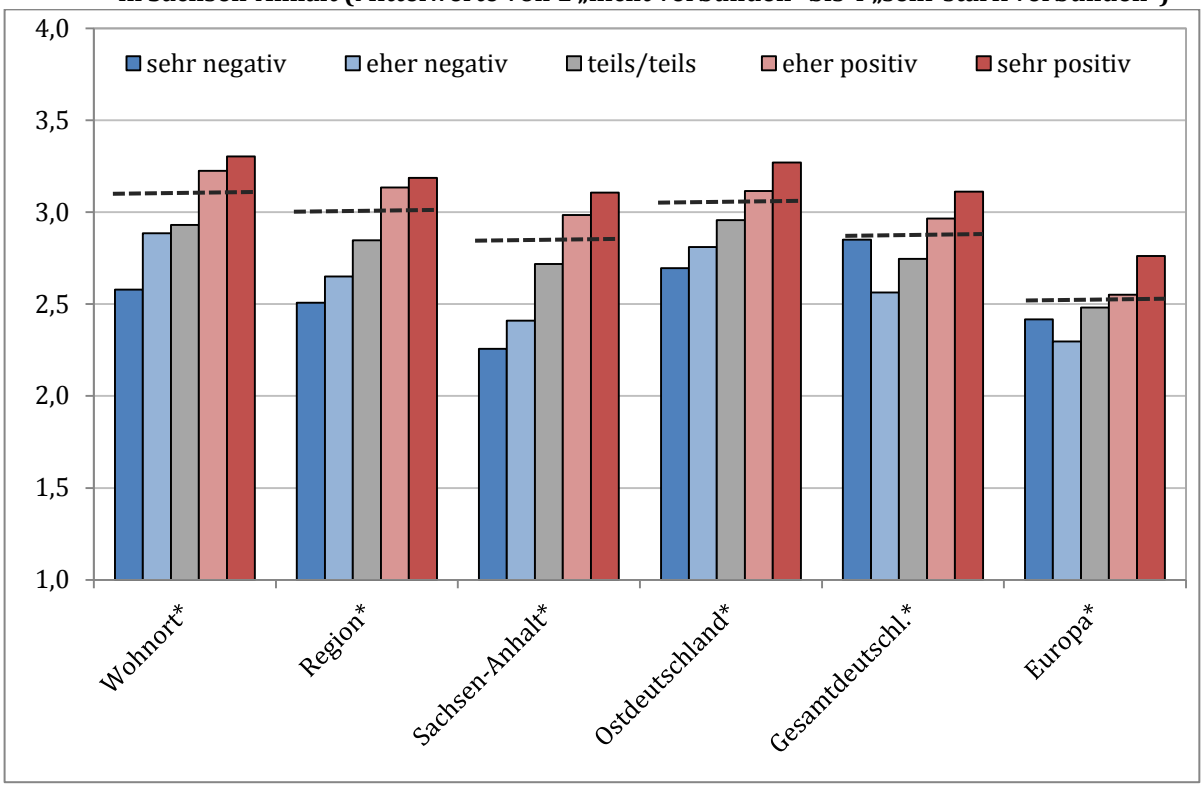
Abb. 4 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt (Mittelwerte von 1 „nicht verbunden“ bis 4 „sehr stark verbunden“)



Frage 1: siehe Abb. 1
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.
Die gestrichelte Linie gibt das durchschnittliche Verbundenheitsgefühl zur jeweiligen räumlichen Einheit an.

Ein ähnlicher Zusammenhang wie bei der Einschätzung der Wirtschaftslage in Sachsen-Anhalt zeigt sich auch zwischen der Beurteilung der persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt und dem Grad der Verbundenheit (vgl. Abb. 5): Je positiver die persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt gesehen wird, desto stärker ist auch das Verbundenheitsgefühl mit verschiedenen Raumeinheiten. Anders als bei der wirtschaftlichen Lage fällt der Zusammenhang bei den größeren geographischen Einheiten (Gesamtdeutschland und Europa) jedoch nicht so eindeutig aus wie bei den anderen räumlichen Größen. Dafür ist der Zusammenhang zwischen einer zuversichtlichen persönlichen Sicht auf die Zukunft und der Verbundenheit mit Territorien im näheren Umfeld der Befragten umso deutlicher, am stärksten bei der Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt. Wer persönlich optimistisch in die Zukunft sieht, identifiziert sich stärker mit dem Land.

Abb. 5 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach persönlicher Zukunft in Sachsen-Anhalt (Mittelwerte von 1 „nicht verbunden“ bis 4 „sehr stark verbunden“)



Frage 1: siehe Abb. 1
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.
Die gestrichelte Linie gibt das durchschnittliche Verbundenheitsgefühl zur jeweiligen räumlichen Einheit an.

Einen weiteren wichtigen Einflussfaktor auf das Verbundenheitsgefühl mit verschiedenen räumlichen Einheiten stellt die Parteipräferenz der Befragten dar (vgl. Tab. 3). Dem durchschnittlichen Verbundenheitsmuster in Sachsen-Anhalt entsprechen am ehesten die SPD-Anhänger. Sie weisen die gleiche Rangfolge bei den verschiedenen Objekten räumlicher Verbundenheit auf. Für Befragte mit CDU-Präferenz stellt nach dem Wohnort Gesamtdeutschland diejenige Größe dar, mit der sie sich am stärksten identifizieren. Ein ganz anderes Bild ergibt sich bei Anhängern der Linken. Diese bekunden die zweitniedrigste Verbundenheit zu Gesamtdeutschland. Die Verbundenheit zu Ostdeutschland ist hingegen hier am stärksten ausgeprägt.

Dieses Muster kennzeichnet auch Anhänger der AfD, allerdings auf niedrigerem Niveau. Auffallend bei mit der AfD Sympathisierenden ist zudem, dass diese sich als einzige Gruppierung nur schwach mit ihrem Wohnort identifizieren. Befragte mit einer Präferenz zu den Grünen oder den Liberalen bekunden generell nur geringfügige Unterschiede, was ihre Verbundenheit mit verschiedenen räumlichen Größen betrifft (siehe in Tab. 3 die geringere Differenz zwischen höchstem und niedrigstem Mittelwert). Beiden Anhängergruppen gemeinsam ist ihre unterdurchschnittliche Affinität zu Sachsen-Anhalt, die vor allem bei FDP-Anhängern ausgeprägt ist. Parteigänger der Liberalen sind auch die einzigen, die sich am stärksten mit Gesamtdeutschland verbun-

den fühlen und bei denen die Verbundenheit zu Europa nicht den letzten Platz einnimmt.

Tab. 3 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Parteipräferenz (Mittelwerte von 1 „nicht verbunden“ bis 4 „sehr stark verbunden“; in Klammern Rangordnung)

Verbundenheit	Sachsen-Anhalt (∅)	Parteipräferenz						
		CDU	Linke	SPD	Grüne	AfD	FDP[2]	Sonst.
Wohnort*	3,12 (1)	3,19 (1)	3,14 (2)	3,15 (1)	3,07 (1)	2,69 (4)	2,65 (2)	3,04 (1)
Region*	3,00 (3)	3,07 (3)	2,98 (3)	3,01 (3)	3,00 (2)	2,83 (2)	2,31 (6)	3,00 (3)
Sachsen-Anhalt*	2,86 (5)	2,92 (5)	2,81 (4)	2,92 (5)	2,76 (5)	2,78 (3)	2,36 (5)	2,75 (5)
Ost-Dtl.*	3,06 (2)	2,99 (4)	3,35 (1)	3,04 (2)	2,81 (4)	3,02 (1)	2,59 (3)	3,04 (1)
Gesamt-Dtl.*	2,91 (4)	3,08 (2)	2,65 (5)	2,96 (4)	2,97 (3)	2,56 (5)	2,69 (1)	2,86 (4)
Europa*	2,61 (6)	2,70 (6)	2,46 (6)	2,72 (6)	2,75 (6)	1,97 (6)	2,40 (4)	2,36 (6)
generell	2,93	2,99	2,90	2,97	2,89	2,64	2,50	2,84
Differenz Max. – Min.	0,51	0,49	0,89	0,43	0,32	1,05	0,38	0,68

Frage 1: siehe Abb. 1
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.
Abkürzungen: Max. = Maximum, Min. = Minimum.

2 Der Wert für FDP-Anhänger muss auf Grund der geringen Fallzahl, soweit vorhanden, hier und in den nachfolgenden Analysen unter Vorbehalt interpretiert werden.

2 Beurteilung von wirtschaftlicher Lage und Lebenszufriedenheit

Trotz einer in den letzten Jahren rückläufigen Arbeitslosenquote[3] weist Sachsen-Anhalt im Vergleich zu Gesamtdeutschland und zu den anderen ostdeutschen Ländern allgemein eine „eher verhaltene wirtschaftliche Dynamik" auf.[4] Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Bürger Sachsen-Anhalts die wirtschaftliche Lage ihres Bundeslandes wahrnehmen.

Generell kann die wirtschaftliche Lage zum einen für räumliche Einheiten wie ein Land von den Befragten beurteilt werden. Die Lageeinschätzung kann sich aber auch auf die wirtschaftliche Situation der eigenen Person beziehen. Abb. 6 zeigt, dass die Bevölkerung des Landes ihre persönliche wirtschaftliche Situation besser bewertet als die allgemeine ökonomische Lage in Sachsen-Anhalt oder in der Region, in der die Befragten leben. Dieses Einstellungsmuster ist durchaus plausibel. So kann eine Person einen gut bezahlten Arbeitsplatz haben und die eigene Situation infolgedessen als relativ gut einschätzen. Die gleiche Person nimmt nun in den Medien Berichte über Firmeninsolvenzen oder immer noch hohe Arbeitslosenzahlen zur Kenntnis und neigt daher dazu, die gesamtwirtschaftliche Lage eher negativ zu beurteilen.[5]

Insgesamt schätzen aktuell 26 Prozent der Sachsen-Anhalter die wirtschaftliche Lage im Land als eher gut ein. Über die Hälfte ist geteilter Meinung und weitere 17 Prozent stufen die ökonomischen Gegebenheiten als eher schlecht (15 %) oder sehr schlecht (2 %) ein (vgl. Abb. 6).

Im Zeitverlauf betrachtet (vgl. Abb. 7), hat sich die wirtschaftliche Situation Sachsen-Anhalts in der Wahrnehmung der Bürger seit 2009 kontinuierlich verbessert. Wurde 2009 noch ein im Durchschnitt eher negatives Lagebild gezeichnet (-0,80 auf einer Skala von -2 bis +2), so wird die Situation fünf Jahre später weitgehend neutral (0,11) beurteilt, das heißt in einem mittleren Bereich zwischen gut und schlecht eingestuft.

Auch bezüglich der Wirtschaftskraft der Region halten sich durchschnittlich jetzt bessere und schlechtere Beurteilungen beinahe die Waage (0,05). Offensichtlich fällt es

---

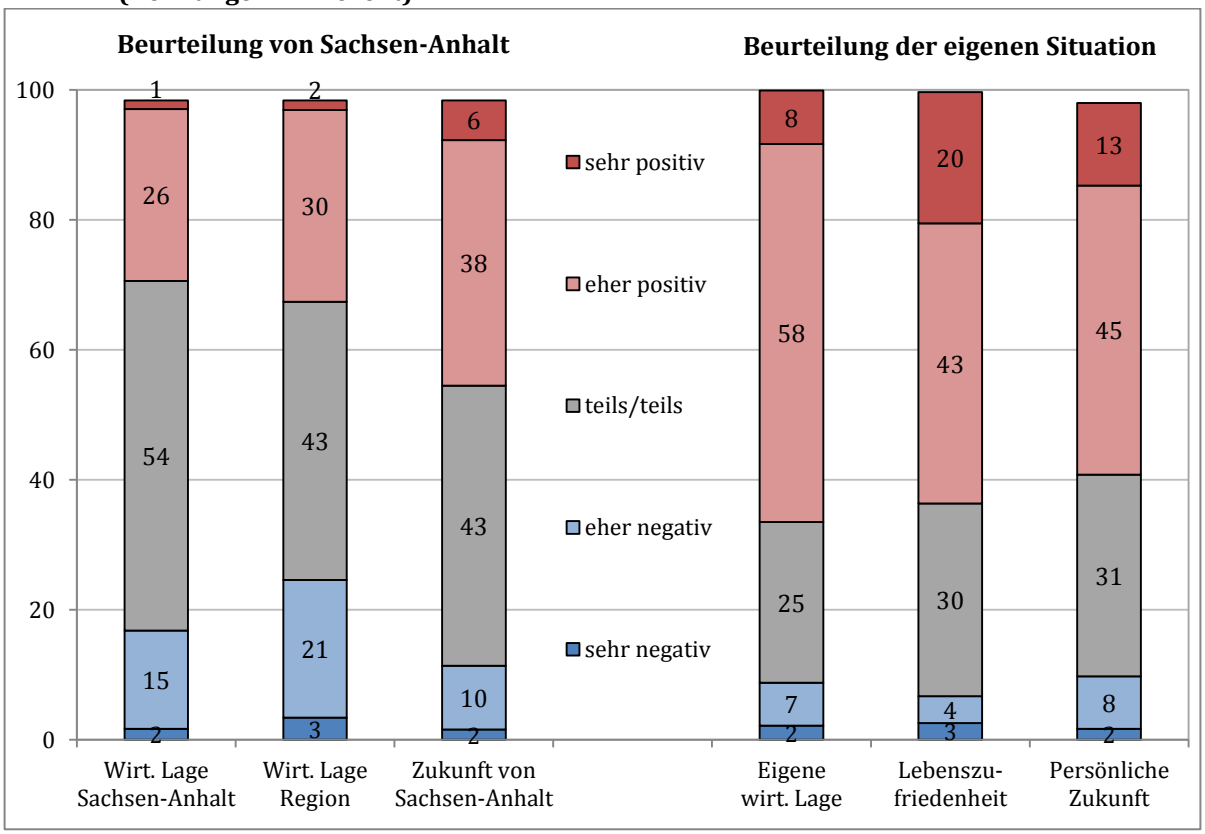
3 http://de.statista.com/statistik/daten/studie/2523/umfrage/entwicklung-der-arbeitslosenquote-in-sachsen-anhalt-seit-1999/ , abgerufen am 22.10.2014.

4 Nord LB (2013): Sachsen-Anhalt Report – 2. August 2013. In: https://www.nordlb.de/fileadmin/redaktion/analysen_prognosen/regionalanalysen/Sachsen-Anhalt_Report_02082013.pdf abgerufen am 10.10.2014; Deutsche Bundesbank Eurosystem 2014: Konjunktur regional. Zur Wirtschaftslage in Sachsen-Anhalt im 4. Quartal 2013. In: http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Bundesbank/Hauptverwaltungen_Filialen/bns/berichte/sachsen_anhalt_konjunktur_regional_4_2013.pdf?__blob=publicationFile abgerufen am 10.10.2014.

5 Wenzel, E. (2006): „Sozial ist, was Arbeit schafft"? Einstellungen zur Wirtschaftslage und sozialen Gerechtigkeit in Deutschland. In: Falter, J. W. u.a. (Hrsg.): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich. München: C.H. Beck, S. 37-56.

den Befragten leichter, die wirtliche Lage in der Region als in Sachsen-Anhalt insgesamt zu beurteilen. Dies ist daran zu erkennen, dass bei der Einschätzung der regionalen Wirtschaftslage der Anteil der teils/teils-Kategorie, die häufig auch von Personen ohne eindeutige Meinung genutzt wird, geringer und der Anteil mit einer Positiv- oder Negativ-Positionierung höher ausfällt (vgl. Abb. 6).

Abb. 6 Wirtschaftliche Lage und Lebenszufriedenheit in Gegenwart und Zukunft (Nennungen in Prozent)



Frage 2: Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrer derzeitigen Lebenssituation?
Frage 3a): Wie beurteilen Sie ganz allgemein die derzeitige wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt?
Frage 3b): Wie schätzen Sie die derzeitige wirtschaftliche Lage hier in der Region ein, in der Sie leben?
Frage 3c): Wie beurteilen Sie Ihre derzeitige eigene wirtschaftliche Lage?
Frage 4: Wie sehen Sie Ihre persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt?
Frage 5: Wie sehen Sie die Zukunft Sachsen-Anhalts?
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Im Vergleich zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage Sachsen-Anhalts und derjenigen der Region fällt die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Situation, wie zu erwarten, deutlich zuversichtlicher aus. Zwei Drittel der Befragten geben an, dass sie ihre derzeitige persönliche Wirtschaftslage als gut oder sehr gut wahrnehmen (vgl. Abb. 6).

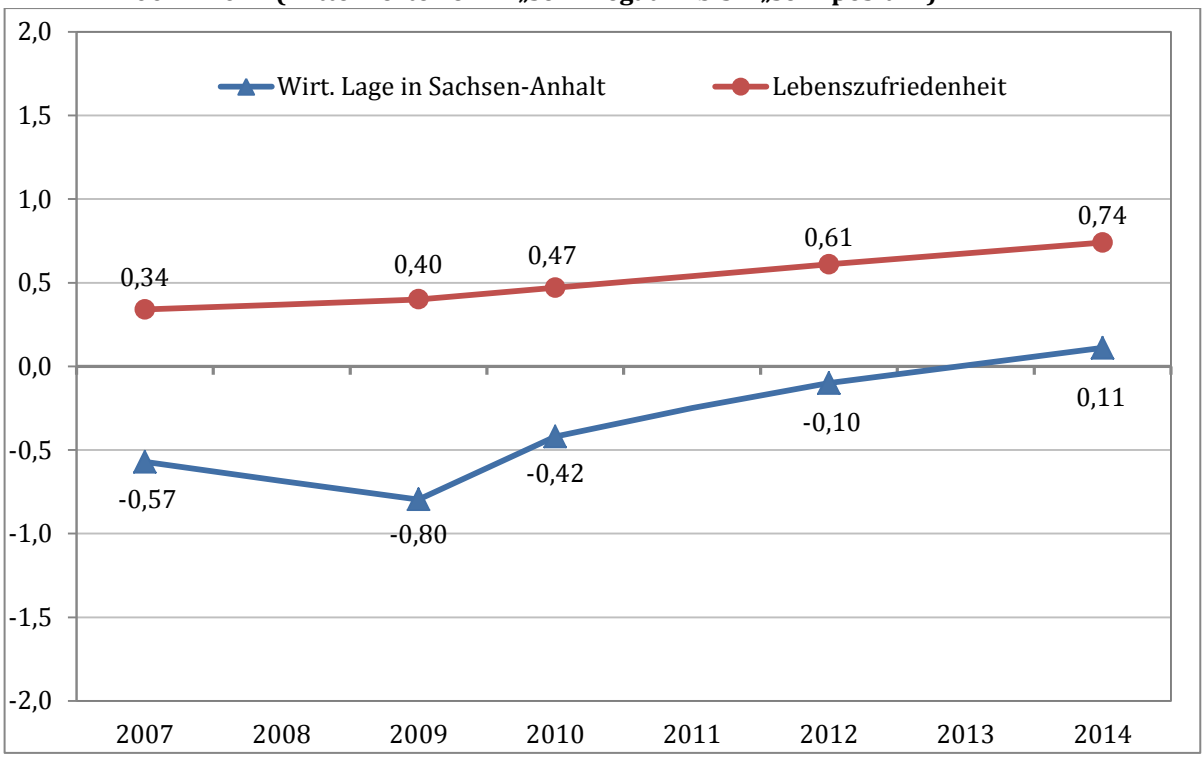
Die Lebenszufriedenheit wird ähnlich gut wie die eigene wirtschaftliche Lage eingeschätzt (ebd.). Wird eine Person gebeten, ihre Lebenslage selbst zu beurteilen, ist die Antwort in erster Linie das Ergebnis eines Abwägens und weniger von Gefühlen bestimmt. Die individuelle Urteilsbildung basiert in diesem Punkt normalerweise auf der Abschätzung eines längeren Zeitraums und schließt verschiedene Bereiche wie Familie,

Freunde, Beruf, Finanzen etc. in die Bewertung ein.[6] In Sachsen-Anhalt ist aktuell jeder fünfte Bürger sehr zufrieden mit seiner Lebenssituation, und weitere 43 Prozent geben an, eher zufrieden zu sein. Lediglich 7 Prozent der Befragten äußern sich unzufrieden über ihre Lebenslage.

Im Zeitverlauf hat sich die Einschätzung der Lebenszufriedenheit leicht verbessert. Während 2007 die Lebenszufriedenheit auf einer Skala von -2 bis +2 von allen Befragten mit 0,34 bewertet wurde, ist dieser Wert über die Jahre hinweg bis 2014 kontinuierlich auf 0,74 gestiegen (vgl. Abb. 7).

Richtet man den Blick auf die Beurteilung der persönlichen Zukunft, so bestätigt sich, dass auch diese Perspektive für die eigene Person positiver ausfällt als für das Land Sachsen-Anhalt. 58 Prozent der Landesbewohner sehen ihre persönliche Zukunft im Land zuversichtlich (vgl. Abb. 6). Vergleicht man die Zukunftseinschätzung jeweils mit den Wirtschaftsindikatoren, fällt jedoch ein unterschiedliches Antwortverhalten auf. Während die Zukunft Sachsen-Anhalts im Vergleich zur gegenwärtigen Wirtschaftslage des Landes durchschnittlich deutlich positiver beurteilt wird (0,38 vs. 0,11), zeigt sich bei der Beurteilung der eigenen Person ein umgekehrtes Muster: Hier wird die persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt im Durchschnitt etwas negativer eingestuft als die gegenwärtige eigene Wirtschaftslage (0,60 vs. 0,64). Man ist sich folglich nicht so sicher, ob eine aktuell zufriedenstellende Ökonomie zukunftsfest ist.

Abb. 7 Wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt und Lebenszufriedenheit im Zeitverlauf, 2007 – 2014 (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis 2 „sehr positiv“)



Frage 3a) und Frage 2: siehe Abb. 6

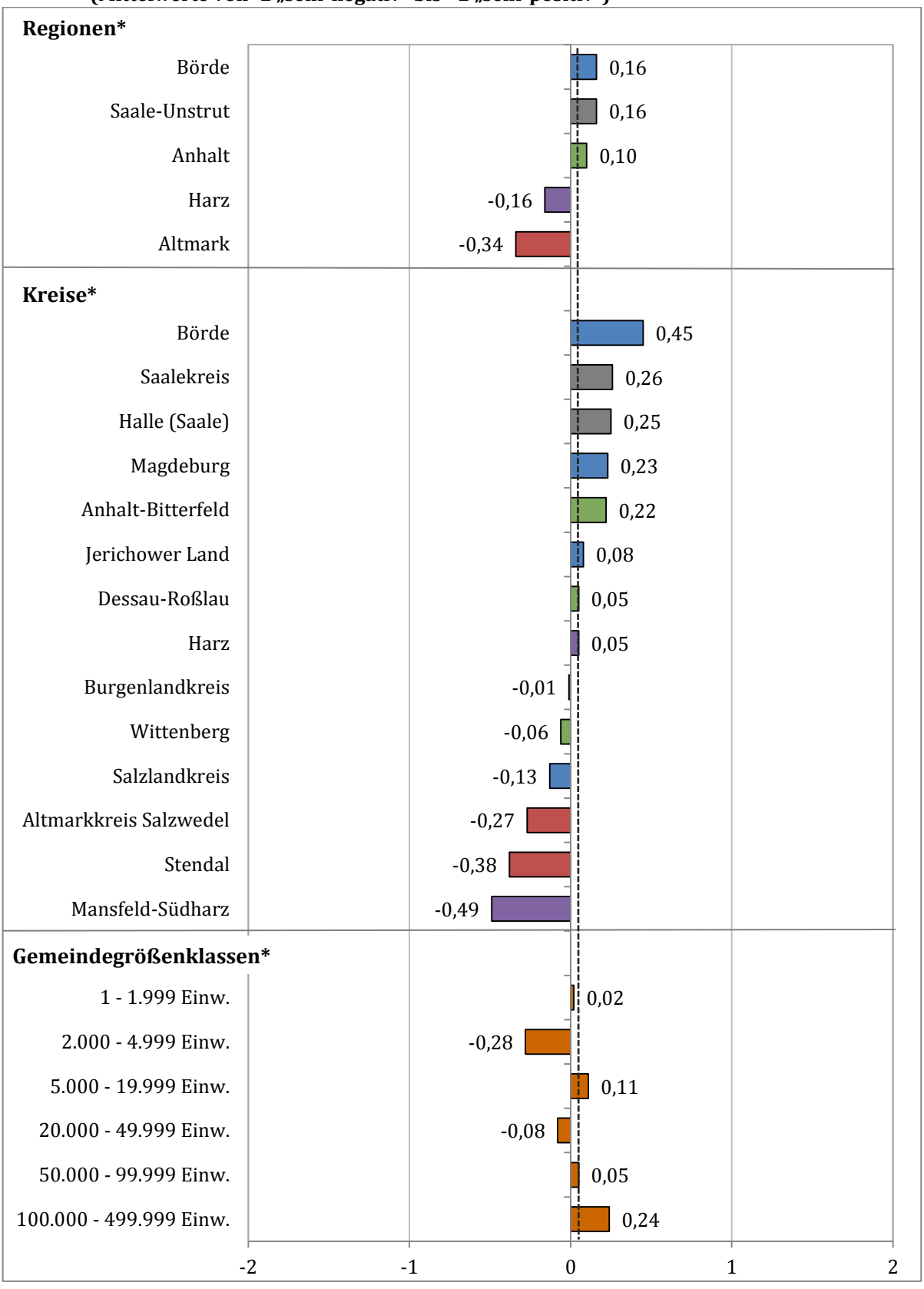
6 Asendorpf, J. B./Neyer, F. J. (2012): Psychologie der Persönlichkeit. Berlin, Heidelberg: Springer, Kapitel 4.

Wie oben bereits ausgeführt, bewertet der Durchschnitt der Bürger Sachsen-Anhalts die wirtschaftliche Lage der Region neutral (0,05). Das Meinungsbild variiert allerdings nach regionaler Herkunft und nach Kreiszugehörigkeit (vgl. Abb. 8). Während in der Börde und in der Region Saale-Unstrut die wirtschaftliche Lage im Mittel leicht positiv beurteilt wird, fällt die Einschätzung im Harz und vor allem in der Altmark negativ aus.

Der Blick auf die Kreisebene zeigt, dass die Unterteilung nach Regionen eine verhältnismäßig weit gespannte räumliche Einheit abbildet, innerhalb derer die Urteile über die Wirtschaftskraft der Region durchaus unterschiedlich ausfallen können. Beispielsweise wird die regionale Wirtschaftslage von Befragten aus Halle oder aus dem Saalekreis leicht positiv wahrgenommen, von Befragten aus dem Burgenlandkreis hingegen neutral. Ein recht unterschiedliches Meinungsbild in Bezug auf die ökonomische Situation der Region besteht auch bei Bürgern aus der Region Börde. Die Spanne der Bewertungen reicht von der positivsten Beurteilung durch die Anwohner im Kreis Börde (0,45) über die leicht positive Einschätzung der Magdeburger (0,23) und das weitgehend neutrale Urteil der Bürger im Jerichower Land (0,08) bis hin zur leicht negativen Meinung der Einwohner des Salzlandkreises (-0,13). Die deutlichsten Unterschiede bei den kreisspezifischen Beurteilungen der regionalen Wirtschaftskraft treten zwischen Bewohnern des Kreises Harz, welche die wirtschaftliche Lage in der Region neutral bewerten, und von Mansfeld-Südharz, die die Situation am schlechtesten einstufen, auf.

Bezogen auf die Gemeindegrößenklasse wird erkennbar, dass Befragte aus den kreisfreien Großstädten Magdeburg und Halle die regionale wirtschaftliche Lage generell positiver einschätzen als Bewohner anderer Gebietseinheiten. Deutlich negativer als die übrigen Befragten beurteilt die Bevölkerung von Gemeinden zwischen 2.000 und 4.999 Einwohnern die wirtschaftliche Situation in der zugehörigen Region (ebd.). Dass gerade in Gemeinden dieser Größenordnung eine besonders pessimistische Einschätzung der ökonomischen Umfeldbedingungen herrscht, erwies sich bereits im Sachsen-Anhalt-Monitor 2012 und bestätigt sich abermals 2014.

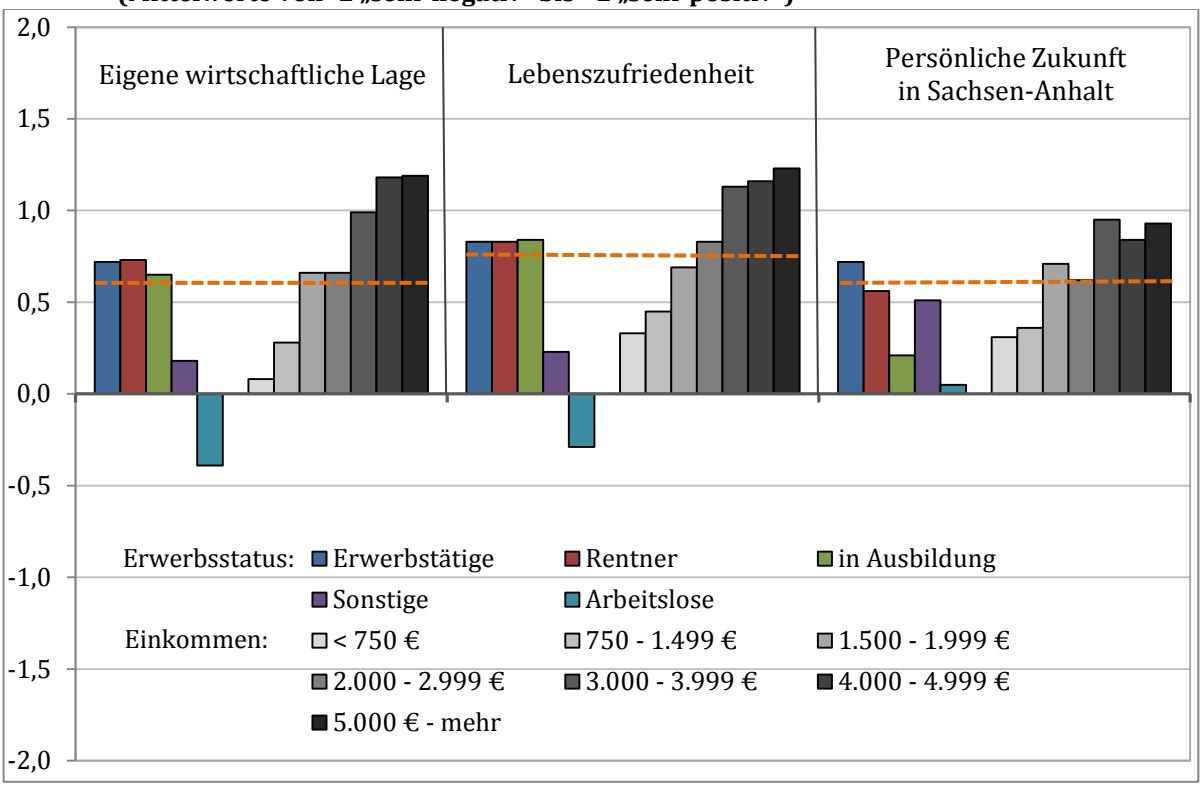
Abb. 8 Regionale wirtschaftliche Lage nach Regionen, Kreisen und Gemeindegrößenklassen (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)



Frage 3b): siehe Abb. 6
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.
Farben nach Regionen: Börde = blau, Harz = lila, Saale-Unstrut = grau, Altmark = rot, Anhalt = grün
Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

Abgesehen von den sozialräumlichen Aggregatmerkmalen der Befragten (Zugehörigkeit zu Region, Kreis und der Gemeindegrößenklasse) hängt das Urteil der Bürger über ihre eigenen Lebensumstände auch von ökonomischen Faktoren wie der Person selbst ab, also dem Status der Erwerbstätigkeit und dem monatlichen Netto-Haushaltseinkommen. Für letzteres gilt: Je höher das Einkommen einer Person ist, desto positiver schätzt diese ihre persönliche wirtschaftliche Lage ein, desto zufriedener ist sie mit ihrer Lebenssituation und desto optimistischer sieht sie ihrer persönlicher Zukunft in Sachsen-Anhalt entgegen (vgl. Abb. 9).

Abb. 9 Eigene wirtschaftliche Lage, Lebenszufriedenheit und persönliche Zukunft nach Erwerbstätigkeit und Einkommen (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)



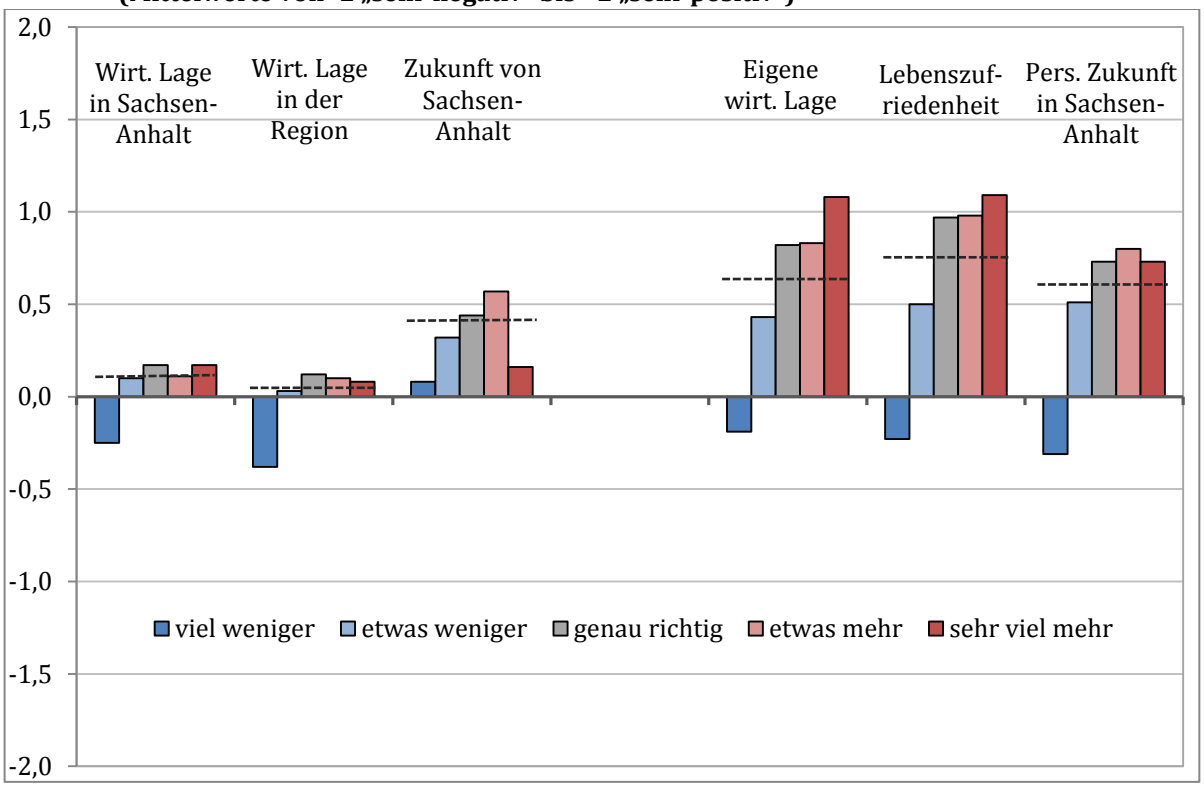
Frage 3c); Frage 2 und Frage 4: siehe Abb. 6
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.
Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

Was den Einfluss des Erwerbsstatus auf die Beurteilung der eigenen ökonomischen Situation betrifft, so zeigt sich, dass insbesondere Arbeitslose, die zu 5 Prozent im Datensatz vertreten sind, sich klar von den übrigen Befragten unterscheiden (ebd.). Ihr Urteil fällt deutlich negativer aus (-0,39). Jedoch zeigt sich, dass außerdem auch Personen, die zur Kategorie „Sonstige“ zählen, der u. a. Hausfrauen zugeordnet werden, ihre eigene wirtschaftliche Lage weniger positiv einschätzen. Ein vergleichbares Muster ist bei der Lebenszufriedenheit festzustellen. Ihre persönlichen Zukunftsaussichten im Land schätzen Arbeitslose neutral ein. Sie stellen damit die Bevölkerungsgruppe mit der am stärksten pessimistischen Sicht in die Zukunft. Unterdurchschnittlich fällt allerdings auch das Urteil von Auszubildenden aus. Offenbar schätzen diese ihre Chancen,

nach Abschluss der Ausbildung einen Arbeitsplatz in Sachsen-Anhalt zu finden, eher zurückhaltend ein.

Aber nicht nur ökonomische Faktoren wie der Erwerbsstatus und das Einkommen einer Person erklären die Einschätzung der allgemeinen und individuellen Lebenslage, auch politische Einstellungen und Verhaltensdispositionen üben einen signifikanten Einfluss aus. Konkret unterscheidet sich das Urteil der Befragten je nach Gerechtigkeitsvorstellung und Parteipräferenz. Bei der Gerechtigkeitsvorstellung gilt folgender Zusammenhang: Je stärker jemand davon überzeugt ist, dass er seinen gerechten Anteil erhält, desto positiver nimmt er die gesamtgesellschaftliche Wirtschaftslage und seine individuelle Lebenslage wahr. Besonders deutlich tritt dieser Zusammenhang bei der Beurteilung der eigenen Person zutage (vgl. Abb. 10).

Abb. 10 Wirtschaftliche Lage und Lebenszufriedenheit in Gegenwart und Zukunft nach Beurteilung des persönlichen Gerechtigkeitsanteils (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)



Frage 2; Frage 3a)/b)/c), Frage 4 und Frage 5: siehe Abb. 6
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.
Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

Ein klarer Zusammenhang besteht auch zwischen der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der Zukunft Sachsen-Anhalts einerseits sowie den eigenen Lebenschancen und den Parteipräferenzen der Befragten andererseits (vgl. Tab. 4). Generell beurteilen Anhänger der derzeit regierenden Parteien CDU und SPD die gesamtgesellschaftliche Wirtschaftslage und die individuelle Lebenssituation positiver als Anhänger anderer Parteien. Am negativsten wird die gegenwärtige Wirtschafts- und Lebenslage von Anhängern sonstiger Parteien eingestuft. Auch das Urteil der Anhänger der Linken fällt

in diesem Punkt unterdurchschnittlich aus. Am wenigsten hoffnungsfroh in die Zukunft blicken Anhänger der Liberalen. Sympathisanten der AfD schätzen zwar die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Sachsen-Anhalts und der Region eher negativ ein, sind aber mit der eigenen wirtschaftlichen Lage und ihren Lebensumständen relativ zufrieden. Tendenziell umgekehrt verhält es sich bei Parteigängern der Grünen: Sie beurteilen die gegenwärtige Wirtschaftslage des Landes wie der durchschnittliche Bürger Sachsen-Anhalts, schätzen ihre gegenwärtige Lebenslage aber etwas schlechter ein als die übrigen Befragten.

Tab. 4 Wirtschaftliche Lage, Lebenszufriedenheit und Zukunft nach Parteipräferenz (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)

	Sachsen-Anhalt (∅)	Parteipräferenz						
		CDU	Linke	SPD	Grüne	AfD	FDP	Sonst.
Wirt. Lage Sachsen-Anh.*	0,11	0,26	-0,02	0,14	0,10	-0,18	-0,16	-0,25
Wirt. Lage Region*	0,05	0,20	-0,02	0,07	0,01	-0,07	-0,15	-0,59
Zukunft Sachsen-Anh.*	0,38	0,52	0,25	0,49	0,23	0,13	-0,09	-0,07
Eigene wirt. Lage*	0,67	0,77	0,46	0,83	0,50	0,63	0,54	0,24
Lebenszufriedenheit*	0,78	0,87	0,52	0,98	0,65	0,69	0,52	0,46
Pers. Zukunft in Sachsen-A.*	0,64	0,80	0,41	0,76	0,67	0,39	-0,02	0,18

Anmerkung: blau = negativste Beurteilung, rot = positivste Beurteilung. Falls sich die negativste bzw. positivste Beurteilung im Durchschnitt nur geringfügig von der zweitnegativsten bzw. zweitpositivsten Beurteilung unterscheidet, wird diese zusätzlich hellblau oder hellrot markiert.
Frage 2; Frage 3a)/b)/c), Frage 4 und Frage 5: siehe Abb. 6
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.
Abkürzungen: Max. = Maximum, Min. = Minimum.

3 Politische Involvierung und politische Responsivität

3.1 Einbindung der Bürger in die Politik

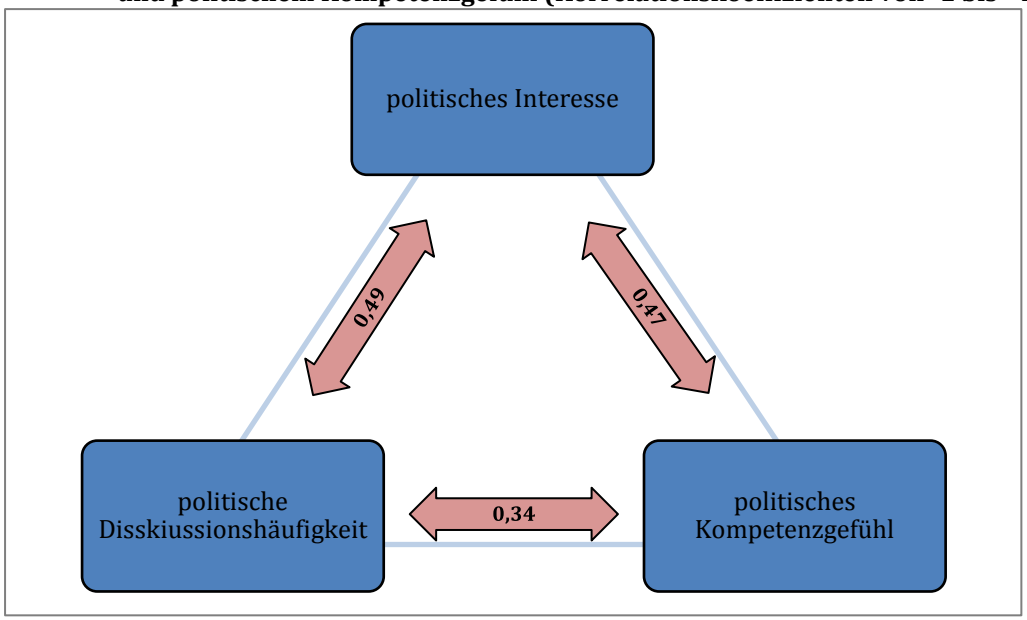
Eine wesentliche Voraussetzung für eine stabile und funktionsfähige Demokratie ist, dass sich die Bürger mit politischen Fragen auseinandersetzen. In der politischen Einstellungsforschung wird die mentale Beschäftigung mit Politik mit dem Begriff der politischen Involvierung beschrieben. Hierzu zählen Einstellungen wie das politische Interesse, ferner das Gefühl, politisch etwas bewirken zu können, und damit einhergehend die politische Diskussionshäufigkeit.

Die politische Involvierung ist in einer Demokratie eine notwendige Voraussetzung für die Durchsetzung der Interessen der Bürger, für die Herstellung von Offenheit des politischen Systems (Responsivität) gegenüber den Wählern und für die Kontrolle der politischen Entscheidungsträger. Diese Möglichkeiten der Einflussnahme eröffnen sich den Bürgern jedoch nur dann, wenn sie sich für Politik interessieren und überzeugt sind, politische Sachverhalte verstehen, beurteilen und gegebenenfalls beeinflussen zu können. Schaltet sich die Bevölkerung nur gering in das politische Geschehen ein, besteht die Gefahr der Abkopplung der politischen Führung. Eine Garantie für ein verantwortungsvolles Handeln der Herrschenden sind demzufolge Bürger, die die Folgen politischer Entscheidungen verstehen und einschätzen können und im Bedarfsfall auch politisch aktiv werden, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Demnach fördert ein hohes Ausmaß an politischer Involvierung eine verantwortliche und bürgernahe Politik.[7]

Dass alle drei Indikatoren (Politikinteresse, politische Diskussionshäufigkeit und politisches Kompetenzgefühl) auch in der Bevölkerung Sachsen-Anhalts eng miteinander zusammenhängen, lässt sich empirisch nachweisen (vgl. Abb. 11). Insbesondere zwischen dem Politikinteresse und der politischen Diskussionshäufigkeit einerseits und dem Politikinteresse und dem politischen Kompetenzgefühl andererseits besteht eine starke wechselseitige Abhängigkeit. Etwas weniger stark ist der Zusammenhang zwischen politischer Diskussionsfähigkeit und politischem Kompetenzgefühl. Demnach gilt: Nicht jeder, der oft über Politik redet, ist politisch selbstbewusst (kompetent). Ebenso gilt umgekehrt: Nicht jeder, der politisch kompetent ist, diskutiert viel über Politik.

7 Vgl. Gabriel, O. W. (2005): Politische Einstellungen und politische Kultur. In: Gabriel, O. W./ Holtmann, E. (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. München: Oldenbourg, S. 457-522: 470.

Abb. 11 Zusammenhang zwischen Politikinteresse, politischer Diskussionshäufigkeit und politischem Kompetenzgefühl (Korrelationskoeffizienten von -1 bis +1°)

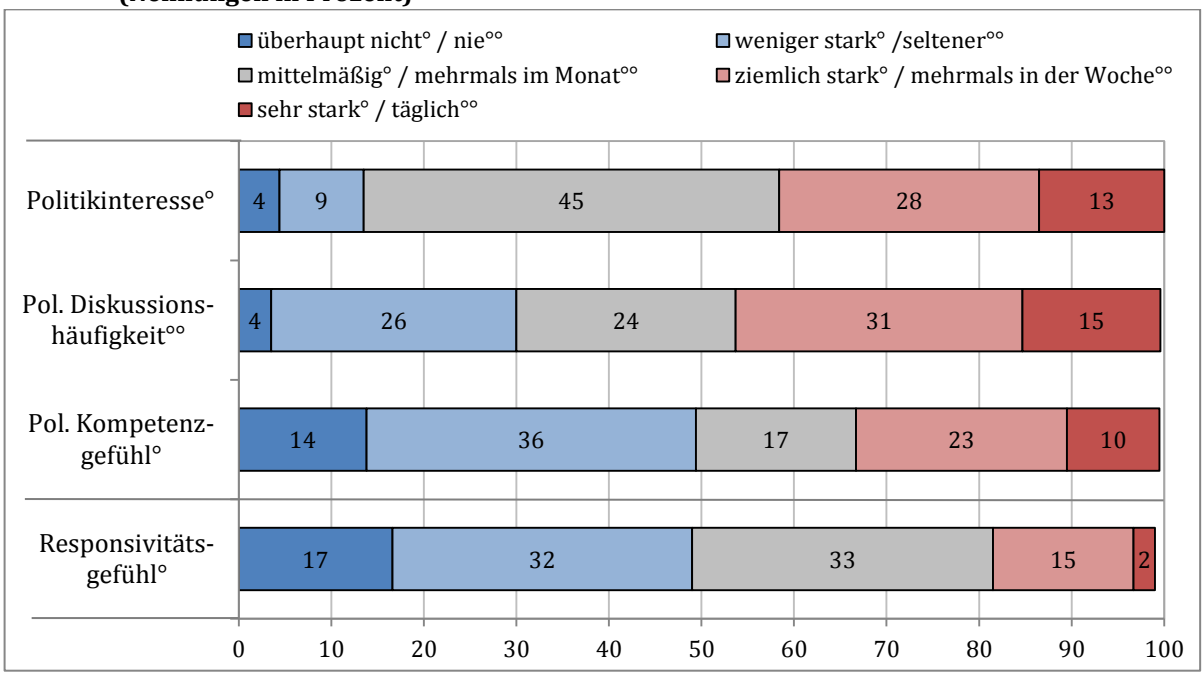


Frage 7; Frage 9, Frage 16a)/c): siehe Abb. 12
° -1 = perfekter negativer Zusammenhang, 0 = überhaupt kein Zusammenhang, 1 = perfekter positiver Zusammenhang.

Es stellt sich die Frage, in welchem Ausmaß die Bürger in Sachsen-Anhalt politisch involviert sind. Wie die aktuellen Daten zeigen, fällt die politische Involvierung je nach Indikator unterschiedlich aus (vgl. Abb. 12). Insgesamt sind 41 Prozent der Befragten stark oder sehr stark an Politik interessiert. Nur eine Minderheit von 13 Prozent gibt an, sich wenig oder überhaupt nicht für Politik zu interessieren.

Ein etwas anderes Muster zeigt sich bei der politischen Diskussionshäufigkeit. Zwar diskutiert knapp die Hälfte der Sachsen-Anhalter täglich oder mehrmals die Woche mit Familienmitgliedern, Freunden oder Arbeitskollegen über Politik. Allerdings sagt auch etwa jeder Dritte, dass er sich seltener als mehrmals im Monat oder nie über Politik unterhalte. Und jeder zweite Befragte fühlt sich nicht in der Lage, politische Sachverhalte zu verstehen und zu beurteilen. Lediglich ein Drittel der Sachsen-Anhalter fühlt sich politisch kompetent. Insgesamt ergibt sich damit ein geteiltes Bild, was die politische Involvierung der Bürger in Sachsen-Anhalt anbelangt. Zugespitzt kann man das Einstellungsmuster wie folgt zusammenfassend beschreiben: politisch interessiert, aber nur bedingt politisch kompetent.

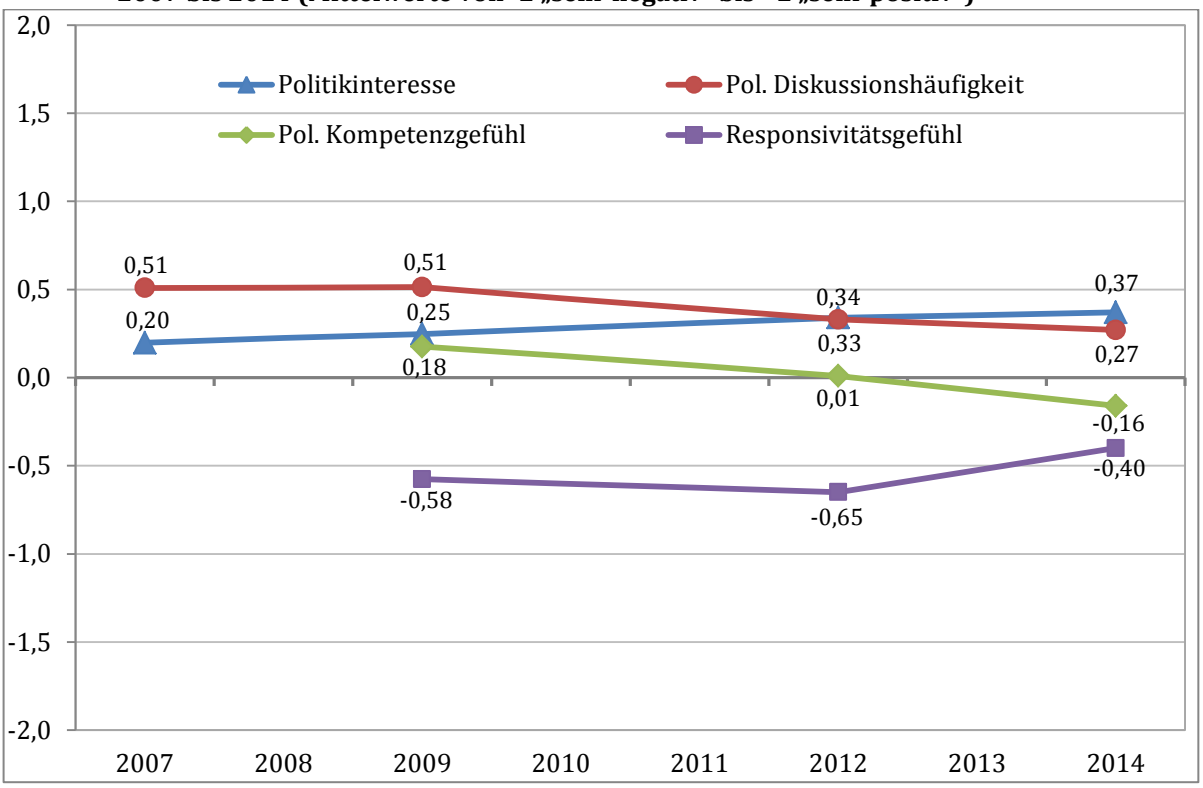
Abb. 12 Politische Involvierung und Responsivitätsgefühl (Nennungen in Prozent)



Frage 7: Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, ziemlich stark, mittelmäßig (nur 2012 und 2014), weniger stark oder überhaupt nicht?
Frage 9: Wie oft sprechen Sie in der Familie, mit Freunden oder Arbeitskollegen über Politik: Würden Sie sagen täglich, mehrmals in der Woche, mehrmals im Monat, seltener oder nie?
Politisches Kompetenzgefühl: Index aus 3 Fragen (2014: aus 2 Fragen)
Frage 16a): Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht.
Frage 16c): Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.
nur 2009 und 2012: Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.
Responsivitätsgefühl: Index aus 3 Fragen (2014: aus 2 Fragen)
Frage 16b): Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.
Frage 16d): Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, Ihre Ansichten interessieren sie nicht.
nur 2009 und 2012: Politiker kümmert, was einfache Leute denken.

Im Zeitverlauf betrachtet, hat sich die politische Involvierung der Bürger Sachsen-Anhalts nur geringfügig geändert (vgl. Abb. 13). Während das politische Interesse zwischen 2007 und 2014 leicht angestiegen ist, haben die politische Diskussionshäufigkeit und das Gefühl politischer Kompetenz leicht abgenommen.

Abb. 13 Entwicklung der politischen Involvierung und der Responsivität im Zeitverlauf, 2007 bis 2014 (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)

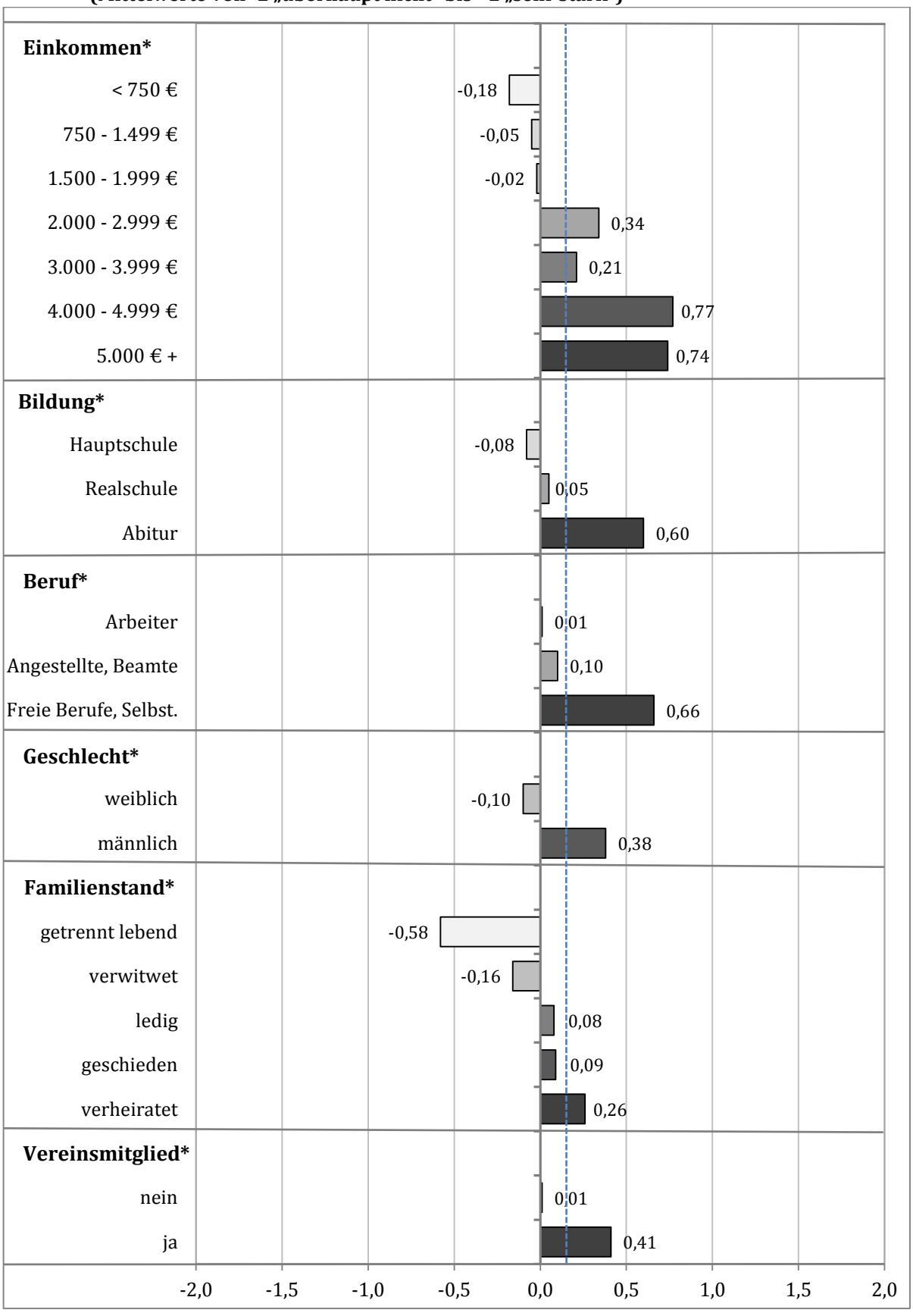


Frage 7; Frage 9, Frage 16a)- d): siehe Abb. 12

Um die Frage zu beantworten, welche Faktoren dafür verantwortlich sind, dass manche Bürger involvierter sind als andere, wurde ein Index „politische Involvierung“ gebildet, der sich aus dem Politikinteresse, der politischen Diskussionshäufigkeit und dem politischen Kompetenzgefühl zusammensetzt. Im Folgenden wird auf diejenigen Einflussfaktoren näher eingegangen, die sich am erklärungskräftigsten für die politische Involvierung erwiesen (vgl. Abb. 14).

Einen besonders deutlichen Einfluss übt die materielle und immaterielle Ressourcenausstattung in Form des Einkommens und der Bildung auf die politische Involvierung aus. Es gilt: Je höher das monatliche Haushaltseinkommen ausfällt, desto stärker sieht sich die betreffende Person politisch involviert. Dies trifft insbesondere auf jene Sachsen-Anhalter zu, die über ein monatliches Haushaltseinkommen von über 4.000 Euro verfügen. Im Durchschnitt fühlen diese „Besserverdienenden“ sich um eine Skaleneinheit kompetenter als Personen der niedrigsten Einkommenskategorie. Auch beim Bildungsniveau steigt das Gefühl, politisch involviert zu sein, nicht kontinuierlich an, sondern sprunghaft. Die Trennlinie verläuft zwischen Befragten mit Haupt- oder Realschulabschluss und denjenigen mit Abitur. Letztere fühlen sich um ein Vielfaches kompetenter. Die Aufschlüsselung nach Berufsgruppen zeigt, dass es im Vergleich zu Arbeitern, Angestellten und Beamten vor allem Freiberufler und Selbständige sind, die sich eine hohe politische Involvierung zuschreiben.

Abb. 14 Politische Involvierung nach verschiedenen Erklärungsfaktoren (Mittelwerte von -2 „überhaupt nicht“ bis +2 „sehr stark“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.
Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

Abgesehen von der individuellen Ressourcenausstattung üben noch andere Persönlichkeitsmerkmale einen Einfluss auf die politische Involvierung aus. So lässt sich beispielsweise ein Geschlechtereffekt beobachten. Frauen sind weniger politisch involviert als Männer. Zudem übt der Familienstand einen Einfluss auf die politische Involvierung einer Person aus. Hier unterscheiden sich insbesondere die Getrenntlebenden von den übrigen Befragten, da sie stark unterdurchschnittlich politisch involviert sind. Darüber hinaus hat die Einbindung in soziale Netzwerke, wozu die Vereinsmitgliedschaft zählt, einen positiven Effekt auf das Gefühl, sich politisch in das System einbringen zu können. Offensichtlich werden Vereine ihrem Ruf, als Schule der Demokratie zu fungieren, gerecht.

3.2 Beurteilung der Offenheit des politischen Systems

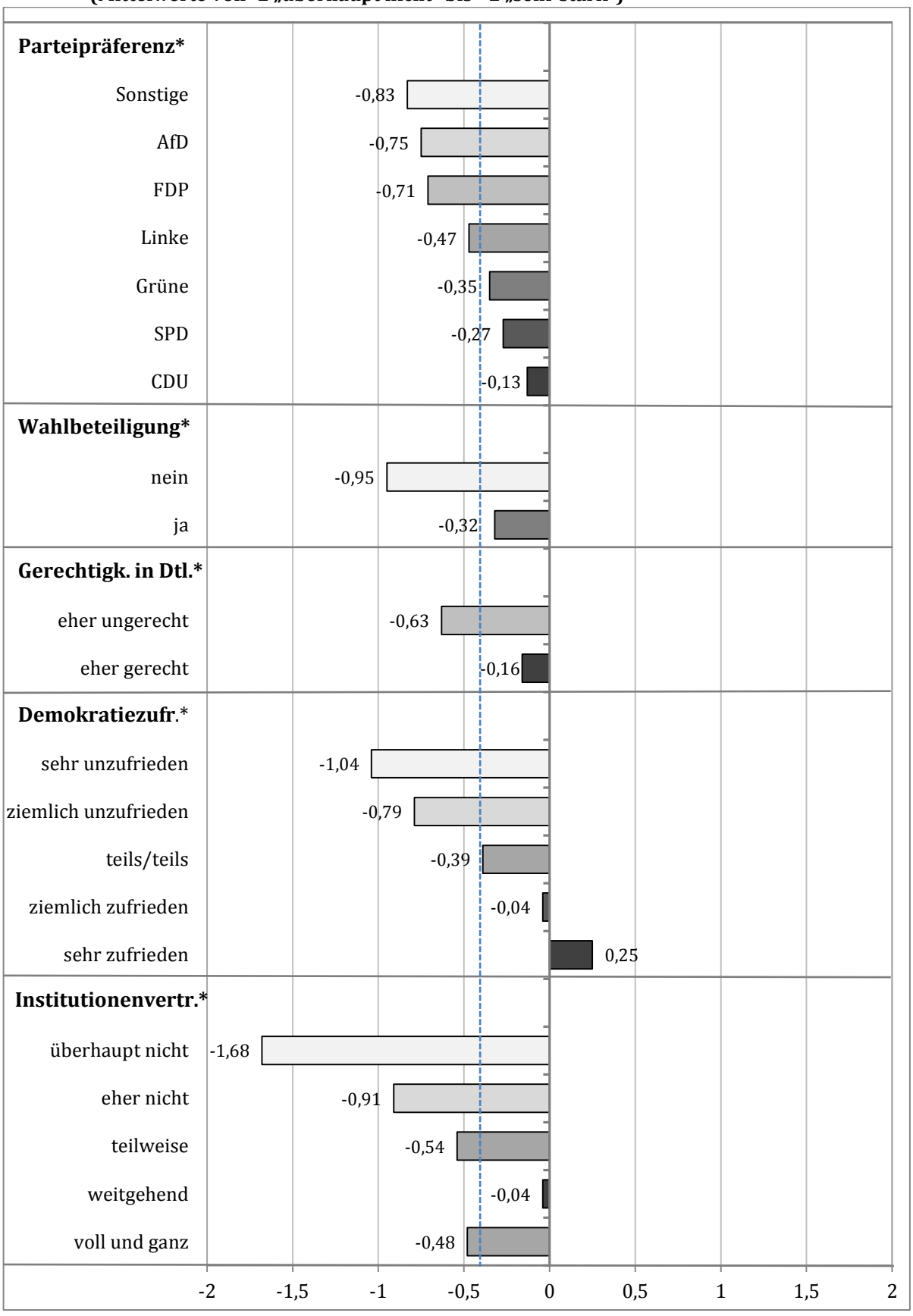
Neben der politischen Involvierung spielt auch die Beurteilung der Offenheit des politischen Systems durch die Bürger für dessen Funktionsfähigkeit und Stabilität eine bedeutsame Rolle. In der Literatur wird die Überzeugung der Bürger, dass das politische System für ihre Anliegen offen ist und auf diese aufgeschlossen reagiert, als politische Responsivität bezeichnet. Voraussetzung für diese Bereitschaft zur Rückkopplung ist, dass die politischen Repräsentanten, vor allem die Parlamentsabgeordneten, an den Wünschen und Erwartungen der Wähler interessiert sind, diese aufnehmen und in den politischen Entscheidungsprozess einfließen lassen.[8]

Im Vergleich mit der politischen Involvierung (Durchschnittswert 0,14) wird die Offenheit des politischen Systems seitens der Sachsen-Anhalter deutlicher negativer beurteilt (Durchschnittswert von -0,40). Lediglich 17 Prozent der Bevölkerung des Landes sind der Ansicht, dass sich die politische Elite responsiv gegenüber den Wünschen der Bürger verhält. Jeder zweite Befragte vertritt stattdessen die Meinung, dass die politischen Entscheidungsträger die Präferenzen der Bevölkerung weitgehend ignorieren (vgl. Abb. 12). Dieses Urteil der Bürger hat sich in den letzten fünf Jahren nur geringfügig geändert. Zwischen 2012 und 2014 ist jedoch eine leicht positive Entwicklung des Responsivitätsgefühls der Bürger zu beobachten (vgl. Abb. 13).

Bei den Erklärungsfaktoren für die Responsivitätseinschätzung der Sachsen-Anhalter ist ein klarer und alle anderen Individualmerkmale übertreffender Zusammenhang mit dem Institutionenvertrauen und der Demokratiezufriedenheit nachweisbar (vgl. Abb. 15). Je mehr die Bürger den Einrichtungen des öffentlichen Lebens vertrauen und je zufriedener sie mit dem aktuellen Zustand der Demokratie sind, desto responsiver beurteilen sie das System. Dass Responsivität und Institutionenvertrauen eng miteinander verbunden sind, ist naheliegend, da das im Index enthaltene Parlament zu einer der zentralen Institutionen zählt.

8 Brettschneider, F. (2002): Responsivität. In: Greiffenhagen, M./Greiffenhagen, S./Neller, K. (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 541-547.

Abb. 15 Responsivitätsgefühl nach verschiedenen Erklärungsfaktoren (Mittelwerte von -2 „überhaupt nicht“ bis +2 „sehr stark“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.
Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

Mangelnde politische Responsivität kann mit dem Entzug politischer Unterstützung quittiert werden, zum Beispiel mit Stimmenthaltung bei der nächsten Wahl oder dem Votieren für eine Oppositionspartei. In der Tat fällt das Responsivitätsgefühl von Nichtwählern deutlich geringer aus als das von Wählern. Im Hinblick auf die Parteipräferenz stufen die Anhänger der derzeit im Land regierenden Parteien CDU und SPD die Offenheit des politischen Systems am positivsten ein. Eine konträre, nämlich entschieden negative Meinung in diesem Punkt, äußern Personen, die sonstige Parteien sowie die AfD oder die Liberalen bevorzugen (ebd.).

Schließlich übt auch das Gerechtigkeitsempfinden einen Einfluss auf die Wahrnehmung der Responsivität aus: Menschen, die den Eindruck haben, dass es in Deutschland alles in allem eher ungerecht zugeht, bewerten die Offenheit des Systems deutlich kritischer als Personen, die eher gerechte Verhältnisse sehen (ebd.).

4 Vertrauen in die Politik

Ein wesentlicher Bestandteil jeder Demokratie ist das Vertrauen der Bürger in die Institutionen des Staates und darauf, dass die gewählten Politiker ihr Handeln am Gemeinwohl ausrichten und die Interessen des Volkes vertreten. Allgemein wird unter Vertrauen „eine auf bestimmte Standards und Erwartungen gestützte positive Orientierung auf Objekte“[9] verstanden. Das politische Vertrauen zeichnet sich dadurch aus, dass es sich auf politische Objekte bezieht. Hierzu zählen Institutionen ebenso wie Repräsentanten auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems.

Über die Notwendigkeit und das Ausmaß politischen Vertrauens bestehen in der Forschung unterschiedliche Ansichten. Anhänger einer demokratischen Elitenherrschaft vertreten die Auffassung, dass eine breite Vertrauensbasis zwischen Bevölkerung und Institutionen eine notwendige Voraussetzung für effektive Regierungsarbeit ist. Befürworter einer starken Basisdemokratie sprechen sich hingegen für eine gestärkte kritische Öffentlichkeit aus, die das Handeln der politischen Führung kontrolliert. Letztere sehen in zu viel Vertrauen seitens der Bürger in die politischen Institutionen und in deren Repräsentanten die Gefahr, dass Vertrauens- und Machtmissbrauch Vorschub geleistet wird. Andere Autoren wiederum sehen in einer gesunden Mischung von politischem Vertrauen und Misstrauen, das je nach Bevölkerungsgruppe und über die Zeit variiert, das beste Mittel für das Funktionieren einer Demokratie. In jedem Falle gilt: Ist das Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Politik ausgewogen, werden wichtige politische Entscheidungen von den Bürgern auch dann akzeptiert, wenn sie kurzfristig den eigenen Interessen widersprechen. Unter solchen Bedingungen trägt politisches Vertrauen nicht nur zur Kooperation bei, sondern reduziert auch die Transaktionskosten.[10]

Üblicherweise wird zwischen rechts- und parteienstaatlichen Institutionen unterschieden.[11] Parteienstaatliche Institutionen, wie das Parlament, die Regierung und die Parteien, gestalten maßgeblich politische Entscheidungen mit, sind stärker in die Tagespolitik und damit einhergehende Konflikte involviert und werden daher seitens der Bürger auch stärker mit Interessenkämpfen identifiziert. Da die meisten Bürger keinen direkten Kontakt mit parteienstaatlichen Institutionen haben, ist für jene zudem eine größere Entfernung vom Bürger kennzeichnend. Rechtsstaatliche Institutionen, wie die Gerichte, die Polizei und die Verwaltung, setzen hingegen in erster Linie politische Ent-

9 Gabriel, O. (2002): Politisches Vertrauen. In: Greiffenhagen, M./Greiffenhagen, S./Neller, K. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Politischen Kultur der BRD. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 494-499.

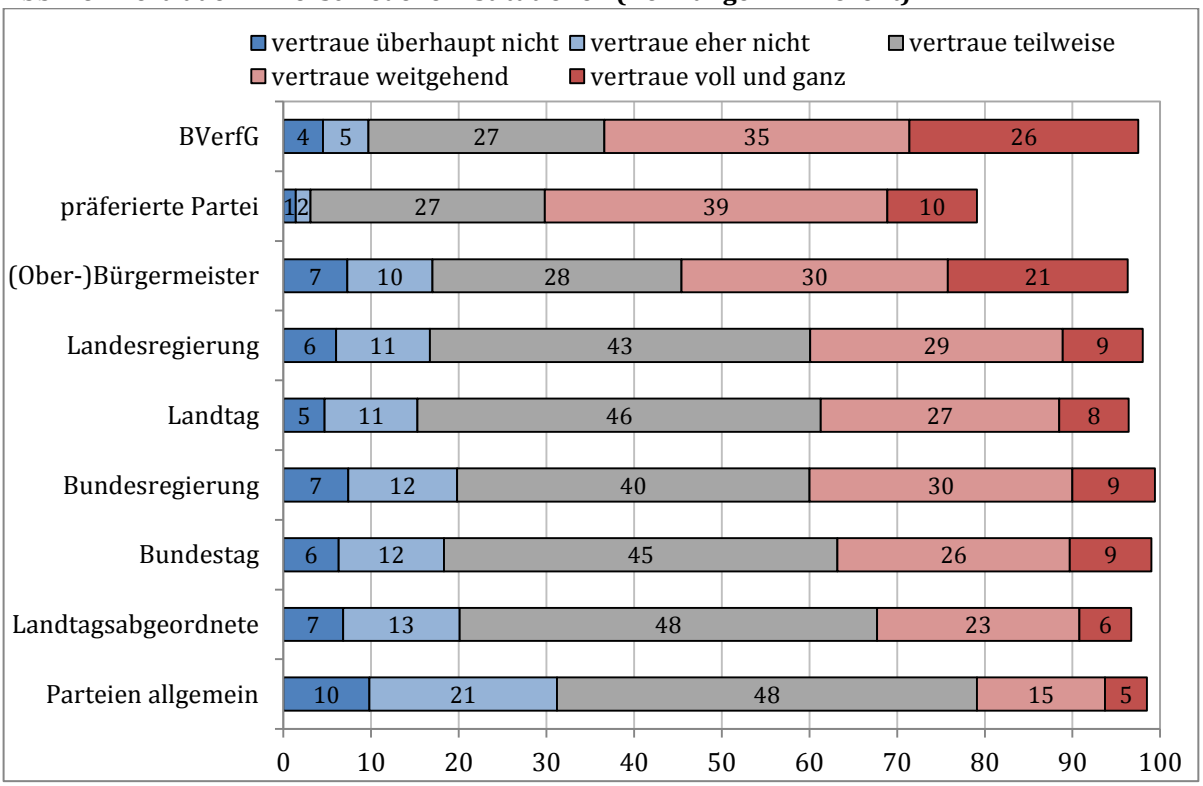
10 Vgl. Braun, D. (2010): Politisches Vertrauen in neuen Demokratien Europas. Working Papier Nr. 131, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung; Schweer, M. K. (2000): Politisches Vertrauen: Theoretische Ansätze und empirische Befunde. In: ders. (Hrsg.): Politische Vertrauenskrise in Deutschland?, Münster: Waxmann, S. 9-26.

11 Vgl. Gabriel, O. (2002) a.a.O.

scheidungen um oder wenden Gesetze an. Sie zeichnen sich durch fehlende politische Entscheidungsgewalt aus, werden deshalb aber auch als politisch neutral und unparteiisch wahrgenommen.[12]

Konfrontiert man die Sachsen-Anhalter mit der Frage nach der Stärke ihres Vertrauens in verschiedene öffentliche Einrichtungen des politischen Lebens, wird eine klare Vertrauenshierarchie erkennbar (vgl. Abb. 16).

Abb. 16 Vertrauen in verschiedene Institutionen (Nennungen in Prozent)



Frage 15a)-i): Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen. Bitte sagen Sie mir für jede, ob Sie ihr voll und ganz, weitgehend, teilweise, eher nicht oder überhaupt nicht vertrauen. Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt; bei „präferierte Partei“ zusätzlich Personen ohne Parteipräferenz.

Am stärksten vertrauen die Bürger des Landes dem als überparteilich angesehenen Bundesverfassungsgericht. Ein Viertel der Bevölkerung vertraut ihm sehr und ein weiteres Drittel weitgehend. Ein bemerkenswert gespaltenes Verhältnis zeigt sich beim Vertrauen in die politischen Parteien. Wird nach der Einstellung gegenüber den Parteien allgemein gefragt, fällt das Urteil der Befragten negativ aus. Den Parteien wird von allen öffentlichen Einrichtungen am wenigsten vertraut. Diese Bewertung bestätigt die lange Tradition der Kritik an den Parteien und am Parteienstaat in Deutschland, die von Vorwürfen wie Machtbesessenheit, Bürgerferne, Eigennutz und mangelnder Ver-

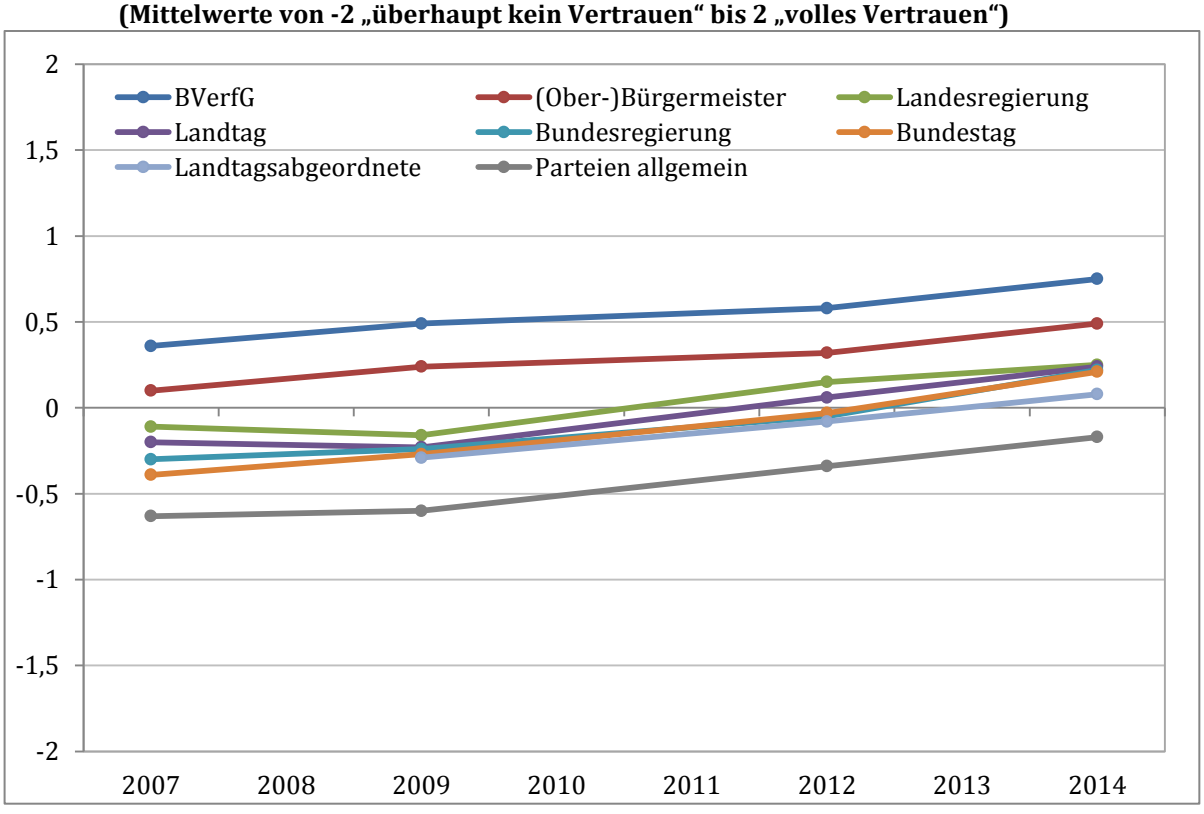
12 Vgl. Völkl, K. (2006): Überwiegt die Verdrossenheit oder die Unterstützung? Die Einstellungen der West- und Ostdeutschen zur Demokratie, zu politischen Institutionen und Politikern. In: Falter, J. W. u.a. (Hrsg.): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich. München: Beck , S. 57-81.

trauenswürdigkeit begleitet wird.[13] Fragt man jedoch nach dem Vertrauen in die von den Befragten jeweils bevorzugte Partei, fällt die Beurteilung hingegen positiv aus und rückt in der Vertrauenshierarchie auf den zweiten Platz vor.

Ein vergleichsweises hohes Vertrauen bringen die Sachsen-Anhalter auch ihren Bürgermeistern bzw. Oberbürgermeistern entgegen. Deren öffentliches Ansehen wird traditionell durch gemeindetypische Faktoren wie geringe soziale Distanz, höhere Erreichbarkeit und Bekanntheit sowie die Direktwahl der kommunalen Spitzen begünstigt. Auf den folgenden Plätzen rangieren die Landesregierung, der Landtag, die Bundesregierung und der Bundestag, die sich in ihrer Bewertung kaum unterscheiden. Der Bevölkerungsanteil, der diesen Institutionen vertraut, liegt zwischen 35 bis 39 Prozent, der Anteil derer, der ihnen Einrichtungen misstraut, beläuft sich auf 16 bis 20 Prozent. Gegenüber Landtagsabgeordneten halten sich Vertrauen und Misstrauen, im Durchschnitt betrachtet, weitgehend die Waage (0,08). Damit nehmen die gewählten Mitglieder in der Vertrauenshierarchie den vorletzten Platz ein.

Betrachtet man die Entwicklung des Institutionenvertrauens der Bürger Sachsen-Anhalts im Zeitverlauf von 2007 bis 2014, so zeigt sich über alle öffentlichen Einrichtungen und Repräsentanten hinweg ein nahezu einheitliches Muster (Abb. 17).

Abb. 17 Vertrauen in Institutionen im Zeitverlauf von 2007 bis 2014 (Mittelwerte von -2 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 2 „volles Vertrauen“)



Frage 15a)-i): siehe Abb. 16

13 Vgl. Gabriel, O. W./Holtmann, E. (2010): Der Parteienstaat – ein immerwährendes demokratisches Ärgernis? Ideologiekritische und empirische Anmerkungen zu einer aktuellen Debatte. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 57 (3), S. 307-328.

Das politische Vertrauen der Bevölkerung ist innerhalb der letzten sieben Jahre kontinuierlich um etwa einen halben Skalenpunkt gestiegen. Abweichend hierzu hat sich das Vertrauen in die Landesregierung und den Landtag entwickelt, das zwischen 2007 und 2009 zunächst geringfügig an Vertrauen eingebüßt hat und erst danach im Ansehen der Bürger wieder leicht gestiegen ist. Folglich sind auch die Rangplätze in der Vertrauenshierarchie über die vier Erhebungszeitpunkte hinweg gleich geblieben.

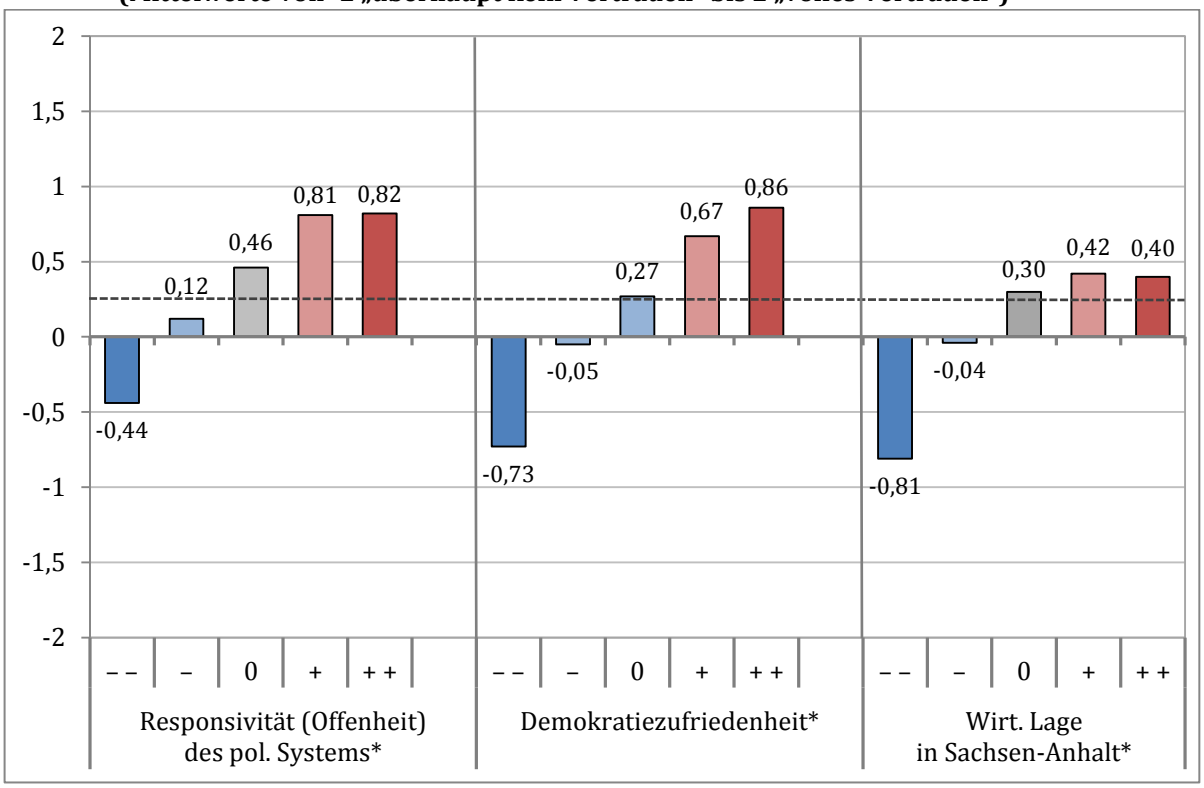
Um das generelle Vertrauen in politische Institutionen und Entscheidungsträger genauer ausleuchten zu können und um festzustellen, welche Umstände es sind, die Vertrauen oder Misstrauen befördern, wurde für die folgenden Analysen ein Vertrauensindex gebildet, der sämtliche in die Umfrage aufgenommenen politischen Institutionen und Akteure auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene vereint.[14] Mit Hilfe von Mittelwertvergleichen werden dabei die Einflüsse verschiedener Indikatoren auf das generelle Institutionenvertrauen untersucht. Dafür wurden diverse potentielle Erklärungsfaktoren herangezogen. Im Folgenden werden diejenigen näher behandelt, die sich am erklärungskräftigsten erwiesen. Hierzu zählen die Responsivität, die Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Performanz des Systems, die soziale Deprivation und politische Verhaltensdispositionen.

Einen starken Einfluss auf das Institutionenvertrauen übt die empfundene Offenheit des politischen Systems gegenüber Anliegen der Bürger (Responsivität) aus, wie die verhältnismäßig große Differenz zwischen Minimum (-0,44) und Maximum (0,82) der Skalenwerte belegt (vgl. Abb. 18). Dieser Zusammenhang ist insofern plausibel, da in einer repräsentativen Demokratie die Erwartungen der Bürger einen zentralen Bezugspunkt des Regierungshandelns darstellen. Hat der Bürger den Eindruck, dass seine Interessen durch die Regierung nicht in ausreichendem Maße vertreten werden, öffnet sich eine gefühlte Responsivitätslücke. Dieses Gefühl der Vernachlässigung wirkt sich auf Dauer stark vertrauensmindernd aus.

Ebenso bestätigt sich folgender Zusammenhang: Je zufriedener die Bürger mit den politischen und wirtschaftlichen Leistungen des Systems sind, desto höher ist ihr Vertrauen in die Institutionen (ebd.). Demzufolge neigen Menschen, die mit dem Funktionieren der Demokratie aktuell zufrieden sind, dazu, den öffentlichen Einrichtungen und Politikvertretern eher zu vertrauen. Zudem übt die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt einen starken Einfluss auf die Bildung von Vertrauen aus. Insbesondere Personen, die die gegenwärtige ökonomische Situation in Sachsen-Anhalt als sehr schlecht einstufen, misstrauen auch den Institutionen.

14 Dieses Vorgehen wird gestützt durch die empirische Überprüfung mittels einer Faktorenanalyse, die lediglich einen Faktor ergab. In den Index wird zwecks besserer Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Untersuchungen in den Vorjahren lediglich das Vertrauen in die Parteien allgemein einbezogen.

Abb. 18 Institutionenvertrauen nach Responsivität, Demokratiezufriedenheit und Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt (Mittelwerte von -2 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 2 „volles Vertrauen“)



Frage 15a)-i): siehe Abb. 16
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.
Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

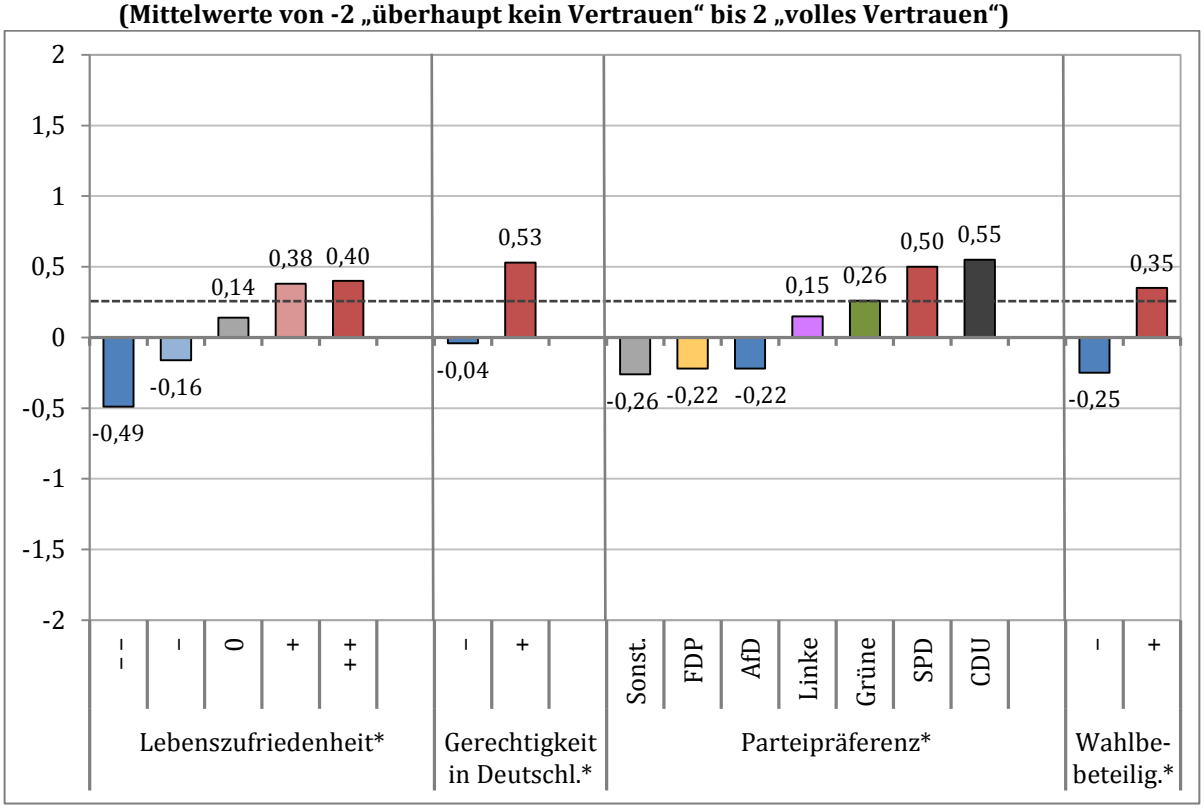
Der Erklärungsansatz der sozialen Deprivation geht davon aus, dass Menschen in ähnlichen sozialen Lagen einen vergleichbaren Habitus ausbilden, der sich z. B. zu Schichtmentalität oder Klassenbewusstsein kollektiv formiert. Dieser Habitus kann sich auf die Bewertung von politischen Akteuren und Institutionen auswirken, sofern diese für die individuelle Situation Betroffener mitverantwortlich gemacht werden. Die folgende Abbildung (Abb. 19) zeigt, dass diese Annahme durch die Daten bestätigt wird. Wer mit seiner Lebenssituation unzufrieden ist und den Eindruck hat, dass es in Deutschland eher ungerecht zugeht, bringt auch den Institutionen weniger Vertrauen entgegen.

Auch die so genannte Hometeam-Hypothese[15] kann bestätigt werden. Demnach vertrauen Bürger, deren bevorzugte Partei der Regierung angehört, den Institutionen eher als Personen, deren Partei nicht an der Regierung beteiligt ist. Wie gezeigt wird, vertrauen Anhänger der beiden Regierungsparteien CDU und SPD den Institutionen am stärksten, während die der AfD, der Liberalen und sonstiger Parteien eher Misstrauen äußern. Dies gilt in gleichem Maße für die Nichtwähler. Im Umkehrschluss bedeutet

15 Vgl. Braun, D. (2010): Politisches Vertrauen in neuen Demokratien Europas. Working Papier Nr. 131, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, S. 13.

dies, dass Bürger, die beabsichtigen, bei der nächsten Wahl ihre Stimme abzugeben, mehr Vertrauen in die Institutionen haben.

Abb. 19 Institutionenvertrauen nach Lebenszufriedenheit, Gerechtigkeitsbeurteilung in Deutschland, Parteipräferenz und Wahlbeteiligung (Mittelwerte von -2 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 2 „volles Vertrauen“)



Frage 15a)-i): siehe Abb. 16
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.
Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

5 Problempriorität und Leistungskompetenz

Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, das Vertrauen in die politischen Institutionen und die Beurteilung der Responsivität der repräsentativen Organe werden maßgeblich durch die kontinuierliche Evaluation von Leistungen des politischen Systems („Systemoutput“) seitens der Bürger beeinflusst.[16] Dabei ist von Bedeutung, welche aktuellen Probleme in der Bevölkerung als besonders dringlich wahrgenommen werden und welche Lösungskompetenz dem Staat bei diesen Problemen zugeschrieben wird.

Im Sachsen-Anhalt-Monitor wird dieser Frage seit 2007 nachgegangen. Das Ergebnis der Erhebungen zeichnete bis 2012 konstant das Bild eines Staates, dem die Lösung der dringlichsten Probleme, wie beispielsweise der Arbeitslosigkeit, der Finanzkrise oder der Überalterung und dem Kindermangel, nicht wirklich zugetraut wird. Es zeigte sich sogar ein eher umgekehrt proportionales Einstellungsmuster, das heißt: Je dringlicher das Problem eingeschätzt wird, desto weniger Kompetenz wird der Regierung ausgesprochen. Ein Testat für ein Lösungsversagen der Landespolitik lässt sich daraus, wie wir seinerzeit angemerkt haben, jedoch nicht einfach ableiten. Denn den Bürgern ist durchaus bewusst, dass gerade bei den oben erwähnten prioritären Problemen die politische Zuständigkeit der Landesebene nur eingeschränkt gegeben ist. Außerdem hat sich seit 2012 die der Politik zugesprochene Lösungskompetenz in allen abgefragten Feldern deutlich positiv entwickelt.

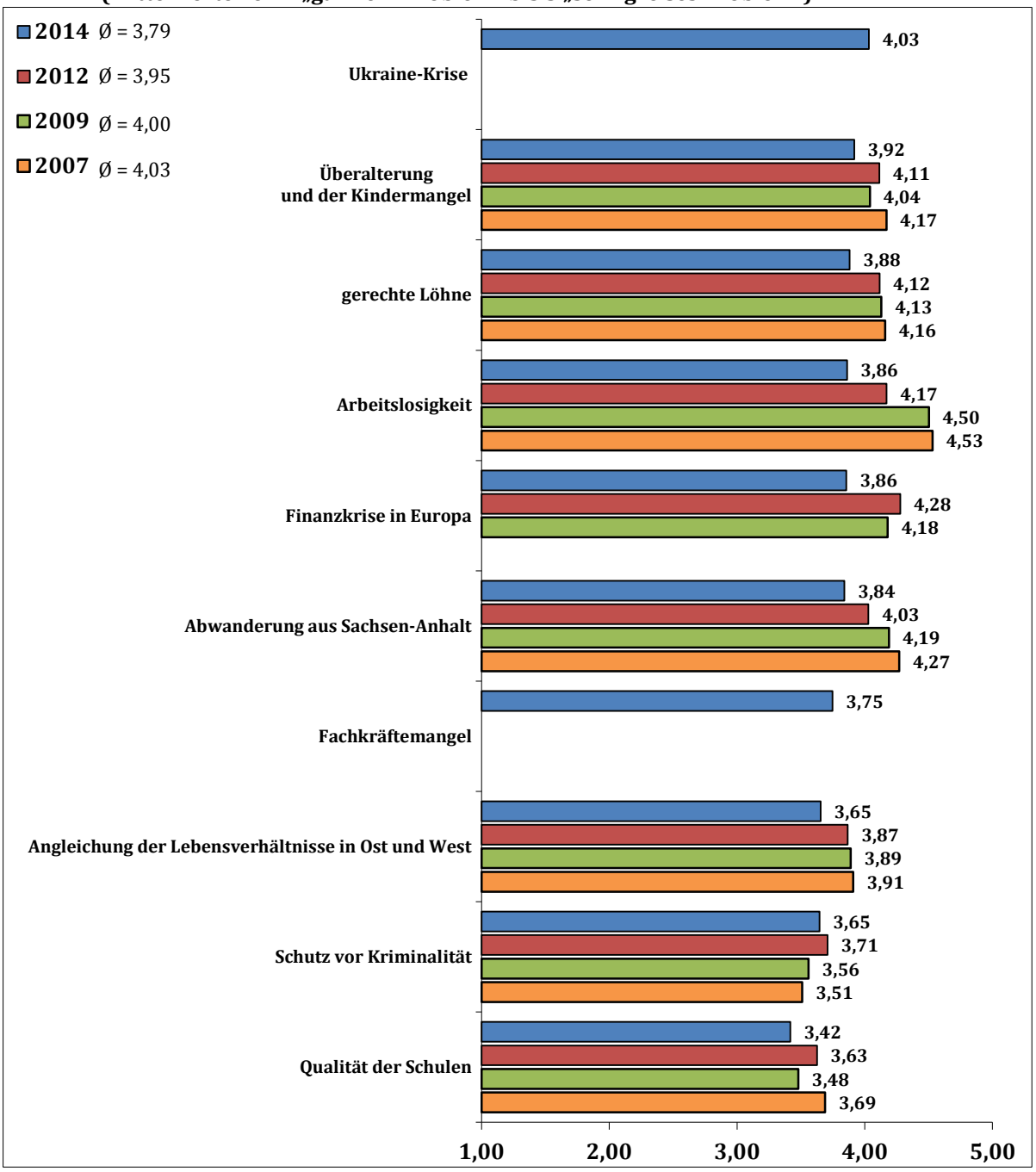
Die fünf wichtigsten Probleme des Landes haben sich in der Wahrnehmung der Befragten seit 2007 kaum verändert, obwohl die Liste seither durch weitere Leistungsbereiche ergänzt worden ist. So kam 2009 die Thematik der Finanzkrise hinzu, und mit diesem Monitor wurden die Problemfelder Fachkräftemangel und Ukraine-Krise aufgenommen (vgl. Abb. 20). Innerhalb der Top-Five kam es allerdings immer wieder zu einer Verschiebung der Prioritäten. So wird die aktuelle Krise in der Ukraine seitens der Sachsen-Anhalter als dringlichstes Problem wahrgenommen.

Der demografische Indikator Überalterung und Kindermangel steigt 2014 auf Platz zwei. Dicht danach, mit einer im Vergleich zu den Vorjahren stark verminderten Priorität, folgen gerechte Löhne, Arbeitslosigkeit sowie die Finanzkrise (2012 noch „größtes“ Problem) und schließlich die Abwanderung aus Sachsen-Anhalt. Als insgesamt weniger problematisch werden die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West (kontinuierliche Abnahme der Dringlichkeit seit 2007), der Schutz vor Kriminalität und die Qualität der Schulen empfunden, wobei sich bei letzterem seit 2007 die Geister stärker scheiden. Trotz des hohen Niveaus der allgemeinen Problemperzeption zeigt sich seit

16 Vgl. Easton, D. (1965): A Systems Analysis of Political Life. New York/ London /Sydney. John Wiley & Sons, Inc., S. 30 f.

Beginn des Monitors, und insbesondere in den letzten zwei Jahren, ein deutlicher Rückgang bei der Einschätzung der Dringlichkeit der abgefragten Problemfelder (ebd.).

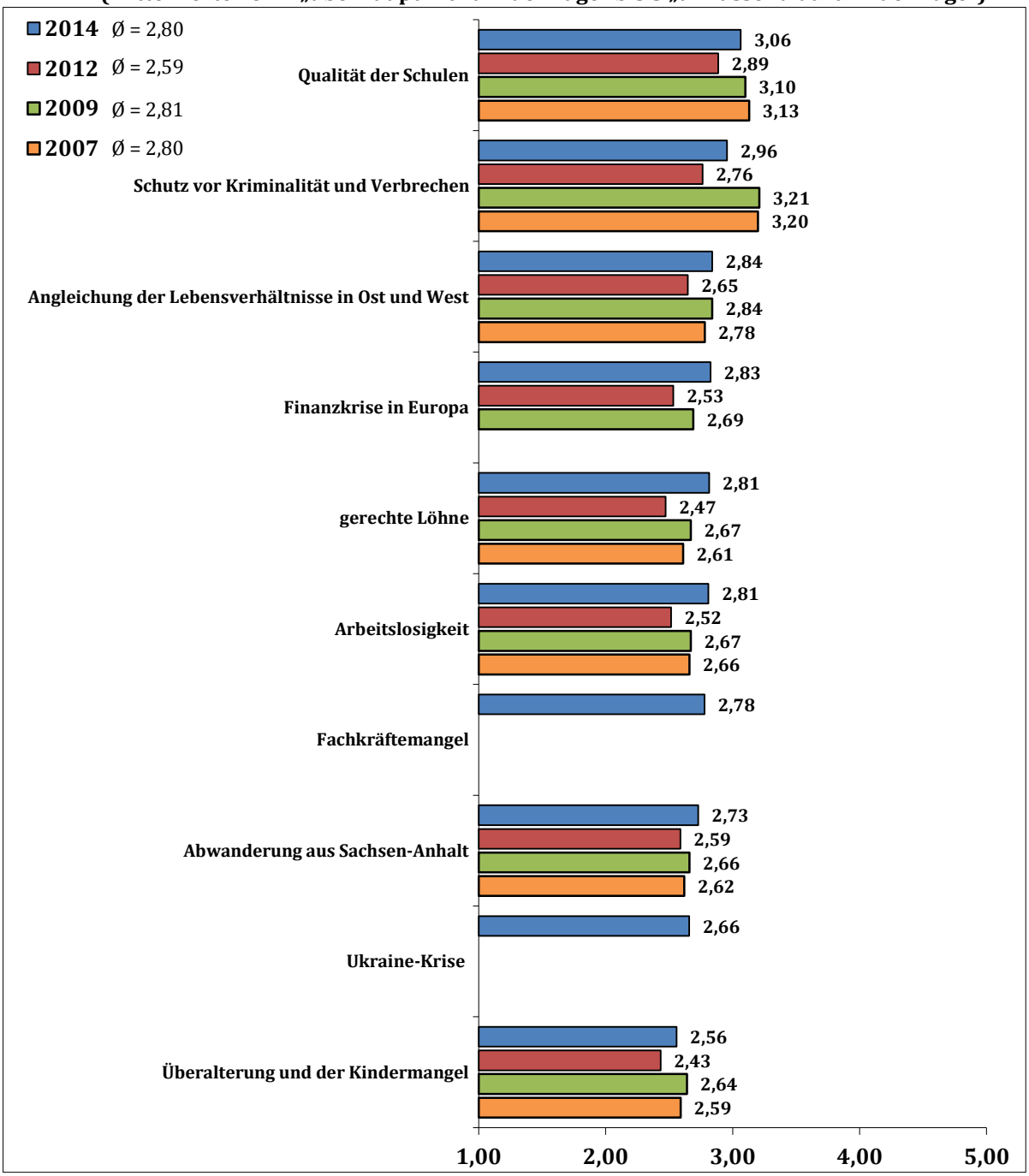
Abb. 20 Dringlich wahrgenommene Probleme im Zeitverlauf von 2007 bis 2014 (Mittelwerte von 1 „gar kein Problem“ bis 5 „sehr großes Problem“)



Frage 19a)-j): Es gibt ja eine ganze Reihe von Problemen, denen wir heute ausgesetzt sind. Wie problematisch ist aus Ihrer Sicht … für unsere Gesellschaft? Bitte sagen Sie mir das anhand einer Skala von 1 bis 5. 5 steht dabei für ein sehr großes Problem; 1 bedeutet, dass gar kein Problem vorliegt. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Das allgemeine Vermögen des Staates, die aktuellen Probleme zu bewältigen, wird 2014 deutlich besser eingeschätzt als noch 2012. Erreicht wird somit in etwa das Ausgangsniveau der Messung von 2007. Der Index der Problemlösungskompetenz steigt um 0,2 Punkte, bei gleichzeitig abgesenkter Dringlichkeitswahrnehmung (Abb. 21).

Abb. 21 Problemlösungskompetenz der Politik im Zeitverlauf von 2007 bis 2014 (Mittelwerte von 1 „überhaupt nicht in der Lage“ bis 5 „umfassend dazu in der Lage“)

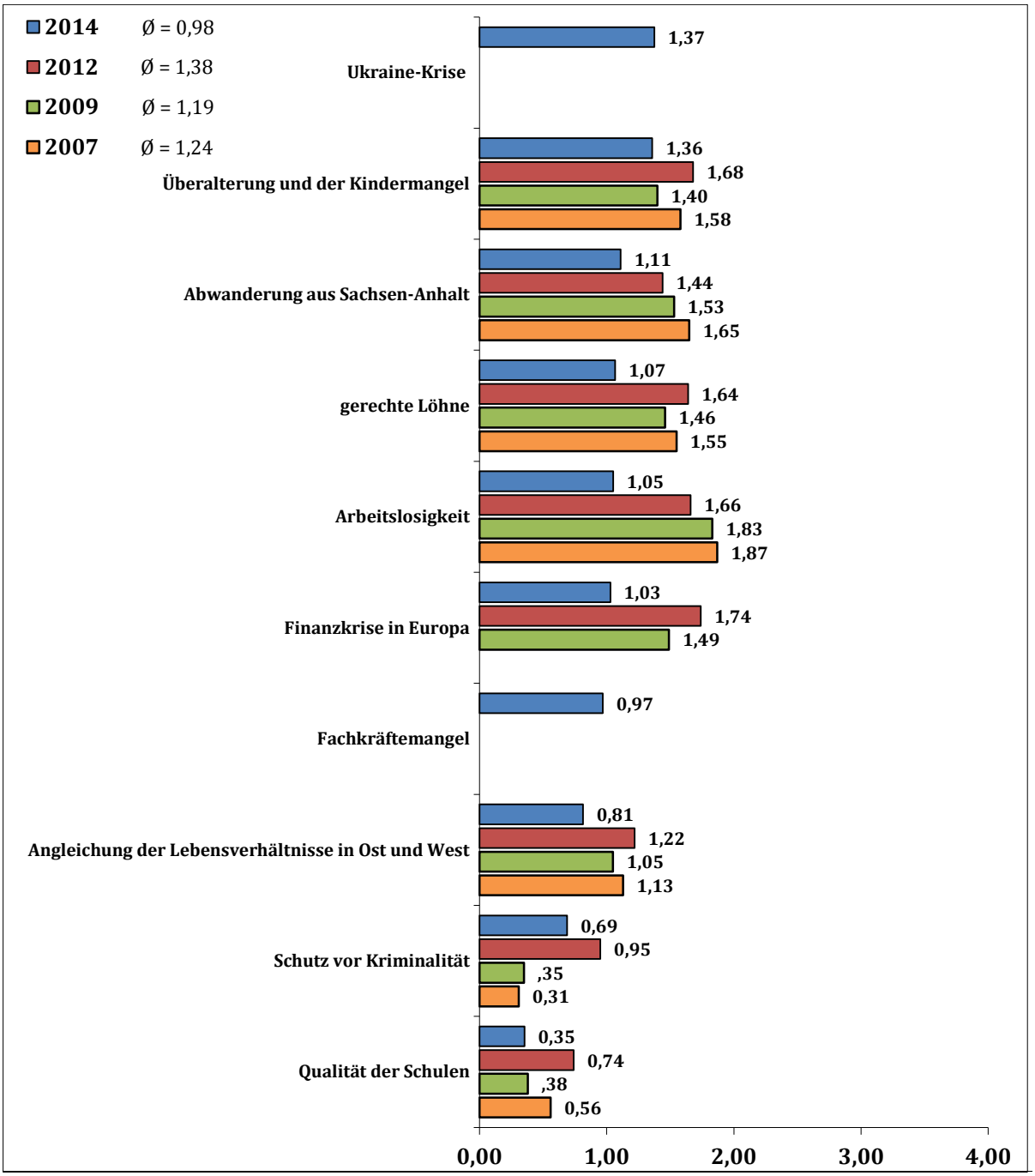


Frage 20a)-j): Und was meinen Sie: Ist die Politik in der Lage, diese Probleme zu bewältigen? - Bitte verwenden Sie wieder die Skala von 1 bis 5. 5 bedeutet, dass die Politik umfassend dazu in der Lage ist, die Probleme zu bewältigen. 1 bedeutet, dass die Politik überhaupt nicht dazu in der Lage ist. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung wieder abstufen.

Die der Politik zugeschriebenen Lösungskompetenzen steigen in allen Tätigkeitsfeldern an, ausgenommen die neu aufgenommenen Variablen. Den größten Zugewinn an Lösungsvertrauen verbuchen die Aufgabenbereiche Finanzkrise in Europa, Realisierung gerechter Löhne und Minderung der Arbeitslosigkeit.

Dieses Datenbild dokumentiert, dass sich die Divergenz zwischen subjektiver Problemwahrnehmung und Problemlösungskompetenz der Politik, nach einer vordem deutlichen Spreizung, nun erheblich abgeschwächt hat. Die Leistungsbewertung der Politik liegt nun unter einem Differenzpunkt und erzielt damit die beste Bilanz seit Beginn der Messungen des Monitors (vgl. Abb. 22). Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den positiven Trends von politischem Vertrauen und Responsivität wider (Kapitel 3 & 4).

Abb. 22 Differenzwert zwischen Problempriorität und zugeschriebener Lösungskompetenz der Politik im Zeitverlauf von 2007 bis 2014



Frage 19a)-j); Frage 20a)-j): siehe Abb. 21 & 22.

Es zeigt sich dennoch das gewohnte Bild eines umgekehrt proportionalen Verhältnisses von politischer Lösungskompetenz und Dringlichkeit der Probleme. Das heißt: die Politik ist aus Sicht der Bevölkerung ehestens in der Lage, die derzeit als weniger wichtig eingeschätzten Probleme, wie die Qualität der Schulen oder den Schutz vor Kriminalität, zu lösen, und vice versa (ebd.). Das ist insofern realistisch, als dies zugleich jene politischen Agenden sind, die ausschließlich (wie schulische Qualität) bzw. zum Teil (Kriminalitätsbekämpfung) in die Zuständigkeit der Landespolitik fallen.

Im Folgenden wird die Skala für Problemlösungskompetenz (über alle Problembereiche hinweg) auf die Effekte von uns herangezogener Einflussfaktoren hin überprüft. Wie schon im letzten Befragungsjahr 2012, besitzen soziökonomische Faktoren kaum Erklärungskraft; leicht signifikante Effekte zeigen sich lediglich beim Alter und der Berufsgruppe. Vor allem Jüngere und die Generation über 60 trauen der Politik mehr zu. Unter Beamten und Angestellten ist das Zutrauen ebenfalls signifikant höher.

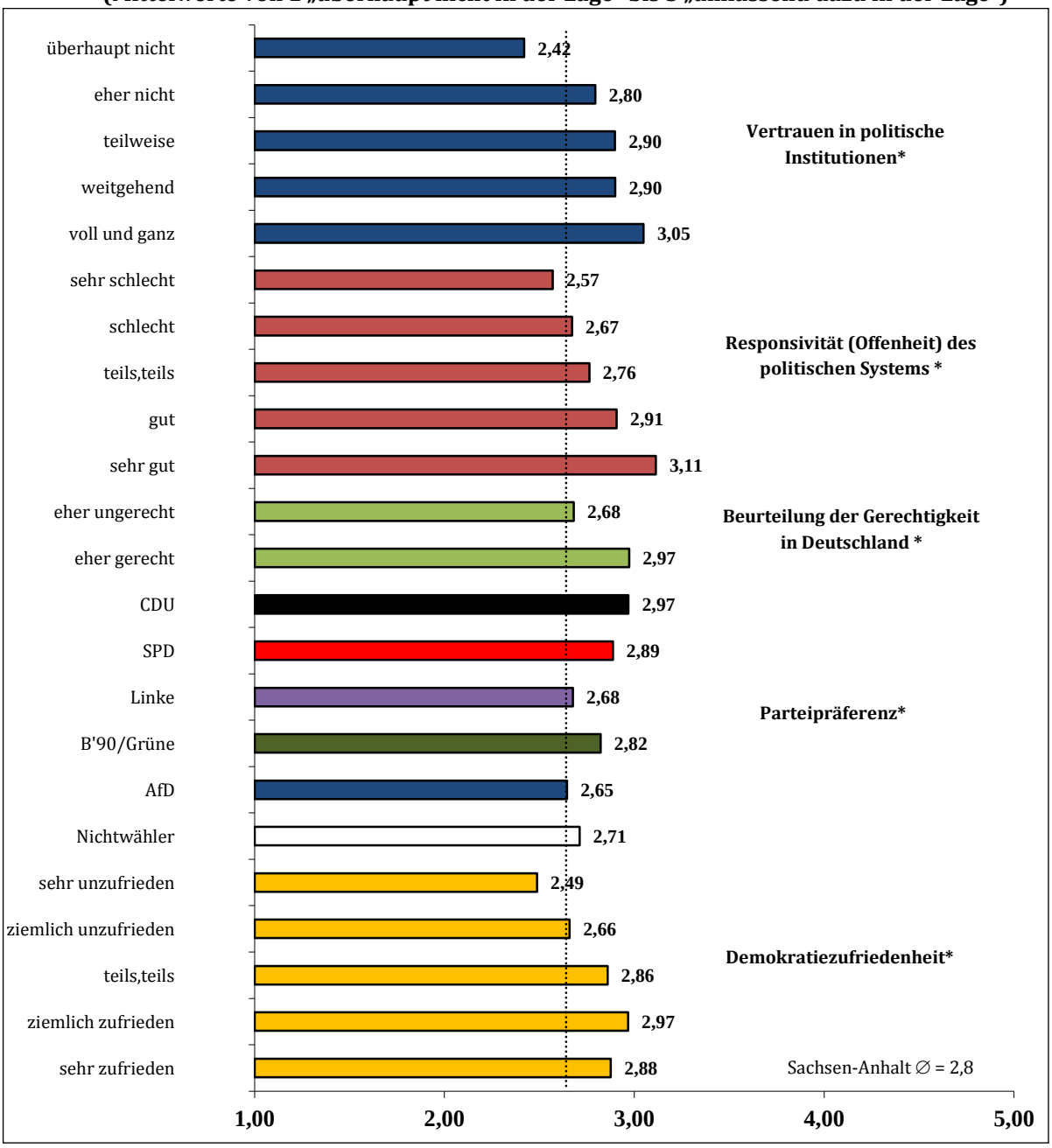
Bei der Betrachtung der nachfolgenden Abbildung (Abb. 23) ist zu beachten, dass diese solche Einstellungskomplexe ins Blickfeld rückt, welche der wahrgenommenen Problemlösungskompetenz der Politik bzw. des Staates kausal nachgelagert sind. Das heißt, den Berechnungen liegt die Annahme zugrunde, dass die Beurteilung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Einrichtungen und staatlichen Organe die Ausprägungen sowohl des Institutionenvertrauens, der Rückkopplung von Regierenden an Regierte (Responsivität) und des Gerechtigkeitsempfindens als auch der Zufriedenheit mit der Demokratie erklärt, und nicht andersherum. Zur besseren Verständlichkeit ist die Problemlösungskompetenz so wie in den anderen Diagrammen abgebildet.

Die Zusammenhänge bleiben seit dem letzten Monitor erhalten, schwächen sich aber in ihrer Einflussstärke ein wenig ab. Der Grund hierfür liegt an dem allgemein gestiegenen Niveau der Kompetenzbewertung des Staates, was generell zu weniger Variation in den Antworten der Befragten geführt hat.

Das Vertrauen in die politischen Institutionen und die Rückkopplungsfähigkeit des politischen Systems werden weiterhin durch die Performanzbewertung der Bürger konstituiert. Schätzen die Bürger die Lösungskompetenz der Politik aktuell kontinuierlich hoch ein, steigt nicht nur das Vertrauen in das politische System und seine Institutionen, sondern auch, dass der Bürgerwille bei politischen Entscheidungen Berücksichtigung findet (Abb. 23). Für die Fähigkeit der repräsentativen Demokratie, sich in der politischen Praxis fortlaufend zu erneuern, ist insoweit eine wichtige Vorrausetzung erfüllt.

Der aktuell gemessene Zusammenhang zwischen der Lösungskompetenz, die der Politik zugeschrieben wird, und individuellen Parteipräferenzen bestätigt den aus der Koalitions- und Wahlforschung bekannten Befund. So schätzen die Anhänger der derzeit im Land regierenden Parteien die Leistungsbilanz des Staates höher ein als Sympathisanten der Oppositionsparteien. Letztere stellen dem Staat ein eher unterdurchschnittliches Leistungszeugnis aus, wobei sich die Anhänger der Linken von denen der AfD hier kaum abheben. Parteigänger der Bündnisgrünen positionieren sich eher in der Mitte des Bewertungsspektrums, obgleich sie sich auf der Bundes- und Landesebene in der Opposition befinden. Nichtwähler zeigen kaum Auffälligkeiten.

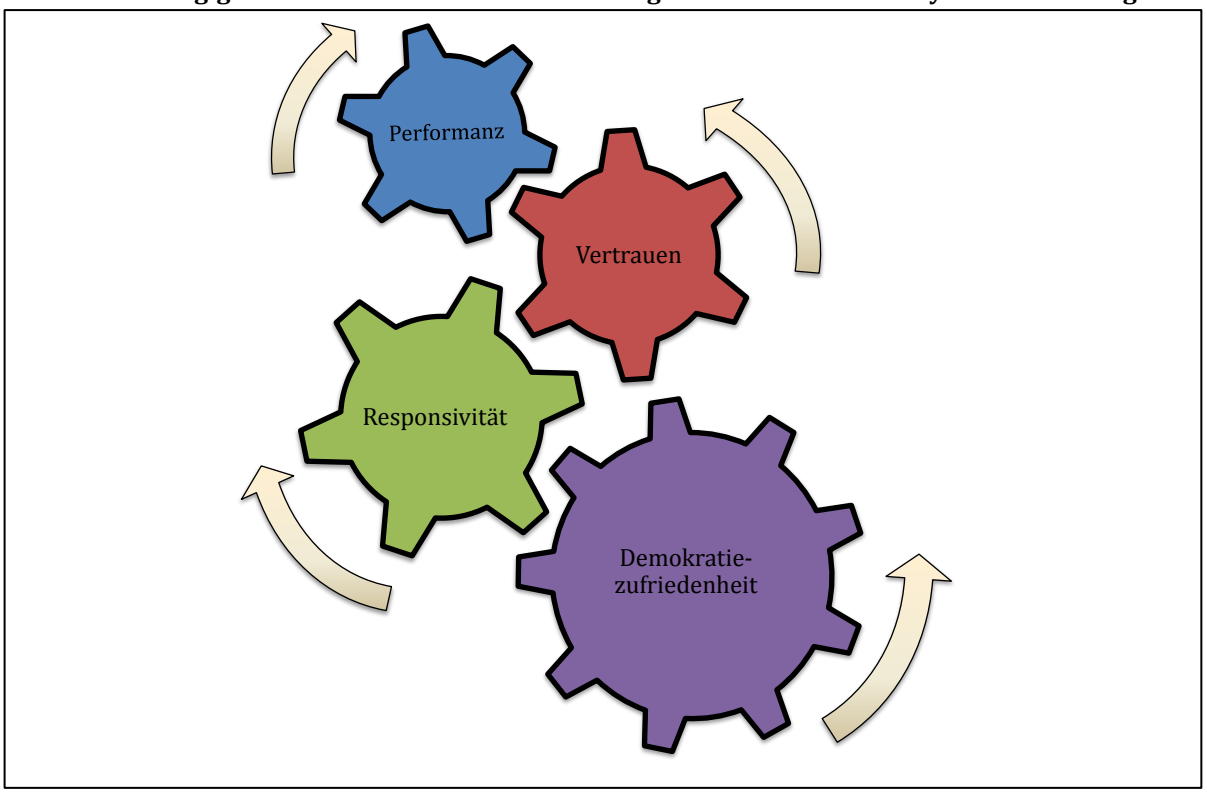
Abb. 23 Skala allgemeine Problemlösungskompetenz nach Vertrauen in politische Institutionen, Parteipräferenz, Demokratiezufriedenheit und Responsivität (Mittelwerte von 1 „überhaupt nicht in der Lage“ bis 5 „umfassend dazu in der Lage“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Die Analyse der aktuellen Daten bestätigt: Soweit die Überzeugung vorherrscht, dass die staatlichen Institutionen die bestehenden Herausforderungen annehmen und bewältigen können, färbt dies positiv auf alle Faktoren ab, die zu einer generellen Unterstützung des politischen Systems beitragen. Das Vertrauen in die Politik wird gestärkt; der Glaube, Politiker kümmern sich um die Belange ihrer Wähler, nimmt zu; man fühlt sich gerechter behandelt und ist zufriedener mit der Performanz der Demokratie (Abb. 24).

Abb. 24 Abhängigkeitsmodell Performanzbewertung mit Indikatoren der Systembewertung



6 Einstellungen zur Demokratie

Bei der Demokratie handelt es sich um ein politisches System, das der Idee nach auf der Selbstbestimmung gleichberechtigter und politisch mündiger Bürgerinnen und Bürger gründet. Wirksame Kontrolle staatlicher Macht stellt eine zentrale Voraussetzung dafür dar, dass der demokratische Zustand des Systems erfüllt ist. Gewährleistet wird das Element der Kontrolle zum einen auf der Arbeitsebene der staatlichen Institutionen durch das Prinzip der *Gewaltenteilung* und zum anderen im Verhältnis zwischen Bürger und Staat durch periodisch abgehaltene allgemeine Wahlen sowie häufig noch zusätzlich durch direktdemokratische Wahlen und Abstimmungen.

Der so umrissenen *Idee der Demokratie* wird in freien Staatsgesellschaften eine Wertigkeit zugemessen, die sich aus sich selbst heraus begründet und an sich keiner weiteren Rechtfertigung bedarf. Über die *Stabilität* einer real existierenden Demokratie ist damit allerdings noch nichts Endgültiges ausgesagt. Die Festigkeit einer demokratischen Ordnung, d.h. ihr Leistungsvermögen und ihre ´Überlebensfähigkeit`, bemisst sich am Grad der Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger. Diese wiederum hängt wesentlich davon ab, ob die betreffende Demokratie über genügend Hilfsmittel („Ressourcen“) verfügt, die sie zu ihrer Bestanderhaltung aktivieren kann. Als solche Stabilisierungshilfen werden in der politikwissenschaftlichen Literatur insbesondere die *Integrationskapazität,* d.h. die Fähigkeit, möglichst viele Teile der vielschichtigen Gesellschaft´ mitzunehmen` und einzubinden, ferner die *Partizipationskapazität*, also die angemessene Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen, sowie die *Distributionskapazität,* d.h. die wohlfahrtsstaatliche „Verteilung des Sozialproduktes durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen auch jenseits des Marktes“ genannt (Merkel 1999, S. 59, mit Bezug auf Almond 1979 und Sandschneider 1995).

Erst wenn es gelingt, die erwähnten Kapazitäten in genügendem Maße freizusetzen, kann ein demokratisches System auf eine stabile Unterstützung seitens der Bürgerinnen und Bürger rechnen. Zweckmäßigerweise wird dabei zwischen *genereller* („diffuser“) und *spezieller* („konkreter“) *Systemunterstützung* analytisch unterschieden. Während erstere die Anerkennung der Idee der Demokratie als bestmögliche politische Lebens- und Herrschaftsform beinhaltet, meint letztere das Ausmaß der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Die Unterscheidung ist sinnvoll, denn ein überzeugter Demokrat kann fallweise mit beispielsweise den Leistungen von Regierung und/oder bestimmter Parteien durchaus unzufrieden sein. In einem bedenklichen Maße instabil ist ein demokratisches System erst dann, wenn der Idee der Demokratie die grundsätzliche Anerkennung in weiten Teilen der Gesellschaft verweigert wird.

„Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ – dieser Aussage stimmen 2014 mehr als 60 Prozent der Sachsen-Anhalter ohne Einschränkung (39 %) bzw. eher (23 %) zu (vgl. Tab. 5).

Tab. 5 Demokratie als beste Staatsidee (Nennungen in Prozent)

Frage 21.b): Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen.	Sachsen-Anhalt (∅)	Alter in Jahren*				
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60
Stimme voll zu	39	28	26	29	43	46
Stimme eher zu	23	32	24	24	21	22
teils/teils	27	40	36	37	26	20
Stimme eher nicht zu	6	0	12	5	7	5
Stimme überhaupt nicht zu	3	0	1	4	2	5

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Im Vergleich zum Jahr 2012 ist die positiv urteilende Mehrheit nahezu unverändert groß geblieben. Diejenigen, welche die Demokratie grundsätzlich eher ablehnen, sind nach wie vor mit 9 Prozent eine kleine Minderheit. Mit 3 Prozent stellen die entschiedenen Systemgegner, wie schon 2012 und auch in den Monitor-Umfragen davor, lediglich eine gesellschaftliche Randgröße dar.

Während die Identifikation mit der Demokratie in den älteren Jahrgängen ab 45 Jahren überproportional hoch und bei den Jüngeren zwischen 18 und 24 Jahren durchschnittlich ausfällt, aber gegenüber 2012 um 5 Prozentpunkte zugelegt hat, ist die bekundete Systembejahung in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen relativ am niedrigsten. Dieselbe Kohorte weist mit 13 Prozent (-3) auch die höchste Zahl an Befragten auf, die sich von der Demokratie tendenziell oder entschieden distanzieren. Der Vergleich zeigt, dass sich das altersgruppenspezifische Meinungsbild ähnlich auch schon 2012 aufbaute. Dies deutet auf lebenszyklische Effekte hin. Möglicherweise spielt eine Rolle, dass die Koinzidenz von Sesshaft werden, Familiengründung und beruflichen Anforderungen, die diesen Lebensabschnitt besonders häufig kennzeichnet, als erhöhte Belastung erfahren wird und mit einer entsprechend größeren Erwartungshaltung an staatliche Unterstützung bzw. Entlastung einhergeht, die nur in begrenztem Maße als zufriedenstellend erfüllt betrachtet wird. Auch bei anderen Fragen bestätigt sich, dass es sich bei der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen um eine eher ´kritische Kohorte` handelt.

In allen Altersgruppen haben sich innerhalb der mehrheitlichen Demokratiebefürwortung die Anteile zwischen „eher“ und „voll und ganz“ Zustimmenden nur leicht verschoben, ausgenommen die jüngste Altersgruppe (Tab. 5). Wie schon zwei Jahre zuvor, mag sich eine relativ große Teilgruppe von diesmal 40 Prozent nicht eindeutig festlegen. Zugleich outet sich jetzt in derselben Kohorte *niemand* mehr als entschiedener Gegner des demokratischen Systems. Insgesamt schreibt das 2014 erhobene Einstellungsbild die im SAM 2012 formulierte Feststellung fort, dass sich in Sachsen-Anhalt, was die ideelle Unterstützung der Demokratie betrifft, ein stabiler politischer Generationenvertrag ausgeformt hat.

Im systempolitischen Umkehrschluss ist die Zahl derer, die mit einem diktatorischen Regime als eine Rückversicherung für Notzeiten liebäugeln, abermals leicht zurückgegangen (Tab. 6). Nur noch acht von hundert Befragten (-3 Prozentpunkte) mei-

nen „eher“ oder „voll und ganz“, in Ausnahmesituationen sei eine Diktatur die bessere Staatsform. In der jüngsten Altersgruppe sind dies noch ganze 3 Prozent; im Jahr 2012 waren es noch 10 Prozent. Allerdings sind diesmal dafür mehr als vor zwei Jahren in der Mittelkategorie der Unschlüssigen (teils/teils) angesiedelt.

Tab. 6 Diktatur als alternative Staatsform (Nennungen in Prozent)

Frage 21.e): Wenn es Not tut, ist eine Diktatur die bessere Staatsform.	Sachsen-Anhalt (∅)	Alter in Jahren				
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60
Stimme voll zu	4	0	2	4	3	5
Stimme eher zu	4	3	7	1	3	4
teils/teils	17	23	18	9	17	17
Stimme eher nicht zu	22	17	24	24	25	19
Stimme überhaupt nicht zu	52	56	49	59	49	52

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Verglichen mit der hohen ideellen Sympathie für die demokratische Staatsform, fällt, wie schon bei den früheren Umfragen des SAM, die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie Deutschlands merklich kritischer aus. Gut ein Viertel (27 %) äußert sich sehr oder ziemlich zufrieden, immerhin 7 Prozentpunkte mehr als 2012. Sehr oder ziemlich unzufrieden mit der Leistungsfähigkeit der Demokratie zeigen sich zwar mit 25 Prozent fast ebenso viele Befragte, wie es Zufriedene gibt, jedoch ist deren Zahl um 9 Prozentpunkte geschrumpft. Kaum verändert hat sich die große Mittelgruppe derer, welche die Funktionstüchtigkeit der bundesdeutschen Demokratie zwiespältig benoten (wie vor 2 Jahren 49 %).

Auch im laufenden Jahr sind besonders viele Angehörige der beiden jüngeren Altersklassen zwischen 18 und 24 Jahren sowie von 25 bis 34 Jahren mit dem Funktionieren der Demokratie sehr bzw. ziemlich zufrieden. Bei den jüngsten Jahrgängen hat sich die Zufriedenheitsrate binnen zwei Jahren von 25 Prozent auf 38 Prozent vergrößert (Tab. 7). Es zeigen sich allerdings keine signifikanten Alterseffekte auf die Demokratieperformanz in Deutschland.

Tab. 7 Zufriedenheit mit Funktion der Demokratie in Deutschland nach Altersgruppen und Bildung (Nennungen in Prozent)

Frage 6: Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, bin ich alles in allem...	Sachsen-Anhalt (∅)	Alter in Jahren					Bildung*		
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Hauptschule	Realschule	Abitur
sehr zufrieden	4	6	4	2	3	5	4	3	5
ziemlich zufrieden	23	32	27	24	21	21	22	18	38
teils/teils	49	34	45	49	52	50	53	51	37
ziemlich unzufrieden	18	25	16	19	15	19	14	21	14
sehr unzufrieden	6	3	8	5	9	6	6	7	6

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Der Faktor Bildung ist für die Identifikation mit dem Wertekanon einer aufgeklärten, freiheitlichen, offenen und überzeugt demokratischen Gesellschaft ganz entscheidend. Das zeigt sich, wie bei fast allen im SAM 2014 abgefragten Einstellungen, auch bei der subjektiven Einschätzung des Funktionierens der bundesdeutschen Demokratie. Zufrieden urteilen hier Befragte mit Abitur bzw. Fachhochschulreife deutlich häufiger (43 %) als ehemalige Volks-/Hauptschüler (26 %) oder Befragte mit mittlerer Reife/POS (21 %) (Tab. 7).

Tab. 8 Zufriedenheit mit Funktion der Demokratie in Deutschland nach Erwerbsstatus und Beruf (Nennungen in Prozent)

Frage 6: Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, bin ich alles in allem...	Sachsen-Anhalt (∅)	Erwerbsstatus*					Beruf		
		Erwerbstätige	Arbeitslose	Rentner	in Ausbildung	Sonst.	Arbeiter	Angestellte/ Beamte	Freie Berufe/ Selbst.
sehr zufrieden	4	3	0	4	11	2	4	2	8
ziemlich zufrieden	23	24	14	21	33	18	18	23	23
teils/teils	49	48	54	51	40	49	54	49	38
ziemlich unzufrieden	18	18	19	17	11	23	18	19	16
sehr unzufrieden	6	6	8	6	6	8	6	6	14

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Dass Erwerbslose (14 %) nur halb so häufig wie Erwerbstätige (27 %) der Praxis der Demokratie gute Noten ausstellen, überrascht nicht – eher schon, dass in der Teilgruppe der Unzufriedenen beide sozialen Statusgruppen fast gleich stark vertreten sind. Am wenigsten zufrieden zeigen sich Arbeiter (22 %), am meisten Selbständige und Angehörige freier Berufe (31 %) (Tab. 8). Anzeichen dafür, dass gerade die Mittelschichten, wie noch in der Weimarer Republik, heutzutage für demokratiefeindliche Einstellungen anfällig wären, gibt es demzufolge nicht. Nimmt man noch die Häufigkeitsverteilungen für weitere Einstellungen hinzu, die, wie die Identifikation mit der Idee der Demokratie sowie die Neigung zur Diktatur („wenn es Not tut“), mit der Einschätzung des Funktionierens der Demokratie eng korrespondieren, so erhärtet sich der Eindruck: Der historische „Extremismus der Mitte“ hat derzeit kaum Chancen einer politischen Wiedergeburt.

Bedeutsam für die individuelle Bewertung des Funktionierens der Demokratie ist, ob die eigenen Lebensumstände und die persönliche wirtschaftliche Lage besser oder schlechter eingeschätzt werden. Dieser schon 2012 nachgewiesene Zusammenhang wiederholt sich im Spiegel der Daten von 2014: Wie die nachstehende Tabelle 8 zeigt, stellt, wer mit seiner wirtschaftlichen Situation zufrieden ist, auch der Praxis der Demokratie gute Noten aus. Und umgekehrt sind unter jenen, die mit ihren materiellen Lebensbedingungen hadern, mit 55 Prozent überdurchschnittlich viele Befragte, die das Funktionieren der hiesigen Demokratie kritisieren (Tab. 9).

Tab. 9 Zufriedenheit mit Funktion der Demokratie in Deutschland nach Zufriedenheit mit Lebenssituation und Einschätzung der wirtschaftlichen Lage (Nennungen in Prozent)

Frage 6: siehe Tab. 7	Sachsen-Anhalt (Ø)	Zufriedenheit mit Lebenssituation*		eigene wirtschaftliche Lage*	
		zufrieden	unzufrieden	gut	schlecht
sehr zufrieden	4	5	1	5	1
ziemlich zufrieden	23	28	7	27	11
teils/teils	48	50	37	49	46
ziemlich unzufrieden	18	14	31	15	20
sehr unzufrieden	7	3	24	4	23

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Bei derselben Frage fallen die Antworten auch je nach Parteipräferenz unterschiedlich aus (Tab. 10):

Tab. 10 Zufriedenheit mit Funktion der Demokratie in Deutschland nach Parteipräferenz (Nennungen in Prozent)

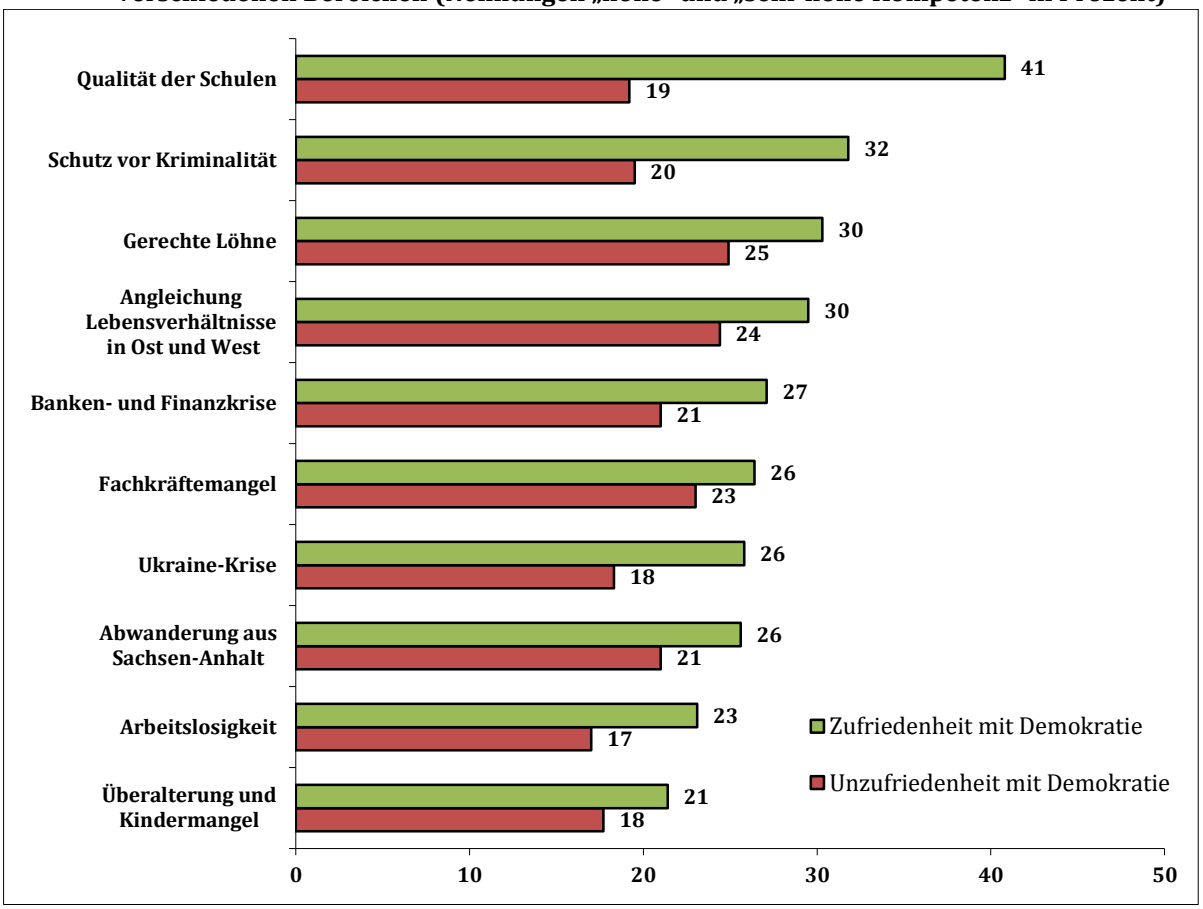
Frage 6: siehe Tab. 7	Sachsen-Anhalt (Ø)	Parteipräferenz*					
		CDU	SPD	Linke	Grüne	AfD	keine / Nichtwähler
sehr zufrieden	4	8	5	1	0	0	0
ziemlich zufrieden	23	36	23	15	36	0	15
teils/teils	49	44	54	46	48	46	51
ziemlich unzufrieden	18	12	14	28	11	31	17
sehr unzufrieden	6	0	2	10	5	23	17

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Die nach Parteinähe unterschiedliche Verteilung der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit der Leistungsbilanz der bundesdeutschen Demokratie bestätigt zumindest teilweise die in der Literatur vertretene These, dass in die Bewertung des Funktionierens der Demokratie auch die persönliche Nähe oder Distanz von Befragten zur jeweils regierenden Parteienkonstellation mit eingeht: Während Anhänger der im Land derzeit regierenden Parteien CDU und SPD – und allerdings auch der oppositionellen Grünen – unterdurchschnittlich Unzufriedenheit bekunden, sind Sympathisanten von Linkspartei, Piraten und Nichtwählern überproportional mit dem aktuellen Zustand der Demokratie unzufrieden. Unter Anhängern der AfD findet sich niemand, der sich zum Funktionieren der Demokratie zufrieden äußert.

Zwischen dem Grad der Zufriedenheit mit der Demokratie und der Einschätzung der Fähigkeit der Politik, die drängenden Probleme zu lösen, besteht ebenfalls ein enger Zusammenhang. Auch im SAM 2014 lässt sich dies nachweisen: Für sämtliche abgefragten Problembereiche bewerten häufiger jene Bewohner des Landes die Lösungsfähigkeit der Politik positiv, welche mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden sind (Abb. 25).

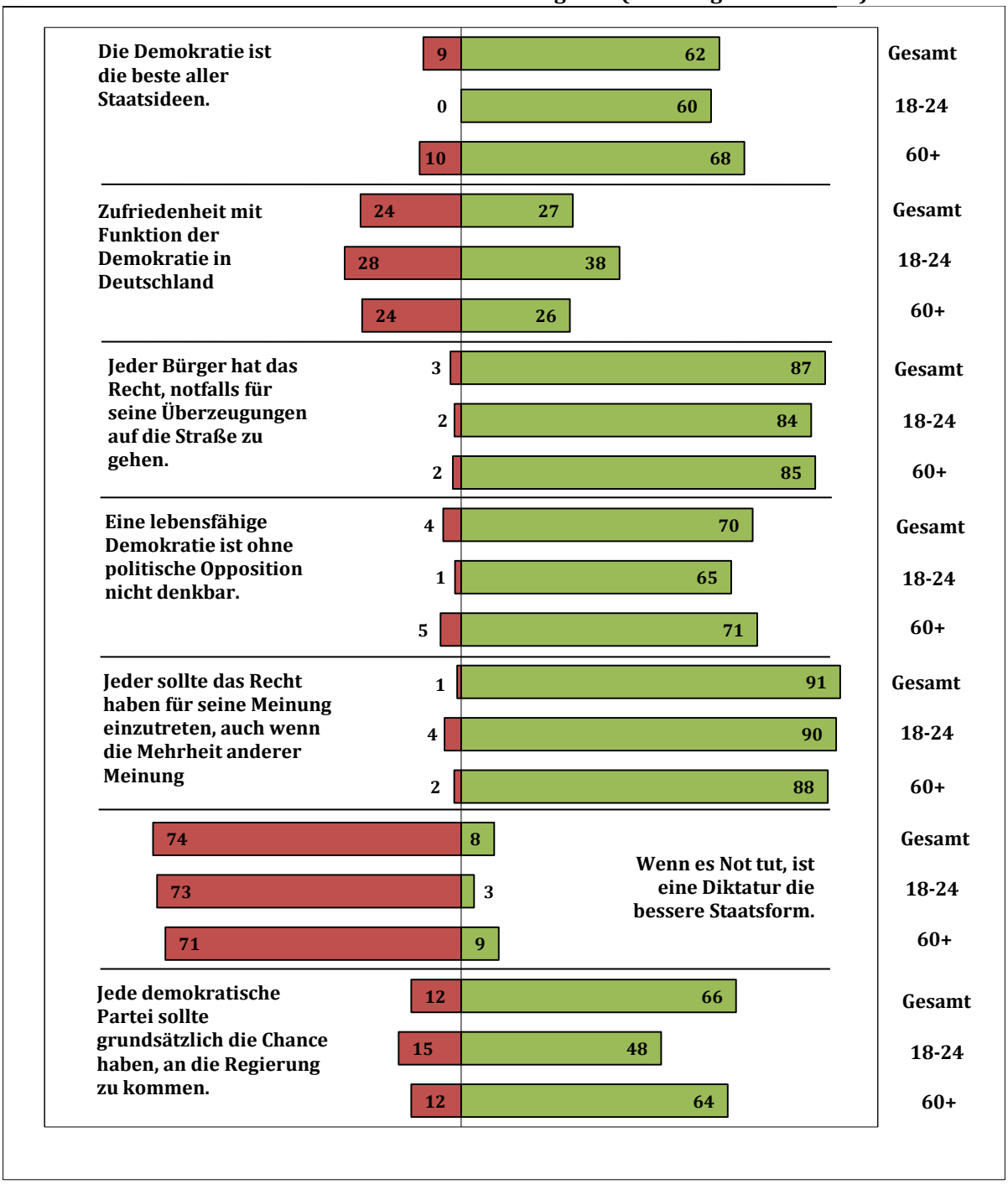
Abb. 25 Demokratiezufriedenheit und zugeschriebene Problemlösungskompetenz der Politik in verschiedenen Bereichen (Nennungen „hohe“ und „sehr hohe Kompetenz“ in Prozent)



Die Teilgruppen der demokratiezufriedenen und demokratiekritischen Befragten liegen dort weniger auseinander, wo die Einflusschancen der Politik objektiv begrenzt sind, wie im Sektor Arbeit und Wirtschaft. Größer ist die Differenz hingegen bei Politikfeldern, wo eine substantielle Zuständigkeit der Landespolitik gegeben ist bzw. zugeschrieben wird, wie im Bereich der Bildung und Kriminalitätsbekämpfung. Dies legt nahe, dass den Bürgerinnen und Bürgern Sachsen-Anhalts die tatsächlichen Möglichkeiten und Grenzen politischer Gestaltung durchaus vertraut sind.

„Demokratie“ ist zunächst eine abstrakte Idee, mit der sich normativ die Erwartung guten Regierens (*good governance*) und größtmöglicher freier Entfaltung der Bürgerinnen und Bürger verbindet. Um diese Erwartungen erfüllen zu können, bedarf eine demokratische Ordnung zweier Ausstattungsmerkmale: zum einen bestimmter institutioneller Garantien, wie beispielsweise Parteienwettbewerb und Opposition, und zum anderen der Gewährleistung der Bürgerrechte. Die aktuelle Ausprägung dieses Zusammenhangsmusters ist in der folgenden Abbildung 17 ersichtlich:

Abb. 26 Demokratieverständnis im Generationenvergleich (Nennungen in Prozent)



rote Balken „stimme eher nicht zu/stimme überhaupt nicht zu“
grüne Balken „stimme eher zu/stimme voll und ganz zu“

Schon in den Jahren zuvor hatte eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung des Landes das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf Demonstration und auf Bildung einer Opposition bejaht. Diese politischen Grundrechte wurden weitgehend unabhängig von Alter, Bildungsgrad, Stellung im Beruf und sozialem Status von nahezu allen Befragten eingefordert. Dieses Meinungsbild zeigt sich 2014 nicht nur auf hohem Niveau stabil, sondern durch Zuwächse zwischen 1 und 10 Prozentpunkte an Zustimmung nochmals leicht erhöht. Korrespondierend ist das Einverständnis mit einem diktatori-

schen Regime „für den Notfall“ um 3 auf nunmehr 8 Prozentpunkte zurückgegangen. Bei der Oppositionsfrage wird, wie schon 2012, eine – diesmal allerdings eingeschränkte – altersspezifische Abweichung vom Gesamtdurchschnitt erkennbar: Jüngere Jahrgänge zwischen 25 und 34 Jahren geben sich eher „oppositionsprüde“. Das waren die jüngsten Befragten (18 bis 24 Jahre) noch bei der Umfrage 2012 übrigens ebenso. Im Zweijahresvergleich hat sich aber diese Altersgruppe mit einem sprunghaften Zuwachs von 16 Prozentpunkten bei dieser Frage dem zustimmenden Gesamtdurchschnitt erheblich angenähert. Wie bereits in der Vergangenheit, werden die genannten Grundrechtsgarantien insgesamt nur von einer kleinen Minderheit, die je nach Frage zwischen 1 und 12 Prozentpunkten liegt und gegenüber 2012 abermals geschrumpft ist, verworfen.

Etwas stärker, aber mit 13 Prozent (-1) ablehnenden Stimmen immer noch gering, fällt der Vorbehalt dagegen aus, allen demokratischen Parteien eine grundsätzlich gleiche Chance der Regierungsbeteiligung einzuräumen. Hier ist bei Jüngeren zwischen 18 und 24 Jahren die Zustimmung um 12 Prozentpunkte zurückgegangen, und dieselbe Arbeitsgruppe zeigt sich, wie auch Arbeitslose, am meisten unsicher, was die beide Male hohe Ladung der teils/teils-Antwortmöglichkeit von 36 bzw. 32 Prozent belegt. Die Distanznahme gegenüber dem Prinzip der Chancengleichheit im Mehrparteiensystem deutet bei den Jüngeren ein in diesem Punkt noch unsicheres Demokratieverständnis an. Erwerbslose hingegen könnten stärker in Kategorien sozialökonomisch gegensätzlicher Interessenlagen denken und hier zum Ausdruck bringen, dass sie Parteien, welche dem Wohlfahrtsstaat kritisch gegenüberstehen, nicht in der Regierung sehen wollen.

Das Demokratiebewusstsein in der nachwachsenden Generation des Landes zeigt sich 2014 noch stabiler als schon zwei Jahre zuvor. Noch vor fünf Jahren hatte sich ein deutliches anderes Bild abgezeichnet: Jüngere standen seinerzeit der Idee der Demokratie distanzierter gegenüber, waren andererseits aufgeschlossener für autoritätsstaatliche Ordnungsmuster und zugleich unsicher in der Anerkennung institutioneller und verfahrensförmiger Grundlagen demokratischen politischen Handelns.[17] Bei der Mehrzahl der abgefragten Indikatoren ist von 2012 auf 2014 jetzt ein teilweise zweistelliger Anstieg der Zustimmung zu verzeichnen, so für die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie (von 25 auf 38 %), für Demonstrationsfreiheit (von 75 auf 84 %) und für Rechte der Opposition (von 43 auf 65 %). Die Diktatur als Notstandsregime findet nur noch 3 Prozent Befürworter (-7). Auch für die Demokratie als beste Staatsidee (von 55 auf 60 %) und für die Meinungsfreiheit (von 86 auf 90 %) stieg die mehrheitliche Zustimmung nochmals an. Ein Ausreißer ist allein die gesunkene Befürwortung (von 57 auf 48 %) des grundsätzlichen Rechtes einer jeden Partei auf Regierungsbeteiligung.

17 Holtmann, E./Jaeck, T./Völkl, K. (2009): Sachsen-Anhalt-Monitor, S. 57; Sachsen-Anhalt-Monitor (2012): S. 44f.

7 Freiheit – Gleichheit – Sicherheit

Die zu einer Trias gruppierten Begriffe Freiheit – Gleichheit – Sicherheit werden in der politikwissenschaftlichen Einstellungsforschung als „generelle Werte" bezeichnet. Solche Werte benennen „die allgemeinen Zielzustände, die die Richtung der Organisation des Sozialstaats festlegen".[18] „Generelle Werte, die die Zielzustände festlegen, sind auf der einen Seite sozio-ökonomische Sicherheit und Gleichheit und auf der anderen Seite die Freiheit im Sinne der individuellen Autonomie".[19] Dieser Vorschlag, die drei Zielwerte in einen engen Zusammenhang mit sozialstaatlicher Intervention zu stellen, ist plausibel. „Sicherheit" hat indes nicht nur eine soziale und ökonomische Seite, sondern schließt in einem weiteren Sinne außerdem den Schutz vor Bedrohung von Leib und Leben sowie die Abwehr persönlicher Gefahren mit ein.

Anders als „Sicherheit", die eine elementare Gefühlslage ausdrückt, haben „Freiheit" und „Gleichheit" den Status klassischer liberaler Grundrechte. Beide Basisnormen sind 1949 in die Verfassungskonstruktion des demokratischen und sozialen Rechtsstaates des Grundgesetzes eingegangen und nach der deutschen Einigung in die Grundrechtskataloge der ostdeutschen Bundesländer übernommen worden. Materiell im Rechtssinne stehen die Zielgrößen „Freiheit" und „Gleichheit" nicht antithetisch gegenüber, sondern sind eng aufeinander bezogen. So ist ein Leben in Freiheit nur auf der Grundlage allgemein gleicher Zugangschancen zu öffentlichen Gütern möglich.
Wenn wir, wie in den früheren Ausgaben des SAM seit 2007, die befragten Bürgerinnen und Bürger dennoch auffordern, entweder der Freiheit oder der Gleichheit den Vorzug zu geben, dann ist dies von der Überlegung geleitet, dass die Antworten der Befragten auf diese Weise zum Ausdruck bringen, in welchem Ausmaß zwei unterschiedliche Lebensentwürfe und Konzepte von Demokratie verteilt sind:

Wer sich – hypothetisch – für Freiheit entscheidet, schätzt vor allem, so die Annahme, den Wert persönlicher Entfaltung und aktivbürgerlicher Beteiligungsrechte. Aus dieser „libertären" Sicht erscheint der korrespondierende Begriff „Gleichheit" der Freiheit insofern untergeordnet, als erstere vorrangig als Garantie *gleicher Startchancen* betrachtet wird: Wichtig ist es, gleiche Ausgangsbedingungen zu schaffen, dank derer sich individuelle Aktivitäten verschieden entfalten können. Gerechtigkeit wird aus dieser Perspektive folgerichtig primär als „Verfahrensgerechtigkeit" verstanden.[20] Wer für „Freiheit" optiert, ist grundsätzlich bereit, ökonomische Ungleichverteilung und soziale Differenz als Ergebnis der innergesellschaftlichen Anwendung des Leistungsprinzips anzuerkennen.

18 Roller, E. (1999): Staatsbezug und Individualismus: Dimensionen des sozialkulturellen Wertewandels. In: Ellwein, T./Holtmann, E. (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven, Opladen, Westdeutscher Verlag, S. 229-246.

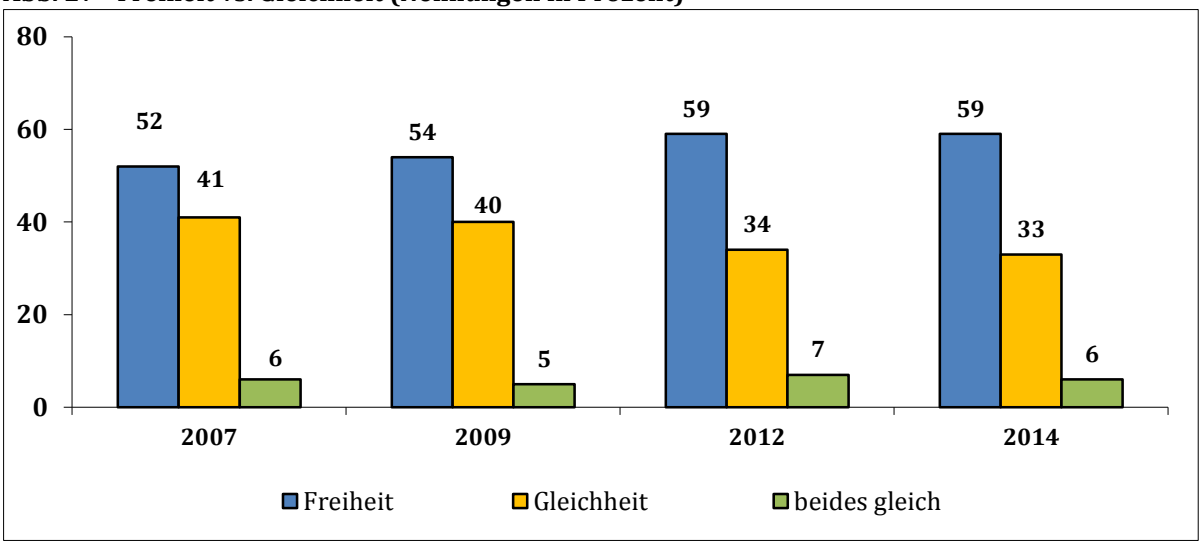
19 Ebd.

20 Empter, S./Vehrkamp, R. B. (2007): Soziale Gerechtigkeit: Eine Bestandsaufnahme, Gütersloh, Verlag Bertelsmann Stiftung, S.10.

Wer demgegenüber eine Präferenz für Gleichheit äußert, erwartet gemäß dem analytischen Konstrukt vorrangig von der Politik, dass real existierende ungleiche Lebensbedingungen möglichst ausgeglichen werden. „Gleichheit“ lehnt sich hier – wie auch der dritte von uns abgefragte Begriff „Sicherheit“ – eng an das hergebrachte Sozialstaatskonzept an, das, abgesegnet auch durch höchstrichterliche Rechtsprechung, auf die nachjustierende Korrektivgewalt des Gesetzgebers und auf Umverteilung mittels Transferleistungen setzt, um bestehende Disparitäten der Lebenschancen finanziell abzufedern. Aus dieser „egalitären“ Perspektive ist gerecht, was sich an der Bedarfsdeckung orientiert, mithin möglichst für „Verteilungsgerechtigkeit“ sorgt.[21]

Im Vergleich zu den letzten Erhebungen von 2007, 2009 und 2012 hat sich die Rangfolge der Wertorientierungen der Sachsen-Anhalter innerhalb der letzten beiden Jahre nicht abermals stärker in Richtung des Freiheitspols verschoben, sondern sie stagniert auf dem 2012 gemessenen Niveau (Abb. 27).

Abb. 27 Freiheit vs. Gleichheit (Nennungen in Prozent)



Frage 22: Was ist Ihnen wichtiger: Freiheit vs. Gleichheit
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Für exakt ein Drittel (33 %) ist „Gleichheit“ wichtiger. Wenige, nämlich 6 Prozent (-1), halten gleichermaßen beides für wichtig. Es sind wiederum überdurchschnittlich häufig Frauen, Personen mit einfachem Schulabschluss und auch Arbeitslose, die überdurchschnittlich häufig der Gleichheit den Vorzug geben. Eine ausgeprägte Vorliebe für „Freiheit“ äußern andererseits Befragte, die sich in der Ausbildung befinden, ferner formal höher Gebildete sowie Selbständige und freiberuflich Tätige. Verglichen mit den Jahren zuvor, hat sich die Präferenzentscheidung der Altersgruppen stärker bewegt (Tab. 11). Auffallend ist die Verschiebung bei den 25- bis 34-Jährigen, die 2014 um 18 Prozentpunkte mehr für „Freiheit“ optieren. In umgekehrter Richtung bewegt hat sich die nächstältere Kohorte der 35- bis 44-Jährigen: Hier entscheiden sich aktuell 8 Prozent weniger für „Freiheit“ und 6 Prozent mehr für „Gleichheit“. Die Zahl derjenigen, die

21 Ebd., S. 11f., ferner S. 51ff. und 77ff.

beide Zielgrößen als gleichwertig ansehen, bleibt insgesamt mit jetzt 6 Prozent nahezu konstant.

Tab. 11 Freiheit vs. Gleichheit und Freiheit vs. Sicherheit nach Alter und Parteipräferenz (Nennungen in Prozent)

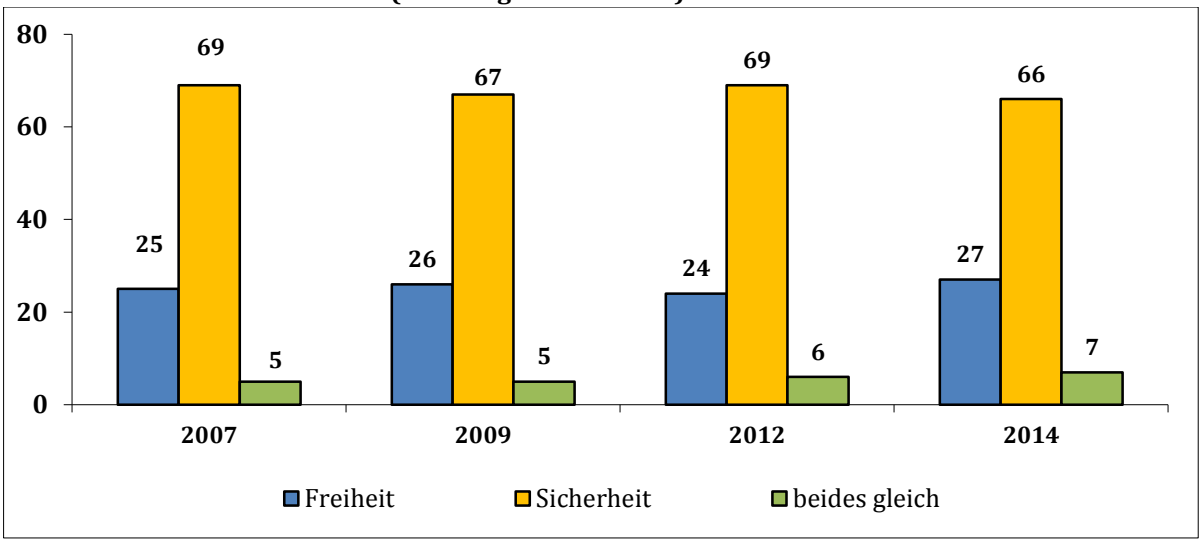
Frage 22 & Frage 23	Sachsen-Anhalt (∅)	Alter in Jahren*					Parteipräferenz*					
	2014	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	CDU	SPD	Linke	Grüne	AfD	keine
Freiheit	59	64	76	52	57	56	70	58	48	55	69	51
Gleichheit	33	36	23	41	33	34	24	38	44	25	14	45
Beides gleich wichtig	6	0	0	4	8	8	4	3	7	18	17	3
Freiheit	27	51	44	31	24	19	31	25	22	40	23	15
Sicherheit	66	49	52	65	65	73	62	73	69	57	60	79
Beides gleich wichtig	7	0	4	3	9	8	7	3	9	2	17	6

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Die mehrheitliche Präferenz für „Freiheit“ wird von den Anhängern aller politischen Parteien geteilt, allerdings unterschiedlich ausgeprägt: Am deutlichsten optieren hierfür jene mit einer Parteineigung für die CDU, am wenigsten Sympathisanten der Linkspartei (Tab. 11). Zum Pol „Gleichheit“ tendieren vornehmlich die Gefolgsleute von Linkspartei und SPD, also jener Parteien, die vorrangig mit der Zielsetzung sozialstaatlicher Intervention identifiziert werden. Mit Abstand am geringsten ist die Zahl von Parteigängern, die der Gleichheit einen klaren Vorrang einräumen, im Sympathisantenumfeld der AfD.

Nahezu unverändert zu den früheren Erhebungen ist bei Sachsen-Anhaltern ein prioritäres Sicherheitsbedürfnis sehr weit verbreitet. Im Jahr 2014 neigen im direkten Vergleich der „Freiheit“ 27 Prozent (+3) zu, mehr als doppelt so viele (66 %, -3) geben „Sicherheit“ den Vorzug (Tab. 11 & Abb. 28). Auch hier bleibt die Gruppe der Unentschiedenen marginal (7 %, -1). Frauen bekunden ein verbreitet höheres Sicherheitsbedürfnis als Männer, formal höher Gebildete und selbständig bzw. freiberuflich Tätige hingegen weniger. In der jüngsten Altersgruppe sind die Präferenzen für beide Zielwerte fast gleich verteilt, danach wächst die Vorzugsentscheidung für Sicherheit mit steigendem Alter linear an. Die Generationenspanne zwischen jüngster und ältester Altersgruppe ist mit 32 Prozent bei „Freiheit“ wie mit 24 Prozent bei „Sicherheit“ etwa gleich groß geblieben. Wie schon im SAM 2012 ausgewiesen, ist auch 2014 bemerkenswert, dass Arbeitslose der Garantie von Sicherheit mit 57 Prozent nur unterdurchschnittlich Vorrang einräumen und dabei hinter Erwerbstätigen um 4 Prozentpunkte zurückbleiben.

Abb. 28 Freiheit vs. Sicherheit (Nennungen in Prozent)



Frage 23: Freiheit vs. Sicherheit
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Die über die Jahre hinweg konstant gebliebenen Werte der Sicherheitsoption lassen den Schluss zu, dass außen- bzw. weltpolitische Krisen und Bedrohungslagen, die situativ auftreten, das sekuritäre Grundempfinden nicht direkt bzw. nicht zusätzlich verstärkend beeinflussen. Weder hat die Finanzkrise von 2008 noch die aktuelle Ukrainekrise in Sachsen-Anhalt stärkere Schwankungen im Verhältnis Freiheit/Sicherheit ausgelöst.[22]

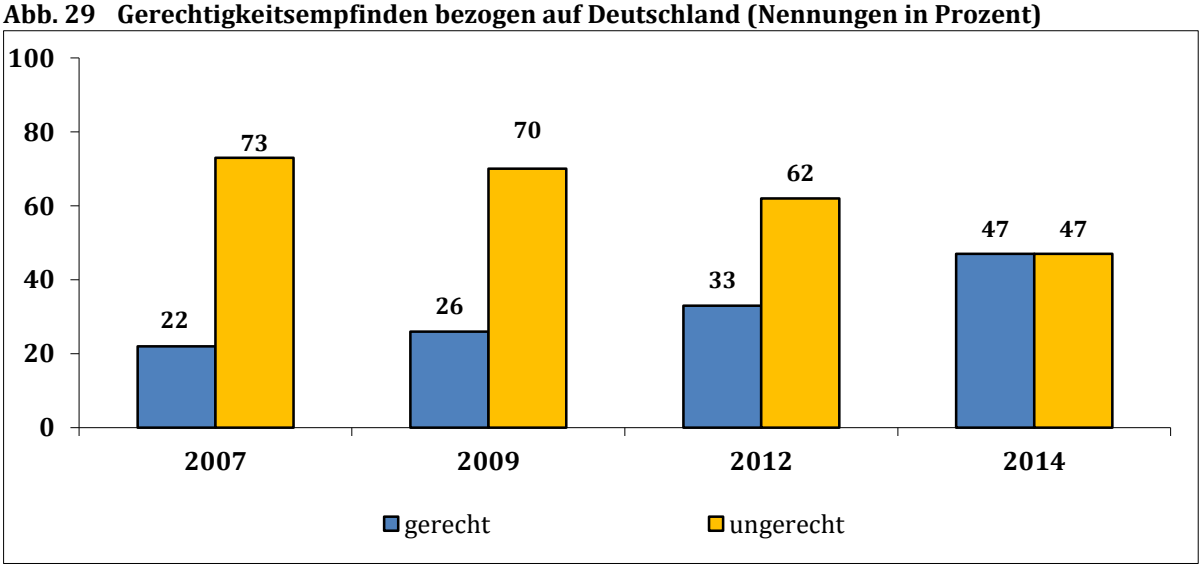
22 Einer bundesweiten Umfrage vom August 2014 zufolge, empfand knapp die Hälfte der Bundesbürger (49 %) die weltpolitische Lage als bedrohlich. Die andere Hälfte (51 &) fühlte sich wenig (44 %) oder gar nicht (7 %) bedroht (infratest dimap, MoMa-Deutschlandtrend August 2014).

8 Gerechtigkeit

Der Begriff der Gerechtigkeit ist juristisch wie auch im Erwartungshorizont der Menschen „eng mit dem Gleichbehandlungsgebot verbunden“.[23] Gerechtigkeit soll der Idee nach objektiv vorrangig drei Dinge gewährleisten: Zum einen die Rechtssicherheit, welche der Rechtsstaat verbürgt; zum zweiten jenen „Freiheitsraum eigenständiger Lebensgestaltung“[24], der jedem Menschen zusteht; und zum dritten steht Gerechtigkeit als *soziale* Gerechtigkeit in enger Verbindung mit der verwandten Leitidee der Gleichheit.

Das Ausmaß, in welchem die Bürger davon überzeugt sind, dass es hierzulande „alles in allem eher gerecht oder eher ungerecht zugeht“, erlaubt Rückschlüsse darauf, wie es um den wahrgenommenen Allgemeinzustand von Staat und Gesellschaft aus sozialmoralisch begründeter Sicht der Bevölkerung bestellt ist. Im Jahr 2014 halten sich positive und negative Einschätzungen die Waage: Jeweils 47 Prozent der Sachsen-Anhalter empfinden den allgemeinen Gang der Dinge in Deutschland als eher gerecht oder eher ungerecht (Abb. 29). Zwei Jahre zuvor fiel das Meinungsbild noch deutlich kritischer aus: 2012 schätzten 62 Prozent die Verhältnisse als ungerecht und nur 33 Prozent als gerecht ein.

Abb. 29 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland (Nennungen in Prozent)



Frage 17: Finden Sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder ungerecht zugeht?

Die gefühlte Gerechtigkeitslücke, die in der Vergangenheit von einer – allerdings stetig zurückgehenden – Mehrheit der Sachsen-Anhalter gesehen worden war, hat sich folglich im Jahr 2014 geschlossen. Ob das Land mit diesem Einstellungswandel im bundes-

23 Benda, E. (1984): Der soziale Rechtsstaat. In: Maihofer, W./Benda, E./Vogel, H. J. (Hrsg.): Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 1. Auflg., Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 483.

24 Ebenda., S. 482.

weiten Trend liegt, muss an dieser Stelle offen bleiben, da letztveröffentlichte Daten für die Bundesrepublik aus dem Jahr 2013 stammen.[25]

Tab. 12 Gerechtigkeitsempfindungen bezogen auf Deutschland nach Tätigkeit (Nennungen in Prozent)

Frage 17:	Sachsen-Anhalt (Ø)				Tätigkeit*				
	2007	2009	2012	2014	erwerbs-tätig	arbeitslos	In Ausbildung	Rentner	Sonstige
Eher gerecht	22	26	33	47	54	15	66	39	40
Eher ungerecht	73	70	62	47	40	85	28	53	55

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Tab. 13 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Beruf und Geschlecht (Nennungen in Prozent)

Frage 17:	Sachsen-Anhalt (Ø)	Beruf*			Geschlecht*	
	2014	Arbeiter	Angestellter/Beamter	Freie Berufe/ Selbständig	m.	w.
Eher gerecht	47	37	49	50	53	41
Eher ungerecht	47	54	46	43	41	52

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Tab. 14 Gerechtigkeitsempfindungen bezogen auf Deutschland nach Alter und Schulabschluss (Nennungen in Prozent)

Frage 17:	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren*					Schulabschluss*		
	2014	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Haupt-schule	Realschule	Abitur
Eher gerecht	47	64	53	58	47	39	36	46	64
Eher ungerecht	47	36	42	33	48	53	56	47	32

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Die Beantwortung der Gerechtigkeitsfrage zeigt ein klares Generationengefälle (Tab. 14): Während die jüngsten Befragten zwischen 18 und 24 Jahren zu fast zwei Dritteln und mehrheitlich auch die beiden nächstfolgenden Kohorten das Land als „eher gerecht“ aufgestellt sehen, kehrt sich das Verhältnis in den Altersgruppen ab 45 Jahren um. Aber auch hier haben sich die Antwortanteile zugunsten der positiven Bewertung verschoben.

Auch die soziale Verteilung der Antworten zeigt das aus den früheren Erhebungen vertraute Muster, wenngleich in abgeschwächter Schärfe: Frauen, Volks- und Hauptschüler, Rentner und Arbeiter sehen mehrheitlich Gerechtigkeitsdefizite. Formal höher Gebildete sowie Angestellte, Beamte und Selbständige beurteilen die Verhältnisse hier-

25 Dem ARD-Deutschland Trend zufolge, waren im Januar 2013 42 Prozent und im April desselben Jahres 43 Prozent der Meinung, dass es hierzulande „alles in allem gerecht zugeht“. Gegenteiliger Meinung waren 51 bzw. 53 Prozent (infratest dimap, Berlin).

zulande überwiegend als eher gerecht. Gegen den generellen Trend hat sich das Urteil von Arbeitslosen entwickelt: Nicht weniger als 85 Prozent (+10) bewerten die deutschen Zustände als eher ungerecht (Tab. 12, Tab. 13 & Tab. 14).

Das regionale Meinungsbild hat sich in den letzten beiden Jahren deutlicher ausdifferenziert. Während in der Börde nun eine Mehrheit dem Land ein gerechtes Erscheinungsbild attestiert (52 %, +17), sehen im Harz 57 Prozent die allgemeinen Verhältnisse als ungerecht an. Aber das sind immerhin 11 Prozent weniger als 2012. Schlüsselt man die Verteilung der Antworten territorial noch weiter, nämlich nach Ortsgrößenklassen, auf, so zeigt sich zweierlei: Die kleinsten Gemeinden (unter 2000 Einwohnern) Sachsen-Anhalts belegen nach wie vor den letzten Platz im Gerechtigkeits-Ranking. Mit Ausnahme der Größenstufe von 20000 bis 50000 Einwohnern stellen im Jahr 2014 in allen anderen Gemeindeklassen die für „gerecht" Optierenden eine relative oder sogar absolute Mehrheit .

Ob die Verhältnisse in Deutschland als gerecht oder ungerecht bewertet werden, spiegelt in hohem Maße die je gegenwärtigen persönlichen Lebensbedingungen und deren eigene Einschätzung durch die Befragten wider. Wer grosso modo mit seiner derzeitigen Lebenslage zufrieden ist, stellt auch Deutschland überproportional häufig (54 %) den Prüfvermerk „gerecht" aus (Tab. 15). Wer sich unzufrieden mit seiner Lebenssituation zeigt, beurteilt ganz überwiegend (81 %) auch die allgemeine Entwicklung im Land als ungerecht.

Tab. 15 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Lebenszufriedenheit (Nennungen in Prozent)

Frage 17:	Sachsen-Anhalt (∅)	Lebenszufriedenheit*		eigene wirtschaftliche Lage*		Demokratiezufriedenheit*	
	2014	zufrieden	unzufrieden	gut	schlecht	zufrieden	unzufrieden
Eher gerecht	47	54	15	53	31	72	12
Eher ungerecht	47	41	81	41	67	21	85

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Dieselbe asymmetrische Verteilung der Nennungshäufigkeiten ergibt sich, wenn das allgemeine Gerechtigkeitsempfinden mit der Einschätzung der individuellen wirtschaftlichen Lage in Beziehung gesetzt wird. Wer die eigene private Ökonomie günstig bewertet, hält auch den allgemeinen Lauf der Dinge hierzulande häufiger für eher gerecht (53%) als der Bevölkerungsdurchschnitt. Und wer sich selbst eine schlechte wirtschaftliche Diagnose stellt, ist mit großer Mehrheit (67 %) auch überzeugt, dass die allgemeinen Zeitläufte ungerecht sind (Tab. 15).

In Bezug auf die Wahrnehmung der Performanz der Demokratie stellt sich ebenfalls das gleiche Bild her. 85 Prozent derer, die mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind, meinen auch, dass es hierzulande nicht gerecht zugeht (Tab. 15). Demgegenüber sind annähernd drei von vier Befragten (72 %), die der demokratischen Ordnung eine zufriedenstellende Leistung bescheinigen, auch von einem gerecht gestalteten Entwicklungspfad Deutschlands überzeugt. Damit wird aktuell ein weiteres

Mal bestätigt, wie tief die Grundformel einer sozial verpflichteten Demokratie, bei welcher das Gerechtigkeitsgebot mit dem allgemeinen Wohl verknüpft ist, in den Werthaltungen der Bevölkerung des Landes verwurzelt ist.

Dass man im Vergleich mit anderen Mitbürgerinnen und Mitbürgern persönlich einen gerechten Anteil erhält, wird, wie schon 2007, 2009 und 2012, in Sachsen-Anhalt auch 2014 häufiger bejaht als ein generell gerechter Zustand des Landes. 44 Prozent bestätigen, dass ihnen persönlich Gerechtigkeit widerfährt (Tab. 16). Darüber hinaus geben gegenwärtig 16 Prozent der Befragten an, sie erhielten „sehr viel mehr" bzw. „etwas mehr", als ihnen eigentlich zustünde. Das sind 5 Prozent mehr als vor zwei Jahren. Im Jahr 2009 hatte sich als ein solcher Nutznießer niemand eingestuft. Umgekehrt ist die Zahl derjenigen, die sich etwas oder sehr ungerecht behandelt wähnen, mit insgesamt 39 Prozent, um 8 Prozentpunkte weiter zurückgegangen.

Der sich im Zeitverlauf von 2009 bis 2014 abbildende Trend – es werden mehr, die sich gerecht bedient sehen, und es werden weniger, die sich *weniger als gerecht* behandelt fühlen – schließt alle Alterskohorten und sozialen Statusgruppen, mit Ausnahme der Arbeitslosen, ein. Besonders ausgeprägt fällt, differenziert nach dem Lebensalter, bei den 18- bis 24-Jährigen die fortschreitende Verschiebung im Verhältnis von „benachteiligt" (32 %) zu „bevorteilt" (22%) und stärker noch bei den 25- bis 34-Jährigen (36 zu 28 %) aus.

Tab. 16 Erhalt von gerechtem Anteil nach Alter und Beruf (Nennungen in Prozent)

Frage 18: s. u.	Sachsen-Anhalt (∅)				Alter in Jahren*					Beruf		
	2007	2009	2012 [26]	2014	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Arbeiter	Angestellte/ Beamte	Freie Berufe/ Selbständige
sehr viel mehr	-	-	1	2	3	4	0	2	1	2	2	4
etwas mehr als	2	2	10	14	19	24	14	11	11	10	14	15
gerechten Anteil	39	44	39	45	42	36	57	41	46	41	45	46
etwas weniger	43	39	35	31	29	31	22	33	34	37	30	27
sehr viel weniger	14	14	12	6	3	6	5	11	5	9	6	8

Frage 18: Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten?
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/Angabe verweigert/rundungsbedingt
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Wohl sind es nach wie vor Personen mit geringer Ressourcenausstattung, nämlich Arbeiter, Volks- bzw. Hauptschüler und Arbeitslose, die überdurchschnittlich häufig eine persönliche Nachteilserfahrung beklagen (Tab. 16 & Tab. 17). Doch innerhalb der beiden ersten genannten sozial schwächeren Gruppen ordnen sich, wie schon 2012 erkennbar, immerhin jeweils kleine Minderheiten auf den oberen Sprossen der Gerechtigkeitsleiter ein, also dort, wo nach dem subjektiven Gefühl mehr als der gerechte Anteil vergeben wird. Dass sich in Sachsen-Anhalt die sich schon vor zwei Jahren abzeich-

26 Wechsel von 4er- auf 5er-Antwortskala (2012) von mehr auf etwas mehr und sehr viel mehr als gerechten Anteil.

nende, allgemein verbreitete Perzeption eines *breiter angehobenen individuellen Gerechtigkeitsniveaus* weiter verstärkt hat, dürfte seine Erklärung darin finden, dass sich der regionale Wirtschaft und Arbeitsmarkt regional fortgesetzt positiv entwickelt. Gemessen am Indikator der subjektiv wahrgenommenen Verteilungsgerechtigkeit, hat sich von 2007 bis heute die soziale Polarisierung innerhalb der Bevölkerung des Landes weiter abgeschwächt.

Tab. 17 Erhalt von gerechtem Anteil nach Tätigkeit und Arbeitslosigkeit (Nennungen in Prozent)

Frage 18: siehe Tab. 16	Sachsen-Anhalt (∅)	Tätigkeit*					Schulabschluss*		
	2014	Erwerbs-tätig	Arbeitslos	In Ausbildung	Rent-ner	sonstige	Haupt-schule	Real-schule	Abitur
sehr viel mehr	2	2	0	5	2	1	2	2	1
etwas mehr als	14	15	8	18	11	13	9	15	17
gerechten Anteil	45	48	14	49	46	29	40	43	55
etwas weniger	31	28	54	26	31	42	37	31	23
sehr viel weniger	6	4	21	2	7	11	9	6	4

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/Angabe verweigert/rundungsbedingt
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Allerdings mit *einer* gravierenden Ausnahme: Unter Arbeitslosen ist das Gefühl persönlicher Benachteiligung im Zweijahresschritt signifikant angewachsen. Die Zahl derer, die sich „gerecht“ bedacht sehen, hat sich seit 2012 auf nunmehr 8 Prozent nahezu halbiert. Drei Viertel meinen hingegen, etwas oder viel weniger als den gerechten Anteil zu erhalten (+ 19 %) (Tab. 17). Da die Erwerbslosenrate im gleichen Zeitraum weiter gesunken ist, deutet der Aufwuchs an pessimistischer bzw. resignativer Grundstimmung in dieser gesellschaftlichen Teilgruppe darauf hin, dass diese Stimmung insbesondere von Langzeitarbeitslosen getragen wird. Diese sehen sich offenbar umso stärker benachteiligt, je mehr in ihrem Lebensumfeld die Erwerbstätigenquote zunimmt.

9 25 Jahre Friedliche Revolution – Eine Bilanz

Im folgenden Kapitel geht es um die rückblickende subjektive Bewertung der DDR. Welches Bild hegen 25 Jahre nach der friedlichen Revolution vom November 1989 die Sachsen-Anhalter von der DDR? – Die retrospektiven Aussagen zum Systemcharakter und zu den Lebensbedingungen der DDR werden seit 2007 in leicht veränderter Form im Sachsen-Anhalt-Monitor[27] abgefragt. Auch diesmal wurde den Befragten ein Fragenkatalog mit wertenden Aussagen vorgelegt, welche die Einschätzungen des Regimecharakters und der Herrschaftspraxis der DDR, der Lebensbedingungen im real existierenden Sozialismus und des Sozialismus als Idee abfragen. Aus Anlass des besonderen Datums wurde der Fragenkatalog des Monitors zudem um folgende Fragen erweitert:

- Haben sich die Lebensverhältnisse in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung verbessert, verschlechtert oder kaum verändert?
- Überwiegen, allgemein wie persönlich, eher die wahrgenommenen Vorteile oder die Nachteile der Einigung?

Wie bisher schon, werden drei Dimensionen des DDR-Bildes konstruiert, in welchen jeweils mehrere Fragen zusammengefasst sind.

9.1 Regime und Lebensbedingungen unter sozialistischen Vorzeichen: Einschätzungen des Systemmodells und der real existierenden DDR

Seit 2007 besteht für die Befragten mehrheitlich kein Zweifel daran, dass es sich bei dem politischen System der DDR um eine Diktatur gehandelt hat. Dieser Aussage stimmt auch bei der aktuellen Umfrage weiterhin eine deutliche Majorität, die diesmal mehr als zwei Drittel beträgt, zu (Tab. 18). Im Mittel zeigt sich diese Einstellung seit 2007 konstant.

Dass die DDR ein Unrechtsstaat war, meinen hingegen nach wie vor deutlich weniger, nämlich 40 Prozent (+4). Dieses zwiespältige Meinungsbild über den Systemcharakter der DDR spiegelt, die seit längerem öffentlich kontrovers geführte Debatte in Deutschland wider.[28] Die verbreitete Zurückhaltung, die DDR als Unrechtsstaat anzusehen, könnte darin begründet sein, dass ihr keine *völlig rechtlosen bzw. gesetzlosen Zustände* zugeschrieben werden. In der Tat waren, wie in jeder Diktatur, auch in der DDR weite Teile des Alltags gesetzlich geregelt. Daraus speist sich wohl die Einschät-

27 Vgl. Fürnberg, O./Holtmann, E./Jaeck, T. (2007): Sachsen-Anhalt-Monitor, Kap. 9, und Holtmann, E./Jaeck, T./Völkl, K. (2009). Sachsen-Anhalt-Monitor, Kap. 9.

28 Siehe u.a. Roellecke, G. (2009): War die DDR ein Unrechtsstaat – faz.net, 12.Oktober 2012; Kein totaler Unrechtsstaat: Sellering verteidigt seine DDR-Äußerungen (2009) – faz.net, 12. Oktober 2012; Lothar de Maizière will DDR nicht als Unrechtsstaat bezeichnen (2010) - Spiegel Online, 26. September 2012; Holtmann, E. (2010): http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47570/die-ddr-ein-unrechtsstaat, 26. September 2012; neuestens MZ, 25. September 2014: Einigkeit beim Blick zurück.

zung, dass in der DDR Recht und Ordnung herrschte. Dass Rechtsnormen nur äußerlich und formal und ohne rechtsstaatliche Gewähr existierten und dem politischen Durchgriff jederzeit ausgeliefert waren, wird nicht unbedingt mitbedacht. Immerhin ist fast der Hälfte der Sachsen-Anhalter bewusst, dass die DDR kein Rechtsstaat war. 44 Prozent, gleich viele wie 2012, befürworten es, eine Verharmlosung von DDR-Unrecht unter Strafe zu stellen (Tab. 18).

Tab. 18 Einstellungen zur DDR nach Alter und Bildung, (Nennungen „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu" in Prozent°) (Mittelwerte von -2 völlige Ablehnung bis +2 völlige Zustimmung°°)

Frage 12a)-j):	Sachsen-Anhalt°					Alter in Jahren°					Schulabschluss°		
	Zeitverlauf°° (∅ von -2 bis +2)												
	2007	2009	2012	2014	2014	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Hauptschule	Realschule	Abitur
j) Das politische System der DDR war eine Diktatur.	1,1	1,0	1,0	1,1	71	50	51	71	77	79	73	71	69
c) Es sollte strafbar sein, wenn jemand DDR-Unrecht verharmlost oder den Schießbefehl an der früheren innerdeutschen Grenze leugnet.		0,4	0,4	0,3	44	18	31	43	47	50	49	42	37
a) Die DDR war ein Unrechtsstaat.		0,2	0,2	0,3	40	28	28	32	43	47	47	35	41
f) Sozialismus und Demokratie sind im Grunde ganz gut vereinbar.	0,3	0,1	0,1	0	36	39	28	28	38	41	44	34	34
b) Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.	-0,2	-0,3	-0,2	-0,3	28	25	23	17	26	32	31	26	23
h) Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.	-0,9	-0,9	-1,0	-1,2	7	5	10	11	4	8	10	8	3
d) Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.	0,9	0,7	0,6	0,6	55	38	38	55	57	63	64	53	50
i) Es war nicht alles schlecht in der DDR.	1,5	1,4	1,3	1,3	81	77	84	77	83	81	82	83	77
g) Die Darstellung der DDR in Fernsehen und Presse sollte sich nicht nur auf die Stasi und die SED-Diktatur beschränken.	1,5	1,4	1,3	1,3	81	74	84	82	86	78	74	84	88
e) Trotz aller Einschränkungen konnte man in der DDR privat alles in allem ganz gut leben.	1,2	1,1	0,9	1	69	48	67	67	72	74	76	69	64

Nach wie vor sind die Befragten ganz überwiegend der Meinung, dass es sich „in der DDR privat alles in allem ganz gut leben“ ließ (69 %, +5). Diese Einschätzung erfolgt ungeachtet der Tatsache, dass eine Trennung zwischen System und privater Lebenswelt in der DDR, genau besehen, nicht existiert hat und diese selbst gezogene innere Trennlinie jederzeit durch politische Willkür des SED-Regimes durchbrochen werden

konnte. Dem Glauben, es hätte so etwas wie private Nischen für unpolitische kleine Fluchten gegeben, korrespondiert die Überzeugung „Es war nicht alles schlecht in der DDR“. Eben diese pauschale Einschätzung erhält innerhalb des Fragekomplexes zur DDR-Vergangenheit seit 2007 regelmäßig, so auch aktuell, die höchsten Zustimmungswerte: 2012 stimmten gut drei von vier Befragten dieser Aussage eher oder völlig zu, heute sagen dies 81 Prozent (+4). Folgerichtig fordern ebenso viele, dass sich die Darstellung der DDR in den öffentlichen Medien nicht ausschließlich dem Thema des SED-Unrechtsregimes und des Ministeriums für Staatsicherheit widmen sollte.

Diesen konstanten Ausschnitt im DDR-Bild, an dem die Bevölkerung mehrheitlich festhält, als Verklärung oder Verharmlosung der Diktatur zu verstehen, geht unseres Erachtens fehl. Denn: Dem Alltag und der Lebenswelt, wie sie zu DDR-Zeiten bestanden haben, die guten Seiten ohne jede Einschränkung abzusprechen, hieße ja, zugleich diesen Abschnitt in den Biographien der damaligen Generationen pauschal zu entwerten. Viele Angehörige dieser älteren Jahrgänge suchten und fanden seinerzeit ein Selbstwertgefühl in ihrer beruflichen Qualifikation und ihrer Arbeitsleistung, auch und gerade wegen der Erschwernisse der Mangelwirtschaft, die ihnen spezielle Fertigkeiten (insbesondere die Kunst der Improvisation) abverlangte. Diese Selbsterfahrung wirkt bis heute identitätsbildend, und sie sperrt sich dagegen, dass diese Seite der eigenen Persönlichkeit im Nachhinein gleichsam entsorgt wird.

Sowohl der Grad des Schulabschlusses als auch das Alter der Befragten taugen bei diesem Fragenkomplex nur eingeschränkt als Erklärungsfaktoren (Tab. 18). Auffallend ist allerdings, dass jüngere Befragte zwischen 18 und 24 Jahren die Lebensbedingungen in der DDR deutlich seltener positiv bewerten. Dafür bieten sich zwei Erklärungen an: Entweder handelt es sich um eine Unsicherheit im Urteil, bei welcher sich bemerkbar macht, dass die DDR für diese Altersgruppen. gar keinen Ausschnitt der selbst erlebten Vergangenheit mehr darstellt. Oder aber die Vorstellungen über Lebensgestaltung und Lebenschancen, die heute in der nachwachsenden Generation gehegt werden, lassen mit wachsendem zeitlichen Abstand die in der DDR gegebenen Lebensverhältnisse zunehmend als fremd bzw. unattraktiv erscheinen. Der Einfluss von Bildung und anderen Einflussfaktoren wird in den folgenden Abschnitten einer detaillierteren Analyse unterzogen.

9.2 Drei Dimensionen des DDR-Bildes

In der obigen Tabelle kommt zum Ausdruck, dass einzelne Ausprägungen des untergegangen Regimes unterschiedlich betrachtet werden. Diese wechselnden und zum Teil auch gegenläufigen Einschätzungen lassen sich inhaltlich und statistisch[29] auf drei latente Dimensionen reduzieren, die durch jeweils zusammengefasste Fragepunkte repräsentiert werden.

29 Als Methode der Dimensionsreduzierung, wird hier und in folgenden Kapiteln eine konfirmatorische Faktorenanalyse verwendet.

In der ersten Dimension wird der Sozialismus als Staatsidee sowie als Gesellschafts- und Wirtschaftsform abstrakt beurteilt. Die hier eingegangenen Bewertungen enthalten zwar nicht automatisch ein konkretes positives Urteil über die DDR, transportieren diese jedoch mit als einen zeithistorischen Erfahrungshintergrund, der in Ostdeutschland zumindest in vermittelter Form allgemein gegenwärtig ist und daher häufig faktisch als eine maßstäbliche Größe bei der Beantwortung der abstrakten Systemfragen dient. Personen, die einem der Fragepunkte zustimmen, neigen dazu, auch den anderen Items zuzustimmen, und vice versa. Im aggregierten Antwortkomplex formt sich somit entweder ein sozialismusaffines oder sozialismuskritisches Einstellungsmuster aus. Die Aussage, dass der Sozialismus im Grunde eine gute Idee sei, aber in der DDR nur unzulänglich realisiert wurde, kann sowohl der ersten als auch der zweiten Dimension zugeordnet werden.

1. Dimension:
   Sozialismus als Staats- und Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

- „Sozialismus und Demokratie sind im Grunde ganz gut vereinbar."
- „Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren."
- „Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden."
- „Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde."

Die zweite Dimension beinhaltet hauptsächlich Sichtweisen auf die privaten Lebenswelten, deren Bewertung für die DDR, wie oben bereits beschrieben, im Monitor seit 2007 außerordentlich positiv ausfällt. Befragte, die hier allen abgefragten Aussagen zustimmen, neigen zu einem weichgezeichneten Bild der DDR-Vergangenheit, das den Lebensalltag und das diktatorische System tendenziell entkoppeln. Bei konsequenter Ablehnung der Aussagen fällt das Bild der DDR entsprechend spiegelbildlich negativ aus.

2. Dimension:
   Lebenswelten in der DDR (Es war nicht alles schlecht…)

- „Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde"
- „Es war nicht alles schlecht in der DDR."
- „Trotz aller Einschränkungen konnte man in der DDR privat alles in allem ganz gut leben."
- „Die Darstellung der DDR in Fernsehen und Presse sollte sich nicht nur auf die Stasi und die SED-Diktatur beschränken."

Die dritte Dimension ist inhaltlich gekennzeichnet durch eine starke Distanzierung vom DDR-Regime. Personen mit einem unterstützenden Antwortverhalten nehmen hier eine klar ablehnende und prinzipiell kritische Haltung zur DDR-Vergangenheit ein. Zudem sind sie der Ansicht, dass eine Verharmlosung des Unrechts in der DDR unter Strafe gestellt werden sollte. Es erscheint schlüssig, dass Sachsen-Anhalter, die den real existierenden Sozialismus der DDR entschieden verurteilen, die beiden vorgenannten

Dimensionen, also jene der Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und jene der Lebenswelten, deutlich negativ bewerten.

3. Dimension:
   Verurteilung des Sozialismus in der DDR

- „Das politische System der DDR war eine Diktatur."
- „Die DDR war ein Unrechtsstaat."
- „Es sollte strafbar sein, wenn jemand DDR-Unrecht verharmlost oder den Schießbefehl an der früheren innerdeutschen Grenze leugnet."

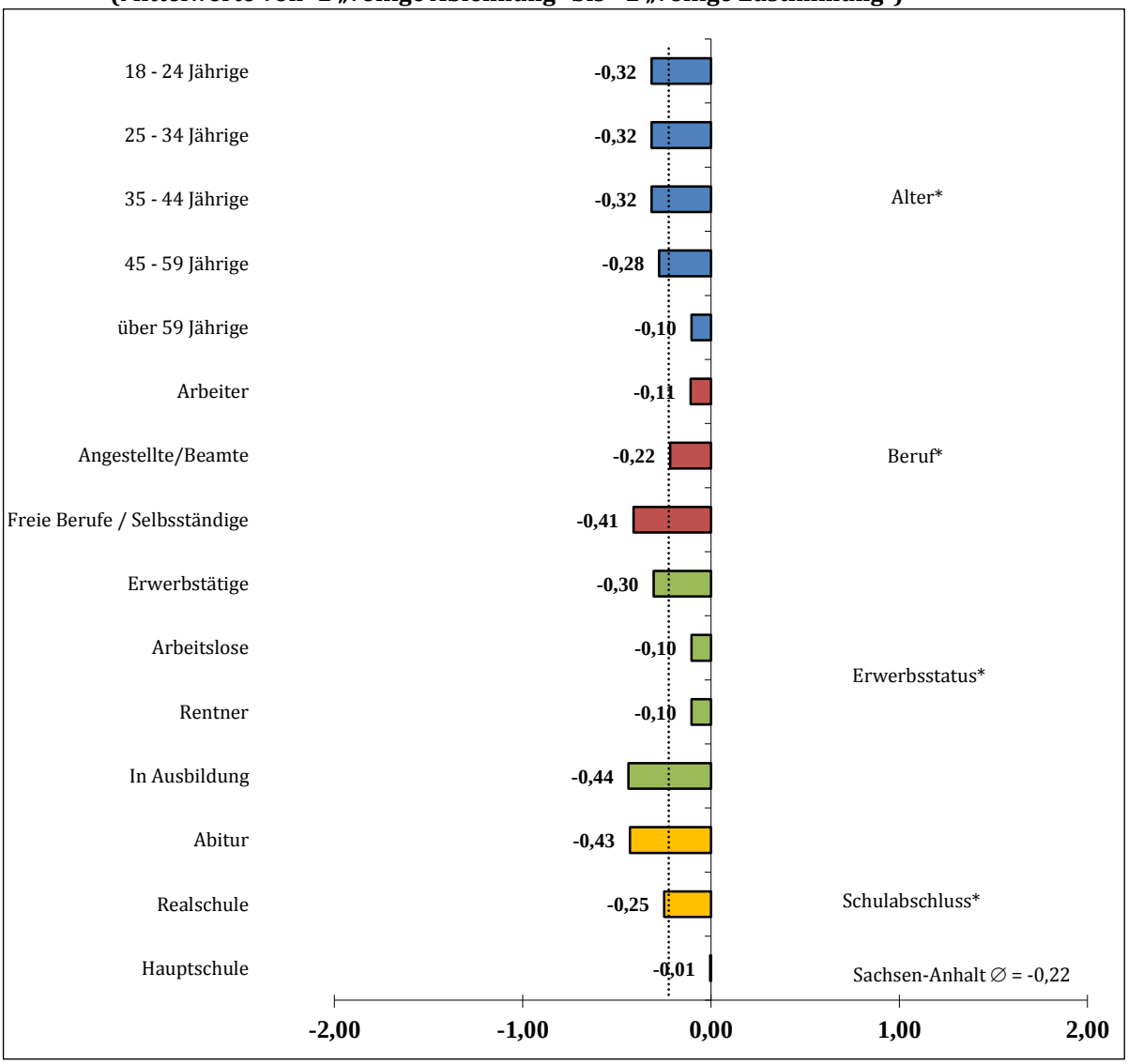
Im Folgenden wird dargestellt, wie sich die seitens der Befragten abgegebenen Beurteilungen auf die erläuterten drei Dimensionen nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen, politisch-kulturellen Einstellungen und räumlicher Herkunft verteilen.

9.2.1 Erste Dimension: Sozialismus als Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

Teilweise stärker als 2012 variieren bei Alter und Stellung im Beruf die jeweiligen Ausprägungen der Variablen um den Mittelwert der Skala von -0,22 (Abb. 30). Bei Befragten, die jünger als 45 Jahre sind, sowie bei freien Berufen bzw. Selbständigen zeigt sich ein signifikanter Einfluss auf die negative Einschätzung des Sozialismus als Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Deutlich sind auch Effekte der Schulbildung. Wer sich noch in der Ausbildung befindet oder Abitur hat, äußert besonders häufig eine ablehnende Haltung. Vergleichbar entschieden fällt auch die Distanz zum Sozialismusmodell bei Erwerbstätigen aus. Arbeitslose, die bei der vorigen Befragung als einzige Gruppe innerhalb der sozialstrukturellen Merkmalsinformationen eine unterstützende Position eingenommen hatten (+0,07), sind auf der Skala inzwischen ebenfalls in den Bereich der Sozialismuskritiker gerückt, mit einem die Mitte der Skala unterschreitenden Wert von -0,10 (Abb. 30).

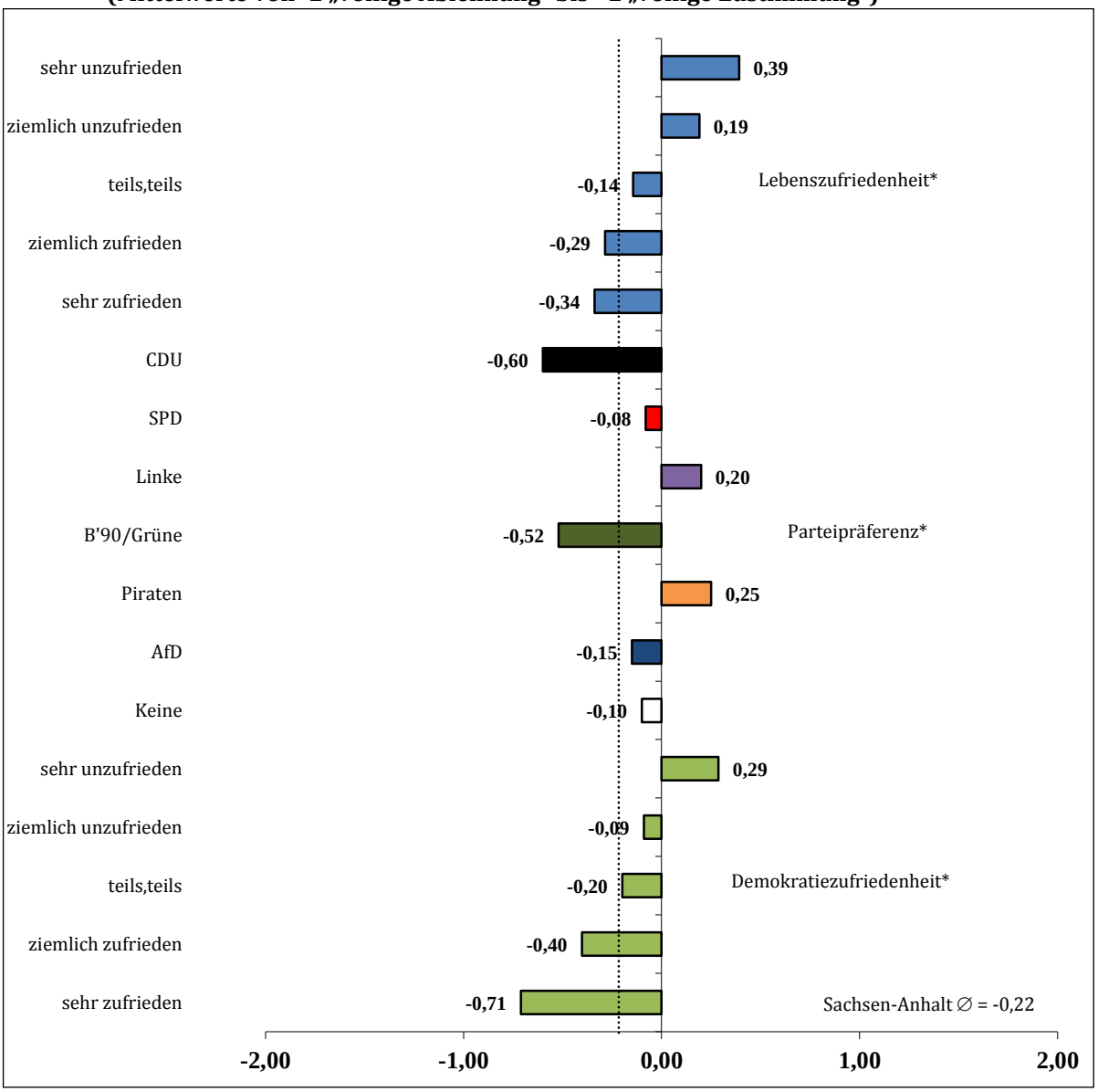
Wie schon bei der vorhergehenden Untersuchung von 2012, stellen sich die in der folgenden Abbildung (Abb. 31) gezeigten statistischen Zusammenhänge wesentlich prägnanter dar. Alle drei Variablen erweisen sich als einflussstark: Die allgemeine Lebenszufriedenheit, teilweise die Parteipräferenz und vor allem die Bewertung der Systemperformanz, d.h. die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Wer mit den Lebensbedingungen zufrieden und mit den Leistungen des demokratischen Systems einverstanden ist, neigt selten dazu, für das sozialistische Systemmodell einzutreten und damit in diesem Entwurf indirekt eine Alternative zur existierenden demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung zu sehen. Auch die Parteipräferenz geht mit klaren Systempräferenzen einher: Während Anhänger von CDU und Grünen besonders eindeutig und auch jene von SPD und AfD deutlich schwächer die sozialistische Option ablehnen, positionieren sich Gefolgsleute der Linken und der Piraten insgesamt im zustimmenden Skalenbereich. Verglichen mit 2012, ist die Zustimmung im Sympathieumfeld der Linkspartei jedoch erheblich geringer geworden (Abb. 31).

Abb. 30 Skala Sozialismus als Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf (Mittelwerte von -2 „völlige Ablehnung“ bis +2 „völlige Zustimmung“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Abb. 31 Skala Sozialismus als Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nach Lebenszufriedenheit, Parteipräferenz und Demokratiezufriedenheit (Mittelwerte von -2 „völlige Ablehnung“ bis +2 „völlige Zustimmung“)



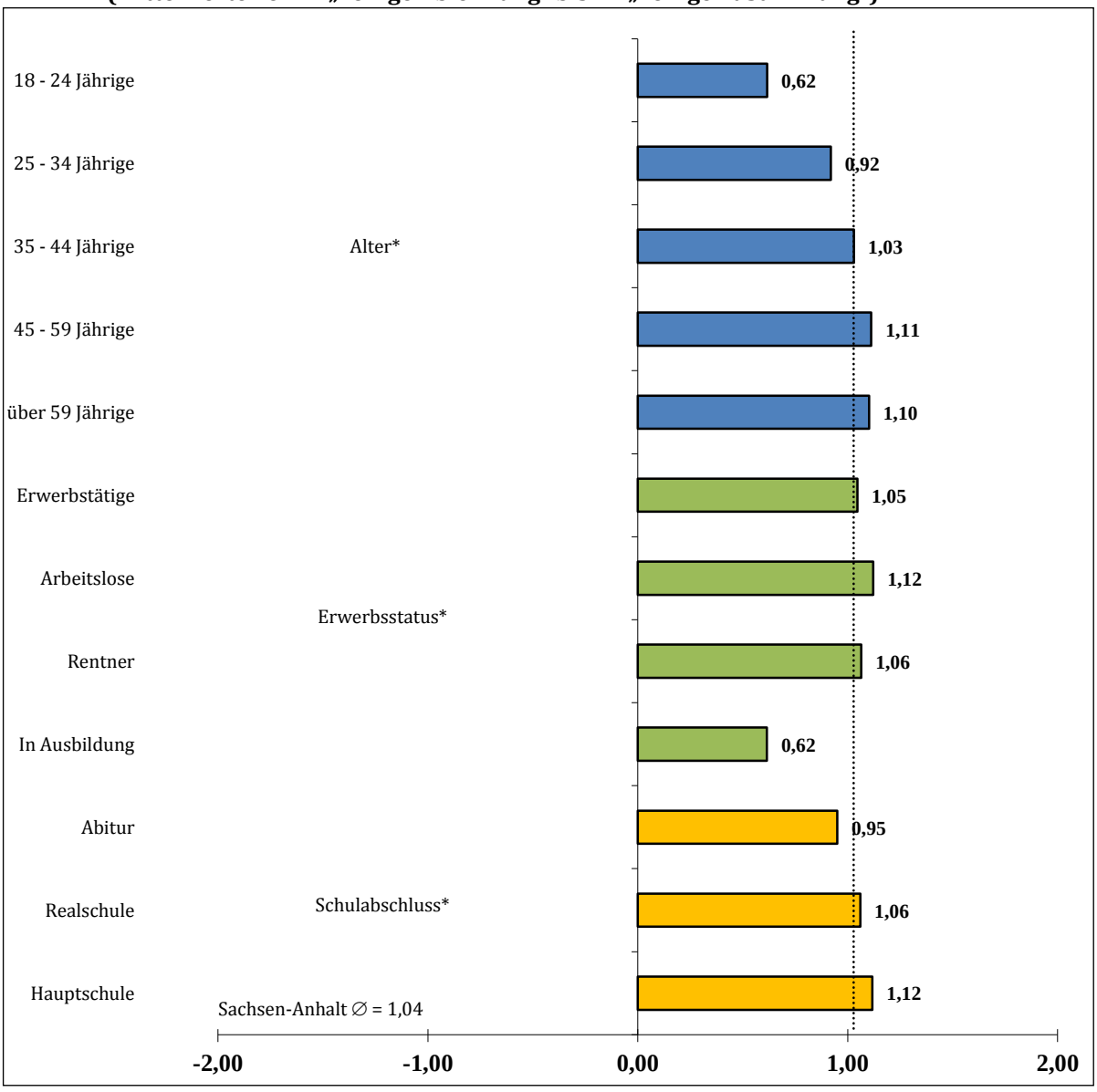
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

9.2.2 Zweite Dimension: Lebenswelten in der DDR – „Es war nicht alles schlecht…“

Wie die nachstehende Abbildung (Abb. 32) veranschaulicht, zeigt sich bei der Bewertung der Lebensbedingungen in der DDR im Vergleich zur vorangehenden Umfrage von 2012 eine hohe Kontinuität. Das belegt nicht nur der unveränderte landesweite Mittelwert, sondern auch die Zusammenhangsmaße mit ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen. Jüngere Befragte äußern sich zurückhaltender positiv als Ältere, wobei auffällt, dass vor allem 18- bis 24-Jährige, die mit der Teilgruppe derer, die eine Ausbildung absolvieren, weitgehend identisch sind, jetzt erkennbar seltener eine gute Beno-

tung vergeben. Offenbar macht sich die fortschreitende wachsende Distanz zum Gegenstand der Betrachtung, der nicht mehr in eigener Lebenserfahrung tradiert wird, bemerkbar. Abermals sind es Arbeitslose, welche die vermeintlich guten Seiten der DDR vergleichsweise häufig betonen. Vor der Folie beruflicher Ungewissheit und Misserfolgserlebnisse erfahren die Lebensbedingungen des verschwundenen Systems eine stärkere Aufwertung. Der Einfluss des Bildungsgrades ist schwach ausgeprägt, aber vorhanden: Befragte mit Abitur urteilen weniger positiv über die Lebenswelten der DDR als Absolventen der Hauptschule (Abb. 32).

Abb. 32 Skala Lebenswelten in der DDR nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf (Mittelwerte von -2 „völlige Ablehnung" bis +2 „völlige Zustimmung")



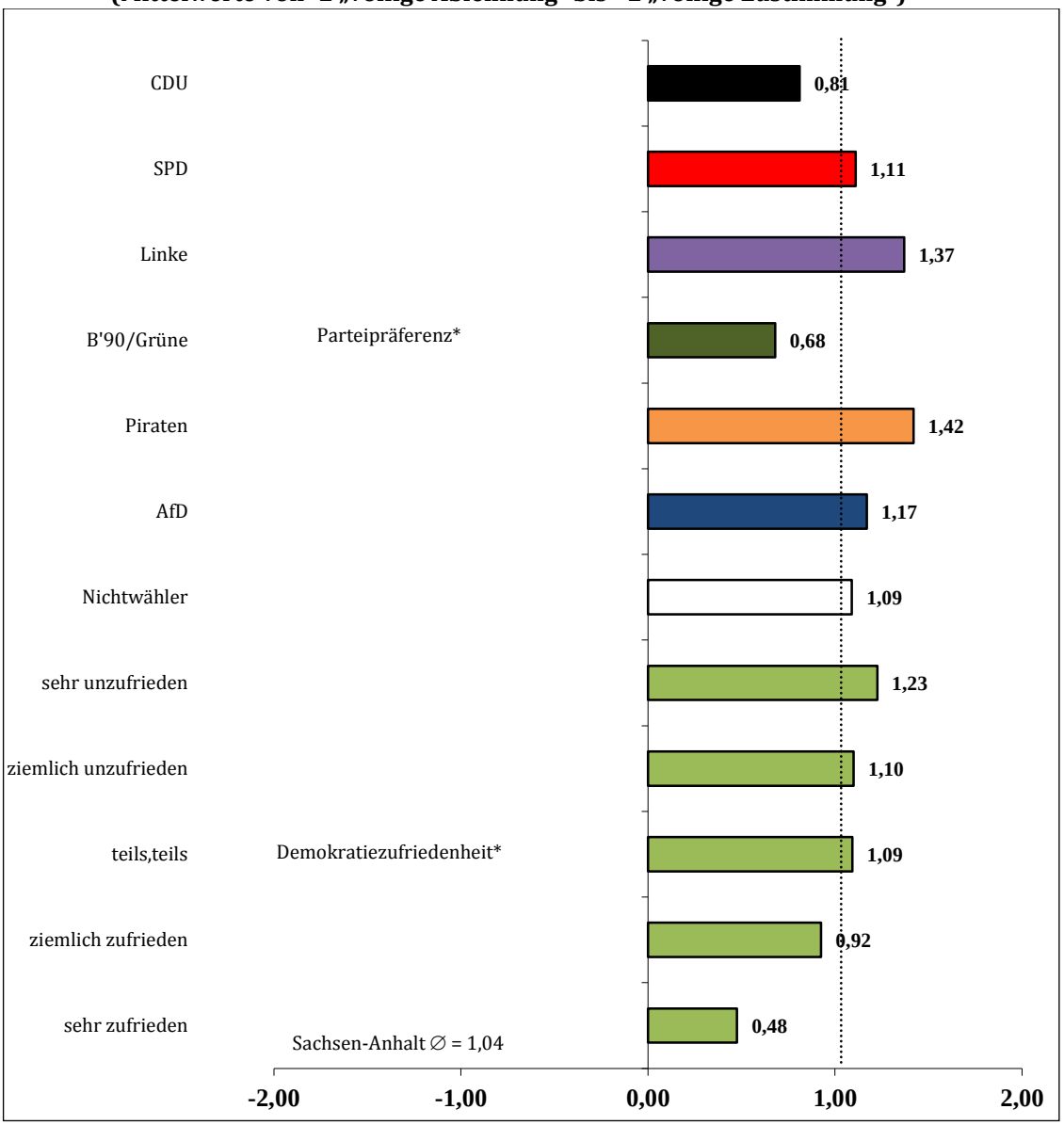
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Wie bei der Einstellung zum Sozialismus als abstraktem Systemmodell, kommt den Faktoren Demokratiezufriedenheit und Parteipräferenz auch für die Bewertung der Lebensverhältnisse der DDR eine Erklärungskraft zu (Abb. 33). Bei Anhängern der

etablierten politischen Parteien zeigt sich das aus früheren Umfragen bekannte Verteilungsmuster: Wer zur Union oder zu den Grünen neigt, hegt ein vergleichsweise kritisches DDR-Bild, wer mit der Linken sympathisiert, urteilt überproportional häufig wohlwollend. Noch positiver fällt die Bewertung im Umfeld der Piraten aus. Auch AfD-Anhänger platzieren sich insgesamt stärker als der Landesdurchschnitt im positiven Feld. Hingegen weichen SPD-nahe Befragte und bekennende Nichtwähler kaum vom Durchschnittswert ab.

Wiederum erweist sich, dass vor allem diejenigen an der Lebenswelt der DDR wenig Positives erkennen können, die mit dem Funktionieren der Demokratie sehr zufrieden sind (Abb. 33). Konträr dazu benoten entschiedene Demokratiekritiker die DDR-typischen Lebensverhältnisse vergleichsweise gut.

Abb. 33 Skala Lebenswelten in der DDR nach Parteipräferenz und Demokratiezufriedenheit (Mittelwerte von -2 „völlige Ablehnung“ bis +2 „völlige Zustimmung“)

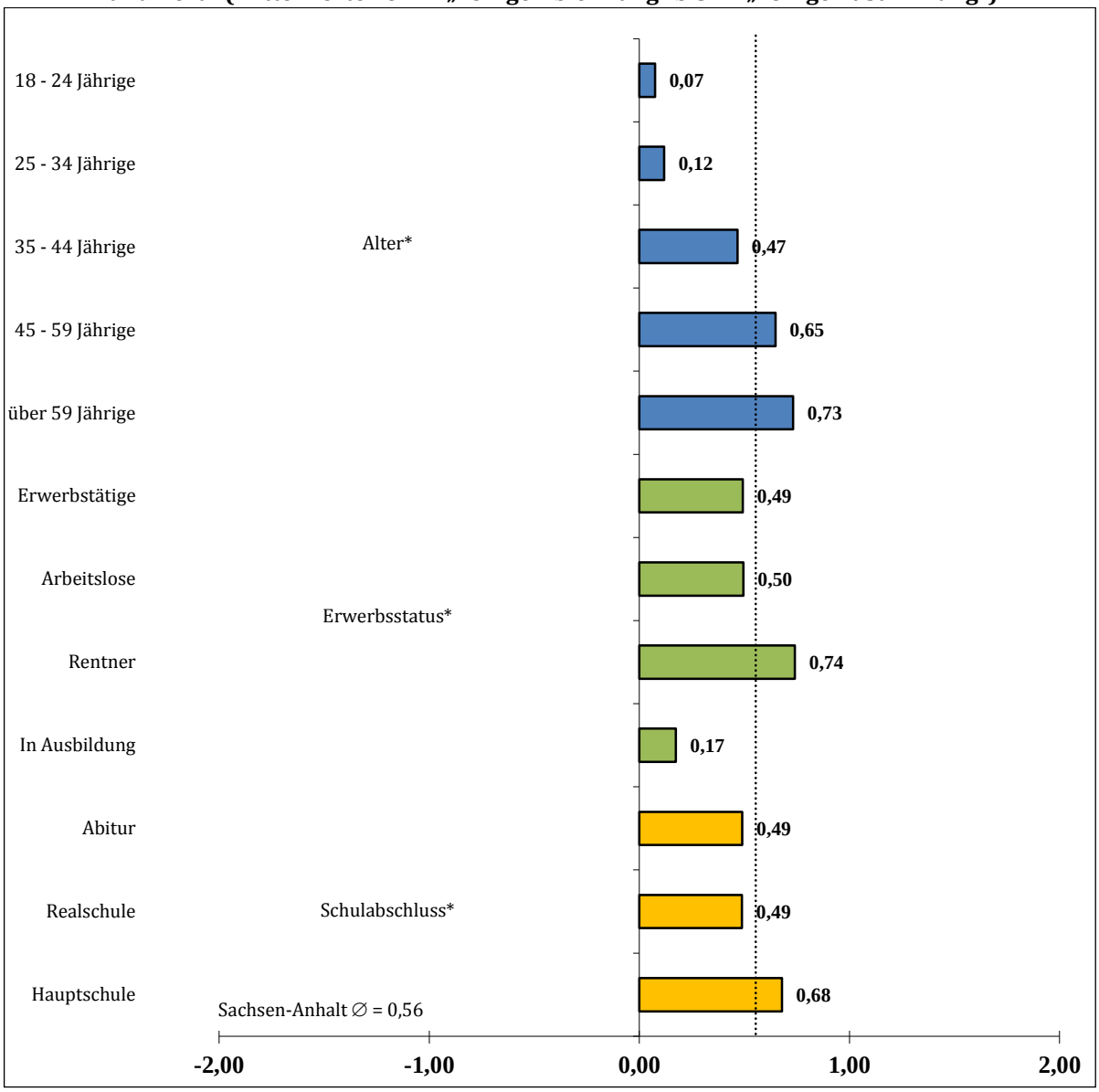


* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

9.2.3 Dritte Dimension: Verurteilung des Sozialismus in der DDR

Wie zwei Jahre zuvor, stellt sich die untergegangene staatliche Ordnung der DDR für die Mehrheit der Sachsen-Anhalter in der Kombination der Daten als eine Diktatur und ein Unrechtsstaat dar, dessen repressive Praxis nicht verharmlost werden soll (unveränderter Mittelwert von 0,56). Mit zunehmendem Alter nimmt die systemkritische Einschätzung auch diesmal zu (Abb. 34), allerdings hat sich die altersspezifische Spreizung vergrößert: Jüngere Befragte unter 35 Jahren urteilen über das Regime der DDR wesentlich weniger kritisch als noch 2012. Offenbar macht sich auch hier das Schwinden persönlicher Erfahrungen und Erinnerungen in einer vermehrt unsicheren und unschlüssigen Urteilskraft bemerkbar.

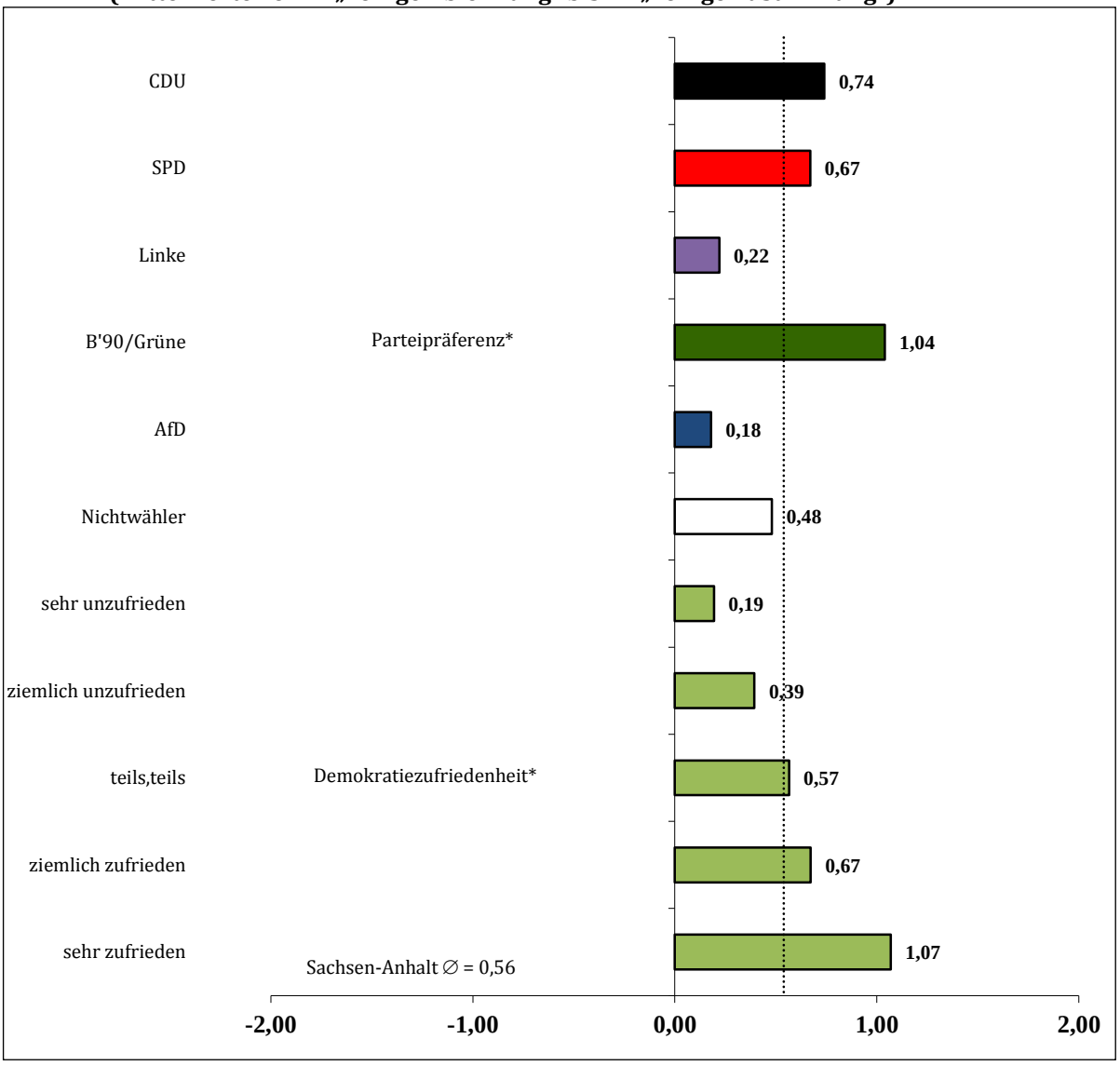
Abb. 34 Skala Verurteilung des Sozialismus in der DDR nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf (Mittelwerte von -2 „völlige Ablehnung“ bis +2 „völlige Zustimmung“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Ob jemand erwerbstätig oder arbeitslos ist, spielt bei dieser Einstellungsdimension keine Rolle (Abb. 34). Bezüglich des Bildungsgrades bestätigt sich die bei den beiden oben dargestellten Dimensionen des DDR-Bildes bereits aufscheinende Tendenz: Höher Gebildete sind mit der Vergabe positiver Noten zurückhaltender als Hauptschulabsolventen.

Abb. 35 Skala Verurteilung des Sozialismus in der DDR nach Parteipräferenz und Demokratiezufriedenheit (Mittelwerte von -2 „völlige Ablehnung“ bis +2 „völlige Zustimmung“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Auch das Erklärungsmuster, das sich aus den Faktoren Demokratiezufriedenheit und Parteipräferenz speist, wird bei der dritten Dimension des DDR-Bildes fortgeschrieben. Sind Befragte mit dem Funktionieren der Demokratie sehr oder ziemlich zufrieden, verurteilen sie das politische System der DDR nachdrücklicher. Die Kontrolle der Parteipräferenz bestätigt die bereits bekannte polare Verteilung: Während im Umfeld der Linken und neuerlich der AfD die Systemkritik an der DDR verhalten ausfällt, äußern sich Parteigänger der Grünen besonders kritisch (Abb. 35).

In der Zusammenfassung aller drei Dimensionen des DDR-Bildes bestätigt sich aktuell das bereits 2012 herausgefundene Grundmuster: Je nach Alter, Lebenszufriedenheit, Demokratieakzeptanz und Parteipräferenz sowie abgeschwächt auch nach Bildungsgrad und Stellung im Erwerbsleben, fällt die Sichtweise auf das abstrakte Sozialismusmodell „hinter" der DDR und auf das real existent gewesene System der DDR und die dort gegebenen Lebensumstände unterschiedlich aus. Menschen, die mit den heutigen Lebensverhältnissen und den Leistungen der Demokratie zufrieden sind, distanzieren sich häufiger vom sozialistischen Ideengebäude, sehen weniger an der DDR deren vermeintlich gute Seiten und lehnen deren Regimemerkmale entschiedener ab. Im Spektrum der Parteipräferenz existiert die Polarisierung zwischen mehr oder weniger DDR-kritischen Grundeinstellungen weiter fort. Ersterer lassen sich Anhänger von Grünen und CDU, letzterer jene der Linken, der Piraten und mit Ausnahme der Systemfrage auch der AfD zuordnen. Die traditionelle Präferenz von Parteigängern der Linken für die Systemalternative des Sozialismus ist jedoch zurückgegangen.

9.3 Die deutsche Einigung: Gewinn oder Verlust? – Die DDR und die Bundesrepublik im persönlichen Vergleich der Systeme

Wie zuletzt 2009 (und davor 2007), wurden die Sachsen-Anhalter jetzt neuerlich befragt, in welchen Bereichen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sich ihrer Einschätzung zufolge die Situation in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung im Vergleich zur DDR verbessert, verschlechtert oder kaum verändert habe. Die aktuelle Bilanz der politischen Gewinn-Verlust-Rechnung (Abb. 36) auf der Grundlage eines persönlichen Vergleichs der Systeme lässt sich wie folgt vorab zusammenfassen:

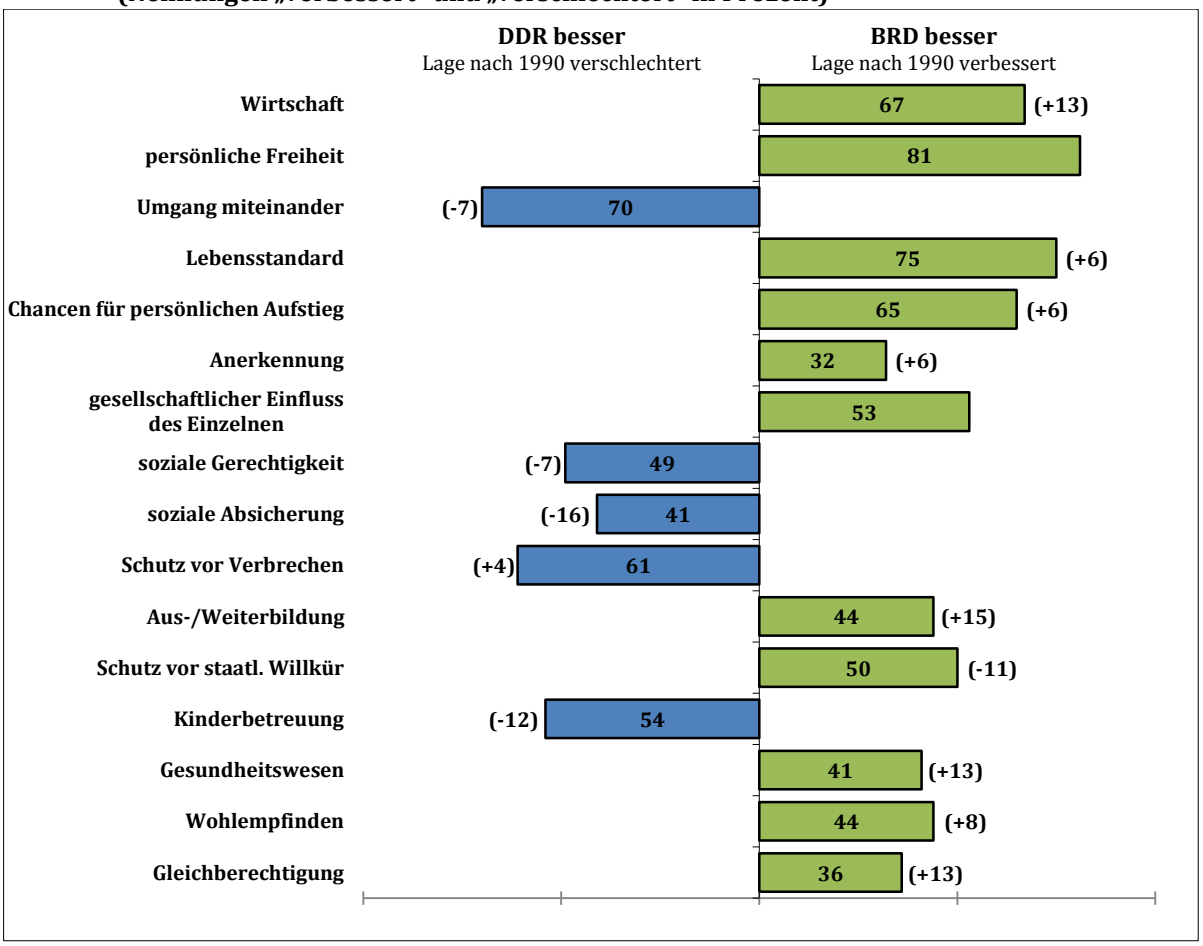
1. Das geeinte Deutschland wird weiterhin als das eindeutig wirtschaftlich leistungsstärkere, einen höheren Lebensstandard sichernde, persönliche Freiheiten verbürgende und einen beruflichen wie sozialen Aufstieg ermöglichende Alternative zur DDR bevorzugt.
2. Zugleich werden auch der DDR nach wie vor bestimmte Systemvorteile mehrheitlich zuerkannt: Die dortigen damaligen Lebensbedingungen seien mitmenschlicher, sozial abgesicherter und sozial gerechter, kindgemäßer und vor Kriminalität stärker geschützt gewesen. Dies ist indes vorrangig die Sicht älterer Befragter. Bei Jüngeren neigt sich beim Vergleich beider Systeme die Waagschale eindeutiger zugunsten der Bundesrepublik.

3. Mit wachsendem zeitlichen Abstand erfolgt, so hatten wir bereits im SAM 2009 festgestellt, *keine* zunehmende Verklärung vorgeblich guter Seiten der DDR. Nach dem heute erhobenen Stand der Einstellungen können wir, diese Tendenzaussage verstärkend, ergänzen: Bei einigen Leistungsbereichen, die 2009 noch der DDR gutgeschrieben worden waren, hat sich das Meinungsbild zugunsten der Bundesrepublik gedreht. Zudem sind in jenen verbliebenen Feldern, wo nach wie vor Vorteile der DDR gesehen werden, die Mehrheiten mit Ausnahme der Verbrechensbekämpfung geschrumpft.

4. Mit diesem eindeutigen Votum für die bessere Qualität der Systemleistungen der Bundesrepublik stimmt überein, dass für eine klare Mehrheit der Sachsen-Anhalter die Vorteile der deutschen Einigung die Nachteile überwiegen, und zwar sowohl für Ostdeutschland als auch persönlich. Verglichen mit 2009, hat sich diese schon damals überwiegend positive Grundstimmung nochmals verstärkt.

Betrachten wir zunächst den subjektiven Vergleich der Leistungen der Systeme der DDR und der Bundesrepublik:

Abb. 36 Systemvergleich DDR/Bundesrepublik (Nennungen „verbessert“ und „verschlechtert“ in Prozent)

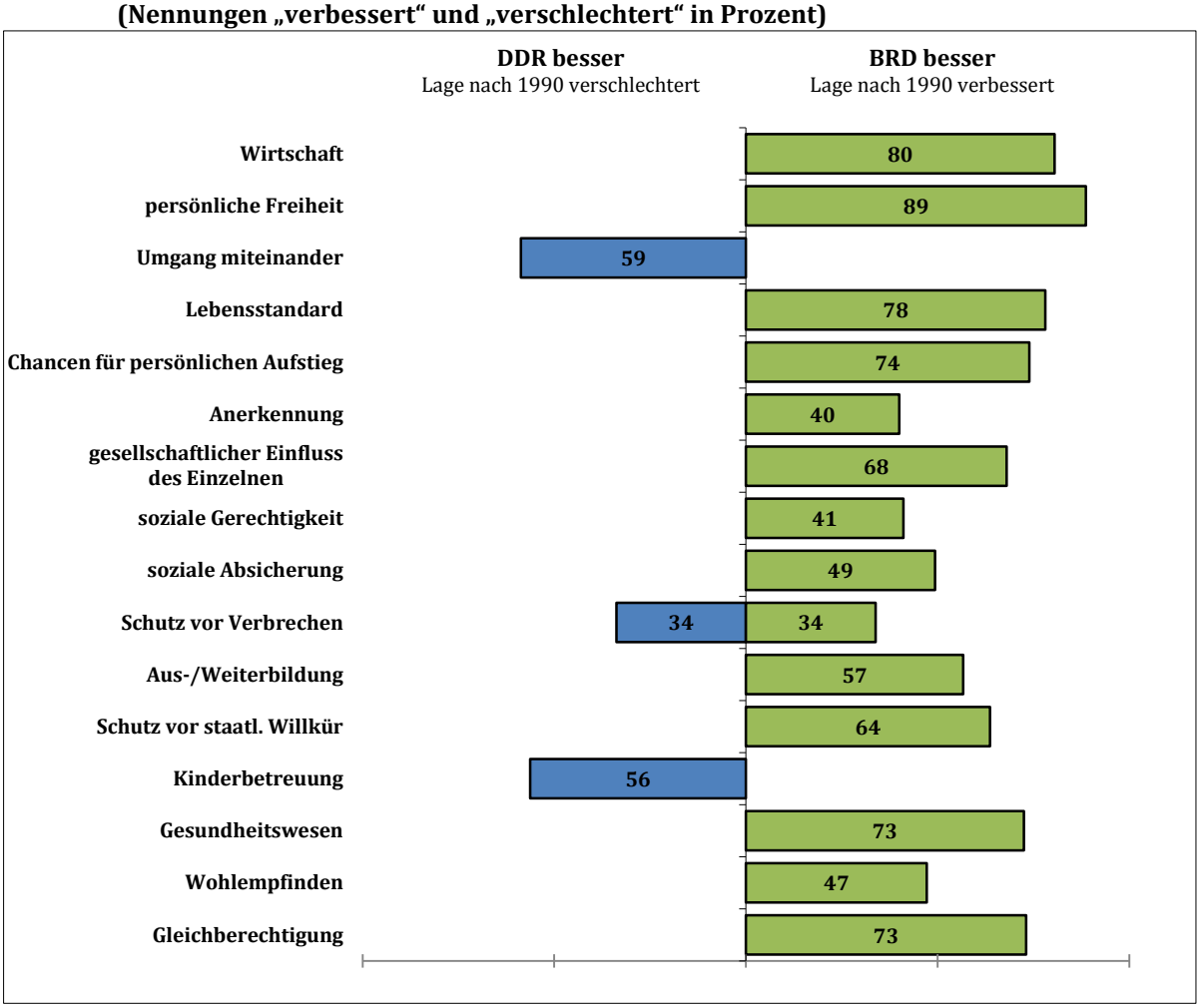


Frage 11a)-p): Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Bereiche. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob sich da die Situation in Ostdeutschland Ihrer Meinung nach seit der Vereinigung im Vergleich zum Leben in der DDR verbessert, verschlechtert oder kaum verändert hat?
Veränderungen zu 2009 in Klammern (in Prozentpunkten)

Die einzelnen Facetten des subjektiven Systemvergleichs DDR-BRD fügen sich zu folgendem Bild: Eine übergroße Mehrheit von unverändert 81 Prozent weiß den Zugewinn an persönlicher Freiheit zu schätzen. Im persönlichen Ranking folgen der Lebensstandard, die Wirtschaft, die Chance, es im Leben zu etwas zu bringen, ferner die Möglichkeiten des Einzelnen, auf gesellschaftliche Entwicklungen Einfluss zu nehmen, sowie, wenngleich mit einem Minus von 11 Prozentpunkten, der Schutz vor staatlicher Willkür. Bei letzterem Punkt haben möglicherweise die öffentlich diskutierten Fälle von Übergriffen und Versagen deutscher und ausländischer Geheimdienste das Meinungsbild negativ beeinflusst.

Erstmals seit Einsatz des Fragekatalogs in Sachsen-Anhalt wird von relativen Mehrheiten der Befragten attestiert, dass sich der Bildungssektor und das Gesundheitswesen im geeinten Deutschland verbessert haben. Ein DDR-Bonus wird mehrheitlich weiterhin für folgende Bereiche staatlicher Leistungen und privater Lebensgestaltung vergeben: Für den Umgang der Menschen miteinander, für Schutz vor Verbrechen, für Kinderbetreuung, soziale Gerechtigkeit und soziale Absicherung (Abb. 36).

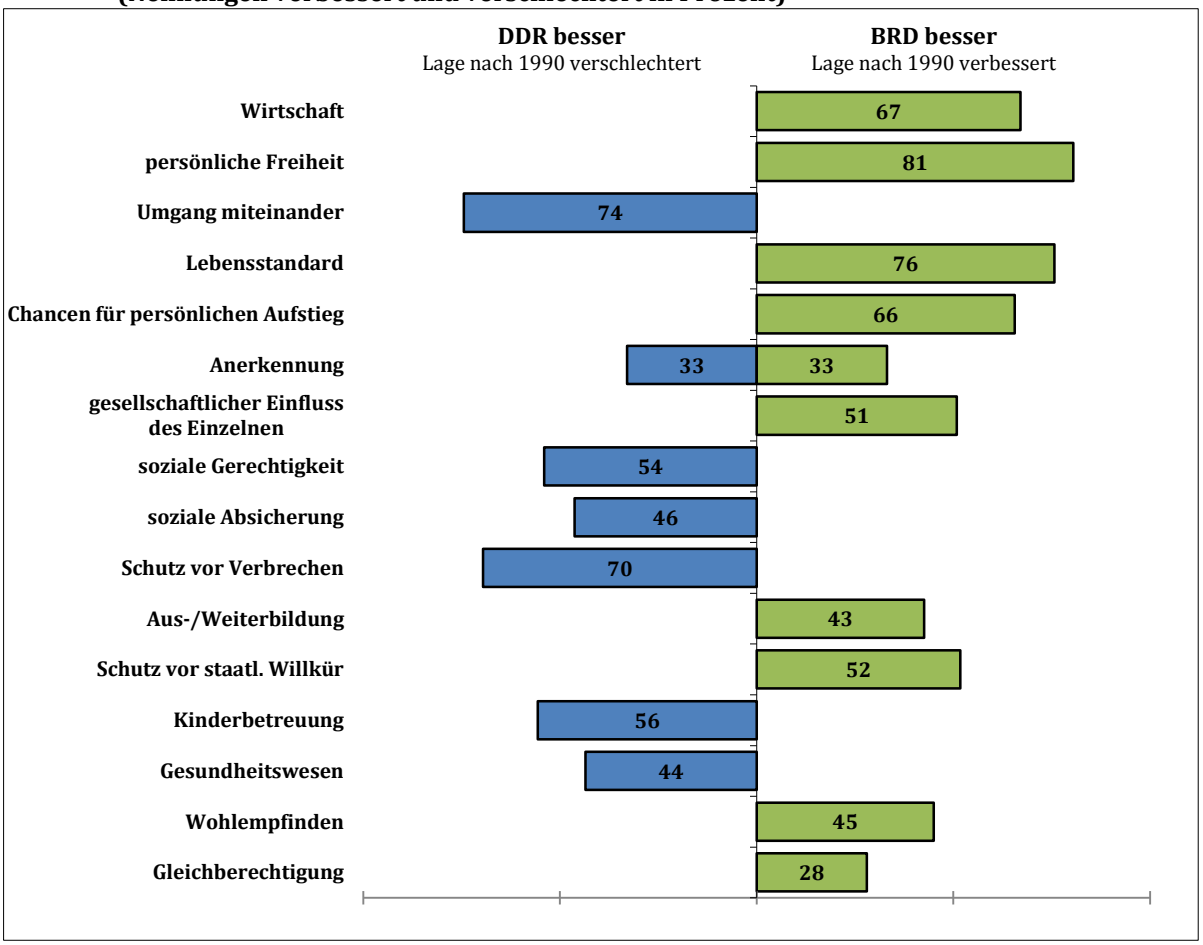
Abb. 37 Systemvergleich DDR/Bundesrepublik unter 35-Jährige (Nennungen „verbessert“ und „verschlechtert“ in Prozent)



Frage 11a)-p): siehe Abb.36

Das „Splitting“ der Altersgruppen über und unter 35 Jahren zeigt, dass die jüngeren Sachsen-Anhalter ein durchwegs positiveres Bild der Bundesrepublik und eine entsprechend kritisch-distanziertere Wahrnehmung der DDR als ältere Mitbürger haben (Abb. 37 und Abb. 38). Jüngere Befragte sehen die DDR im Vergleich der Systeme lediglich bei sozialen Kontakten und der Kinderbetreuung mehrheitlich vorn. Besonders konträr ist die Zuordnung bei den Punkten „soziale Gerechtigkeit“ und „soziale Absicherung“, bei denen die DDR gerade bei älteren Jahrgängen einen merklichen Leistungsvorsprung genießt. Hier dürften bei den Älteren die Erfahrungen mit einigungsbedingten Umbrüchen im Feld Arbeit und Wirtschaft immer noch nachwirken.

Abb. 38 Systemvergleich DDR/Bundesrepublik über 35-Jährige (Nennungen verbessert und verschlechtert in Prozent)



Frage 11a)-p): siehe Abb.36

10 Rechtsextremismus

In Zeiten fortwirkender allgemeiner Unsicherheit wird die Schwelle vorurteilsfreier Anerkennung dessen, was als fremd wahrgenommen wird, instinktiv höher gelegt. Zu vermuten ist daher, dass die Distanzhaltung in Ostdeutschland vergleichsweise stark ausgeprägt ist, weil hier die Auswirkungen der *doppelten Transformation* bis in die Gegenwart hinein immer noch spürbar sind. Einesteils klingt die vielfältig gemachte Erfahrung von nach 1990 „entsicherten" Arbeits- und Lebensbedingungen nach, und zugleich wird diese dem Systemwechsel geschuldete Erfahrung zusätzlich überformt durch neue Unsicherheiten, die sich im Gefolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, der Bedrohung durch terroristische Gruppen eines militanten Islamismus sowie der jüngst aufflackernden öffentlichen Debatte über „Armutsmigration" in der subjektiven Weltsicht der Menschen aufbauen.

Nur wenige Menschen sind bereit, neben dem, was ihnen vertraut ist, auch Erscheinungsformen des Fremden vorbehaltlos als gleichberechtigt anzuerkennen. Intuitives Abstandhalten gegenüber dem Fremden als Person wie als Kennung für andere Kulturen und Religionen, Länder und Ethnien ist ubiquitär verbreitet. Das Eigene und das Fremde gehen im Einstellungshorizont des Durchschnittsmenschen ein gespanntes Verhältnis ein. Um dieses zugunsten eines auf Toleranz und wechselseitigem Respekt gegründeten gesellschaftlichen Miteinanders stabil auszubalancieren, bedarf es einer Akzeptanz des Fremden, die frei von sozialen und kulturellen Vorurteilen ist.

Bereits in den letzten Monitoren hatten wir mittels differenzierter Fragebatterien ausgelotet, wie weit fremdenfeindliche Ressentiments in der Bevölkerung Sachsen-Anhalts verbreitet sind. Ein Ergebnis war, dass 2009 im Vergleich zu 2007 der Anteil der Personen, die eine dezidiert hostile Grundhaltung gegenüber Ausländern bekunden, um insgesamt neun Prozent zurückgegangen war.[30] Die Daten von 2012 belegten sodann, dass sich das fremdenfeindliche Syndrom in Sachsen-Anhalt abgeschwächt hatte. Es zeigte sich zudem, dass nicht nur die Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen gesunken, sondern ebenso die Ablehnung gegenüber solchen gestiegen war. Eine „Flucht" der Befragten in die Mittelkategorie (teils/teils) konnte dementsprechend nicht konstatiert werden.

Der letzte Sachsen-Anhalt-Monitor von 2012 wurde mit einem Schwerpunkt Fremdenfeindlichkeit durchgeführt. Im Rahmen dessen fand eine umfangreiche Fragenliste zur Erfassung von fremdenfeindlichen Einstellungen (Xenophobie) Verwendung. Aktuell im Jahr 2014 wird nun auf das breiter angelegte Spektrum der Messung des Rechts-

30 Vgl. Holtmann, E./Jaeck, T./Völkl, K. (2009): Sachsen-Anhalt-Monitor, S. 97.

extremismus nach der sogenannten Konsensusdefinition[31] umgestellt, weshalb auf die abermalige Verwendung einzelner früherer Aussagen zu Gunsten der Aufnahme neuer Teildimensionen verzichtet wurde.

Mit Hilfe der zusätzlichen Dimensionen lässt sich nun das gesamte Spektrum von Rechtsextremismus darstellen. Dieses beinhaltet folgende 6 Unterkonstrukte, welche jeweils durch zwei Items repräsentiert bzw. gemessen werden:

1. Fremdenfeindlichkeit
2. Antisemitismus
3. übersteigerter Nationalismus/Chauvinismus
4. Affinität zu einer Diktatur als Staatsform
5. Sozialdarwinismus
6. Verharmlosung des Nationalsozialismus

Die Möglichkeit des Datenvergleichs über die Zeit bleibt dennoch bestehen, da die Einzelitems in reduzierter Form in den neuen Konstrukten erneut Verwendung finden. In der aktuellen Untersuchung von 2014 wird das Auswertungsverfahren den Veränderungen des neuen Messinstruments angepasst. Zu Beginn sollen zunächst die in den bisherigen Monitoren verwendeten Items im Zeitverlauf, aufgeschlüsselt nach Alter und Bildung, betrachtet werden (Tab. 19).

In den aktuellen Daten setzt sich die Entwicklungsrichtung der letzten Erhebungswellen überwiegend fort. Die Anteile der Sachsen-Anhalter, die fremdenfeindlichen Aussagen zustimmen, nehmen abermals leicht ab, während die Ablehnung kontinuierlich zunimmt. So ist die Angst vor Überfremdung seit 2007 (23 %) um 8 Prozentpunkte gesunken. Der Aussage: „Ausländer sollten bei knapper Arbeit wieder in Heimat zurück geschickt werden“ stimmen 2014 nur noch 7 Prozent sehr stark zu; damit hat sich der Anteil seit Beginn der Studie fast halbiert (Tab. 19).

Im Bereich des Antisemitismus sind die Entwicklungstendenzen seit 2007 mehr oder weniger konstant. Verweisen wir kurz auf die Ausgangslage: Die Anteile antisemitischer Einstellungen, die 2007 und 2009 im Monitor gemessen wurden, lagen für Sachsen-Anhalt bei sämtlichen abgefragten Items deutlich unter den Vergleichswerten West- wie Ostdeutschlands.[32]

31 „Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellt. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“ In: Stöss, R. (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. S. 56ff.

32 Holtmann, E./Jaeck, T./Völkl, K. (2009), S. 101ff.

Tab. 19 Einstellungen zum Rechtextremismus nach Alter und Bildung, (Nennungen „stimme voll und ganz zu“[33]/„stimme überhaupt nicht zu“ in Prozent)

Frage 21.e), Frage 21.g), Frage 27a)-j)	Sachsen-Anhalt (∅)				Alter in Jahren					Schulabschluss		
	2007	2009	2012	2014	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Hauptschule	Realschule	Abitur
Wenn Arbeit knapp wird, sollte man die hier lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	13	12	9	7	5	5	8	8	7	10	6	3
	26	30	34	37	42	36	37	37	36	32	33	53
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.[34]	23	19	12	15	9	9	10	17	19	28	12	5
	18	19	28	23	21	23	29	24	19	11	21	44
Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss	6	4	6	5	0	3	3	3	8	8	4	3
	33	34	26	39	57	43	53	38	32	30	36	60
Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen	15	13	16	11	8	7	9	9	15	15	12	3
	22	23	16	23	25	20	27	25	21	15	21	38
Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	-	-	8	11	2	6	10	11	14	17	10	6
	-	-	53	51	69	52	54	55	45	32	52	75
Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	-	-	-	6	7	5	1	2	10	13	3	1
	-	-	-	34	35	32	46	36	30	16	38	53
Generell kann man sagen, dass Deutschland besser ist als die meisten anderen Länder der Welt.	-	-	13	17	12	12	16	16	21	23	17	9
	-	-	21	16	9	12	19	17	16	10	14	28
Ich bin lieber Bürger von Deutschland als irgendeines anderen Landes der Welt.	-	-	45	50	30	31	30	48	66	66	50	28
	-	-	9	8	4	13	14	10	4	5	7	16
Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden in der Geschichtsschreibung übertrieben	-	-	-	7	9	2	10	6	8	13	5	4
	-	-	-	49	36	37	48	48	55	46	44	64
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten	-	-	-	4	0	3	4	5	4	8	3	1
	-	-	-	49	36	35	44	52	55	45	44	66
Wenn es Not tut, ist eine Diktatur die bessere Staatsform.[35]	5	4	5	4	0	2	4	3	5	5	4	1
	59	58	54	52	56	49	59	49	52	46	50	64
Was Deutschland jetzt braucht ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert	-	-	-	22	14	11	12	21	30	34	20	6
	-	-	-	24	18	21	32	26	23	15	21	44

□ Zustimmung
□ Ablehnung

33 Die genauen Verteilungen der Variablen können dem Tabellenband entnommen werden.

34 Abweichender Fragewortlaut 2012: „Durch die vielen Ausländer in Deutschland fühlt man sich zunehmend als Fremder im eigenen Land.“

35 Wechsel von 4er- auf 5er-Antwortskala (2012) mit mittlerer (teils, teils)-Kategorie. Trotz Wechsel bzw. zusätzlicher Kategorie nur eine geringer Abfall in der Ablehnung.

Hinsichtlich des generellen Verdachts, dass Juden „auf der Welt zu viel Einfluss“ haben, blieb die überwiegende Ablehnung der Sachsen-Anhalter stabil bzw. nahm innerhalb der letzten 7 Jahre um etwa 6 Prozentpunkte zu. Gerade einmal 5 Prozent – und darunter fast ausschließlich über 60-Jährige – stimmen diesem verschwörungstheoretischen „Phantasma jüdischer Macht“[36] heute noch zu (Tab. 19).

Dass das beharrliche Erinnern an die Opfer nationalsozialistischer Verbrechen von Juden ausgenutzt werde, um Deutschland finanziell und politisch zu erpressen, ist ein anderes gängiges antijüdisches Stereotyp. Für diese Ausdrucksform eines sogenannten „sekundären Antisemitismus“[37] zeigt sich gut ein Zehntel (11 %) – aufsteigend mit zunehmendem Alter – der Bürger des Landes empfänglich. Dieser Anteil hat sich mit Schwankungen seit 2007 leicht verringert.

Sozialdarwinistische Einstellungen, wie die Unterscheidung in „wertvolles und unwertes Leben“ oder die Zustimmung, dass sich in der Gesellschaft, gleich der natürlichen Evolution, der „Stärkere“ durchsetzen solle, erfahren eine deutliche Ablehnung. Aussagen, die die Verbrechen des Nationalsozialismus bagatellisieren, werden von sehr wenigen Sachsen-Anhaltern geteilt; gerade einmal 4 bzw. 7 Prozent stimmen dem voll und ganz zu, während jeweils die Hälfte der Befragten dies ausnahmslos ablehnt (ebd.). Von einer großen Mehrheit abgelehnt wird auch die Diktatur als Staatsform in Krisensituationen. Seit 7 Jahren stimmen fast gleichbleibend nur knapp 5 Prozent, darunter eher Ältere, einem solchen Notstandsregime voll und ganz zu. Die Mehrheit der Befragten (52 %) lehnt dies entschieden ab (vgl. auch Kap. 3).

Nationalstolz und übersteigerter Patriotismus sind in den letzten zwei Jahren leicht angestiegen. Hierbei könnte sich zum einen der Gewinn der Fußballweltmeisterschaft 2014 auswirken, welche sich zeitlich teilweise mit der Feldphase des Sachsen-Anhalt-Monitor überschnitten hat. Zum anderen könnte auch die der Bundesrepublik international zuerkannte Rolle als „Exportweltmeister“ und „Wachstumslokomotive“ im europäischen Raum sowie die ihre Aufwertung als außenpolitischer Akteur das nationale (Selbst)Bewusstsein stärken.

Im Gesamtbild der aktuellen Daten bestätigt sich die Beobachtung der Vorjahre, dass rechtextremistische Einstellungen im Land einen eher geringen sozialen Resonanzboden finden. Dies zeigt ein weiteres Mal, dass in Sachsen-Anhalt eine ethnozentrisch, rassistisch, sozialökonomisch oder antisemitisch aufgeladene „politische Kultur des Ressentiments“[38] wenig verbreitet ist und keine schweigende Mehrheit hinter sich hat.

Das Alter zeigt im Vergleich zur Bildung bei der Betrachtung der sozialstrukturellen Einflussfaktoren eine vergleichsweise geringe Wirkung. Nur in einzelnen Dimensionen

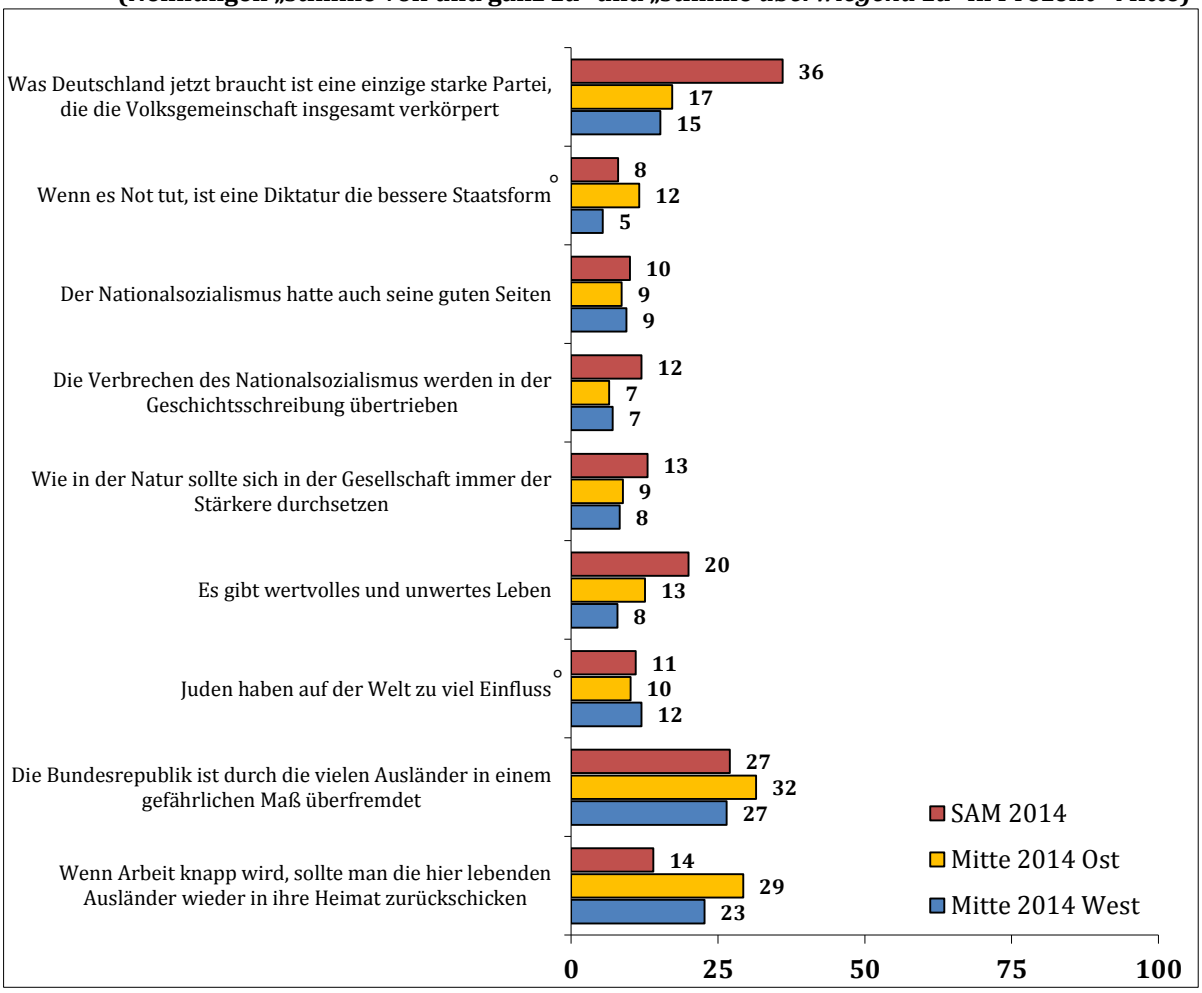
36 Holz, K, (2005): Neuer Antisemitismus? – Wandel und Kontinuität der Judenfeindschaft, In: BMI (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Judenfeindschaft im politischen Extremismus und im öffentlichen Diskurs, Berlin, S. 32.

37 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (2005): Verfassungsschutzbericht 2005, Köln, S. 17.

38 Betz, H.-G. (1996): Review: The Radical Right in Western Europe. In: Political Science Quarterly. S. 111.

schlägt sich die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Generation in differierenden Einstellungsniveaus nieder. So begünstigt ein höheres Alter tendenziell Antisemitismus, Sozialdarwinismus und insbesondere Chauvinismus, andererseits wird in denselben Jahrgängen eine Verharmlosung des Nationalsozialismus deutlicher verurteilt. Wesentlich prägnanter scheinen auf den ersten Blick die Einflüsse des formalen Bildungsgrades: Je höher dieser ausfällt, desto weniger wahrscheinlich ist es, dass rechtextreme Einstellungsmuster ausgeformt werden (Tab. 19).

Abb. 39 Rechtsextremistische Einstellungen in Sachsen-Anhalt im bundesweiten Vergleich (Nennungen „stimme voll und ganz zu“ und „stimme *eher* zu“ in Prozent - SAM) (Nennungen „stimme voll und ganz zu“ und „stimme *überwiegend* zu“ in Prozent - Mitte)

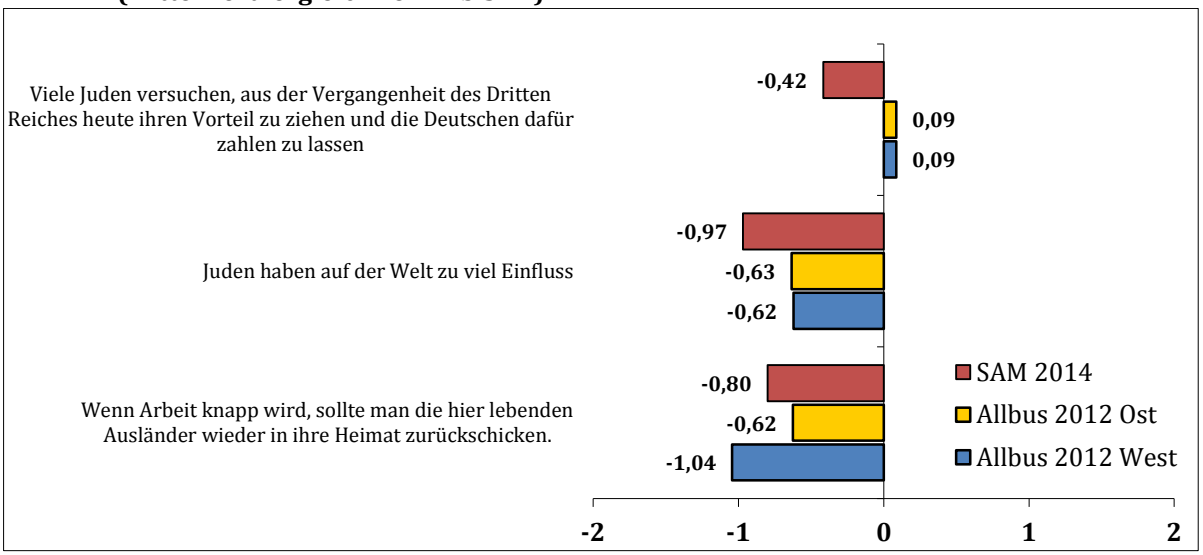


Quelle: Mitte-Studie – http://www.uni-leipzig.de/~kredo/Mitte_Leipzig_Internet.pdf
° Abweichender Fragewortlaut in der Mitte-Studie: 1. „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“ 2. „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“

Die einzelnen Einflussfaktoren werden im Folgenden noch genauer abgebildet und mit überregionalen Vergleichsdaten in Bezug gesetzt. Wie deutlich wird, liegen im nationalen Vergleich die Einstellungswerte für Sachsen-Anhalt teils über, teils unter Werten,

die 2012 bzw. 2014 bundesweit, getrennt nach Ost- und Westdeutschland, gemessen worden sind (vgl. Abb. 39 und Abb. 40).[39]

Abb. 40 Rechtsextremistische Einstellungen im bundesweiten Vergleich (Mittelwertvergleich von -2 bis +2)



Quelle: ALLBUS 2012 (7 Kategorien – von 1 stimme gar nicht zu bis 7 stimme voll und ganz zu umcodiert in Mittelwerte von -2 bis +2)

Die einzelnen durch Fragen ermittelten Indikatoren werden für die weiteren Analysen zu einem Ausländerfeindlichkeitsindex zusammengefasst (Abb. 41). Dieser und die folgenden Indizes setzen sich somit aus jeweils zwei Fragepaaren zusammen und haben jeweils eine Spannweite von 1 (sehr geringe xenophobe, antisemitische etc. Einstellungsmuster) bis 5 (sehr starke xenophobe, antisemitische etc. Einstellungsmuster). In einem weiteren Schritt wird ein allgemeiner Rechtsextremismusindex gebildet, welcher alle gemessenen Indikatoren enthält. Dieser Index variiert von 1 („keine rechtsextremen Einstellungen“) bis 5 („sehr starke rechtsextreme Einstellungen“). Zusätzlich zu den in Tab. 19 aufgenommenen Individualmerkmalen Alter und Bildung können so weitere mögliche Einflussfaktoren auf das Syndrom Rechtsextremismus und dessen Unterdimensionen getestet werden.

Für die Erklärung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus lassen sich aus der Literatur verschiedene theoretische Hypothesen heranziehen. Die für den vorliegenden Bericht verwendeten Annahmen werden im Folgenden kurz erläutert. Eines der bekanntesten Erklärungsmuster ist die *Autoritarismus-These*. Diese wurde im Zuge der Studien zur „Authoritarian Personality“ von Theodor W. Adorno[40] und anderen 1933 in die USA emigrierten Wissenschaftlern des Frankfurter Instituts für Sozialforschung entwickelt. Mit verschiedenen methodischen Ansätzen, u. a. Gruppendiskussio-

39 Als Vergleichsdaten werden Daten des Allbus und der Mitte-Studien heran gezogen. Zum Redaktionsschluss lagen für den Allbus 2014 leider noch keine Daten vor, weshalb wir auf die Erhebung von 2012 zurückgreifen. Die dargestellten Werte dienen also in erster Linie als Orientierungsrahmen.

40 Adorno, T. W. u. a. (1950): The Authoritarian Personality. New York: Harper.

nen, Interviews und Befragungen, wurde untersucht, welche individualpsychologischen Orientierungen in Deutschland dem Nationalsozialismus und Rassismus Vorschub geleistet hatten. Adorno fand seine These erhärtet, dass vor allem Menschen mit einem autoritätshörigen also „autoritären Charakter" dazu neigen, sich Diktaturen kritiklos zu unterwerfen und Vorurteile unbedacht zu übernehmen. Die These wurde sowohl 2007 als auch 2009 im Monitor wieder aufgenommen und im Grundmuster empirisch bestätigt.[41]

Ein weiterer individualpsychologischer Untersuchungsansatz ist die von Robert K. Merton[42] in Anlehnung an Émile Durkheim entwickelte *Anomietheorie*. Diese besagt im Wesentlichen, dass Personen, deren individuelle Teilhabe an materiellen und ideellen Kollektivgütern aufgrund sozialstruktureller Merkmale beschränkt ist, sich zur Wahrung ihrer Interessen zusammenschließen oder aber vom Rest der Gesellschaft abgrenzen. Die Konzentration und Begrenzung des Interaktions- und Handlungsspielraumes auf das eigene Milieu kann in der Folge zu abweichendem Verhalten, aber auch zu Ressentiments gegenüber „Fremden" führen.[43]

Im Sachsen-Anhalt-Monitor wird die Triftigkeit dieser Theorie mit Hilfe unterschiedlicher Fragen untersucht, so z. B. dem Ungerechtigkeitsempfinden oder einem niedrigen sozioökonomischem Status (Bildung, Einkommen, Beruf). Ein indirekter Einfluss anomischer Verhaltensweisen – durch Abgrenzung – erschließt sich über die weiter unten erläuterte Kontakthypothese.

Ein weiterer Erklärungsansatz, der für die Untersuchung einschlägiger politischer oder gesellschaftlicher Einstellungen herangezogen werden kann, ist die *Theorie der (subjektiven) relativen Deprivation.* Diese besagt, dass Zufriedenheit nicht direkt durch die eigenen objektiven Lebensbedingungen bestimmt wird, sondern erst indem die Situation der eigenen Person oder Gruppe in Relation zu anderen Personen oder Gruppen gesetzt wird.[44] Aufgrund dieses Selbstvergleichs wird eine Diskrepanz wahrgenommen zwischen dem, was man hat, und dem, was einem der eignen Meinung nach zusteht.[45]

Empfundene Benachteiligungen dieser Art können sich in Extremismus und eben auch in fremdenfeindlichen Einstellungen manifestieren, dann nämlich, wenn die „Fremden" als Sündenbock für die eigene Notlage herangezogen werden. Analog könnte die Schuldzuschreibung auch an politische Institutionen und Akteure oder gesell-

41 Vgl. Holtmann, E./Fürnberg, O./Jaeck, T. (2007) & Holtmann, E./Jaeck, T./Völkl, K. (2009)

42 Merton, R. K. (1938): Social Structure and Anomie. In: American Sociological Review, 3, S. 672-682.

43 Vgl. auch Heitmeyer, W. (1989) Rechtextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim. Juventa.

44 Die Unterscheidung zwischen Individuen und Gruppen wird als „egoistische" bzw. „fraternalistische" relative Deprivation bezeichnet. Vgl. Runciman, W. G. (1966): Relative Deprivation and Social Justice: a Study of Attitudes to Social Inequality. London. Routledge & Kegan Paul.

45 Farwick, A. (2008): Segregation und Eingliederung: zum Einfluss der räumlichen Konzentration von Zuwanderern auf den Eingliederungsprozess. Wiesbaden: VS.

schaftliche Großgruppen wie West- oder Ostdeutsche erfolgen. Mit anderen Worten: Relative Deprivation kann zu sozialer, wirtschaftlicher und politischer Unzufriedenheit führen, die sich an anderen Personen(gruppen), die eine Projektionsfläche für Neid und Bevorzugung abgeben, festmacht[46]. Geprüft wird die These im aktuellen Monitor anhand der Zufriedenheit mit der eigenen gesellschaftlichen und ökonomischen Situation, der Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie, der Selbsteinstufung als „Wendeverlierer" bzw. „Wendegewinner" und dem persönlichen Gerechtigkeitsempfinden.

Eng verwoben mit dem Ansatz der relativen Deprivation ist die *Gruppenbedrohungstheorie*. Diese besagt, dass der Wettbewerb um knappe Ressourcen (*Konkurrenzhypothese*), wie zum Beispiel um Arbeitsplätze, ein Auslöser für extremistische und gruppenbezogene menschenfeindliche Einstellungen[47] sein kann. Um die Annahme zu überprüfen, werden in der Regel zwei Merkmale untersucht. Zum einen der formale Bildungsgrad (siehe auch die Ergebnisse in Tab. 19); dabei wird vermutet, dass Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau sich durch die Konkurrenz „fremder" Gruppen stärker bedroht sehen und folglich eher extremistische Einstellungen ausbilden. Zum anderen der Ausländeranteil eines Wohngebietes, ausgehend von der Realität einer räumlichen Konkurrenzsituation.

Dem gegenüber steht die Hypothese des so genannten *Intergruppen-Kontakts* (*„Kontakt-Hypothese"*). Sie basiert ursprünglich auf der Forschung von Allport und Williams[48] zu gespannten Beziehungen zwischen der weißen und afro-amerikanischen Bevölkerung der USA in den 1950er Jahren. Die Grundannahme lautet hier, dass häufige Kontakte zwischen verschiedenen Gruppen unter bestimmten Bedingungen dazu führen, dass Vorurteile und negative Ansichten über die „Fremdgruppe"abgebaut werden und die gegenseitige Wahrnehmung positiv beeinflussen. Die Kontakte sollten dabei idealerweise auf „Augenhöhe" stattfinden (Arbeit, Kindergarten, Schule, Verein usw.). Kontakte, die beispielsweise ausschließlich auf der Basis geografischer Nähe bestehen, können dementgegen auch gegenteilige Prozesse auslösen (so die Theorie der Gruppenbedrohung).

10.1 Ausländerfeindlichkeit / Xenophobie

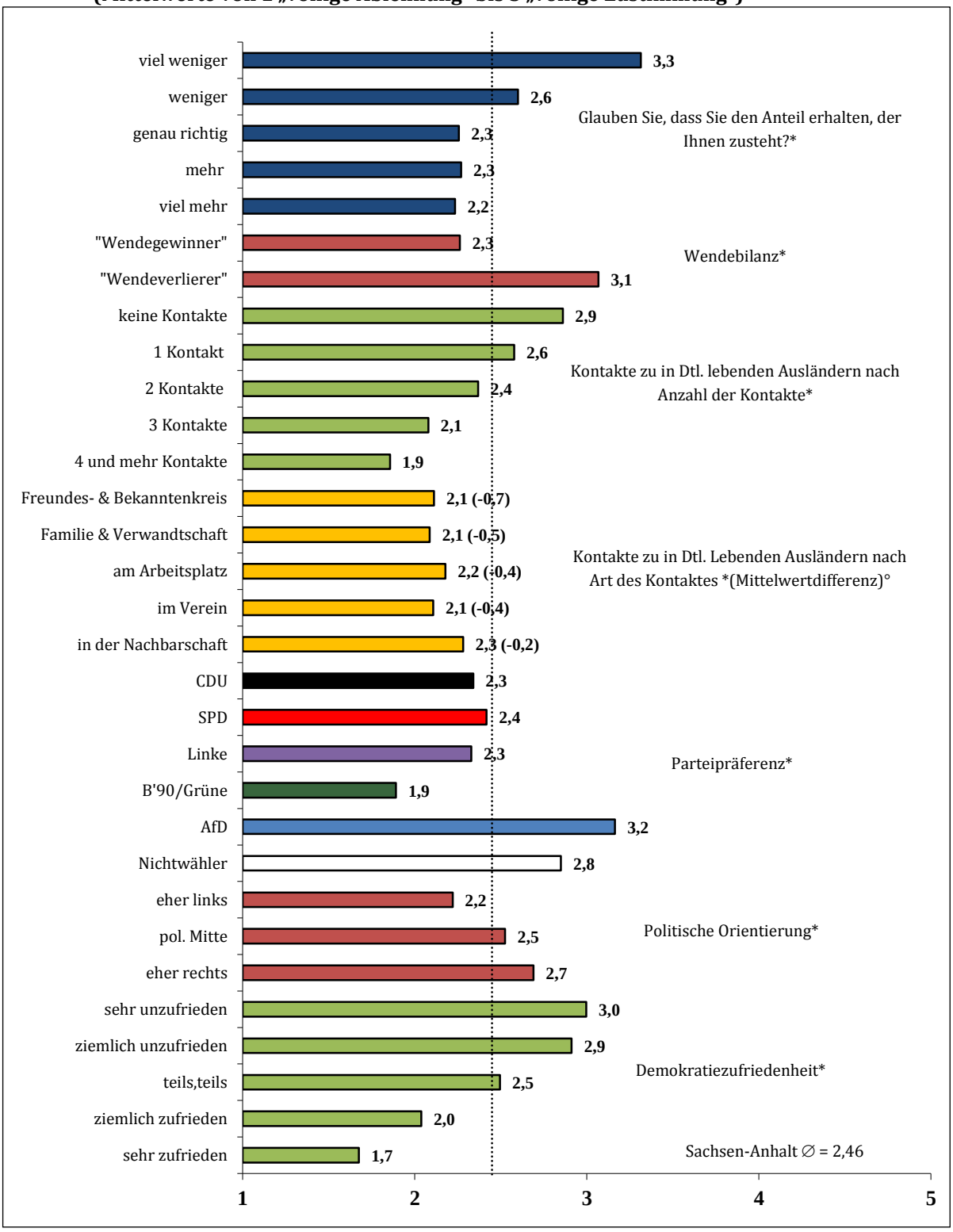
In den folgenden Abbildungen werden die unterschiedlichen theoriebasierten Einflussfaktoren neben weiteren, wie beispielsweise der Parteipräferenz und politischen Einstellungen, dargestellt.

46 Vgl. Güttler, P. O. (2003): Sozialpsychologie: Soziale Einstellungen, Vorurteile, Einstellungsänderungen. München: Oldenbourg.

47 Für den Ansatz der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) siehe Heitmeyer, W. (2002-2012): Deutsche Zustände. Frankfurt (Main): Suhrkamp.

48 Vgl. Allport, G. W. (1954): The Nature of Prejudice. Cambridge: Addison-Wesley. & Williams; Robin, M. (1947): The Reduction of Intergroup Tensions. A Survey of Research on Problems of Ethnic, Racial and Religious Group Relations. New York: Social Science Research Council.

Abb. 41 Skala Ausländerfeindlichkeit nach Erhalt des gerechten Anteils, persönlicher Bilanz der Einheit, Kontakten zu Ausländern, Parteipräferenz, Links-Rechts-Selbsteinstufung und Demokratiezufriedenheit (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)



° Die in Klammern dargestellte Mittelwertdifferenz gibt an, um wieviel Punkte sich die Ablehnung fremdenfeindlicher Einstellungen vermindert, wenn der jeweilige Kontakt vorhanden ist. Somit können die einzelnen Effektstärken differenziert dargestellt werden.
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Dabei wird unter anderem anschaulich, dass die Anhänger der drei großen Landesparteien CDU, Linke und SPD landesweit leicht unterdurchschnittlich fremdenfeindliche Einstellungen bekunden. Wie schon die bisherigen Monitore aufzeigen konnten, sind es vor allem Anhänger der Bündnisgrünen, unter denen fremdenfeindliche Vorurteile so gut wie chancenlos sind. Erklärte Nichtwähler hingegen nahmen bisher die stärksten ausländerfeindlichen Positionen ein. Mit dem Auftreten der AfD verändert sich nun dieses Bild: Anhänger dieser EU-skeptischen und migrationskritischen Partei bekennen sich deutlich fremdenfeindlicher als Sympathisanten der anderen Parteien und sind unter allen hier betrachteten Subgruppen, diejenige mit der zweitstärksten xenophoben Ausprägung (Abb. 41). Befragte, welche sich im politischen Spektrum eher rechts einordnen, bekunden, wie zu erwarten, eher fremdenfeindliche Neigungen als Personen, die sich links einstufen.

Ein deutlicher negativer und zudem sehr starker Zusammenhang zeigt sich bei der Beurteilung der Demokratie im Land. Das heißt, je positiver die individuelle Bilanz der Systemleistung ausfällt, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, auf manifeste xenophobe Vorurteile zu treffen. Dieser Befund bestätigt im Wesentlichen die oben beschriebene These der relativen Deprivation und der Anomietheorie.
Gleichgerichtete, obschon etwas weniger stark ausgeprägte Zusammenhänge finden sich auch bei der Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage, der Einschätzung der persönlichen Zukunft (nicht abgebildet) und der Selbsteinstufung als Gewinner bzw. Verlierer der Einigung (Abb. 41). Der Effekt einer relativen Deprivation zeigt sich besonders deutlich an der subjektiven Einschätzung des Grades einer gerechten oder ungerechten Teilhabe.

Mit dem Gefühl, ungerecht behandelt zu werden, kommt es zu einem signifikanten Aufwuchs fremdenfeindlicher Einstellungen. Demgegenüber wirkt sich die Einschätzung, etwas oder sogar sehr viel mehr zu bekommen, als einem nach eigener Meinung zusteht, nicht mindernd auf Xenophobie aus (ebd.).

Deprivation erklärt auch den hohen Wert für Fremdenfeindlichkeit bei Sympathisanten der AfD. Der Anteil derjenigen unter den AfD-Anhängern, die sich ungerecht behandelt fühlen, ist auch bei einer positiven Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage außergewöhnlich hoch (55 %). Zu einem entsprechenden Ergebnis kommt auch der Wahlmonitor von infratest dimap zur Landtagswahl in Sachsen. Dieser zeigte, dass 55 % der AfD-Wähler die Partei aus Enttäuschung und nicht innerer Überzeugung gewählt haben. Weitere 73 Prozent sind der Ansicht, nicht am wirtschaftlichen Wachstum zu partizipieren, und nehmen sich zudem noch als Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung wahr (47 %)[49].

Der Grad der Aufgeschlossenheit steigt durch einen zunehmenden Umgang mit Ausländern stark an. Dies bestätigt die Kontakthypothese, der zufolge die Angst vor Fremden dort besonders ausgeprägt ist, wo wenige oder gar keine Begegnungen erfol-

49 http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-08-31-LT-DE-SN/index.shtml abgerufen am 9.9.2014.

gen. Dieser Effekt bestätigt sich im aktuellen Datenbild für alle Kontaktvarianten, wobei sich Berührungschancen in der Nachbarschaft im Einklang mit der Theorie, eher schwach und jene im unmittelbaren Freundeskreis eher stark xenophobiemindernd bemerkbar machen (Abb. 41).

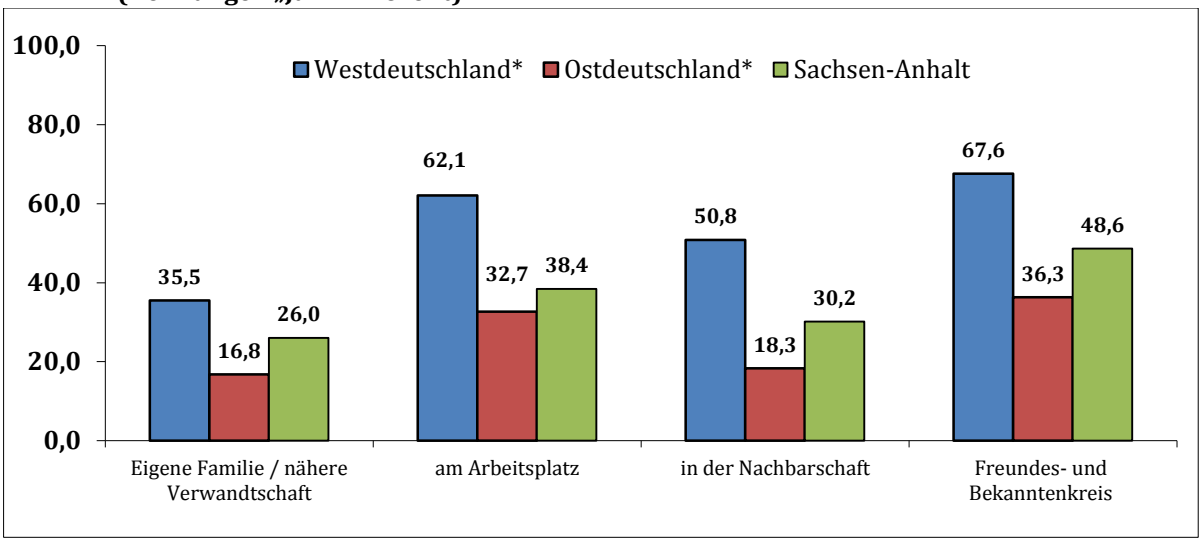
Tab. 20 Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern in Bereichen des persönlichen Umfelds (Nennungen „Ja“ in Prozent)

Frage 28.a)-Frage 28.e): ...	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren*					Schulabschluss*		
	2012	2014	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Hauptschule	Realschule	Abitur
In der Familie oder näheren Verwandtschaft	20	26,0	32	37	33	23	22	17	28	33
am Arbeitsplatz	32	38,4	69	53	56	52	13	20	43	55
in der Nachbarschaft	24	30,2	47	45	43	28	20	23	32	37
im sonstigen Freunde- und Bekanntenkreis	44	48,6	77	68	66	52	30	25	56	65
Im Verein	-	19	25	32	26	22	10	11	20	30

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Im Vergleich mit 2012 wird ersichtlich, dass die Kontakte zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Sachsen-Anhalt zugenommen haben. Dabei erreicht die Kontakthäufigkeit zwar nicht das Niveau der westlichen Bundesländer, liegt andererseits aber doch deutlich über dem ostdeutschen Durchschnitt. Kontakte pflegen vor allem jüngere und hoch gebildete Bewohner des Landes (Tab. 20 & Abb. 42).

Abb. 42 Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern im Deutschlandvergleich (Nennungen „Ja“ in Prozent)

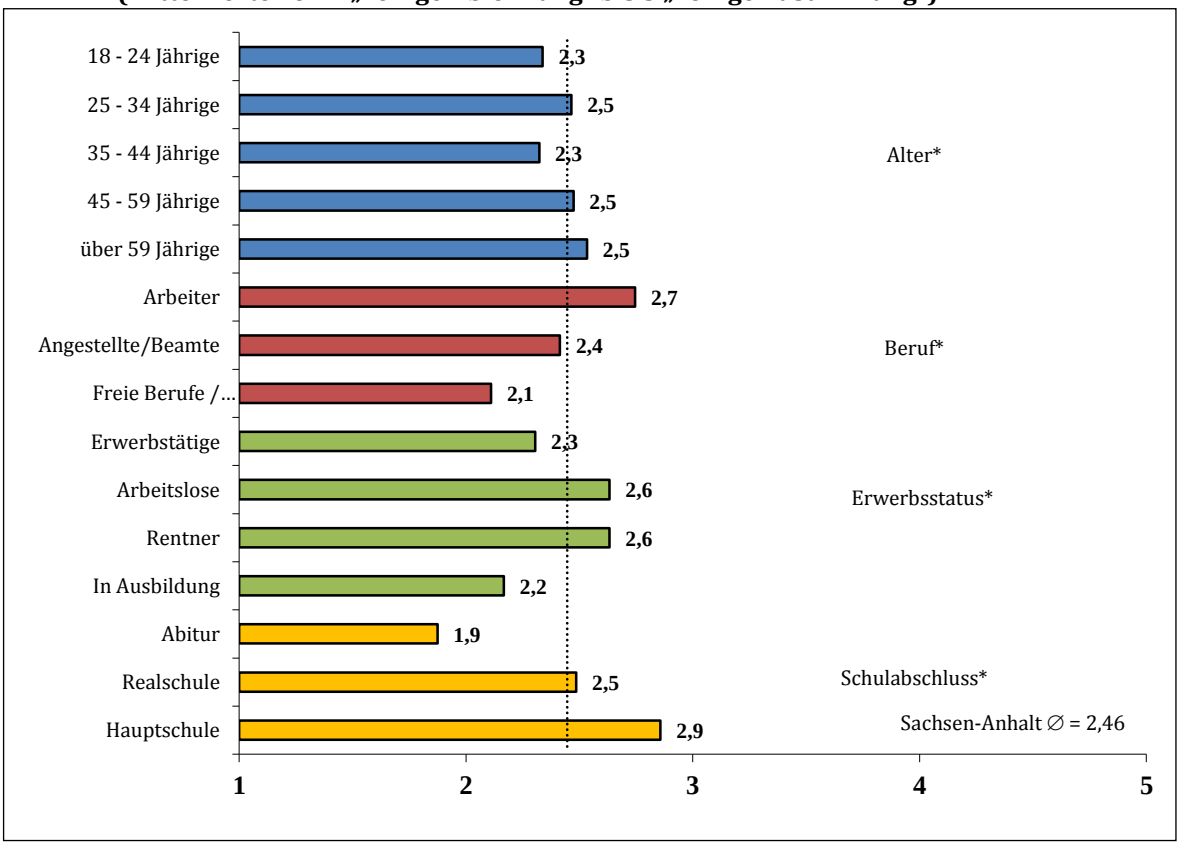


Quelle: ALLBUS 2012 (Ost- und Westdeutschland)/Frage 28.a)-Frage 28.e): siehe Tab. 20
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Sozioökonomische Faktoren spielen, mit Ausnahme der Bildung, eine eher untergeordnete Rolle zur Erklärung von existierender Fremdenfeindlichkeit. Ein höheres Alter mindert zwar, wie aus der Tabelle ersichtlich, die Kontakthäufigkeit zu Ausländern, wirkt sich aber nur in geringem Maße direkt aus (vgl. Tab. 19 & Abb. 43).

Arbeiter bekunden im Schnitt etwas stärker Ressentiments gegenüber Fremden als Angestellte oder Selbstständige. Der Erwerbsstatus zeigt insgesamt eher schwache Zusammenhänge; lediglich Arbeitslose und auch Rentner liegen leicht über dem landesweiten Durchschnitt. Wie schon in den voran gegangenen Monitoren zeigt sich, dass höher Gebildete weniger fremdenfeindlich eingestellt sind. Diese Befunde und vor allem der erhöhte Wert unter Arbeitslosen bestätigen im Wesentlichen die Vermutungen der Gruppenbedrohungstheorie (Konkurrenzhypothese). Ähnliche, jedoch etwas schwächer ausgeprägte Zusammenhänge zeigen sich auch für das Haushaltseinkommen; dabei fallen vor allem stark überdurchschnittliche Einkommen toleranzfördernd ins Gewicht (hier nicht dargestellt).

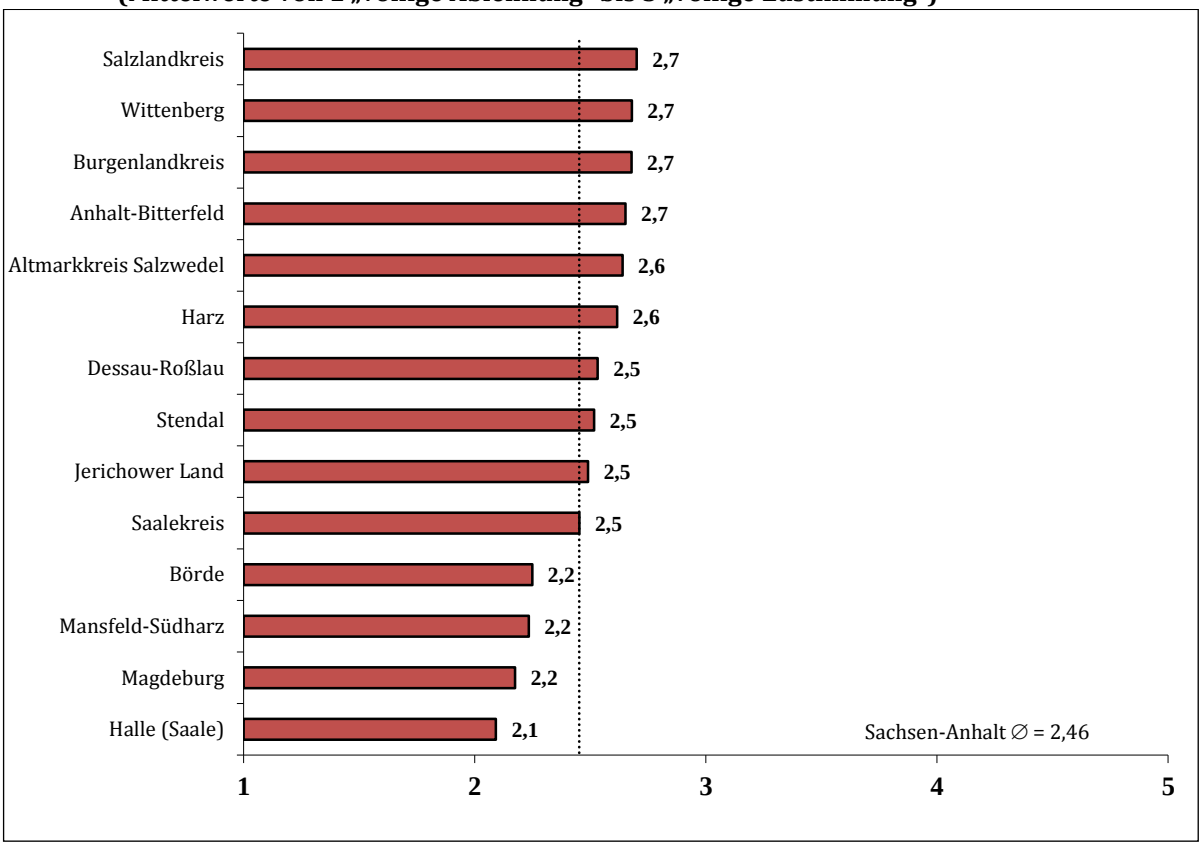
Abb. 43 Ausländerfeindlichkeit nach Alter, Bildung, Beruf und Erwerbsstatus (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Zieht man das geographisch weiter gefasste Umfeld der Befragten in Form der Landkreise als Erklärungsvariable mit hinzu, so ergeben sich leichte Differenzen. So sind es vor allem die Großstädte Halle und Magdeburg, aber auch die Landkreise Mansfeld-Südharz und Börde, in denen vergleichsweise niedrige fremdenfeindliche Einstellungen nachweisbar sind. Die übrigen Gebietskörperschaften schwanken mehr oder weniger um den Mittelwert des Landes (Abb. 44).

Abb. 44 Skala Ausländerfeindlichkeit nach Landkreisen*
(Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Die nachfolgenden Unterdimensionen von Rechtextremismus werden in der gleichen Vorgehensweise untersucht.

10.2 Antisemitismus

Neben dem fremdenfeindlichen Syndrom gehört Antisemitismus seit jeher zum Kernbestand der rechtsextremistischen Ideologie. Als antisemitisch lassen sich solche Einstellungen und Verhaltensweisen klassifizieren, die den Juden als Einzelnen oder als Kollektivperson negative Eigenschaften zuordnen, die mit Rasse oder Religion begründet werden und Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder gar Vernichtung zu rechtfertigen suchen.[50]

Antisemitismus ist in der Gegenwart kein ideologisches Alleinstellungsmerkmal des Rechtsextremismus. Vielmehr existiert auch eine antisemitische Grundströmung auf der radikalen Linken, die sich „hauptsächlich gegen Israel und – gepaart mit dem

50 So die Definition bei Pfahl-Traughber, A. (2002): Antisemitismus in der deutschen Geschichte, Opladen, S. 9; Vgl. auch Bundesamt für Verfassungsschutz (2005): Argumentationsmuster im rechtsextremistischen Antisemitismus. Aktuelle Entwicklungen, Köln, S. 7.

Antiamerikanismus – gegen die kapitalistische Globalisierung richtet“[51]. In der Israel- und USA-feindlichen Stoßrichtung sind Rechts- und Linksextremisten wiederum ideologisch eng verwandt mit der antizionistischen Judenfeindschaft des islamischen Fundamentalismus. Im letzten halben Jahr kam es, ausgelöst durch die krisenhaften Entwicklungen im Nahost-Konflikt zwischen Israel und Palästina, wiederholt zu antisemitischen Vorfällen in Deutschland,[52] an denen alle erwähnten extremistischen Gruppen beteiligt waren.

Vergleichbar der Ausländerfeindlichkeit, gedeiht Antisemitismus auch dort, wo ein jüdischer Bevölkerungsteil gar nicht existiert oder nur als Randgruppe präsent ist.[53] Unterschwellige Feindseligkeit gegen Juden „´funktioniert` auch ohne eine konkrete Projektionsfläche“.[54] Wie beim anderen Feindbild Ausländer, richtet sich das antisemitisch unterlegte Ressentiment gegen jene, „die nicht so leben wie man selbst“.[55] Empirischen Erhebungen zufolge, wird das latente antisemitische Potential in Deutschland dauerhaft auf 15 bis 20 Prozent eingeschätzt.[56]

Der Index zum Einstellungskomplex des Antisemitismus wird hier analog zum Ausländerfeindlichkeitsindex (vgl. oben S. 98 f.) erstellt. Dabei werden diejenigen Variablen einbezogen, die bei der Erklärung des jeweiligen Konstruktes eine bedeutsame Rolle spielen.

51 Holz, K., (2005): Neuer Antisemitismus? – Wandel und Kontinuität der Judenfeindschaft, In: BMI (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Judenfeindschaft im politischen Extremismus und im öffentlichen Diskurs. Berlin, S. 32.

52 http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gaza-krieg-israel-hass-und-antisemitismus-auf-demos-in-deutschland-a-982351.html
http://www.tagesspiegel.de/berlin/proteste-auch-vor-springer-haus-in-kreuzberg-demonstration-gegen-israel-in-berlin-kleiner-als-angekuendigt/10312420.html abgerufen am 22.10.2014 .

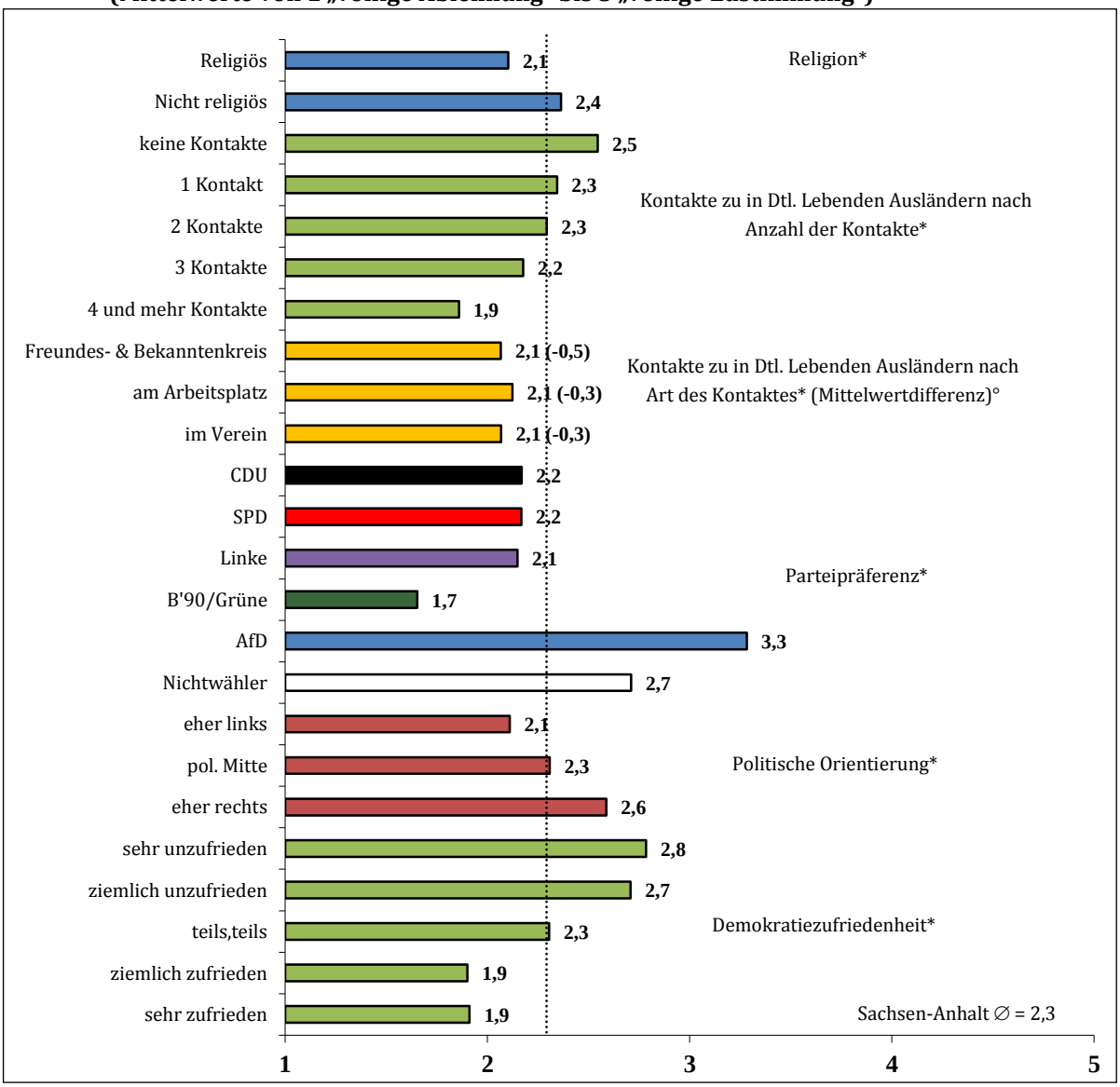
53 Mitglieder jüdischer Gemeinden stellen in ganz Deutschland, ob Ost oder West, eine Minderheit dar. Nach Angaben des Zentralrats der Juden und der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST), beträgt die Anzahl der Mitglieder jüdischer Gemeinden in Deutschland etwa 102.135 Personen (2012). Zum Vergleich: Die Anzahl in Deutschland lebender Muslime lag 2009 bei etwa 4,25 Mio. (Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge).

54 Bundesamt für Verfassungsschutz (2005): Verfassungsschutzbericht 2005, S. 3.

55 Kramer, S. J. (2005): Antisemitismus in der heutigen Gesellschaft, In: BMI (2005): Neuer Antisemitismus? Judenfeindschaft im politischen Extremismus und im öffentlichen Diskurs, S. 24.

56 Quellenhinweise bei Berger, H. (2005): Antisemitismus im Rechtsextremismus – zwischen subtiler Anspielung und offenem Hass, in: BMI (2005): Neuer Antisemitismus? Judenfeindschaft im politischen Extremismus und im öffentlichen Diskurs, S. 58.

Abb. 45 Skala Antisemitismus nach Religion, Kontakten zu Ausländern, Parteipräferenz, Links-Rechts-Selbsteinstufung und Demokratiezufriedenheit (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)

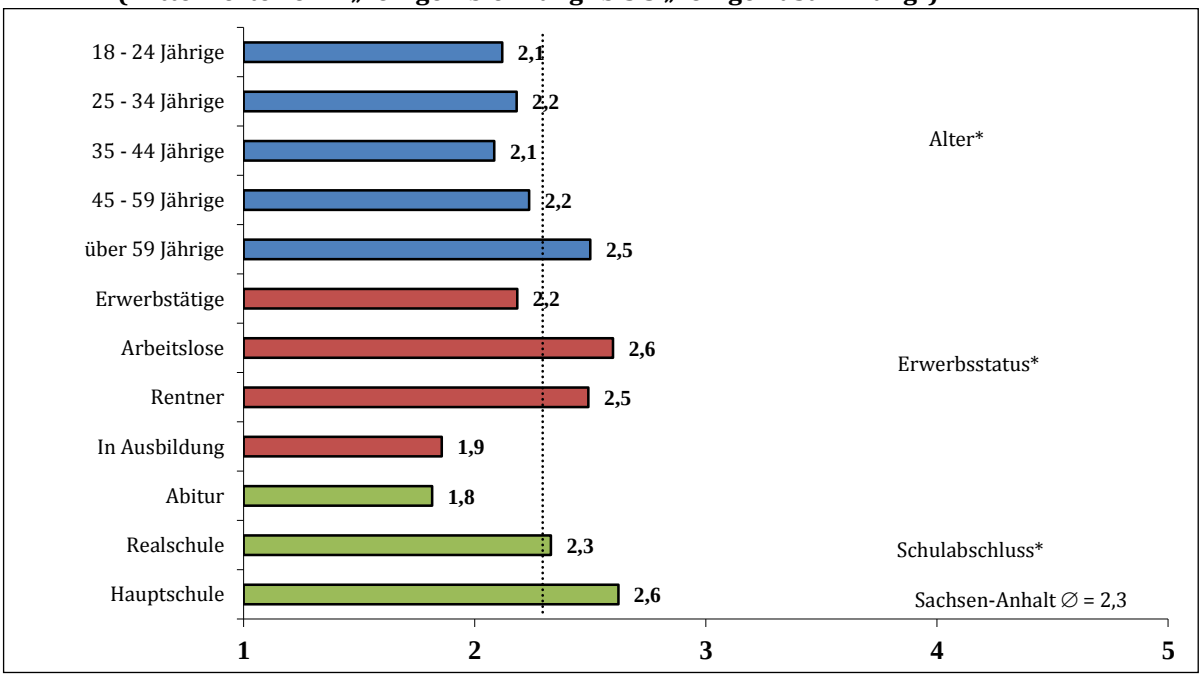


° Die in Klammern dargestellte Mittelwertdifferenz gibt an, um wie viele Punkte sich die Ablehnung antisemitischer Einstellungen vermindert, wenn der jeweilige Kontakt vorhanden ist. Somit können die einzelnen Effektstärken differenziert werden.
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Wie schon beim ausländerfeindlichen Syndrom, bestätigt sich auch für Antisemitismus die Kontakthypothese (allerdings weniger stark), obwohl es bei der Frage nach privaten Kontakten nicht um Angehörige des jüdischen Glaubens im Besonderen, sondern um in Deutschland lebende Ausländer geht. Kontakte zu Personen mit differentem Migrationshintergrund und verschiedenen kulturellen Prägungen tragen offensichtlich dazu bei, Vorurteile und abwertende Einstellungen auch gegenüber anderen Minderheiten abzubauen (Abb. 45). Dies trifft beim Antisemitismus im Gegensatz zur Xenophobie nur auf Kontakte zu, die am Arbeitsplatz, im Verein oder im Freundeskreis vorhanden sind, also auf „Augenhöhe“ stattfinden (vgl. Seite 91).

Wiederum sind es die Anhänger der AfD und Personen im rechten politischen Spektrum, welche sich für antijüdische Ressentiments überdurchschnittlich stark aufgeschlossen zeigen. Ebenso bestätigt sich der zwischen Demokratieunzufriedenheit und Vorurteilsneigung bestehende statistische Zusammenhang: Wer der Demokratie praktisches Versagen vorwirft, äußert auch nachdrücklicher eine antisemitische Grundhaltung. Dies verdeutlicht erneut die Gültigkeit des Erklärungsansatzes der relativen Deprivation (ebd.).

Abb. 46 Skala Antisemitismus nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Bei der sozialstrukturellen Basierung des Antisemitismus sind die Parallelen zur Ausländerfeindlichkeit ebenfalls augenfällig: Arbeitslose, Rentner (bzw. über 59-Jährige) und Hauptschulabgänger erreichen auf der Antisemitismusskala wiederholt die höchsten Mittelwerte (Abb. 46).

10.3 Übersteigerter Nationalismus / Chauvinismus

Sich einem Volk oder einer Staatsgesellschaft zugehörig zu fühlen, ist an sich weder außergewöhnlich noch verwerflich. Anders aber als bei emotionaler bzw. symbolischer *Orts*bezogenheit[57], die schon deshalb als unbedenklich gilt, weil sie einen „Sozialzusammenhang“ (ebd.) beschreibt, der häufig als unpolitisch angesehen wird und jedenfalls nicht zur Überschreitung seiner (lokalen) Grenzen tendiert, ist es schwierig, ein unbefangen positives Verhältnis zur eigenen „Nation“ zu finden, weil das Nationalge-

57 Hierzu Treinen, H. (1965): Symbolische Ortsbezogenheit, In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 17, S. 73-97 und 254-297.

fühl und ein übersteigerter Nationalismus in den Zeiten der Moderne weltweit immer wieder eine unheilvolle politische Liaison eingegangen sind und, wie der aktuelle Konflikt um die Ukraine zeigt, nach wie vor eingehen. In Deutschland war seit 1945 die Beziehung der Deutschen zur deutschen Nation doppelt gebrochen. Zum einen war der nationale Gedanke durch die historische Hypothek eines aggressiven Nationalismus, der zwei Weltkriege ausgelöst und dem Holocaust ideologische Beihilfe geleistet hatte, nachhaltig diskreditiert. Zum anderen erlaubte die politische Konstellation des geteilten Deutschland bzw. zweier deutscher Staaten bis 1990 keine eindeutige Identifikation mit einem Nationalstaat „deutscher Nation".

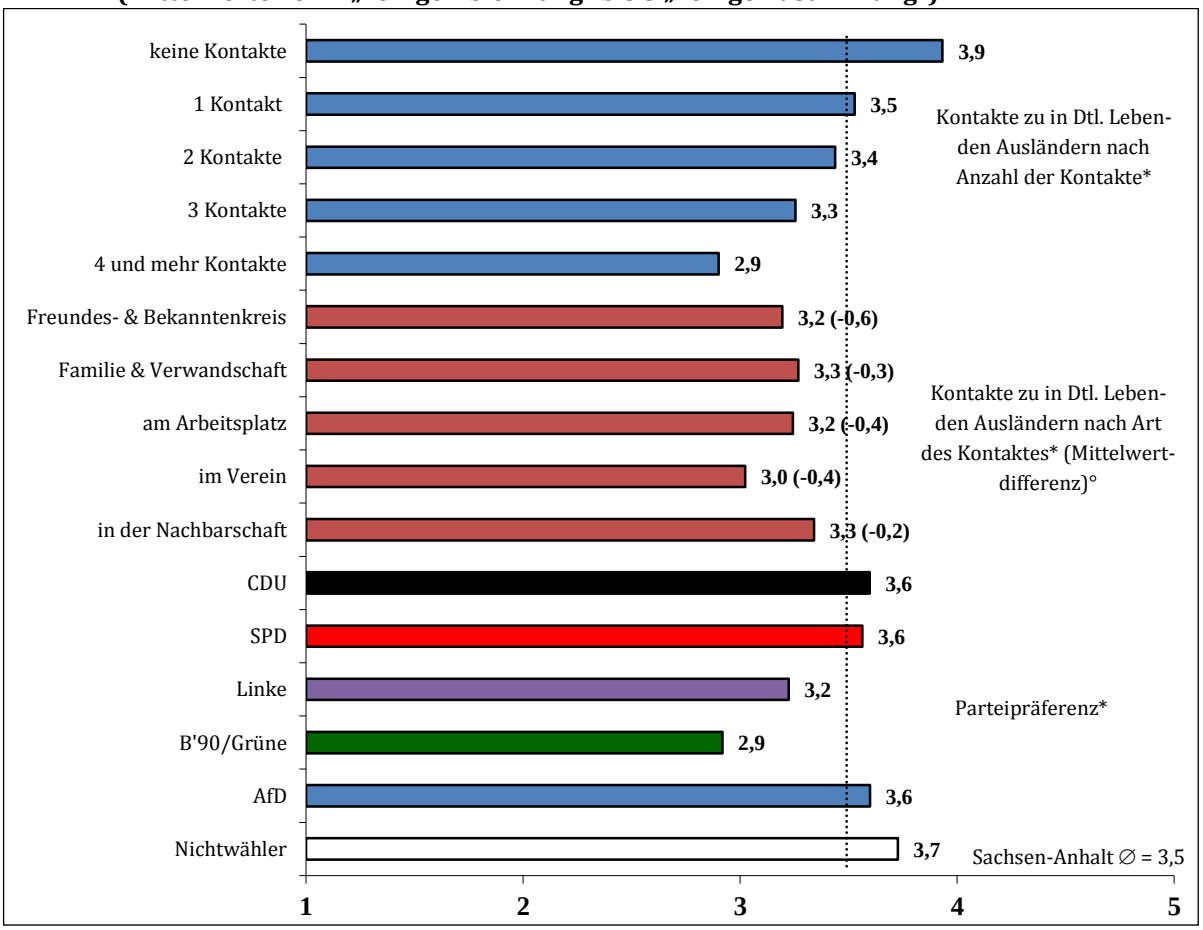
Mit der deutschen Wiedervereinigung hat sich die Ausgangslage bekanntlich geändert. Das komplizierte Nachdenken darüber, ob „zwei Staaten eine Nation" bilden können, hat sich seither erübrigt. Auch hat das Land bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 der Welt eindrucksvoll vorgeführt, dass seine Bewohner zu unverkrampftem, fröhlichem und nicht aggressivem nationalen Stolz fähig sind. Gleichwohl marschiert im Gefolge des neu beflügelten Bekenntnisses, Deutscher zu sein, alter Ungeist immer noch mit, der in Zeiten der Krise und Unsicherheit zum Leben erweckt werden kann. Sofern die grenzüberschreitende Zuwanderung und eine fortschreitende multikulturelle Durchmischung der Gesellschaft als Bedrohung empfunden werden, bieten sich Nationalchauvinismus und Ethnozentrismus als affektive Abgrenzungshilfen an. Diese verschmelzen mit den anverwandten Sozialpathologien der Ausländerfeindlichkeit, der Intoleranz und des Antisemitismus leicht zu einem Amalgam, das in einer offenen und demokratischen Gesellschaft zersetzend wirkt.

Anhand der Mittelwerte der Skala, welche die einzelnen einschlägigen Fragen zusammenfasst, bestätigt sich dem aktuellen Monitor zufolge erneut die Bedeutsamkeit von interkulturellen Kontakten in Deutschland: Die Wahrscheinlichkeit einer Überidentifikation mit dem eigenen Land schwächt sich infolge von Umgang und Kommunikation mit Ausländern tendenziell ab. Hier gibt es auch eine verbindende Linie zur Parteineigung: Befragte, die mit den Grünen sympathisieren, hegen im Vergleich zu CDU, SPD und auch AfD, welche in etwa dem landesweiten Durchschnitt entsprechen, vergleichsweise schwache patriotische Emotionen (vgl. Abb. 47). Der Grad der Demokratiezufriedenheit, die Verbundenheit mit dem Land und auch politisches Interesse sind für Patriotismus weitestgehend ohne Belang. Darin spiegelt sich der bereits erwähnte Unterschied zwischen einem unpolitischen Zugehörigkeits- oder Verbundenheitsgefühl und der hier untersuchten Form von Chauvinismus wider.

Im Übrigen greifen auch hier die bereits bei anderen Fragen in ihrer Erklärungskraft bestätigten sozialstrukturellen Merkmale Ruhestand (Alter 60 und höher), geringer formaler Bildungsgrad und Arbeiterstatus. Angehörige dieser Gruppen hegen für ihr Land vergleichsweise überhöhte Gefühle (vgl. Abb. 48). Ein bemerkenswerter, nicht linearer Einfluss zeigt sich beim Haushaltseinkommen. Mit höherem Einkommen steigt der Patriotismus zunächst an, sinkt dann aber in den höheren Gehaltsgruppen rapide ab. Die Erklärung liegt in der stärkeren Korrelation des Faktors Bildung mit den höhe-

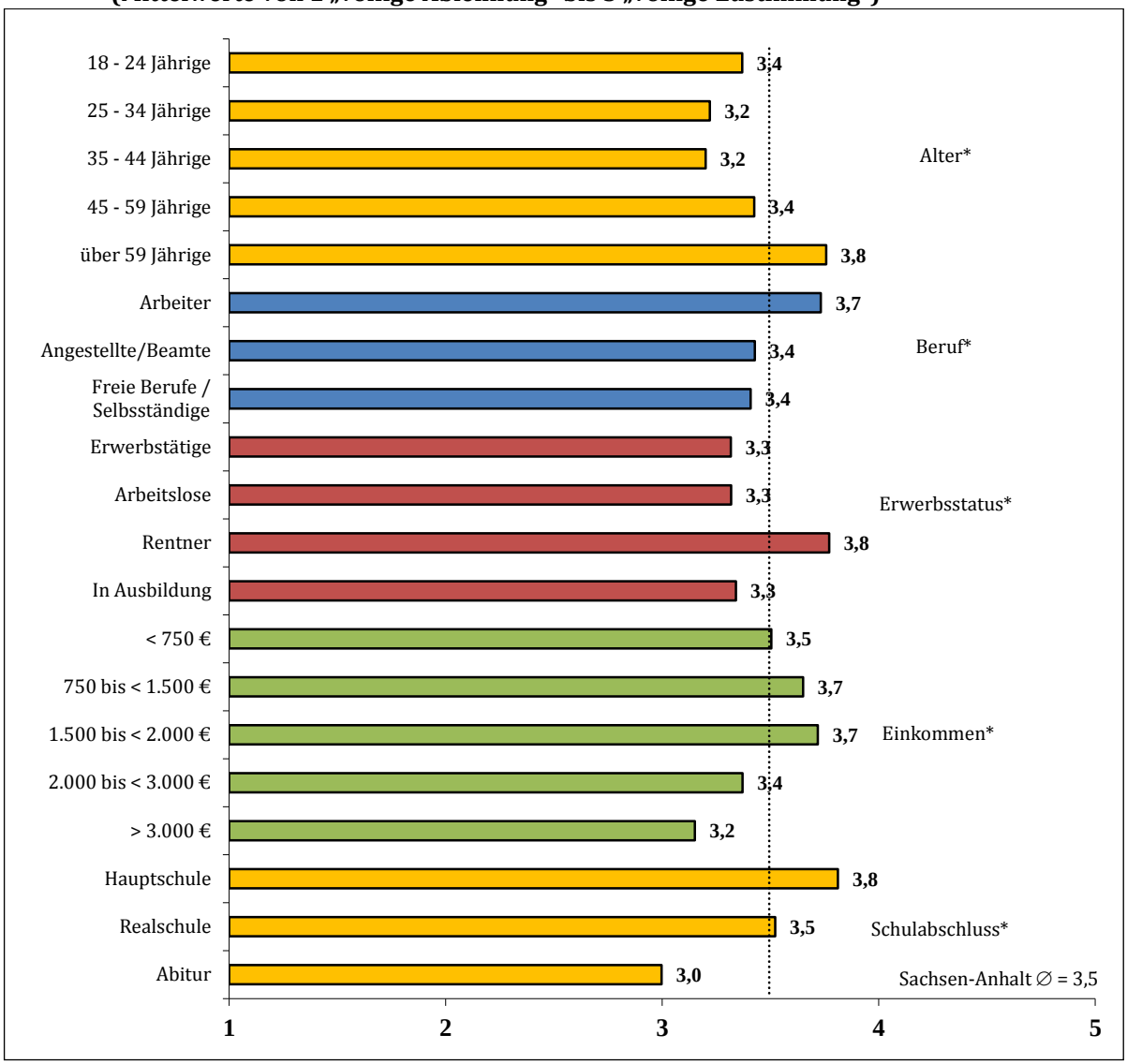
ren Einkommensschichten. Das heißt: Hoch Gebildete sind vor allem in den oberen Einkommensschichten überproportional vertreten, weshalb dort der Bildungseffekt stärker durchschlägt. Dies deutet auf eine Verbreitung von Patriotismus vor allem in den mittleren Schichten hin.

Abb. 47 Skala Nationalismus nach Kontakten zu Ausländern und Parteipräferenz (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)



° Die in Klammern dargestellte Mittelwertdifferenz gibt an, um wieviel Punkte sich die Ablehnung fremdenfeindlicher Einstellungen vermindert, wenn der jeweilige Kontakt vorhanden ist. Somit können die einzelnen Effektstärken differenziert werden.
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Abb. 48 Skala Nationalismus nach Alter, Beruf, Erwerbsstatus, Einkommen und Bildung (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Neigungen zu nationalistischer Selbstüberhebung im Vergleich zu Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in der Gesellschaft des Landes häufiger Zustimmung finden. Soweit eine Bereitschaft besteht, sich affektiv mit der eigenen Nationalgemeinschaft zu identifizieren, ist diese Grundeinstellung allerdings einer mythischen oder gar nationalchauvinistischen Überhöhung von Volk, Land und Staat weithin unverdächtig.

10.4 Affinität zu Diktatur als Staatsform

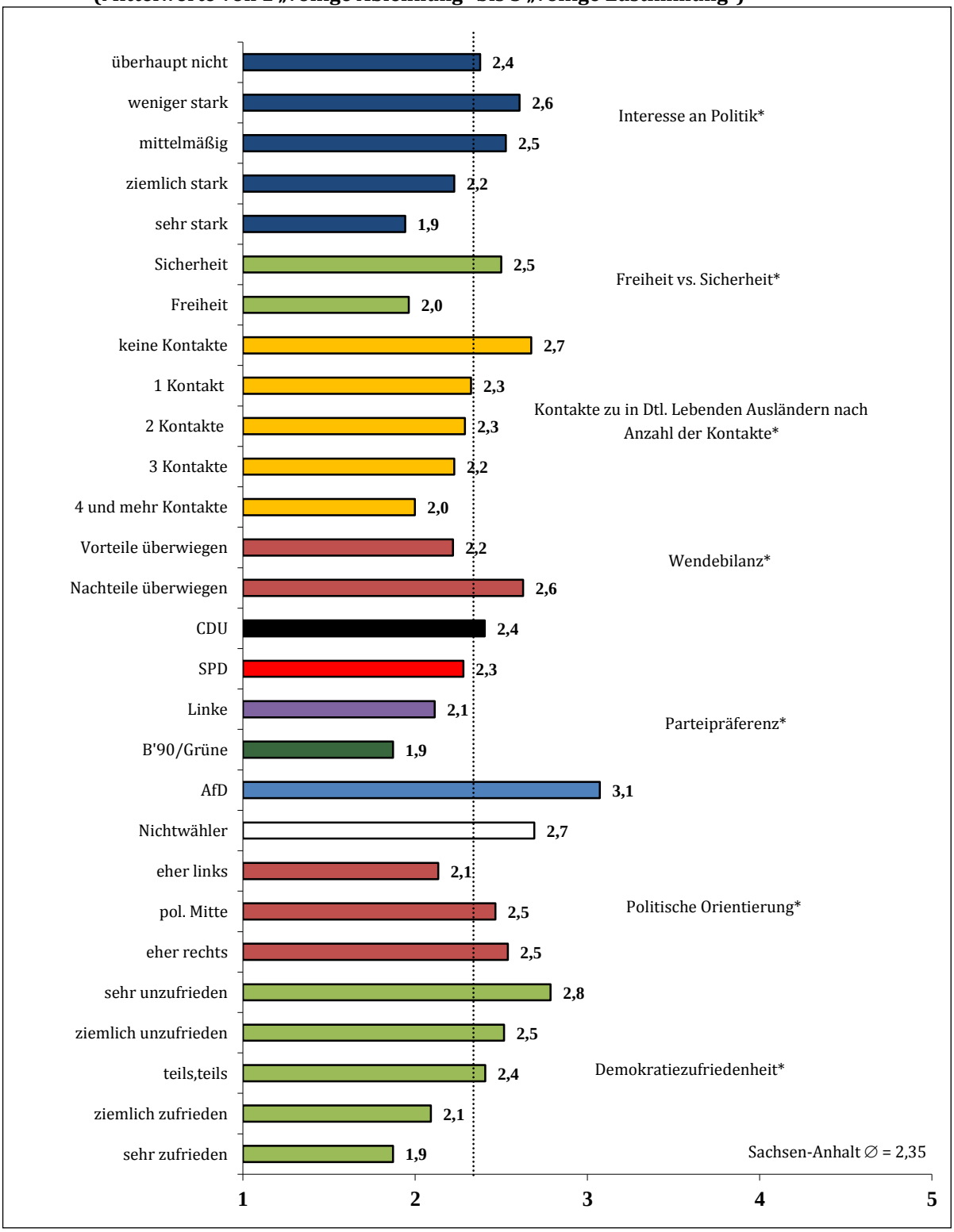
Der Glaube daran, dass eine Autokratie oder Diktatur die erstrebenswerte Staatsform darstellt, beschreibt eine weitere Unterdimension von Rechtsextremismus. Vor dem Hintergrund der anhaltend angespannten Situation in der Ukraine und im Nahen Osten gewinnt diese Frage über das rechtsextreme Milieu hinaus an neuer Aktualität. Wie

obige Tabelle (Tab. 19) bereits gezeigt hat, haben diese Geschehnisse in Mittelosteuropa im Zeitvergleich jedoch nicht zu einer breiteren Akzeptanz der Diktatur – als alternative Staatsform in Notsituationen – unter der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt geführt (vgl. auch Kap. 6).

Im Folgenden werden die bedeutsamen Einflussgrößen in bekannter Form dargestellt. Wie schon in den anderen Bereichen, obschon schwächer ausgeprägt, bestätigt sich auch hier die Kontakthypothese. Die bisherigen Ergebnisse zeigen die enorme Reichweite dieser Theorie, welche über indirekte Effekte alle Unterdimensionen des Rechtsextremismus und andere politische Einstellungen zu beeinflussen scheint. Auch die Unzufriedenheit bzw. die soziale Deprivation (Zufriedenheit mit Funktion der Demokratie/regionale Wendebilanz) erweist sich erneut als signifikant. Feststellbar ist ein interessanter Einfluss des politischen Interesses. Ein grundsätzliches, wenn auch geringes Interesse an Politik, führt eher zu einer überdurchschnittlichen Diktaturaffinität. Mit zunehmendem Interesse sinkt die Zustimmung allerdings recht eindeutig unter den landesweiten Durchschnitt. Personen ohne Interesse am politischen Tagesgeschehen bekunden mittelmäßige Zustimmung. Etwas differenzierter äußern sich auch die Anhänger verschiedener Parteien. Hinter der AfD, deren Anhänger mit Abstand (ca. 0,7 Skalenpunkte) die höchste Affinität aufweisen, folgen in gleichmäßigen Intervallen CDU, SPD, Linke und Bündnisgrüne. Des Weiteren stehen Personen, die sich politisch eher am rechten Rand verorten und eher für Sicherheit statt Freiheit optieren, einer Diktatur generell weniger skeptisch gegenüber (Abb. 49).

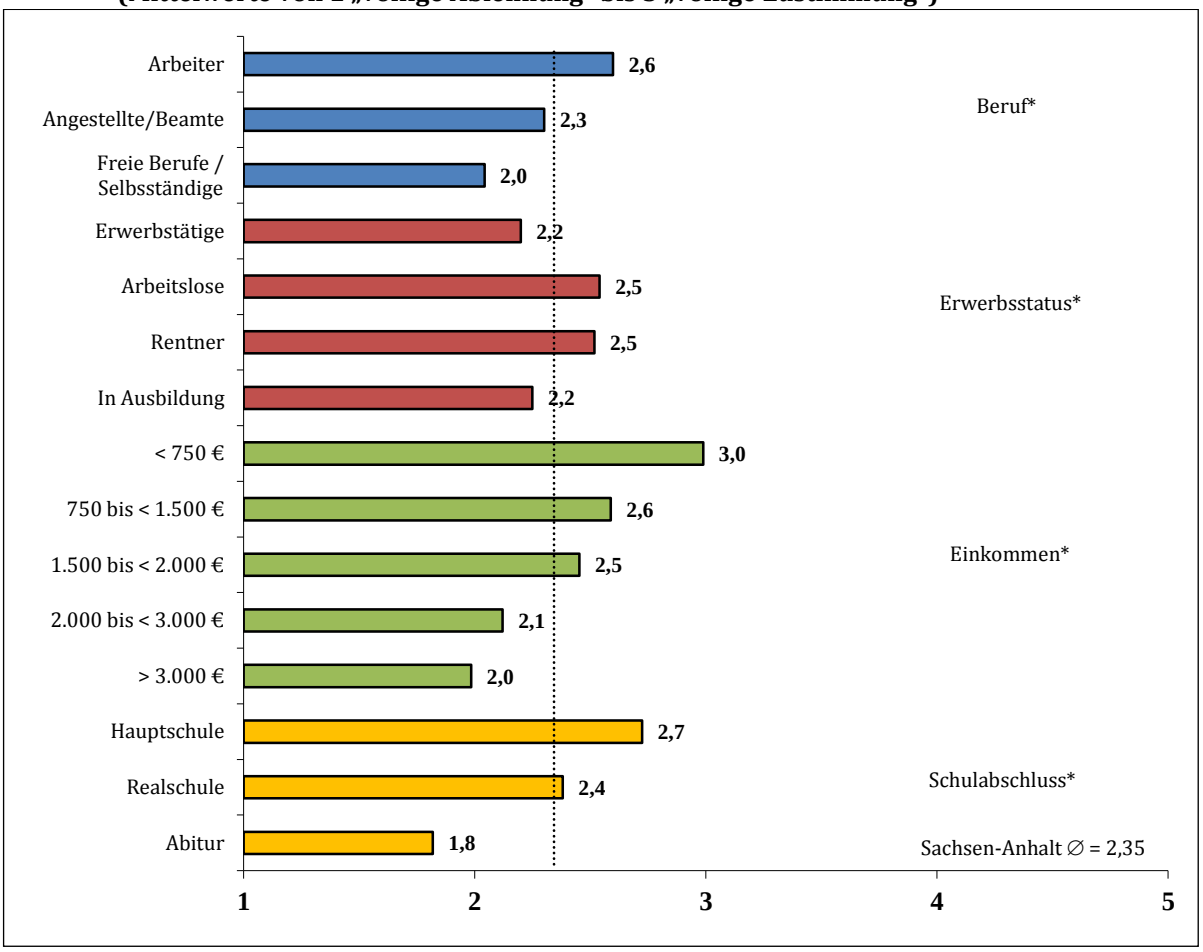
Auch die Betrachtung der soziökonomischen Faktoren bringt keine neuen Erkenntnisse. Es zeigen sich bekannte starke Zusammenhänge für Bildung und Einkommen. Etwas moderater fallen die Einflussstärken bei Erwerbsstatus und Beruf aus (Abb. 50). Alter erweist sich für die Erklärung von Diktaturaffinität als unbedeutend. Subregionale Differenzen nach Stadt- und Landkreisen existieren nicht.

Abb. 49 Skala Diktaturaffinität nach politischem Interesse, Freiheit vs. Sicherheit, Kontakten zu Ausländern, regionaler Bilanz der Einheit, Parteipräferenz, Links-Rechts-Selbsteinstufung und Demokratiezufriedenheit (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Abb. 50 Skala Diktaturaffinität nach Beruf, Erwerbsstatus, Einkommen und Bildung (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant..

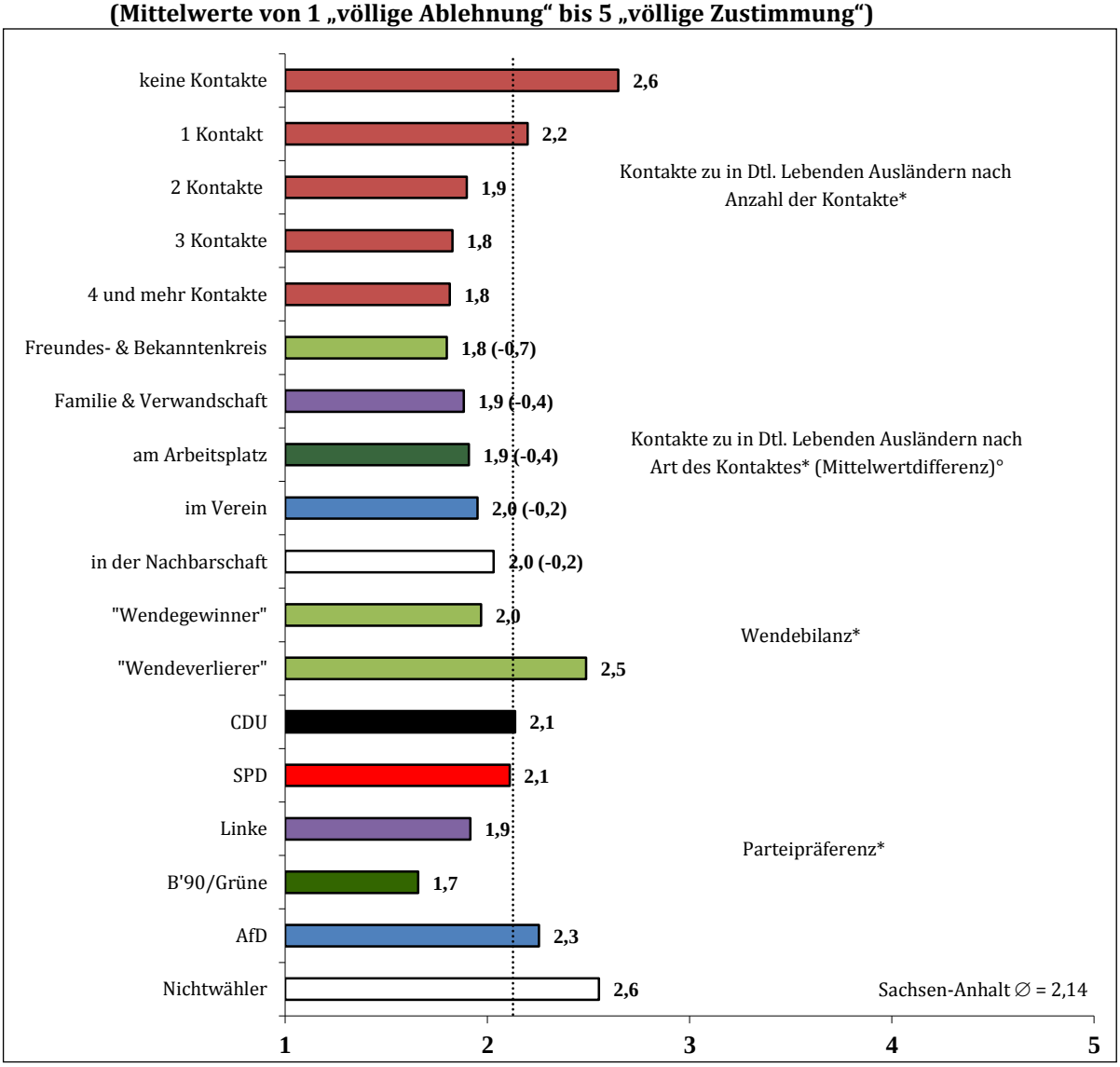
10.5 Sozialdarwinismus

Sozialdarwinistische Einstellungen gehören mit der Verharmlosung des Nationalsozialismus zu denjenigen Dimensionen, die von der Bevölkerung am stärksten abgelehnt werden. Der Mittelwert liegt bei 2,14 von 5 Punkten Der Begriff des Sozialdarwinismus wurde von Darwin geprägt um Entwicklungsprozesse in der Tierwelt zu erklären. Im Nationalsozialismus wurde diese Theorie bewusst fehlinterpretiert und missbraucht, um faschistische Vorstellungen von Rassenhygiene und Eugenik zu begründen bzw. zu legitimieren. Diese Interpretationsform postuliert eine Herabsetzung von Individualität und Multikulturalität und fordert gleichermaßen die Exklusion anderer „weniger werter“ Individuen. Damit stellt „Sozialdarwinismus“ den Gegenpol zu Integration und Inklusion dar, welche fest in den Grundsätzen einer gefestigten Demokratie verankert sind.

Folglich ist es nicht überraschend, dass ein alltäglicher Umgang mit Migranten generell mit einer Verurteilung dieser Einstellungen einhergeht (Abb. 51). Die Ablehnung insgesamt ist innerhalb dieser Dimension bei fast allen untersuchten Subgruppen feststellbar, es zeigen sich wesentlich schwächere Variationen als in den bisherigen Analy-

sen. Überdurchschnittliche Zustimmung ist erneut bei den Einigungsverlierern, den AfD- Anhängern und diesmal vor allem bei den Nichtwählern festzustellen (Abb. 51).

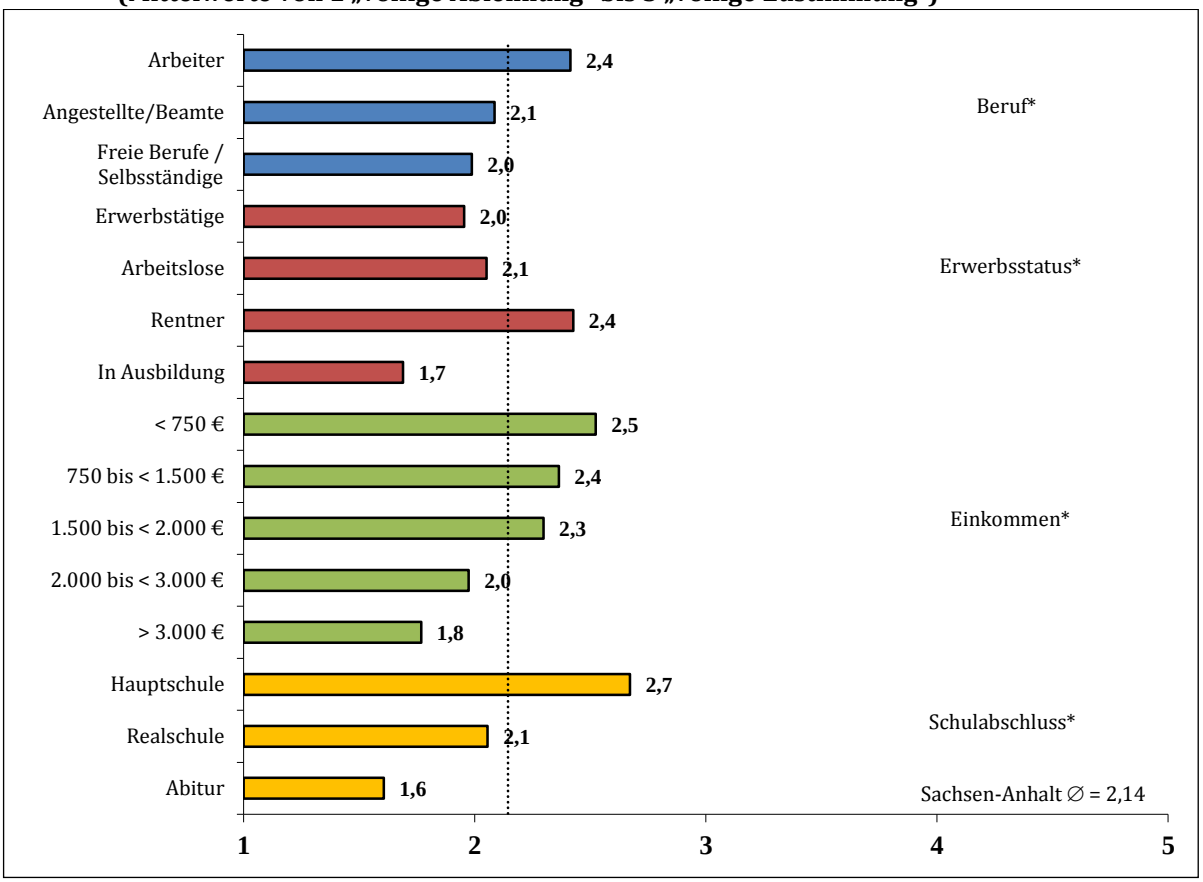
Abb. 51 Skala Sozialdarwinismus nach politischem Interesse, Freiheit vs. Sicherheit, Kontakten zu Ausländern, persönlicher Wendebilanz, Parteipräferenz, Links-Rechts-Selbsteinstufung und Demokratiezufriedenheit (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)



° Die in Klammern dargestellte Mittelwertdifferenz gibt an um wieviel Punkte sich die Ablehnung fremdenfeindlicher Einstellungen vermindert wenn der jeweilige Kontakt vorhanden ist. Somit können die einzelnen Effektstärken differenziert werden.
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant..

Unter den individuellen Ressource* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant..n sind es abermals vor allem gering Gebildete (stärkster Zusammenhang), Personen mit niedrigen Einkommen, Rentner und Arbeiter, welche diesen Aussagen überdurchschnittlich stark zustimmen (Abb. 52). Regionale Spezifika konnten nicht gefunden werden.

Abb. 52 Skala Sozialdarwinismus nach Beruf, Erwerbsstatus, Einkommen und Bildung (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)

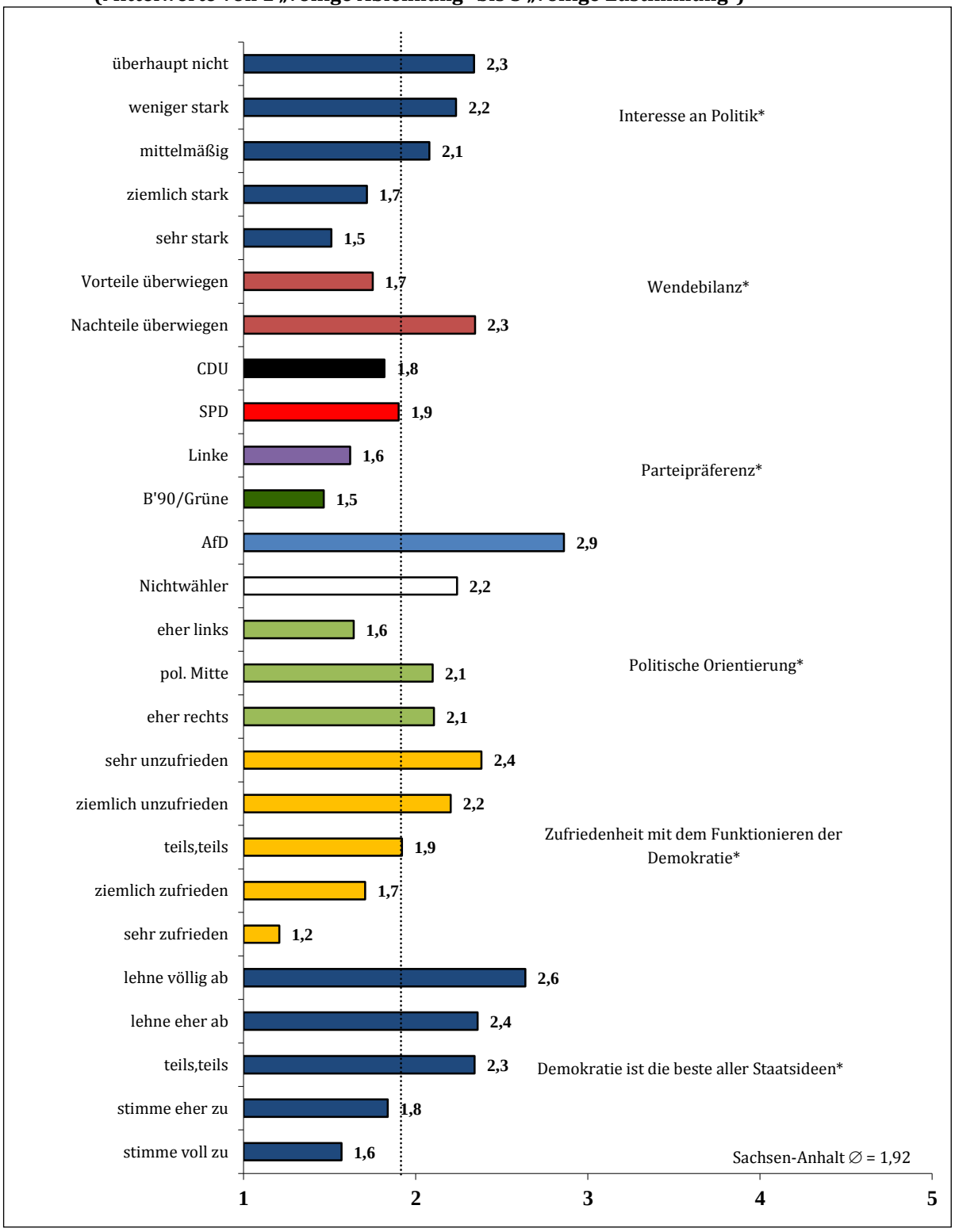


* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant..

10.6 Verharmlosung des Nationalsozialismus

Noch niedriger als beim Sozialdarwinismus fällt die durchschnittliche Zustimmung bei der Verharmlosung des Nationalsozialismus aus (1,92). Kaum jemand glaubt daran, dass die Verbrechen des Dritten Reiches in der heutigen Darstellung überzogen werden oder billigt dem NS-Regime auch positive Seiten zu. Die individuellen Einstellungsmuster lassen sich in diesem Fall insbesondere durch die politische Einstellung erklären. Ein hohes politisches Interesse, eine feste Überzeugung von der Idee der Demokratie, eine eher linke politische Orientierung sowie eine Parteipräferenz für die Bündnisgrünen oder die Linke führten zu einer stark überdurchschnittlichen Ablehnung aller verharmlosenden Aussagen. Die Überzeugung, dass der Systemumbruch vor 25 Jahren in erster Linie Gutes für Ostdeutschland hervorgebracht habe, und eine zufriedene Bilanz mit der Demokratie im Land verstärken diesen Effekt noch. Auffällig äußern sich auch hier Sympathisanten der AfD, die dem Nationalsozialismus am ehesten noch gute Seiten abringen können (Abb. 53).

Abb. 53 Skala Verharmlosung Nationalsozialismus nach politischem Interesse, Freiheit vs. Sicherheit, Kontakten zu Ausländern, regionaler Bilanz der Einheit, Parteipräferenz, Links-Rechts-Selbsteinstufung und Demokratiezufriedenheit (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)

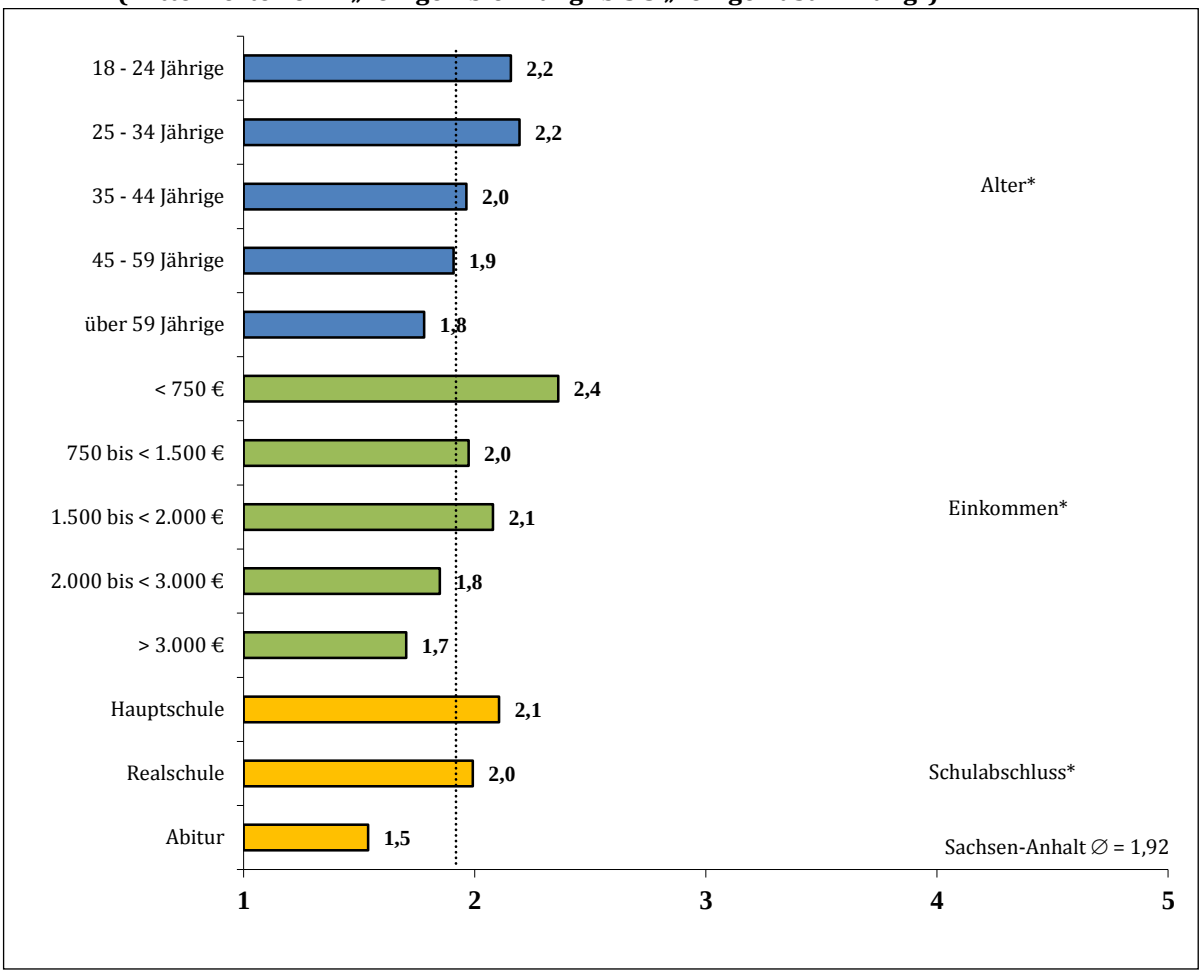


* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant..

Die Kontakthypothese wird auch für diese Dimension bestätigt. Sie liefert im Vergleich zu den vorangegangenen Dimensionen aber nur marginale Erklärungsbeiträge, wobei lediglich Beziehungen innerhalb des Freundes- und Bekanntenkreises erklärungskräf-

tig sind. Das Alter erweist sich zwar signifikant, der Einfluss ist aber relativ schwach. Es wird dennoch deutlich, dass sich diejenigen am stärksten ablehnend äußern, für die jene Zeit des Dritten Reiches noch eher eine gegenwärtige Vergangenheit darstellt. Einkommen und Bildung zeigen neuerlich gleichgerichtete Zusammenhänge. Das heißt höheres Einkommen und höhere Bildung wirken negativ auf dieses Einstellungsmerkmal. Regionale Unterschiede sind nicht erkennbar (Abb. 54).

Abb. 54 Skala Verharmlosung Nationalsozialismus nach Alter, Einkommen und Bildung (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)



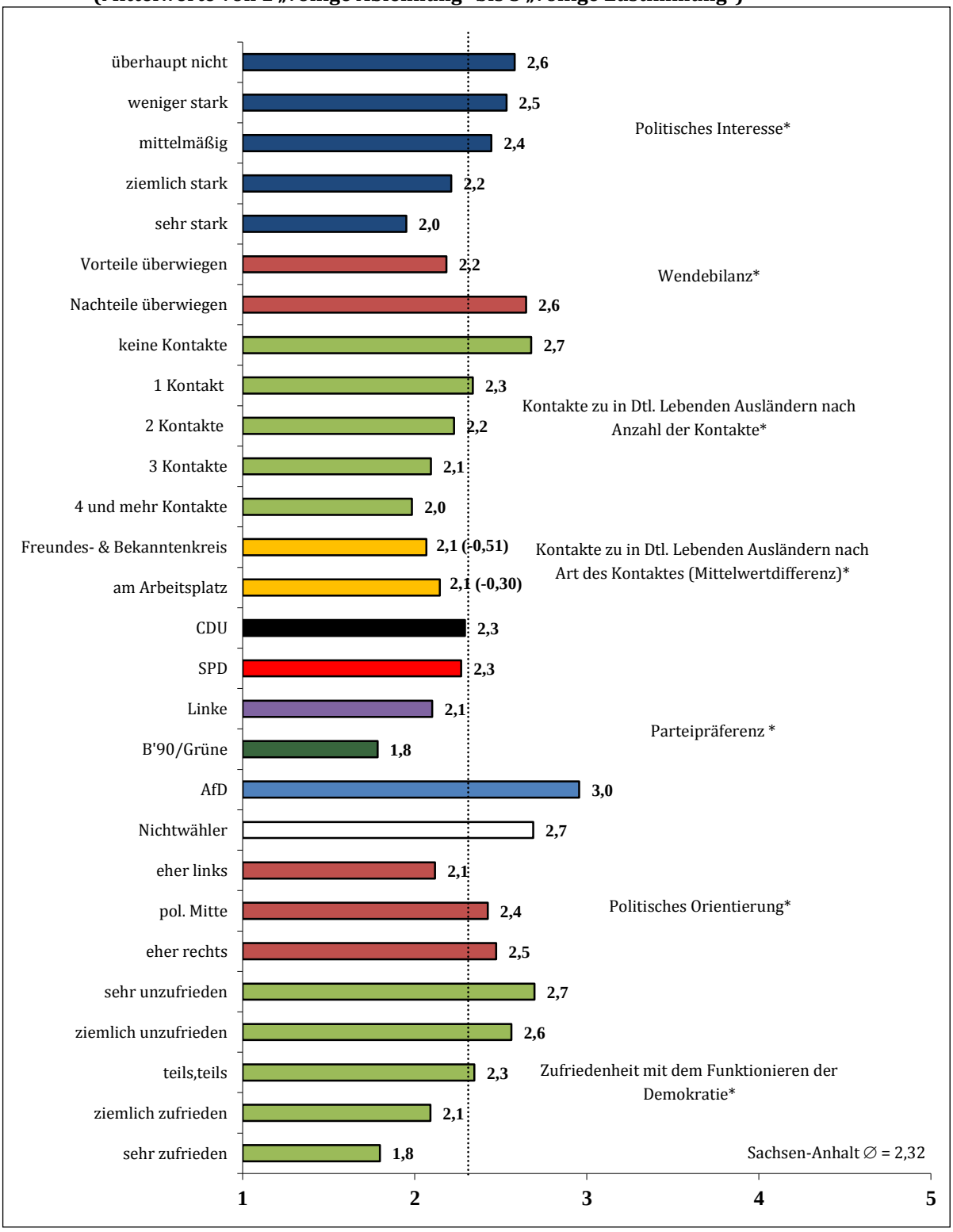
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant..

10.7 Zusammenfassung des Einstellungsmusters Rechtsextremismus

Im Folgenden werden alle bisher betrachteten Dimensionen in einer Rechtsextremismus-Skala gemeinsam zusammengeführt. Betrachtet man das jeweilige „Gewicht“, welches die einzelnen Subdimensionen für das rechtsextreme Weltbild haben, so können wir feststellen, dass der Xenophobie eine übergeordnete Rolle zukommt[58] und diese den Rechtextremismus am stärksten repräsentiert.

58 Diese Aussage ergibt sich aus dem Ergebnis einer konfirmatorischen Faktorenanalyse und der partiellen Korrelation mit der Skala Rechtsextremismus.

Abb. 55 Skala Rechtsextremismus nach Erhalt des gerechten Anteils, regionaler Bilanz der Einigung, Kontakten zu Ausländern, Parteisympathie, Links-Rechts-Selbsteinstufung und Demokratiezufriedenheit (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)

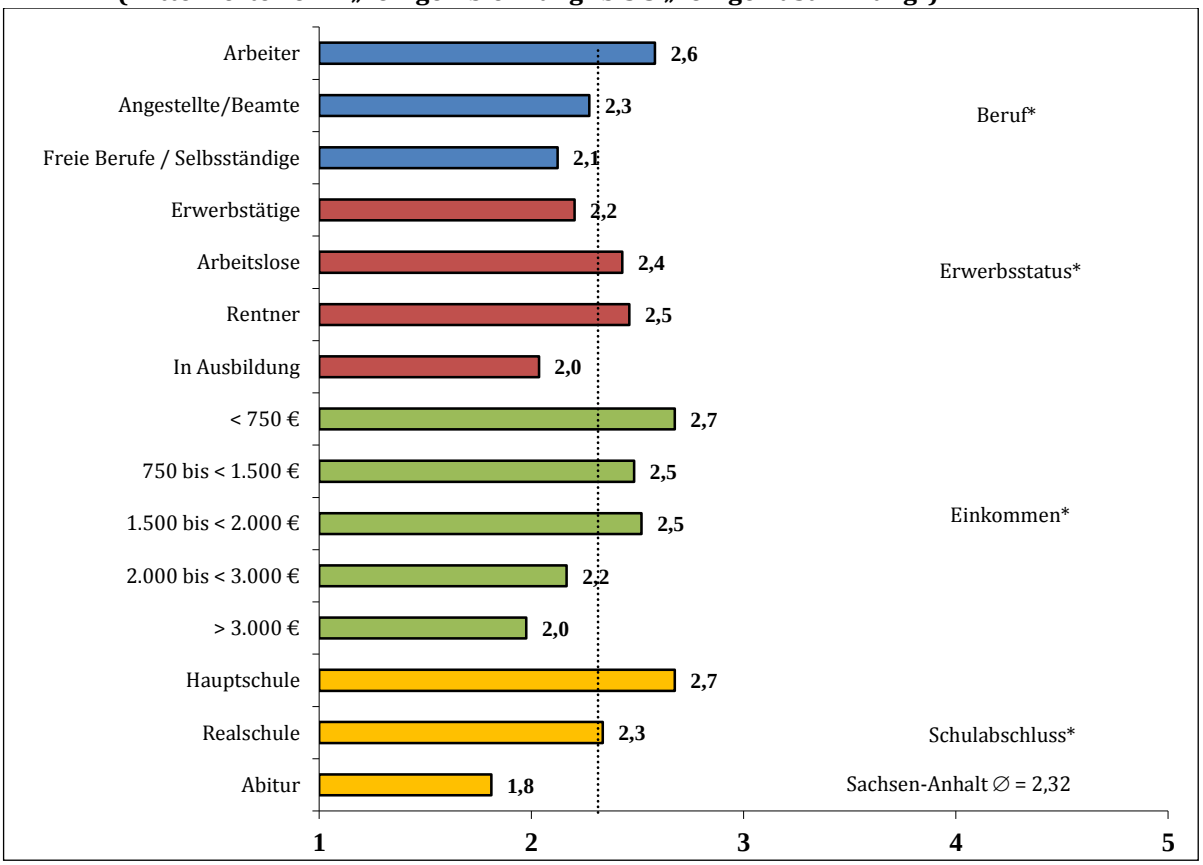


* Die in Klammern dargestellte Mittelwertdifferenz gibt an, um wieviel Punkte sich die Ablehnung fremdenfeindlicher Einstellungen vermindert, wenn der jeweilige Kontakt vorhanden ist. Somit können die einzelnen Effektstärken differenziert werden.
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant..

Über alle Dimension hinweg erweisen sich, wie die letzten Kapitel gezeigt haben, einige Erklärungsansätze und Erklärungsfaktoren als besonders aussagekräftig. Als erstes zu nennen ist die Kontakthypothese nach Allport, hier operationalisiert durch den Umgang mit Migranten in verschiedenen Bereichen des Alltags. Diese hat den größten Einfluss auf die Erklärung von Rechtsextremismus. Das heißt, je mehr Kontakte zu Ausländern bestehen, desto geringer fällt die Wahrscheinlichkeit eines geschlossenen rechtsextremen Weltbildes aus. Dies gilt insbesondere für freundschaftliche Verhältnisse, aber auch für Kontakte am Arbeitsplatz. „Unfreiwillige" Kontakte, wie beispielsweise in der Nachbarschaft, wirken sich in Sachsen-Anhalt zwar weit weniger stark, keinesfalls aber verstärkend aus (Abb. 55).

Des Weiteren aussagekräftig ist das Erklärungsmuster der relativen sozialen Deprivation, welches insbesondere über die Demokratiezufriedenheit und die gezogene Wendebilanz wirkt, aber auch anhand des Einkommens bestätigt werden kann (Abb. 55 & 56). Ist jemand überzeugt, es gehe im Leben eher ungerecht zu und sieht die Einigung als persönliches Verlustgeschäft, so äußert sich das nicht nur in Unzufriedenheit mit der Leistung des Staates, sondern es manifestiert sich auch in rechtsextremen Einstellungen. Dabei werden die „Anderen" für das eigene Scheitern oder Nachteilserleben verantwortlich gemacht (ebd.).

Abb. 56 Skala Rechtsextremismus nach Alter, Beruf, Erwerbsstatus und Bildung (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung" bis 5 „völlige Zustimmung")



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant..

Die durchgängig signifikanten Einflüsse soziökonomischer Kriterien wie Bildung, Einkommen und Erwerbsstatus sprechen ebenfalls für die Erklärungskraft der Anomietheorie und der Konkurrenzhypothese. Rechtextremismus wird in starkem Maße durch die individuelle Bildung geprägt (Abb. 56). Letztendlich spielt auch eine Vielzahl von politischen Einstellungsmerkmalen eine wichtige Rolle bei der Erklärung von Rechtextremismus. So zeigt sich eine starke Abhängigkeit vom Wählerverhalten, dem politischen Interesse und der politischen Orientierung (Abb. 55). Es hat sich zudem erhärtet, dass regionale Differenzen weitgehend vernachlässigt werden können. Es existieren somit keine erklärungsnotwendigen Unterschiede, zwischen den Landkreisen in Sachsen-Anhalt. Zusammengefasst heißt das: Rechtextremistischen Einstellungen begegnet man wirksam mit Bildung und Aufklärung, sowie Mechanismen einer funktionierenden Integration und leistungsfähigen Willkommenskultur.

11 Willkommenskultur

Ein im Sachsen-Anhalt-Monitor neu aufgenommener Themenbereich ist die *Willkommenskultur.* Diesem Gegenstand wird im wissenschaftlichen Bereich bisher nur vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Einem Staat, Land, Unternehmen, Verein oder einer Gesellschaft wird gemeinhin dann eine ausgeprägte Willkommenskultur bescheinigt, wenn sie offen für Migranten – oder allgemeiner formuliert – neue „Mitglieder" sind. Dem programmatischen Konzept zufolge, sollten die verschiedenen Institutionen und Akteure eine Integration sowohl fördern als auch ermöglichen, dabei den Zuwandernden Perspektiven im neuen Umfeld aufzeigen und eine freundliche Aufnahme der neuen Mitglieder in der Gemeinschaft gewährleisten.

Funktionen einer etablierten Willkommenskultur sind u. a. eine Verbesserung der Attraktivität des Standortes für bereits ansässige Migranten, für neue Zuwanderer und Einheimische, ebenso wie eine Stärkung des Zusammenhalts zwischen verschiedenen Kulturen, Ethnien und Religionen, welcher in einer modernen multikulturellen Gesellschaft unverzichtbar ist (Umgang mit Vielfalt oder „Diversity Management").[59] Infolge des demografischen Wandels, zunehmender Überalterung und steigenden Fachkräftemangels sind sowohl Deutschland insgesamt als auch Sachsen-Anhalt im Besonderen auf Zuwanderung angewiesen. Die in früheren Umfragen erhobene Einschätzung einzelner Probleme zeigt, dass sich die Sachsen-Anhalter der in ihrem Lande angespannten demografischen Situation durchaus bewusst sind (Abb. 20).

Im Monitor 2014 wird der Bereich Willkommenskultur mittels dreier Fragekonstrukte abgedeckt: erstens anhand einer Bewertung verschiedener Aspekte von Zuwanderung; zweitens anhand der Bewertung von Maßnahmen, die Integration erleichtern sollen, sowohl auf institutioneller als auch individueller Ebene; drittens schließlich wurden die Sachsen-Anhalter gefragt, ob sie generell einer verschärften Begrenzung von Zuwanderung zustimmen würden. Diese Frage wurde bewusst, trotz eingeschränkter Vergleichbarkeit,[60] an die Volksabstimmung in der Schweiz vom 9. Februar 2014 angelehnt, bei der sich eine Mehrheit für eine weitere Begrenzung von Einwanderung ausgesprochen hatte.

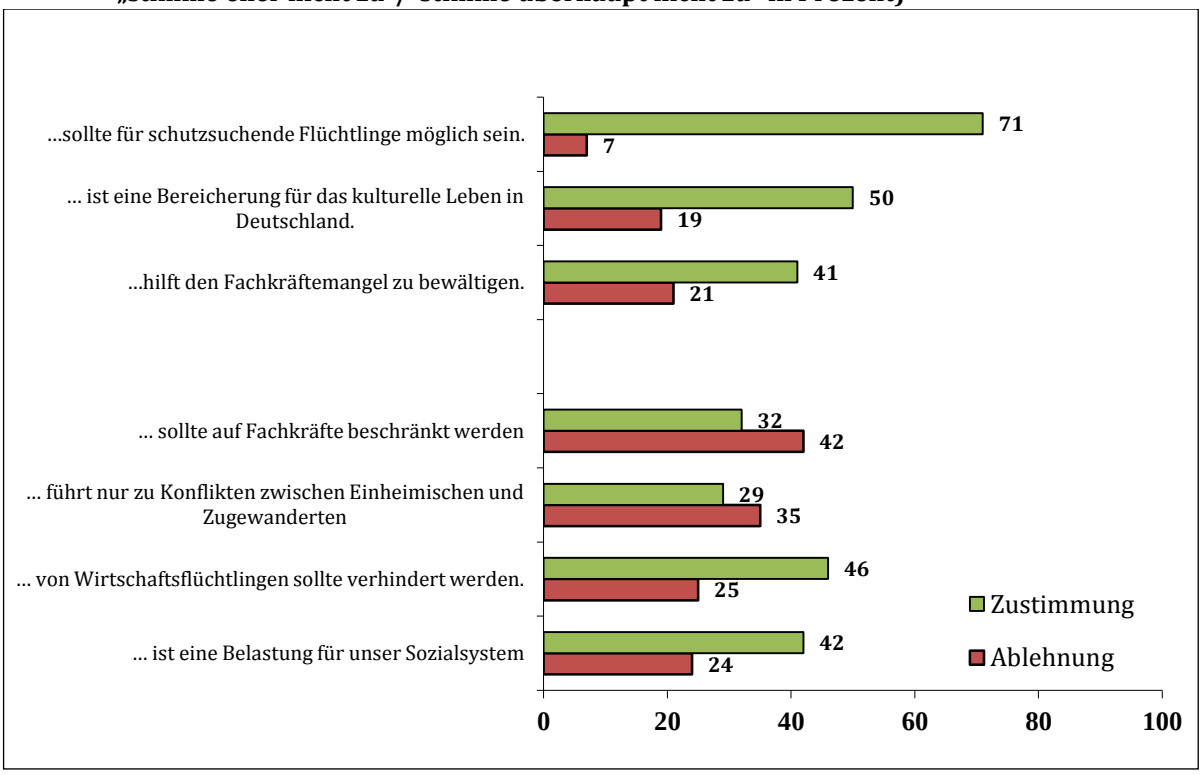
Eine deutliche Mehrheit von gut 70 Prozent spricht sich für die Zuwanderung von schutzsuchenden Flüchtlingen aus, wobei der Anteil der Ablehnenden mit 7 Prozent ausgesprochen klein ausfällt. Geht es jedoch um Flüchtlinge, welche aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen, überwiegt die ablehnende Haltung deutlich. Die Hälfte der Sachsen-Anhalter meint zugleich, dass Zuwanderung gleichermaßen eine

59 Vgl. als aktueller Einführungstext Carrel, N. (2013): Anmerkungen zur Willkommenskultur, In: APuZ. 47. 63. S.30-39.

60 Abgesehen von einer gänzlich differenten sozialkulturellen Struktur, liegt der Ausländeranteil in der Schweiz bei über 25 und im Land Sachsen-Anhalt bei gerade mal 2 Prozent. Während die Schweiz also ein Zuwanderungsland ist, kann davon im Bundesland Sachsen-Anhalt keine Rede sein.

Bereicherung für die heimische Kultur darstellt. Im Gegenzug lehnt etwa ein Fünftel diese aufgeschlossene multikulturelle Sichtweise weitgehend ab. Aus der Perspektive des allseits erkannten Fachkräftemangels glauben gut 40 Prozent, dass Zuwanderung helfen kann, den Fachkräftemangel zu mindern. Allerdings möchte ein Drittel der Sachsen-Anhalter die Migration auch ausschließlich auf diesen Bereich beschränken, wobei der Anteil derjenigen, die diese Aussage ablehnen, deutlich größer ausfällt (Abb. 57). Ebenfalls verbreitet ist die Befürchtung, Migration würde Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und hier lebenden Ausländern provozieren. Hier halten sich Ablehnung und Zustimmung weitgehend die Waage. Hingegen wird dem weit verbreiteten Vorurteil, dass Zuwanderer vorrangig das soziale Sicherungsnetz des Landes strapazieren, überwiegend beigepflichtet (ebd.).

Abb. 57 Einstellungen zu Zuwanderung (Nennungen „stimme voll und ganz zu“/„stimme eher zu“ bzw. „stimme eher nicht zu“/“stimme überhaupt nicht zu“ in Prozent)

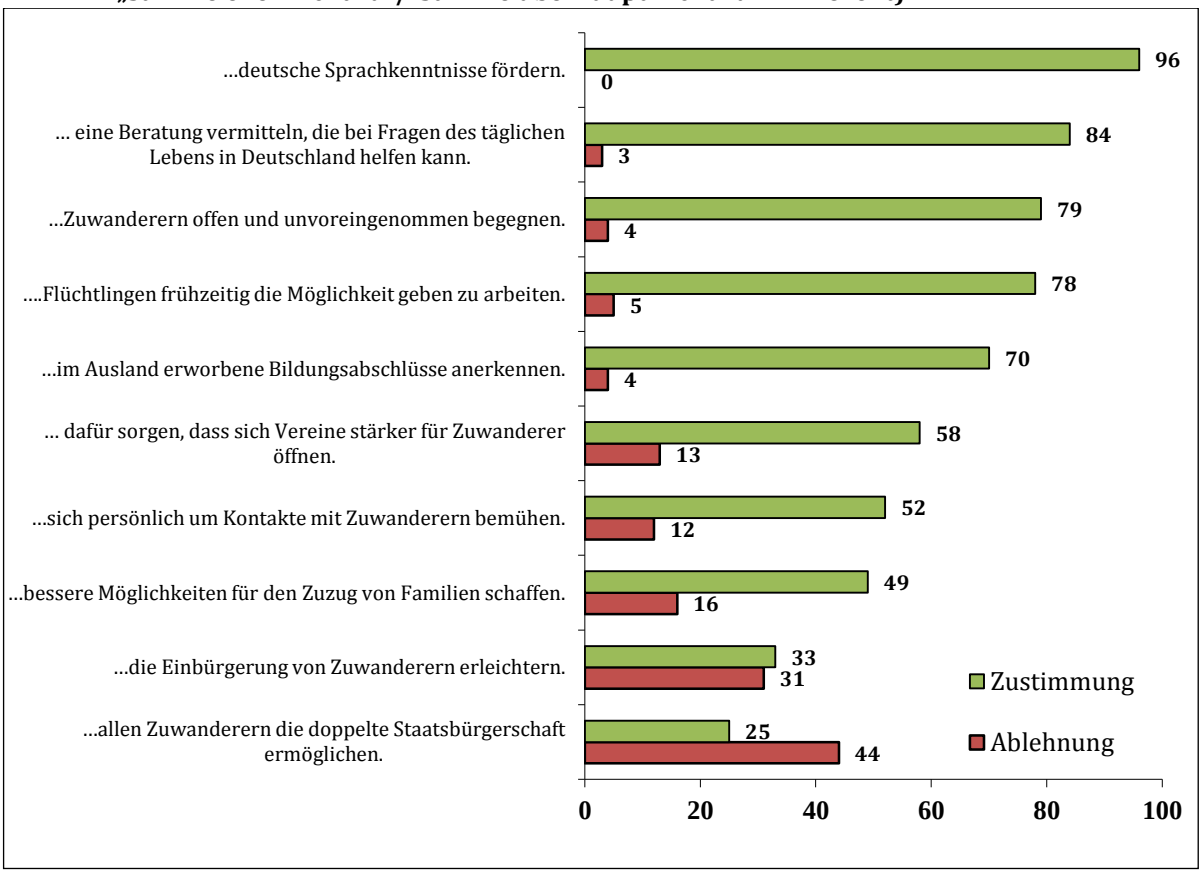


Fehlende Werte zu 100% teils, teils; weiß nicht, keine Angabe

Fragt man die Sachsen-Anhalter konkret nach der Bewertung einzelner Schritte, die der Verbesserung von Integration und Willkommenskultur dienen, so zeigt sich innerhalb der Bevölkerung, mit wenigen Ausnahmen, eine überwiegende Akzeptanz für fast alle vorgeschlagene Handlungsbereiche (Abb. 58). So werden beispielsweise Maßnahmen und Verhaltensweisen wie Förderung von Sprachkenntnissen, Vermittlung von Integrationsberatern, Vorurteilsfreiheit, frühzeitige Arbeitserlaubnis und die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen nur von einem kleinen Teil (im Schnitt unter 5 %) abgelehnt. Für eine leichtere Einbürgerung hingegen spricht sich nur noch ein Drittel der Befragten aus; hier halten sich Skeptiker und Befürworter in etwa die Waa-

ge. Lediglich bei der – für einzelne Gruppen bereits möglichen – doppelten Staatsbürgerschaft schält sich das umgekehrte Meinungsbild mehrheitlicher Ablehnung heraus. Nur ein Viertel der Befragten (25 %) möchte, dass sich Zuwanderer nicht mehr zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes entscheiden müssen, 44 Prozent plädieren für die Beibehaltung dieser so genannten Optionspflicht (Abb. 58).

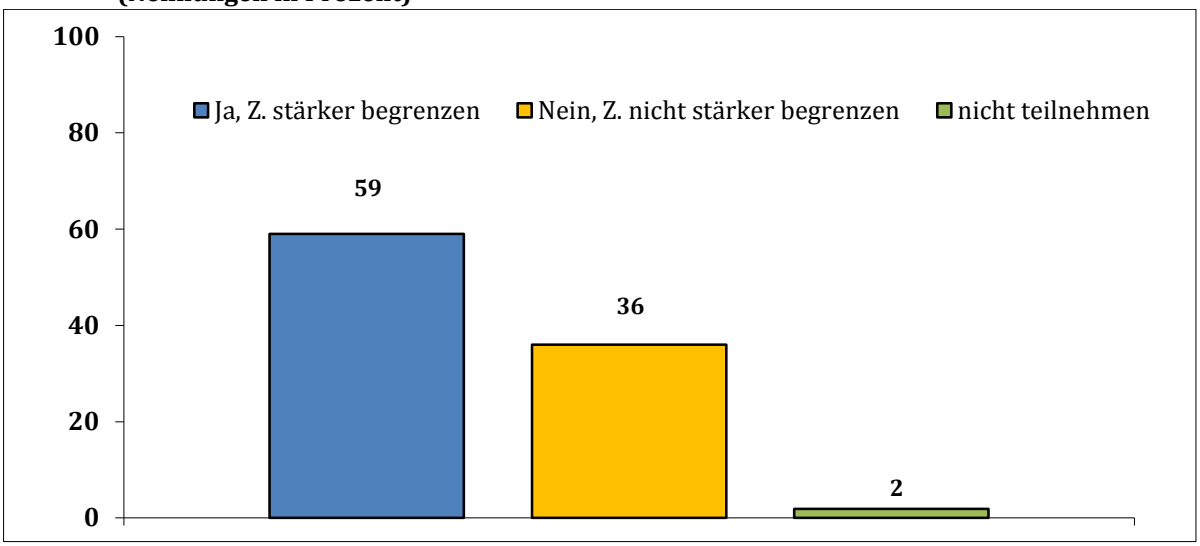
Abb. 58 Bewertung von Maßnahmen und Verhaltensweisen einer Willkommenskultur – Man sollte…
(Nennungen „stimme voll und ganz zu“/„stimme eher zu“ bzw. „stimme eher nicht zu“/“stimme überhaupt nicht zu“ in Prozent)



Fehlende Werte zu 100% teils, teils; weiß nicht, keine Angabe

Bei einem fiktiven Referendum über eine Begrenzung von Zuwanderung (nach dem Beispiel der Schweiz) würden sich – trotz eines wahrgenommenen Fachkräftemangels, der besonderen Betroffenheit des Landes durch den demografischen Wandel und der Tatsache, dass Sachsen-Anhalt kein Einwanderungsland ist – 59 Prozent für eine weitere Verschärfung von Zuwanderung aussprechen. Das sind gut 9 Prozentpunkte mehr als bei der Abstimmung in der Schweiz im Mai dieses Jahres; im Nachbarland hatten sich 50,3 Prozent für eine solche Begrenzung ausgesprochen. Weitere 36 Prozent der Sachsen-Anhalter sprachen sich dagegen aus, und etwa 2 Prozent gaben an, nicht teilnehmen oder sich enthalten zu wollen.

Abb. 59 Fiktive Abstimmung zur Begrenzung von Zuwanderung nach Deutschland (Nennungen in Prozent)



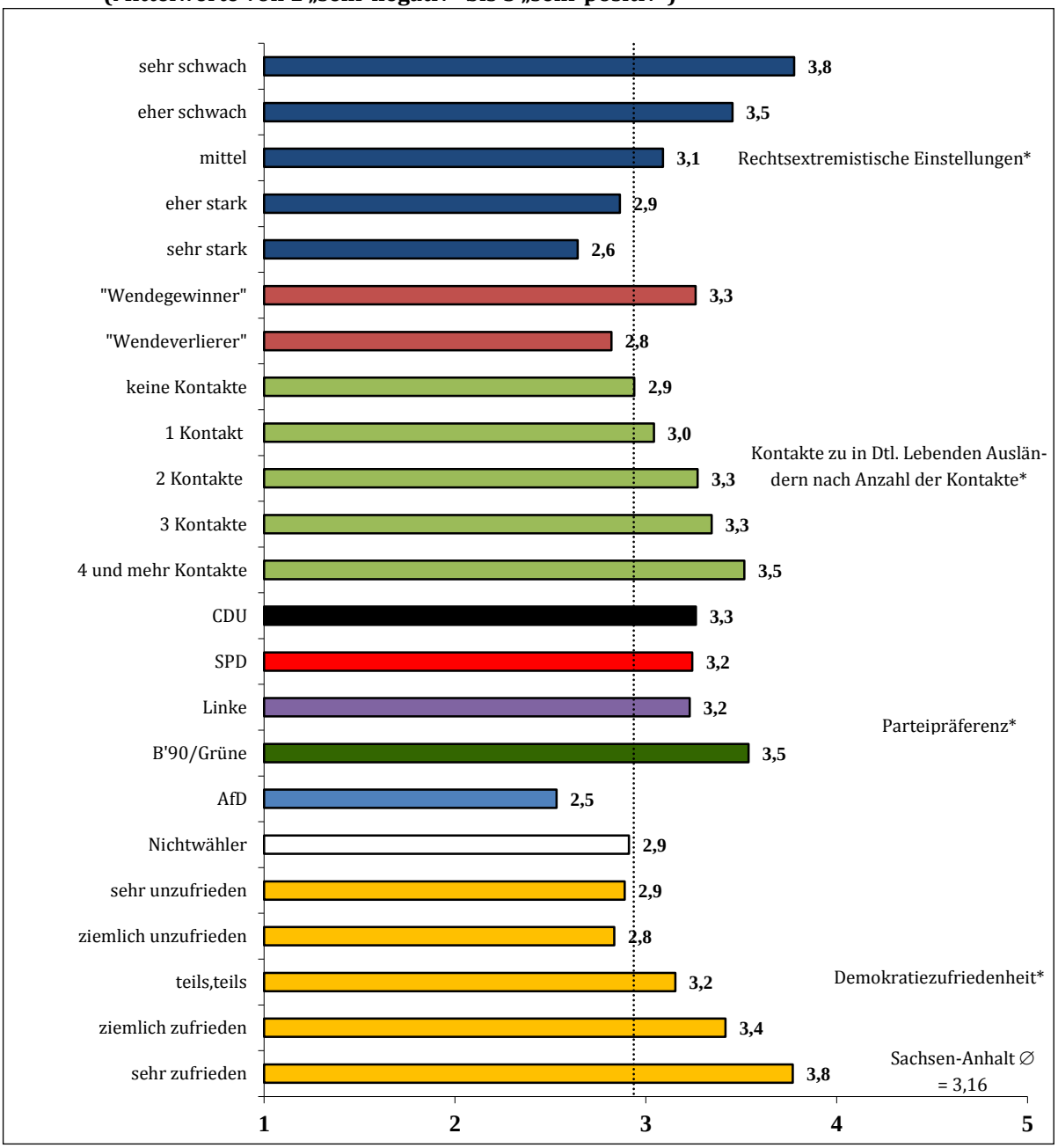
F. 25: In der Schweiz gab es ja eine Volksabstimmung zur verschärften Begrenzung der Zuwanderung. Dabei hat sich die Mehrheit der Bevölkerung für eine solche ausgesprochen. „Angenommen, in Deutschland gäbe es eine Volksabstimmung mit folgender Frage: Sollte die Zuwanderung nach Deutschland zukünftig stärker begrenzt werden oder nicht? Wie würden sie abstimmen?
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Eine Vielzahl von Maßnahmen, die eine Willkommenskultur etablieren und verbessern sollen, ist in Deutschland bereits verwirklicht. Im öffentlichen Diskurs über Migration wird jedoch oft darauf hingewiesen, dass eine solche Kultur im Sinne eines verinnerlichten Einstellungs- und Wertesystems (noch) nicht vorhanden sei und es daher im Zusammentreffen mit verschiedenen Kulturen, Ethnien und Religionen immer wieder zu Vorfällen von Diskriminierung und Rechtsextremismus komme. Im Folgenden werden deshalb ähnliche Einflussfaktoren zur Erklärung herangezogen wie im Kapitel zum Rechtsextremismus. Des Weiteren werden die individuellen Ausprägungen eines rechtsextremen Einstellungsmusters als Prädiktor verwendet. Überprüft wird im Folgenden beispielsweise, ob Personen, die glauben, dem Wettbewerb am Arbeitsmarkt stärker ausgesetzt zu sein, einer Offenheit des Staates für Zuwanderung kritischer gegenüberstehen (vgl. auch Ausführungen zur Gruppenbedrohungstheorie und Konkurrenzhypothese in Kap. 10).

Grundsätzlich können für die Bewertung von Zuwanderung im Allgemeinen dieselben Zusammenhänge wie für Rechtsextremismus und seine Unterdimensionen bestätigt werden. Es zeigt sich, dass Personen mit überdurchschnittlich ausgeprägtem rechtsextremem Einstellungsmuster eine freimütigere Zuwanderungspolitik grundsätzlich ablehnen. Die Mittelwertdifferenz zwischen den Extrempolen beträgt hier etwa 1,2 Punkte und stellt damit den stärksten Prädiktor dar (Abb. 60).

Auch die Indikatoren einer sozialen Deprivation erweisen sich erneut als erklärungskräftig. Diejenigen Befragten, welche die Deutsche Einheit als persönliche Zurücksetzung empfinden und mit der Leistungsbilanz der Demokratie in Deutschland unzufrieden sind, zeigen sich deutlich kritischer gegenüber Einwanderung (ebd.).

Abb. 60 Skala Einstellungen zur Zuwanderung nach Rechtsextremismus, persönlicher Wendebilanz, Kontakten zu Ausländern, Parteipräferenz, und Demokratiezufriedenheit (Mittelwerte von 1 „sehr negativ“ bis 5 „sehr positiv“)

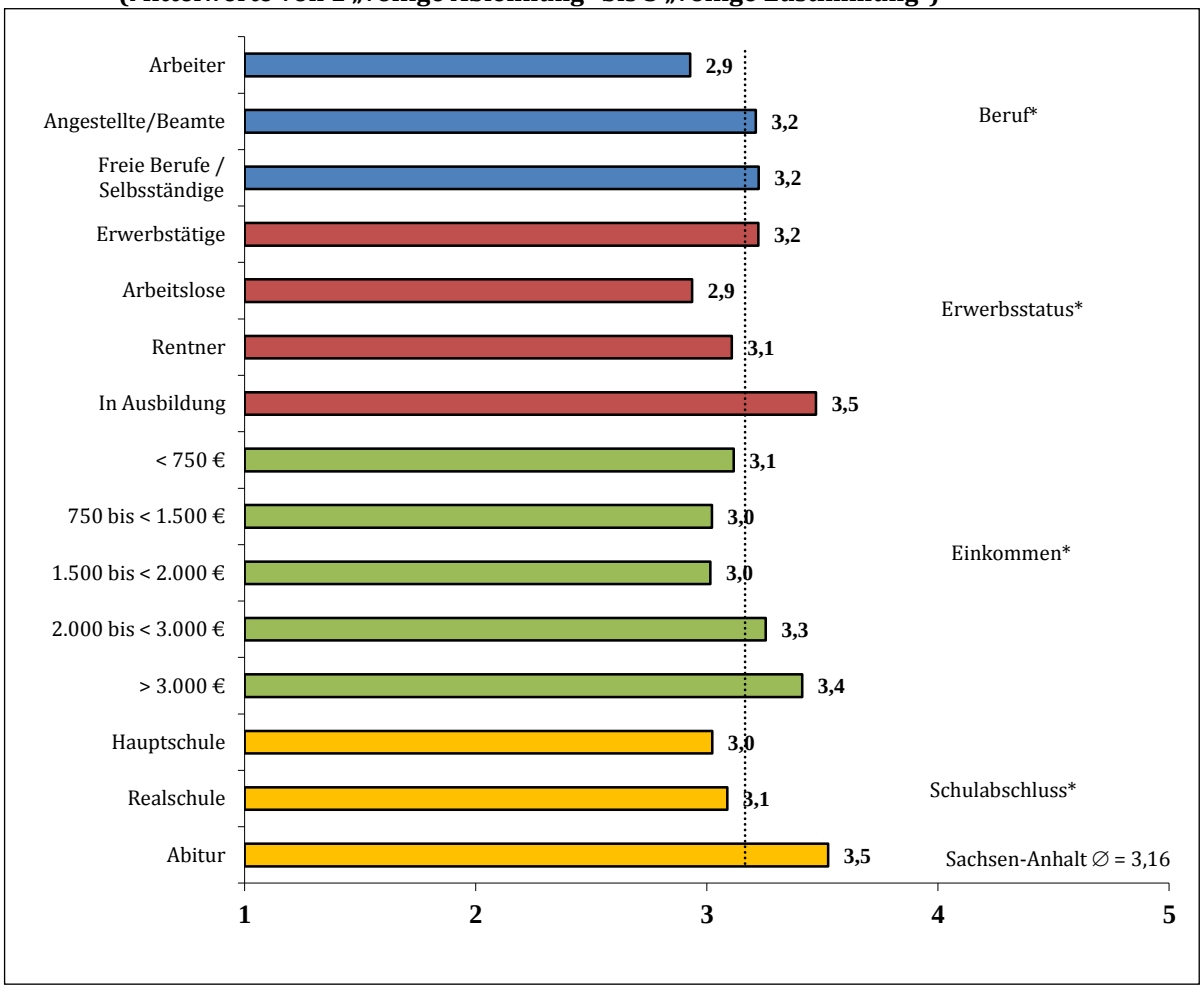


* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant..

Ein praktizierter persönlicher Umgang mit Menschen aus anderen Ländern und Kulturen zeigt auch hier einen signifikanten Einfluss und führt zu einer toleranteren Grundhaltung gegenüber Immigration. Die Anhänger der drei großen Volksparteien unterscheiden sich in ihrem Meinungsbild erneut nur unwesentlich und spiegeln das Meinungsbild der Landesmehrheit wider. Parteigänger der Grünen zeigen sich noch weltoffener und liegen deutlich über dem Durchschnitt. Die am deutlichsten ablehnende Position nimmt die Gruppe der AfD-Anhänger ein. Dies erscheint folgerichtig, da eine öffentlich kommunizierte Botschaft dieser Partei der restriktive Umgang mit dem Thema Zuwanderung ist.

Es sind ferner eher Arbeiter, Arbeitslose, Menschen mit mittleren Einkommen sowie geringer Gebildete, welche einer aufnahmebereiten Willkommenskultur skeptisch gegenüber stehen. Hingegen besetzen Auszubildende, Abiturienten und Personen mit höheren Einkommen eher den Gegenpol größerer Offenheit (Abb. 61). Dieselbe Abbildung zeigt aber auch, dass diese sozioökonomischen Faktoren in ihrer Erklärungskraft nicht sehr stark ausgeprägt sind. Damit reproduziert sich das Bild, das bereits bei der Untersuchung des Rechtextremismus hervorgetreten ist. Die leichten, aber signifikanten Einflüsse von Bildung, Erwerbsstatus und Einkommen sprechen dennoch für die Gültigkeit der Konkurrenzhypothese auch im Bereich Willkommenskultur.

Abb. 61 Skala Einstellungen zur Zuwanderung nach Beruf, Erwerbsstatus und Bildung (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)



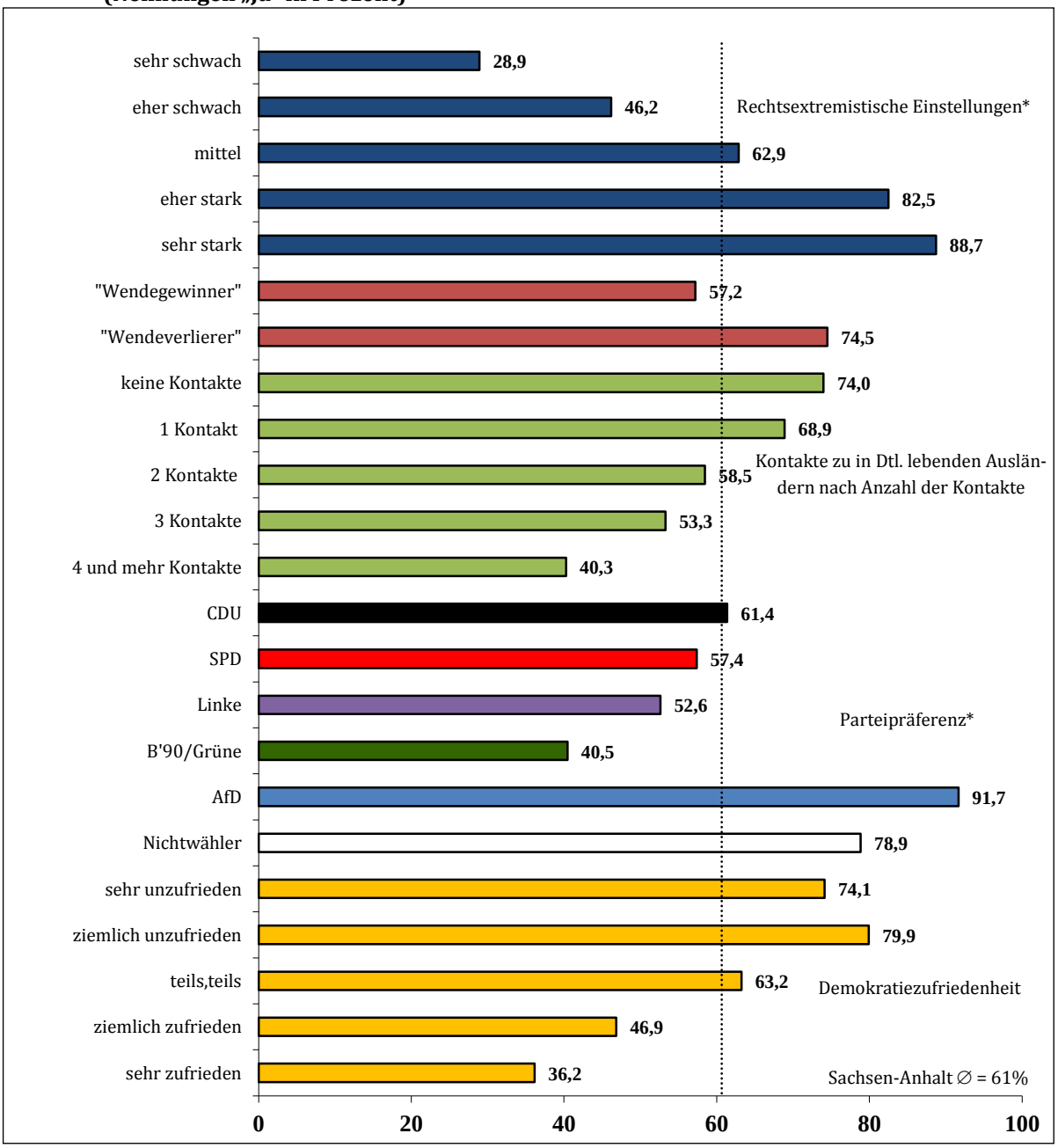
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant..

Untersucht man die Faktoren, die Befragte dazu bewegen, bei einer gedachten Volksabstimmung zur Begrenzung von Zuwanderung mit Ja zu stimmen, so ergibt sich ein nahezu deckungsgleiches, noch ausgeprägteres Bild (Abb. 62). Befragte in Sachsen-Anhalt, die einer entschieden rechten Weltanschauung zuneigen, würden einer Verschärfung zu fast 90 Prozent zustimmen. Unter denen mit sehr schwacher Ausprägung sind es nur 28,9 Prozent, das entspricht einer Prozentsatzdifferenz von gut 60 Prozentpunkten.

Die Faktoren Demokratiezufriedenheit, Kontakte zwischen Sachsen-Anhaltern und Migranten sowie gefühlte Benachteiligung infolge der deutschen Einheit zeigen bei der Zuwanderungsbewertung die gleichen Effekte (ebd.).

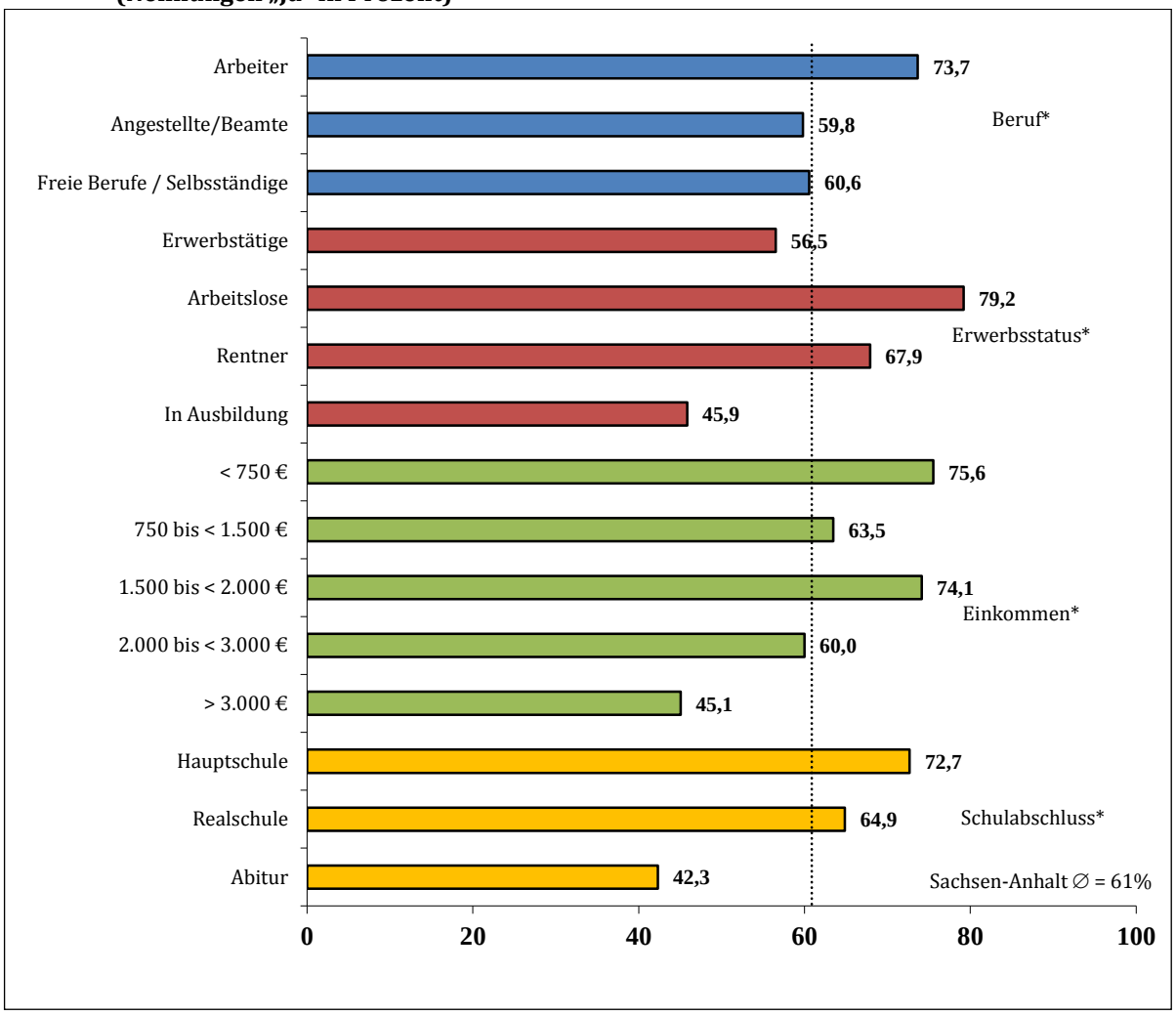
Innerhalb des Parteienspektrums ergeben sich leichte Abweichungen. Unter den größeren Parteien des Landes sind es die Anhänger der CDU, welche einer Verschärfung von Zuwanderung zustimmen würden (61,4 %), gefolgt von denen der SPD mit 57,4 Prozent, denen der Linken mit 52,6 Prozent sowie denen der Bündnisgrünen mit lediglich 40,5 Prozent. Nahezu einmütig, nämlich zu 91,7 Prozent, pflichten Anhänger der AfD einer Begrenzung von Zuwanderung bei (ebd.).

Abb. 62 Zustimmung zur Begrenzung von Zuwanderung nach Rechtsextremismus, persönlicher Wendebilanz, Kontakten zu Ausländern, Parteipräferenz, und Demokratiezufriedenheit (Nennungen „Ja“ in Prozent)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant..

Abb. 63 Zustimmung zur Begrenzung von Zuwanderung nach Beruf, Erwerbsstatus und Bildung (Nennungen „Ja“ in Prozent)

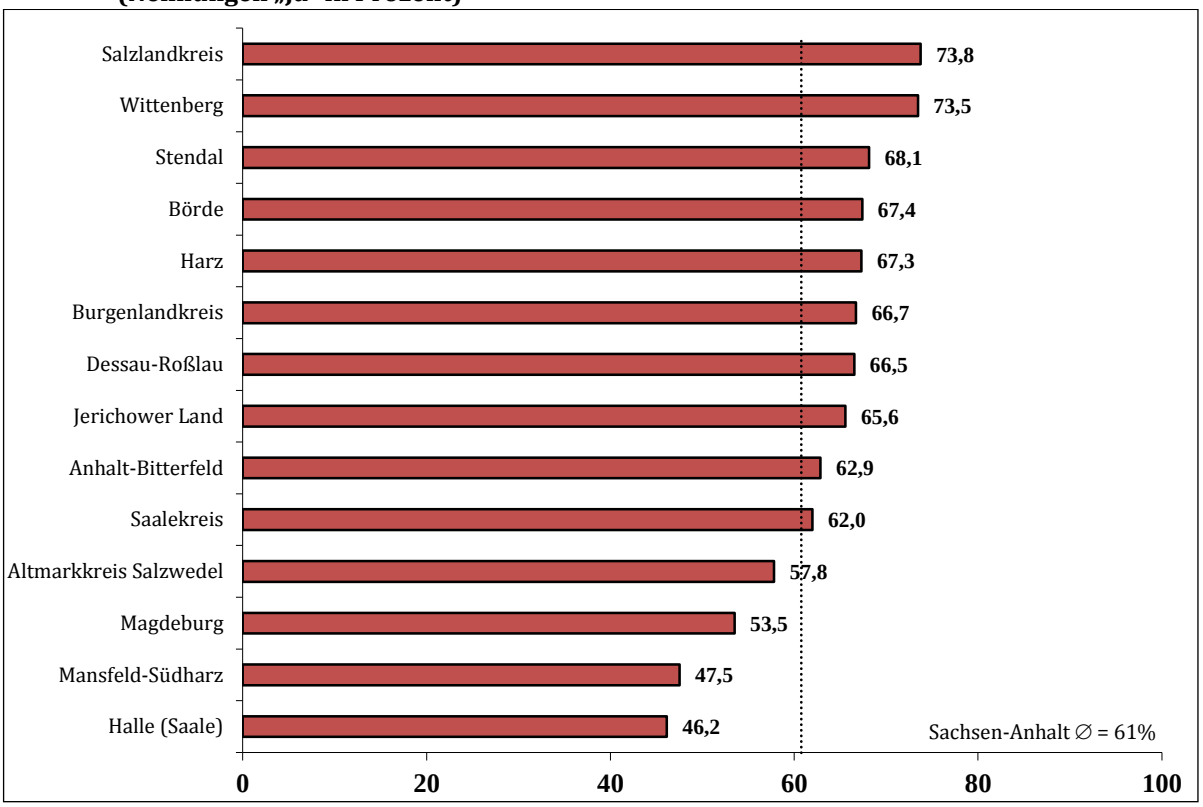


* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant..
Für diese Analyse wurden die fehlenden Werte (keine Teilnahme, weiß nicht und keine Angabe) ausgeschlossen.

Überdurchschnittliche Zustimmungsraten für restriktivere Zuwanderungsregeln finden sich abermals unter Arbeitern, Arbeitslosen, Beziehern mittlerer Einkommen und Hauptschulabsolventen. Personen, die noch in der Ausbildung oder im Studium sind, ferner hoch Qualifizierte und dementsprechend auch Angehörige höherer Einkommensstufen sprechen sich mehrheitlich gegen Zuwanderungsgrenzen aus.

Bei einer Ausdifferenzierung des Merkmals über die Landkreise hinweg zeigen sich spezifische Zustimmungsmuster. Wieder sind es, wie schon im Bereich von Fremdenfeindlichkeit, die Bewohner der beiden Großstädte Halle und Magdeburg, welche sich wesentlich aufgeschlossener zeigen. Aber auch im Landkreis Mansfeld-Südharz sieht man die Frage der Zuwanderung vergleichsweise gelassen. Im Salzlandkreis und in Wittenberg würden hingegen fast drei Viertel der Befragten bei einer eventuellen Volksbefragung mit „Ja“ stimmen (Abb. 64).

Abb. 64 Zustimmung zur Begrenzung von Zuwanderung nach Landkreisen* (Nennungen „Ja“ in Prozent)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant..

Fassen wir zusammen: Die Analyse zeigt, dass die psychologischen Reizflächen, die sich in den Themenfeldern der Willkommenskultur und des Rechtextremismus öffnen, sich eng übereinander schieben und durch ähnliche Einstellungen, Denkmuster und individuelle Ressourcen bestimmt sind. Es sind vor allem praktizierte Kontakte zu Menschen aus anderen Kulturkreisen, die mehr Aufgeschlossenheit und Toleranz bewirken können. Dabei ist es von Vorteil, wenn diese Kontakte beispielsweise im Freundes- und Bekanntenkreis oder auf der Arbeitsstelle geknüpft und gepflegt werden. An diese Ansätze interkultureller Verständigung kann eine aktive Integrationspolitik bzw. die Etablierung einer Willkommenskultur anknüpfen.

12 Fragebogen Sachsen-Anhalt-Monitor 2014

Frage 1. Wie stark fühlen Sie sich mit den folgenden Gebieten verbunden: Fühlen Sie sich mit ... sehr stark, stark verbunden, etwas oder nicht verbunden?

a) dem Ort, in dem Sie wohnen
b) Ihrer Region
c) Sachsen-Anhalt
d) Ostdeutschland
e) Gesamtdeutschland
f) Europa

sehr stark
stark
etwas
gar nicht

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 2. Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrer derzeitigen Lebenssituation? Sind Sie alles in allem ...

sehr zufrieden
ziemlich zufrieden
teils/teils
ziemlich unzufrieden
sehr unzufrieden

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 3. Wie beurteilen Sie die derzeitige wirtschaftliche Lage ....

a) In Sachsen-Anhalt
b) In der Region, in der Sie leben

Und wie ist das mit...

c) Ihrer eigenen wirtschaftliche Lage

sehr gut
gut
teils/teils
schlecht
sehr schlecht?

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 4. Wie sehen Sie <u>Ihre persönliche Zukunft in</u> Sachsen-Anhalt: sehr positiv, eher positiv, teils/teils, eher negativ oder sehr negativ?

sehr positiv
eher positiv
teils/teils
eher negativ
sehr negativ

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 5. **Und wie ist das mit dem Land Sachsen-Anhalt: Sehen Sie die Zukunft Sachsen-Anhalts: sehr positiv, eher positiv, teils/teils, eher negativ oder sehr negativ?**

sehr positiv
eher positiv
teils/teils
eher negativ
sehr negativ

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 6. **Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert alles in allem...**

sehr zufrieden
ziemlich zufrieden
teils/teils
ziemlich unzufrieden
sehr unzufrieden

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 7. **Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittelmäßig, weniger stark oder überhaupt nicht?**

sehr stark
ziemlich stark
mittelmäßig
weniger stark
überhaupt nicht

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 8. **Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag in Sachsen-Anhalt Landtagswahl wäre?** *(Nicht vorlesen – nur einordnen)*

CDU
LINKE
SPD
Bündnis 90/Die Grünen
AfD
FDP
Freie Wähler
Piraten
NPD
Andere, und zwar
Würde nicht wählen
Würde ungültig wählen

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 9. **Wie oft sprechen Sie in der Familie, mit Freunden oder Arbeitskollegen über Politik: Würden Sie sagen täglich, mehrmals in der Woche, mehrmals im Monat, seltener oder nie?**

täglich
mehrmals in der Woche
mehrmals im Monat
seltener
nie

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 10. **Viele Leute verwenden die Begriffe 'links' und 'rechts', wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten *auf einer Skala von 1 (links) bis 10 (rechts) denken, wo würden Sie sich einordnen.***

Links									**Rechts**
1	2	3	4	5	6	7	8	9	**10**

**weiß nicht **keine Angabe

Im nächsten Jahr begeht Deutschland den Jahrestag 25 Jahre „Deutsche Einheit". Im Folgenden möchten wir Ihnen einige Fragen zu dieser Thematik stellen.

Frage 11. ***(wenn ZP unter 35 Jahren)*** **Auch wenn Sie die DDR-Zeit nicht mehr bzw. nur kurz erlebt haben, haben Sie ja sicher durch Erzählungen oder aus den Medien über die Situation in der DDR erfahren. Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Bereiche. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob sich da die Situation in Ostdeutschland Ihrer Meinung nach, seit der Vereinigung im Vergleich zum Leben in der DDR verbessert, verschlechtert oder kaum verändert hat?**

(wenn ZP 35 Jahre und älter) **Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Bereiche. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob sich da die Situation in Ostdeutschland Ihrer Meinung nach seit der Vereinigung im Vergleich zum Leben in der DDR verbessert, verschlechtert oder kaum verändert hat?** *(rotieren)*

a) Wirtschaft
b) Persönliche Freiheit
c) Umgang der Menschen miteinander
d) Lebensstandard
e) Chancen, es im Leben zu etwas zu bringen
f) Anerkennung der persönlichen Leistung
g) Möglichkeiten des Einzelnen auf die gesellschaftliche Entwicklung Einfluss zu nehmen
h) Soziale Gerechtigkeit
i) Soziale Absicherung
j) Schutz vor Kriminalität und Verbrechen
k) Bildung und Ausbildung
l) Schutz vor staatlicher Willkür
m) Betreuung von Kindern
n) Gleichberechtigung von Mann und Frau
o) Das Gesundheitssystem
p) Das eigene Wohlfühlen in der Gesellschaft

hat sich verbessert
hat sich verschlechtert
hat sich kaum verändert

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 12. Jetzt folgen einige Sätze, die Sie bestimmt schon irgendwann einmal gehört haben. Sagen Sie mir bitte zu jedem Satz, ob Sie ihm voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. *(Rotieren)*

a) Die DDR war ein Unrechtsstaat.
b) Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
c) Es sollte strafbar sein, wenn jemand DDR-Unrecht verharmlost oder den Schießbefehl an der früheren innerdeutschen Grenze leugnet.
d) Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.
e) Trotz aller Einschränkungen konnte man in der DDR privat alles in allem ganz gut leben.
f) Sozialismus und Demokratie sind im Grunde ganz gut vereinbar.
g) Die Darstellung der DDR in Fernsehen und Presse sollte sich nicht nur auf die Stasi und die SED-Diktatur beschränken.
h) Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.
i) Es war nicht alles schlecht in der DDR.
j) Das politische System der DDR war eine Diktatur.

stimme voll und ganz zu
stimme eher zu
teils/teils
stimme eher nicht zu
stimme überhaupt nicht zu

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 13. Würden Sie sagen, dass für Ostdeutschland alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?

Vorteile überwiegen
Nachteile überwiegen

**Spontan: Weder noch, hält sich die Waage **weiß nicht **keine Angabe

Frage 14. Und für Sie persönlich: Überwiegen da eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung?

Vorteile überwiegen
Nachteile überwiegen

**Spontan: Weder noch, hält sich die Waage **weiß nicht **keine Angabe

Frage 15. **Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Gruppen und Einrichtungen. Bitte sagen Sie mir für jede, ob Sie ihr voll und ganz, weitgehend, teilweise, eher nicht oder überhaupt nicht vertrauen.**
*(Rotieren **b** bis **h**; **a** immer als erstes **i** immer als letztes Item!)*

a) den politischen Parteien im Allgemeinen

b) der Bundesregierung
c) dem deutschen Bundestag
d) dem Bundesverfassungsgericht
e) der Landesregierung von Sachsen-Anhalt
f) dem Landtag von Sachsen-Anhalt
g) den Landtagsabgeordneten
h) Ihrem/Ihrer Oberbürgermeister/in (Halle, Magdeburg, Dessau) / Ihrem/Ihrer Bürgermeister/in

und wie ist das mit…

i) der Partei, der Sie sich verbunden fühlen.

vertraue ich voll und ganz
vertraue ich weitgehend
vertraue ich teilweise
vertraue ich eher nicht
vertraue ich überhaupt nicht

**weiß nicht **keine Angabe **(für e) fühle mich mit keiner Partei verbunden

Frage 16. **Ich lese Ihnen nun einige Aussagen zu Politik und Gesellschaft vor. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. *(Rotieren)***

a) Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht.
b) Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.
c) Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.
d) Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, Ihre Ansichten interessieren sie nicht.

stimme voll und ganz zu
stimme eher zu
teils/teils
stimme eher nicht zu
stimme überhaupt nicht zu]

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 17. **Finden Sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder eher ungerecht zugeht?**

eher gerecht
eher ungerecht

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 18. **Im Vergleich damit, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, sehr viel mehr, etwas mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?**

erhalte sehr viel mehr als gerechten Anteil
erhalte etwas mehr als gerechten Anteil
erhalte gerechten Anteil
erhalte etwas weniger
erhalte sehr viel weniger

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 19. **Es gibt ja eine ganze Reihe von Problemen, denen wir heute ausgesetzt sind. Wie problematisch sind aus Ihrer Sicht folgende Probleme für unsere Gesellschaft? Bitte sagen Sie mir das anhand einer Skala von 1 bis 5. 1 bedeutet, dass gar kein Problem vorliegt; 5 steht dabei für ein sehr großes Problem. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.**
(Rotieren)

a) Arbeitslosigkeit
b) Abwanderung aus Sachsen-Anhalt?
c) Qualität der Schulen?
d) Schutz vor Kriminalität und Verbrechen?
e) gerechte Löhne?
f) Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West?
g) Überalterung und Kindermangel?
h) Finanzkrise in Europa
i) Ukraine-Krise bzw. Konflikt
j) Fachkräftemangel

5 sehr großes Problem
4
3
2
1 gar kein Problem **-> Filter entsprechendes Item in Frage 20 überspringen**

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 20. **Und was meinen Sie: Ist die Politik in der Lage, diese Probleme zu bewältigen? Bitte verwenden Sie wieder die Skala von 1 bis 5. 1 bedeutet, dass die Politik überhaupt nicht dazu in der Lage ist. 5 bedeutet, dass die Politik umfassend dazu in der Lage ist, die Probleme zu bewältigen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung wieder abstufen.**
(Gleiche Reihenfolge wie vorherige Frage)

Wie ist das mit …?

a) der Arbeitslosigkeit
b) der Abwanderung aus Sachsen-Anhalt?
c) der Qualität der Schulen?
d) dem Schutz vor Kriminalität und Verbrechen?
e) gerechten Löhnen?
f) der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West?
g) der Überalterung und dem Kindermangel?
h) der Finanzkrise in Europa
i) der Ukraine-Krise bzw. Konflikt
j) dem Fachkräftemangel

5 umfassend dazu in der Lage
4
3
2
1 überhaupt nicht in der Lage

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 21. **Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen vor, zu denen man unterschiedliche Meinungen haben kann. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Was sagen Sie zu:**
(Rotieren)

a) Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen.
b) Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen.
c) Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar.
d) Jeder sollte das Recht haben für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist.
e) Wenn es Not tut, ist eine Diktatur die bessere Staatsform. (Konsensusdefinition Rechtsextr. I)
f) Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chance haben, an die Regierung zu kommen.
g) Was Deutschland jetzt braucht ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert. (Konsensusdefinition Rechtsextr. I)

stimme voll und ganz zu
stimme eher zu
teils/teils
stimme eher nicht zu
stimme überhaupt nicht zu

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 22. **Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Gleichheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?**

Freiheit
Gleichheit

**spontan: Beides gleichermaßen
**weiß nicht **keine Angabe

Frage 23. Und sicherlich ist auch beides wichtig: Freiheit und Sicherheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Freiheit
Sicherheit

**Spontan: Beides gleichermaßen
**weiß nicht **keine Angabe

Ich möchte Ihnen nun ein paar Fragen zu Menschen stellen, die aus anderen Ländern nach Deutschland kommen, um hier zu leben.

Frage 24. Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor, Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie mir ob Sie diesen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. *(Rotieren)*

Zuwanderung…

a) … hilft den Fachkräftemangel zu bewältigen.
b) … ist eine Belastung für unser Sozialsystem.
c) … sollte auf Fachkräfte beschränkt werden.
d) … von Wirtschaftsflüchtlingen sollte verhindert werden.
e) … ist eine Bereicherung für das kulturelle Leben in Deutschland.
f) … führt nur zu Konflikten zwischen Einheimischen und Zugewanderten
g) … sollte auch für schutzsuchende Flüchtlinge möglich sein.

stimme voll und ganz zu
stimme eher zu
teils/teils
stimme eher nicht zu
stimme überhaupt nicht zu

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 25. Was sollte Ihrer Meinung nach getan werden, um die Integration von Einwanderern und das Zusammenleben zu verbessern? Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen. *(Rotieren)*

Man sollte…

a) eine Beratung vermitteln, die bei Fragen des täglichen Lebens in Deutschland helfen kann.
b) im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse anerkennen.
c) deutsche Sprachkenntnisse fördern.
d) bessere Möglichkeiten für den Zuzug von Familien schaffen.
e) die Einbürgerung von Zuwanderern erleichtern.
f) Zuwanderern offen und unvoreingenommen begegnen.
g) allen Zuwanderern die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen.
h) Flüchtlingen frühzeitig die Möglichkeit geben zu arbeiten.
i) sich persönlich um Kontakte mit Zuwanderern bemühen.
j) dafür sorgen, dass sich Vereine stärker für Zuwanderer öffnen.

stimme voll und ganz zu
stimme eher zu
teils/teils
stimme eher nicht zu
stimme überhaupt nicht zu

**spontan: „es sollte gar nichts getan werden um die Integration…“ **weiß nicht **keine Angabe

Frage 26. **In der Schweiz gab es ja eine Volksabstimmung zur verschärften Begrenzung der Zuwanderung. Dabei hat sich die Mehrheit der Bevölkerung für eine solche ausgesprochen. „Angenommen, in Deutschland gäbe es eine Volksabstimmung mit folgender Frage: Sollte die Zuwanderung nach Deutschland zukünftig stärker begrenzt werden oder nicht? Wie würden sie abstimmen?**

„Ja, die Zuwanderung nach Deutschland sollte stärker begrenzt werden."
„Nein, die Zuwanderung nach Deutschland sollte nicht stärker begrenzt werden."

**spontan würde nicht teilnehmen/mich enthalten **weiß nicht **keine Angabe

Frage 27. **Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor, zu denen man unterschiedliche Meinungen haben kann. Sagen Sie mir bitte für jede dieser Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.**
(Rotieren)

a) Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken. (Konsensusdefinition Rechtsextr. III)
b) Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss. (Konsensusdefinition Rechtsextr. IV)
c) Es gibt wertvolles und unwertes Leben. (Konsensusdefinition Rechtsextr. V)
d) Generell kann man sagen, dass Deutschland besser ist als die meisten anderen Länder der Welt. (Konsensusdefinition Rechtsextr. II)
e) Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden in der Geschichtsschreibung übertrieben. (Konsensusdefinition Rechtsextr. VI)

Ich lese Ihnen nun noch einige Aussagen vor. Sagen Sie mir bitte auch für jede dieser Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

f) Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen. (Konsensusdefinition Rechtsextr. V)
g) Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet. (Konsensusdefinition Rechtsextr. III)
h) Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen. (Konsensusdefinition Rechtsextr. IV)
i) Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten. (Konsensusdefinition Rechtsextr. VI)
j) Ich bin lieber Bürger/Bürgerin von Deutschland als irgendeines anderen Landes der Welt. (Konsensusdefinition Rechtsextr. II)

stimme voll und ganz zu
stimme eher zu
teils/teils
stimme eher nicht zu
stimme überhaupt nicht zu

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 28. Haben Sie persönlich Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern, in den folgenden Bereichen Ihres persönlichen Umfeldes.

a) in Ihrer eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft?
b) an Ihrem Arbeitsplatz?
c) in Ihrer Nachbarschaft?
d) in Ihrem sonstigen Freundes- und Bekanntenkreis?
e) im Verein?

ja
nein
trifft nicht zu *(mit vorlesen)*

**weiß nicht **keine Angabe

Autorenverzeichnis

Prof. Dr. Everhard Holtmann
Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH e.V.)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
http://www.zsh-online.de/index.php?id=89

Dipl.-Soz. Tobias Jaeck
Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH e.V.)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
http://www.zsh-online.de/index.php?id=96

ZSH e.V.
http://www.zsh-online.de/

Dr. Kerstin Völkl
Institut für Politikwissenschaft und Japanologie
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Lehrbereich Methoden
http://systemanalyse.politik.uni-halle.de/methoden/methodenteam/dr._kerstin_voelkl/

Institut für Politikwissenschaft:
http://www.politik.uni-halle.de/institut/